

Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW
Hochschule für Soziale Arbeit HSA
Bachelor-Studium in Sozialer Arbeit

(Re-)aktive Soziale Arbeit und die Sozialhilfe in Bern

Rekonstruktion des politischen Prozesses des Sozialhilfegesetzes im Kanton Bern auf der Basis der Zeitung «Der Bund» und anhand des an das politische System der Schweiz angepasste Modell Policy Cycle

Bachelor Thesis vorgelegt von:
Martin Sommer
16-649-543

Eingereicht bei:
Prof. Dr. Carlo Knöpfel
am 26. Juni 2019, MuttENZ

Abstract

In der vorliegenden Bachelor Thesis erfolgt eine kritische Auseinandersetzung mit der Sozialen Arbeit im politischen Prozess anhand des Beispiels der Revision des Sozialhilfegesetzes im Kanton Bern. Diese Bachelor Thesis stellt kein Argumentarium für oder gegen die Sozialhilfe dar, sondern eine kritische Reflexion des geschehenen Prozesses.

Dabei wird anhand der Zeitung «Der Bund» der Prozess nach dem Phasenmodell Policy Cycle rekonstruiert. Dies bedingt, dass in einem ersten Schritt der Policy Cycle eingeführt und an das politische System der Schweiz angepasst wird. In einem zweiten Schritt wird das Verhalten der Organisationen der Sozialen Arbeit im Fall der Revision des Sozialhilfegesetzes im Kanton Bern (2012 - 2019) durch die Rekonstruktion sichtbar gemacht. Ausgehend davon findet eine Interpretation des Geschehenen mit dem Fokus auf die Organisationen der Sozialen Arbeit statt. Die daraus entstandenen Erkenntnisse werden in einer Schlussdiskussion sichtbar gemacht und sollen das Verständnis für das Geschehene wie auch für das Kommende erhöhen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Fragestellung und Relevanz für die Soziale Arbeit	1
1.2	Begrifflichkeiten	4
1.3	Aufbau der Arbeit	6
1.3.1	Methodisches Vorgehen und Rekonstruktion	7
1.3.2	Interpretation	9
2	Policy Cycle	10
2.1	Policy-Cycle	11
2.1.1	Problem(re-)definition	13
2.1.2	Agenda Setting	14
2.1.3	Politikformulierung und Entscheidung	16
2.1.4	Implementierung	18
2.1.5	Evaluierung und Terminierung	18
2.1.6	Kritik am Phasenmodell	20
2.2	Policy Cycle und das politische System der Schweiz	22
2.2.1	Schweiz	22
2.2.2	Kanton	23
2.2.3	Policy Cycle Schweiz	26
3	Kleine Rekonstruktion & Interpretation	31
3.1	Agenda Setting	31
3.2	Politikformulierung und Entscheidung	32
3.2.1	Erste Teile werden implementiert	33
3.2.2	Petition «Soziales Existenzminimum» Februar 2014	34
3.2.3	Vernehmlassung Bern Mai 2015	34
3.2.4	Teilrevision des Sozialhilfegesetzes Januar 2017	37
3.2.5	Volksvorschlag April 2018	38
3.2.6	Abstimmungskampf März 2019	40
3.2.7	Abstimmung Mai 2019	41
4	Schlussdiskussion	43
5	Literaturverzeichnis	51
	Anhang	57

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Idealtypischer Policy Cycle nach Jann/ Wegrich 2003: 82	12
Abbildung 2 Der Weg politischer Sachprogramme und die üblichen "Eintrittstellen" wissenschaftlichen Wissens von Freiburghaus und Zimmermann	27
Abbildung 3 Policy Cycle nach Jann/ Wegrich 2003 mit eigenen Ergänzungen	30

Vorwort

Es ist mir bewusst, dass diese Arbeit eine Bachelorarbeit ist und ein Vorwort nur bedingt angebracht ist. Trotzdem und insbesondere dadurch, dass es sich um eine Bachelorarbeit aus der Sozialen Arbeit handelt, möchte ich mein soziales Umfeld, so wie es ist, nicht als selbstverständlich ansehen. Daher möchte ich meinem Umfeld hier eine besondere Aufmerksamkeit schenken und meinen Dank sowie meine Wertschätzung ausdrücken.

Die Fragestellung stellte zu Beginn den einzigen Leitfaden für diese Arbeit dar. Damit ich mich nicht in meinen Gedanken verlor, konnte ich diese und die ersten Fragestellungen mit Tabea Kunz, Michael Jost, Fabienne Rubin, Patricia Wagner und Ruth Sommer diskutieren. Ich bedanke mich ebenso bei Andrea Gerber und Lea Hollenstein für interessante Diskussionen über Wissenschaften und deren Vorgehen.

Um die Schreibblockade zu Beginn des Prozesses zu überwinden, erhielt ich Asyl bei meiner Cousine Andrea Meer. Danke, dass ich in deiner Wohnung meinen Gedanken freien Lauf lassen konnte und dadurch die erste grosse Schreibblockade überwinden konnte.

Politik war zu Beginn für mich Neuland. Daher einen grossen Dank an Alina Zumbrunn, Politikwissenschaftsstudentin im achten Semester und wissenschaftliche Mitarbeiterin von Markus Freitag am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern, für die zahlreichen Gespräche, Literaturtipps und Rückmeldungen über den Policy Cycle, das politische System der Schweiz und generell Politik. Vielen Dank.

Merci auch an die Lesegruppe „Offensive Sozialarbeit“, welche das gleichnamige Buch von Martin A. Graf behandelt und Sabine Jutzi aus der Berner Fachhochschule für Soziale Arbeit für die anregenden und kritischen Diskussionen über Gott, die Welt und wo die Soziale Arbeit steht.

Vielen Dank an die Kampagne «Verkehrt», dass ich an der Sitzung vom 18. Juni teilnehmen durfte, sowie vielen Dank Haşim Sancar, Grossratsmitglied und Leiter der Beratungsstelle Pro Infirmis Bern-Stadt, dass du dir für ein Gespräch mit mir Zeit genommen hast. Wie auch vielen Dank Patricia Wagner und Ulrike Marschner für die tollen Rückmeldungen zum Text. Zu guter Letzt danke ich meiner Bachelorbegleitung Prof. Dr. Carlo Knöpfel für die drei äusserts anregenden Gespräche und die fachkompetente Begleitung.

Lara Scholz, auch dir möchte ich meinen Dank aussprechen für die breite Unterstützung und die Geduld, die du mir während den letzten Monaten und zahlreichen Monologen aufgebracht hast. Vielen Dank.

Ich bin dankbar für ein solch tolles Umfeld.

1 Einleitung

Am 19. Mai 2019 wurde im Kanton Bern durch das Volk eine politische Entscheidung getroffen, welche Auswirkungen auf die Sozialhilfe der ganzen Schweiz hatte. Die Rede ist von der Abstimmung über die Revision des Sozialhilfegesetzes. Vielleicht haben Sie, liebe Leserinnen und Leser, die Abstimmung gebannt mitverfolgt, oder das Ergebnis am Folgetag in einer Zeitung gelesen. In dieser Bachelorarbeit geht es genau um diese Abstimmung, wie es dazu kam und wo die Soziale Arbeit in diesem ganzen Prozess dabei war.

Vor rund sieben Jahren wurde die Motion 260-2012 «Kostensoptimierung bei der Sozialhilfe» von Ueli Studer eingereicht. Dieser Vorstoss brachte den Stein bezüglich der Kürzung der Sozialhilfe im Kanton Bern ins Rollen. Erst in diesem Mai wurde durch die Abstimmung dieser Stein durch das Volk gebremst. Auf seinem Weg hat er einiges verursacht und zahlreiche Debatten wurden darüber geführt. Soll der rollende Stein aufgehalten werden oder soll er noch mehr angetrieben werden?

Durch die direkte Demokratie in der gesamten Schweiz und den verschiedenen Möglichkeiten innerhalb der Kantone, wie das Volk mitwirken kann, konnten auch nichtpolitische Organisationen an der Debatte teilnehmen, wie beispielsweise Organisationen der Sozialen Arbeit. Wurden diese Instrumente während der Revision des Sozialhilfegesetzes überhaupt genutzt, oder waren die Sozialen Organisationen zu sehr mit sich selbst beschäftigt und verpassten die Debatten?

Um diesen politischen Prozess, der von aussen wie eine Blackbox wirkt, besser verstehen zu können, wird in einem ersten Teil das Modell Policy Cycle vorgestellt. Dieses erklärt, wie ein politischer Prozess aussehen kann. Darauf aufbauend wird anhand von Zeitungsbeiträgen der politische Prozess rekonstruiert. So wird das Geschehene sichtbar gemacht, wodurch die ersichtlichen Aktivitäten der Organisationen der Sozialen Arbeit interpretiert werden können.

1.1 Fragestellung und Relevanz für die Soziale Arbeit

In dieser Arbeit geht es kurz gesagt darum, wie die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen der Sozialen Arbeit und der Sozialpolitik aussehen. Dabei stellt sich auch die Frage, was die Soziale Arbeit überhaupt mit Politik zu tun und gemein hat.

Silvia Staub-Bernasconi (2012: 276f.) schreibt beispielsweise in einem Beitrag auf die Frage, was die Funktion der (professionellen) Sozialen Arbeit ist, dass sie zum einen eine «individuelle Funktion» beinhaltet, wobei es darum geht, Menschen zu befähigen, ihre Bedürfnisse soweit wie möglich und zumutbar aus eigener Kraft zu befriedigen. Zum anderen nennt sie die «gesellschaftliche Funktion». Diese beinhaltet darauf hinzuwirken, dass

menschenverachtende, institutionalisierte soziale Regeln und Werte von sozialen Systemen in menschen- und bedürfnisgerechte Regeln und Werte transformiert werden.

Gemäss dem Professionsverständnis von Silvia Bernasconi sind Hilfe und Macht zwar zwei höchst unterschiedliche Sachverhalte, die es jedoch im Rahmen einer demokratischen, professionellen Arbeitsbeziehung offen zu thematisieren gilt. Bernasconi betont, dass dies, wenn nötig, professionell zu gewichten und zu problematisieren ist.

Macht ist nach Bernasconi nur dann hilfreich und konstruktiv, wenn sie die Bedürfnisbefriedigung von Individuen ermöglicht und unterstützt, sowie illegitime Wunscherfüllungen fair begrenzt. Die soziale Arbeit hat zusätzlich als wissenschaftsbasierte Profession die Aufgabe, ihr Wissen über soziale Probleme den öffentlichen Entscheidungsträgern zugänglich zu machen und sich in die (sozial)politischen Entscheidungsprozesse über mögliche Problemlösungen einzumischen.

Der Berufskodex der Sozialen Arbeit der Schweiz, AvenirSocial (2010: 5) sieht dies relativ ähnlich. Er folgt unter anderem den internationalen ethischen Prinzipien für die Soziale Arbeit des IFSW/IASSW. Unter Punkt fünf «Ziele und Verpflichtung der Sozialen Arbeit» des Berufskodex nach AvenirSocial (ebd.: 6) stehen verschiedene Ziele, welche die Soziale Arbeit zu erfüllen hat. Darunter sind beispielsweise die Verpflichtung der Sozialen Arbeit, Lösungen für soziale Probleme zu entwickeln, zu vermitteln und zu erfinden sowie soziale Notlagen von Gruppen und Menschen zu verhindern (vgl. ebd.). Um die Ziele der Sozialen Arbeit zu erreichen, ist das aktive Handeln in und mit der Politik unabdingbar. Dieses aktive Handeln stellt ebenfalls ein festes Ziel im Berufskodex von AvenirSocial dar: «Soziale Arbeit initiiert und unterstützt über ihre Netzwerke sozialpolitische Interventionen ... » (ebd.)

Peter Sommerfeld (2013: 178f.) griff in seinem Essay «Demokratie und Soziale Arbeit - Auf dem Weg zu einer selbstbewussten und autonomen Profession?» die alte Frage auf, ob die Soziale Arbeit das Herrschaftsverhältnis in unserer Gesellschaft durch die Bearbeitung der Ungleichheiten weiter stabilisiert und dadurch zur Befriedigung der gesellschaftlichen Konflikte beiträgt, wodurch die gesellschaftliche Entwicklung gebremst und eine bessere Gesellschaft verhindert wird. Oder umgekehrt, ob sie einen Beitrag zur Lösung der sozialen Probleme leistet und dadurch zu einer besseren Gesellschaft, im Sinne von «ein gutes Leben für alle», durch die Verbesserung der konkreten Lebensverhältnisse des unterprivilegierten Teils der Gesellschaft beiträgt. Anhand dieser rhetorisch gemeinten Frage zeigt Sommerfeld auf, dass die Soziale Arbeit unmittelbar der demokratischen Herrschaft ausgesetzt ist. Das bedeutet, dass die Soziale Arbeit auch direkt in die politischen Prozesse des Gewinns, der Stabilisierung und der Reproduktion von Herrschaft eingebunden ist. Dabei bestehen unmittelbare Steuerungsversuche des politisch-administrativen Systems

(PAS). Nach Sommerfeld (ebd.) ist zu hoffen, dass die Soziale Arbeit ebenso beginnt zu steuern. Um sich besser zu behaupten sieht Sommerfeld die Voraussetzung, dass die Soziale Arbeit sich ihrer Wertebasis und ihrer demokratischen Herkunft, sowie ihrer darauf bezogenen Funktion bewusst(er) wird¹.

Diese Bachelorarbeit setzt sich mit der demokratischen Herrschaft im Kanton Bern auseinander. Dabei zeigt diese Arbeit auf, wie die Sozialen Organisationen sich in der demokratischen politischen Gesellschaft behaupten. Nach Jann und Wegrich (2003: 71f.) versucht die Politik gesellschaftliche Probleme zu be- und verarbeiten. Die Autoren betonen auch, dass Policies und staatliche Aktivitäten idealerweise einen Beitrag zur Lösung von gesellschaftlichen Problemlagen oder zumindest deren Verarbeitung leisten sollen (vgl. ebd.: 92). Diese Definition von Politik scheint die gleiche Stossrichtung zu haben wie die Soziale Arbeit. Durch diese Argumente ist es naheliegend, dass sich die Soziale Arbeit für eine wirkliche Umsetzung der Funktionen und den eigenen Zielen mit der Politik zusammenschliesen, oder zumindest auf sie einwirken muss.

Um diese Zusammenarbeit genauer zu betrachten, wird in dieser Bachelorarbeit die Revision des Sozialhilfegesetzes im Kanton Bern (2012 - 2019) anhand des Phasenmodells Policy Cycle betrachtet. Dabei soll folgende Fragestellung behandelt und beantwortet werden:

«Wie funktioniert der Policy Cycle der Schweiz?» und «Wie, wo und wann haben die Sozialen Organisationen im Prozess der Revision des Sozialhilfegesetzes im Kanton Bern anhand der Rekonstruktion durch die Berichte der Zeitung «Der Bund» gewirkt?»

Durch die Zeitung «Der Bund» wird der Prozess rekonstruiert und das vergangene Handeln sichtbar gemacht. Dadurch soll aufgezeigt werden, wann und wie die Organisationen der Sozialen Arbeit bei der Revision aktiv geworden sind und dadurch Einfluss genommen haben. Die vorliegende Arbeit kann damit einen Beitrag leisten, aus der geführten Debatte im Kanton Bern im Bezug zum politischen Vorgehen von Sozialen Organisationen Erkenntnisse über die Handlungsoptionen und Aktivitäten der Sozialen Arbeit aufzuzeigen und liefert eine mögliche Ausgangslage, um weitere Debatten mit einem differenzierteren politischen Blick anzugehen. Durch die thematische Zusammenführung von Sozialer Arbeit und Politik soll diese Arbeit weiteres Verständnis schaffen, damit sich die professionelle Soziale Arbeit in der Politik besser behaupten und ihren Funktionen gerechter werden kann.

¹ Auf die Frage, warum sich die Soziale Arbeit politisch nur gering einzumischen scheint, beschreibt Silvia Staub-Bernasconi im Beitrag «Fachpolitische Positionierung und Einmischung als Teil von Professionalität der Sozialen Arbeit, am Beispiel des ASD/KDS» mehrere Mythen, welche die Soziale Arbeit lähmen, sich fachpolitisch einzumischen und zu positionieren. Zwei davon möchte ich aufgrund des Themenbezugs zur Sozialhilfe kurz nennen: Der Finanzknappheits- und Sparmythos sowie der Mythos der Sozialen Arbeit als Dienstleistungsprofession.

1.2 Begrifflichkeiten

Diese Arbeit thematisiert das «Wirken der Sozialen Arbeit». Wird «die Soziale Arbeit» davon entfernt, steht nur «Wirken». Wirken², die Wirkung von etwas auf etwas. Eine verursachende Kraft kann eine Veränderung bewirken. In dieser Arbeit wird einerseits von Aktivität als Ursprung für eine Wirkung gesprochen. Die Aktivität gegenüber der Wirkung ist andererseits klarer und sichtbarer festzumachen. Die Wirkung wird durch die Rekonstruktion mithilfe der Zeitung «Der Bund» sichtbar gemacht. Daher wird unter anderem der Effekt der Organisationen der Sozialen Arbeit auf die Zeitung beachtet, beispielsweise wie viel Aufmerksamkeit erhielten sie während des Prozesses von der Zeitung. Schreibt die Zeitung darüber, scheint die auslösende Aktion eine grössere Aufmerksamkeit und somit eine grössere Wirkung erzielt zu haben, als wenn die Zeitung nichts darüber schreibt. Dies war eine kurze Erläuterung der Verwendung der Begriffe Aktivität und Wirkung in dieser Arbeit.

Weiter geht es nicht darum herauszufinden, ob die Soziale Arbeit in die richtige Richtung wirkt, oder zu fragen, was überhaupt «die richtige Richtung» der Sozialen Arbeit ist. Hier geht es darum herauszufinden, ob und wie überhaupt gewirkt wird. Das impliziert auch die Frage, herauszufinden, was die Ursachen für eventuelle Reaktionen sein können.

Gegenstand dieser Arbeit sind die Organisationen der Sozialen Arbeit, also primär keine Einzel-, sondern Kollektivakteurinnen und -akteure. Dadurch ist der Bereich für die Suche nach Wirkungsmöglichkeiten eingegrenzt.

Zu Organisationen der Sozialen Arbeit werden in dieser Arbeit beispielsweise der Berufsverband der Sozialen Arbeit AvenirSocial, die Kampagne «Verkehrt», welche gegen die Kürzungen der Sozialhilfe im Kanton Bern eintritt, und der Fachverband für Sozialhilfe «Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS)» gezählt. Es handelt sich dabei um Organisationen, die sich gegen soziale Probleme aktiv einsetzen. Zusätzlich gibt es auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus dem Sozialwesen.

Die SKOS ist der nationale Fachverband für Sozialhilfe. Alle Kantone, viele Gemeinden und verschiedene Bundesämter und private Organisationen des Sozialwesens sind Mitglieder der SKOS. Sie setzt sich für die Entwicklung und Ausgestaltung einer wirksamen und fairen Sozialhilfe in der Schweiz ein (vgl. SKOS 2019). Die SKOS hat die «SKOS-Richtlinien» erstellt. Diese Richtlinien geben durch grundlegende Prinzipien der Sozialhilfe Empfehlungen an die Sozialhilfeorgane des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und der Organisationen der privaten Sozialhilfe.

Zusätzlich gibt es in Bern den Fachverband «Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und

² Ergänzend hierzu wäre es möglich, Wirkungstheorien und Interventionsmodelle heranzuziehen.

Erwachsenenschutz» (BKSE). Sie arbeitet in verschiedenen politischen und fachlichen Begleitgruppen mit und äussert sich auch in Mitberichts- und Vernehmlassungsverfahren. Die BKSE bezweckt die zielgruppen- und wirkungsorientierte Förderung der Sozialhilfe und des Kindes- und Erwachsenenschutzes im Kanton Bern (Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz BKSE 2019a).

In ihrer neu herausgebrachten Broschüre «Sozialhilfe – kurz und gut erklärt» beschreibt die BKSE die Sozialhilfe. Die Sozialhilfe ist ein wichtiges soziales Sicherungssystem, welches durch die Kantone geregelt wird (vgl. Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz BKSE 2019b). Die Sozialhilfe will durch Grundsätze wie «Fördern und Fordern» und «Hilfe zur Selbsthilfe» Perspektiven schaffen. Die Sozialhilfe sichert die Existenz bedürftiger Personen, fördert ihre persönliche und wirtschaftliche Selbständigkeit und gewährleistet berufliche und soziale Integration. Die Existenzsicherung und die persönliche Hilfe wird von der Bundesverfassung ausdrücklich garantiert (vgl. SKOS 2016). Artikel 12 «Recht auf Hilfe in Notlagen» besagt, dass wer in Not gerät und nicht für sich selbst sorgen kann, Anspruch auf Betreuung und Hilfe hat. Dies soll ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen.

Die Sozialhilfe obliegt der Verantwortung der einzelnen Kantone und deren Sozialpolitik. Die Politik kennt unterschiedliche politische Bereiche, wie beispielsweise Aussenpolitik, Sicherheitspolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Gesundheitspolitik und eben die Sozialpolitik. Nach Hermann Ribhegge (2004: 15) sind die drei grundlegenden Ziele der Sozialpolitik die Verwirklichung von Gerechtigkeit, Sicherheit und Freiheit. Er betont, dass das Ziel der Freiheit in den letzten Jahren in den Debatten an Bedeutung gewonnen hat. Ribhegge beschreibt, dass die Bedürftigkeit in der Sozialpolitik ein wichtiges Kriterium darstellt. Beispielsweise, wenn es um die Gewährung von Sozialhilfe geht, ist das Vorliegen von Bedürftigkeit voraussetzungen. Als letzte Sicherungseinrichtung ist es die Aufgabe der Sozialhilfe, den Individuen das Existenzminimum zu gewährleisten. Dieses Ziel ist im Grunde allgemein akzeptiert. Jedoch treten bei der Interpretation des Bedürftigkeitskriteriums, also bei der Bestimmung der Höhe des Existenzminimums, erhebliche Meinungsverschiedenheiten auf (ebd.: 16). Der Begriff Sozialpolitik ist nach Kaufmann (2009: 28f.) im internationalen Sprachgebrauch erst seit dem zweiten Weltkrieg gebräuchlich. Er wird meist als Synonym für «wohlfahrtsstaatliche Politik» verwendet. Die staatliche Sozialpolitik versucht daher unter anderem individuelle Schädigungen und soziale Probleme zu verhindern oder zu kompensieren.

1.3 Aufbau der Arbeit

Nachdem die grundsätzlichen Begrifflichkeiten nun geklärt worden sind, werden in diesem Unterkapitel die Wahl der Theorie, das Vorgehen sowie der Aufbau der Arbeit dargelegt. Um einen Prozess zu rekonstruieren und zu interpretieren, bedingt es einen Rahmen, in dem dies stattfinden kann. Die Politikfeldanalyse bietet verschiedene Methoden und Theorien je nach Erkenntnisinteresse. Um kurz einige zu nennen: Mit der Diskursanalyse kann die Entstehung von Wertebezügen nachgezeichnet werden. Korrelationsrechnungen können anhand von Daten Zusammenhänge aufrechnen oder anhand der Spieltheorie Entscheidungshandlungen konstruiert und simuliert werden. Durch die Netzwerkanalyse können Interaktionsformen und Beziehungsmuster identifiziert werden (vgl. Behrens 2003: 216f.). Die Netzwerkanalyse wäre in Anbetracht der zahlreichen involvierten Gruppen im Verlauf der Revision des Sozialhilfegesetzes äusserst interessant. Um die Fragestellung zu beantworten, wirkt jedoch das «Process tracing», also das Rekonstruieren von Entscheidungsprozessen, am sinnvollsten. Dabei gibt es beispielsweise die von Hank Jenkins-Smith und Paul Sabatier entwickelte Theorie Advocacy Coalition Framework (ACF). Das ACF versucht die grosse Komplexität von gesellschaftlichen, sozialen und politischen Systemen zu vereinfachen, mit dem Ziel, verschiedene Einflussfaktoren für den Politikwandel zu identifizieren und zu verstehen. Weiter gibt es den Policy Cycle. Nach Sonja Blum und Klaus Schubert (2017: 153f.) wohl das einflussreichste und am häufigsten angewandte Modell der Politikfeldanalyse. Dieses Modell gibt darüber Auskunft, wie sich politische Prozesse sinnvoll untersuchen und analysieren lassen. Es stellt eine Möglichkeit dar, politische Prozesse sowie deren Abläufe und Dynamiken sinnvoll darzustellen, zu strukturieren, sowie zu untersuchen und zu analysieren. Dadurch erscheint das Modell Policy geeignet für die Rekonstruktion des politischen Prozesses des Sozialhilfegesetzes im Kanton Bern in dieser Arbeit. Beim Betrachten des Policy Cycles fällt jedoch auf, dass wichtige Elemente des politischen Prozesses der Schweiz fehlen. Das Modell Policy Cycle berücksichtigt nämlich nicht die einzigartige direkte Demokratie der Schweiz. Aus diesem Grund wird das Modell, nach dessen Einführen, an das politische System der Schweiz angepasst, respektive die fehlenden Elemente und deren Wirkung im Modell ergänzt. Durch den Austausch mit der Politikwissenschafts-Studentin und wissenschaftlichen Mitarbeiterin von Markus Freitag am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern Alina Zumbunn konnte ein erster Check der Anpassung des Modells durchgeführt werden. Erscheinen der Policy Cycle einerseits und die Ergänzung des politischen Systems der Schweiz andererseits in dieser Arbeit stimmig? Einen weiteren «Realitätscheck» der Anpassung des Modells auf den politischen Prozess der Schweiz geschah zudem durch die Rekonstruktion der Revision des Sozialhilfegesetzes selbst.

1.3.1 Methodisches Vorgehen und Rekonstruktion

Das Vorgehen der Rekonstruktion ist einerseits an dem qualitativen Design der Dokumentenanalyse und an einer chronologischen Rekonstruktion andererseits angelehnt. Der Grundgedanke der Dokumentenanalyse ist nach Mayring (2016: 47) das Erschliessen von Material, welches nicht erst durch Forschende anhand einer Datenerhebung geschaffen werden muss. Ebenso zeichnet sich die Dokumentenanalyse durch die Vielfalt ihres Materials aus. Ein wesentlicher Vorteil dieses Untersuchungsplans ist, dass das Material, respektive die Daten, bereits fertig sind und nicht erst erhoben werden müssen. Dadurch unterliegen die Daten weniger den Fehlerquellen der Datenerhebung.

Ein Anlass in der Vergangenheit kann nicht beobachtet oder direkt untersucht werden, da das zu Analysierende bereits geschehen ist. Die Dokumentenanalyse entfaltet ihre Stärke genau dann, wenn es sich um zurückliegende Ereignisse handelt (vgl. ebd.: 47f.). Aus diesem Grund passt die Dokumentenanalyse am besten zur Rekonstruktion des vergangenen Prozesses. Der Ablauf einer Dokumentenanalyse besteht aus vier unterteilten Stufen.

(1) Am Anfang steht eine klar formulierte Fragestellung. (2) Es wird definiert, was als Dokument gilt. Davon ausgehend wird das Ausgangsmaterial bestimmt und das Material entsprechend gesammelt. (3) Anhand der Quellenkritik wird eingeschätzt, was die Dokumente aussagen können und welchen Wert sie für die Beantwortung der Fragestellung haben. (4) Am Ende folgt die Interpretation der Dokumente bezogen auf die Fragestellung (vgl. ebd.: 48f.).

Die Fragestellung (1) für die Rekonstruktion ist bereits bekannt. Kurz gesagt soll herausgefunden werden «wie, wo und wann die Sozialen Organisationen im Prozess der Revision des SHG in Bern aktiv waren, respektive gewirkt haben». Folgend wird nun definiert, was als Dokument, respektive als Ausgangsmaterial für diese Arbeit verwendet wird (2).

Der Start der Revision des Sozialhilfegesetzes im Kanton Bern ist bis auf das Jahr 2012 zurückzuverfolgen. Der Auslöser war eine Motion. Während der Zeit bis zur Abstimmung vom 19. Mai 2019 nahmen einige Akteurinnen und Akteure, sowie diverse Gruppen am Prozess teil. Diese Aktivitäten hinterliessen Spuren in der Öffentlichkeit. Die wohl zuverlässigsten Quellen, die tagtäglich seit Jahren über diverse Ereignisse berichten und schriftlich festhalten, sind die öffentlichen Medien. In Bern gelten die «Berner Zeitung» sowie «Der Bund» als die grössten Zeitungen, die täglich über die aktuellen Geschehnisse informieren.

«Der Bund» ist 1850 gegründet worden und nach eigener Aussage eine unabhängige liberale Tageszeitung. Simon Preisig, Redaktor Ressort Bern vom «Der Bund», erklärte in zwei Newslettern, dass «Der Bund» explizit eine Serie von Berichten zur Sozialhilfe verfasste. Simon Preisig schrieb, dass sie sich im Leitartikel zu einem Nein ausgesprochen haben,

jedoch während der Serie ebenso prominent jene Aspekte thematisierten, die für die Kürzung der Sozialhilfe sprachen, da die Sozialhilfe ein relevantes Thema ist (vgl. Preisig 2019a) und (vgl. Preisig 2019b)³. «Der Bund» besitzt beispielsweise zusätzlich die Sparte «Stadtgespräch», wo die Leserschaft zu aktuellen Themen Fragen diskutieren kann. Auch Fabian Christl, Redaktor von «Der Bund» hat sich, wie sich später herausstellt, ausführlich journalistisch mit dem Thema Sozialhilfe auseinandergesetzt.

Da sich «Der Bund» in einer ausführlicheren Weise mit der Sozialhilfe auseinandergesetzt hat, wurden daher seine Artikel für die Rekonstruktion als Ausgangsmaterial (2) verwendet.

Bei der Wahl der Zeitung gilt es zu beachten, dass die Aussagen der Dokumente (3), aufgrund der persönlichen Perspektive der Journalisten und der Ausrichtung der Zeitung nur einen gefilterten Blick auf das Geschehen(e) ermöglichen. Aus diesem Grund wurde für die Rekonstruktion auch auf die angedeuteten Originaldokumente zurückgegriffen. Dadurch wird eine möglichst sachliche Rekonstruktion ermöglicht.

Um eine solche Rekonstruktion zu ermöglichen, wurden in einem ersten Schritt alle digital auffindbaren Zeitungsartikel von «Der Bund» zum Thema Sozialhilfe durchsucht. Dies geschah primär über die Suchfunktion auf ihrer Webseite und den Schlagwörtern: «Sozialhilfe», «Sozialhilfe Kürzung», «AvenirSocial», «Verkehrt», «Pierre Alain Schnegg» und «Demonstration». Während der Rekonstruktion wurde ersichtlich, dass die Suchfunktion lediglich Schlagwörter vom «Titel» und dem «Lead» berücksichtigt. Dennoch wurden rund 200 Artikel im Zeitraum zwischen September 2013 – Juni 2019 gefunden. Die gefundenen Artikel, Berichte und Interviews wurden auf einer Excel Liste gesammelt, welche unter «Anhang 2» aufzufinden ist. Die Liste ermöglichte eine erste grobe Übersicht und die chronologische Gliederung der vorhandenen Artikel.

Für die Rekonstruktion des politischen Prozesses wurden die Artikel systematisch, im Sinne der Fragestellung und nach Aktivitäten zum Prozess durchgegangen. Die relevant erscheinenden Abschnitte wurden daraufhin in ein Worddokument kopiert. Das entstandene, über hundert Seiten lange Dokument wurde als Fliesstext anhand der Kernaussagen auf rund vierzig Seiten zusammengefasst⁴. Diese kompakte Zusammenfassung hält durch Sinnes- und Sachzusammenhänge die Komplexität des Prozesses und der Aussagen aufrechter als eine tabellarische Auflistung. Diese Rekonstruktion ist chronologisch und nach den Phasen des angepassten Policy Cycle strukturiert. Der Text beinhaltet von jedem relevanten Artikel das Datum sowie den Titel. Alle verwendeten Artikel und Dokumente sind im anschliessenden Literaturverzeichnis hinterlegt. Anmerkungen oder Ergänzungen zu beispielsweise weiteren Originaldokumenten sind in Fussnoten angegeben. Da die Revision

³ Die beiden Newsletter vom 13. und 17. Mai 2019 sind im «Anhang 1» zu finden.

⁴ Diese Zusammenfassung ist unter «Anhang 3» auffindbar.

nur ein Thema von vielen ist und es unter wechselwirkendem Einfluss zur Umwelt steht, sind in der Rekonstruktion auch Titel und Lead von Berichten aufgeführt, die einen offensichtlichen Einfluss auf den Prozess hatten. Dazu gehört beispielsweise die Revision der SKOS-Richtlinien. Trotzdem kann ein solcher Prozess (2012 - 2019) nicht ohne Reduktion der Komplexität aufs Wesentliche wiedergegeben werden. Da ich den Prozess nur am Rande und durch die Zeitungsberichte verfolgte, konsultierte ich für einen Realitätscheck eine Sitzung der Steuergruppe von «Verkehrt» als Beobachtender und führte ein Gespräch mit dem Grossratsmitglied Haşim Sancar⁵. Durch diese Beobachtung und den Austausch konnte die Rekonstruktion einem kleinen «Realitätscheck» unterzogen werden. Zudem konnte dadurch weitere Perspektiven in diese Arbeit einfließen.

1.3.2 Interpretation

Die Interpretation (4) erfolgte auf die Fragestellung hin, wo, wie und wann die Organisationen der Sozialen Arbeit aktiv waren, respektive gewirkt haben. Das Untersuchungsziel ist dabei das Aufzeigen, wie die Organisationen der Sozialen Arbeit bei der Gesetzesrevision aktiv gewesen sind und wann sie gewirkt haben. Da diese Arbeit von einem systemischen Weltbild geprägt ist, wird davon ausgegangen, dass während dem politischen Prozess die beteiligten Organisationen der Sozialen Arbeit in Wechselbeziehung mit anderen Akteurinnen und Akteuren standen. Damit eine gewisse Komplexität ermöglicht wird, wird für die Beantwortung der Forschungsfrage auch gefragt, wie, wo und wann andere Akteure in diesem politischen Prozess gewirkt haben. Für die Interpretation wurde aus der vorhandenen Rekonstruktion einerseits die Schlüsselmomente herausgearbeitet und diese im Kontext des Geschehens andererseits interpretiert. Anschliessend wurden die daraus gewonnenen Erkenntnisse in der Schlussdiskussion behandelt. Um überhaupt über die Rekonstruktion und die daraus entstandenen Erkenntnisse diskutieren zu können, bedingt es den noch fehlenden Rahmen des Policy Cycles. Dieses Modell wird im folgenden Kapitel vorgestellt.

⁵ Die Beobachtungsnotizen und die Notizen aus dem Gespräch sind im «Anhang 7», respektive «Anhang 8» auffindbar.

2 Policy Cycle

Der Begriff «Politik» lässt sich vom griechischen Stadtstaat der Antike «polis» ableiten. Anknüpfend zu diesem Wortursprung bezeichnet «Politik» das Handeln des Staates und das Handeln in staatlichen Angelegenheiten (vgl. Blum/Schubert 2017: 9).

Nach Klaus Schubert und Martina Klein (2016: 237) meint Politik in modernen Demokratien drei Tätigkeiten: Aktives Handeln, mit der Motivation die staatliche Macht zu beeinflussen, sowie den Erwerb von Führungspositionen und die Ausübung von Regierungsverantwortung. Werner Jan und Kai Wegrich (2003: 71) verstehen Politik zudem als eine logisch konzipierte Abfolge von Schritten, welche mit der Artikulation und der Definition von Problemen beginnt und irgendwann mit der verbindlichen Festlegung von politischen Massnahmen und Programmen endet.

Der Policy Cycle ist in der Policy-Forschung respektive in der Politikfeldanalyse zu verordnen. Blum und Schubert (2017: 4) verwenden die Begriffe Politikfeldanalyse, Policy-Analyse und Policy-Forschung in ihrem Buch «Politikfeldanalyse – eine Einführung» gleichbedeutend. Dies ist auch in dieser Bachelorthesis der Fall.

Politikfeldanalyse wird als politikwissenschaftliche Teildisziplin verstanden, die spezifische Fragen an die effektiven Handelnden in der Politik stellt und das gesammelte Wissen durch Analyse wieder «für die Politik» zur Verfügung stellt (vgl. ebd.: 3). Nach Schubert und Bandelow (2003: 4) fragt die Politikfeldanalyse danach, was politische Akteurinnen und Akteure tun, warum sie es tun und was sie letztlich bewirken. Das Ziel der Politikfeldanalyse ist es unter anderem, den konstruktiven Dualismus zwischen Praxis und Theorie in der Politik durch eine Wirklichkeitsorientierung zu überwinden (vgl. Blum/Schubert 2017: 20). Nach Blum und Schubert (ebd.: 15f.) hat die Politikfeldanalyse das Ziel, explizit normative Vorgaben für eine bessere Politik zu treffen und der politischen Praxis beratend zur Seite zu stehen. Sie will sowohl Wissenschaft sein wie auch die Problemlösung.

Nicht nur die Soziale Arbeit will scheinbar Probleme lösen. Dieses Dilemma zwischen Theorie und Praxis scheint ebenso nicht nur in der Profession der Sozialen Arbeit ein essenzielles Thema zu sein. Des Weiteren geht die Policy-Forschung der Frage nach, wie Strukturen und Prozesse den politischen Inhalt beeinflussen.

Die Idee der Policy-Forschung ist in der philosophischen Strömung des Pragmatismus zu verordnen, der um die Wende zum 20. Jahrhundert in den USA entwickelt wurde. Unter Pragmatismus wird im Alltagsgebrauch ein praktisches, unkompliziertes Handeln verstanden, welches unmittelbar Lösungen anstrebt. Dieses Handeln ist jedoch frei von grossen Ambitionen und höheren Idealen. Zusätzlich hat die Policy-Forschung ihren Ursprung im

Pluralismus. Dabei wird die Wirklichkeit als eine unübersehbare Vielfalt von Dingen, Erfahrungen und Eigenschaften angesehen. Diese Offenheit und Komplexität bieten die Grundlage dafür, dass die Welt veränderungs-, verbesserungsfähig und gestaltbar ist. Die Komplexität wird positiv bewertet. Das Individuum und sein Handeln rücken in den Mittelpunkt, an denen sich gesellschaftliche und politische Arrangements zu bewähren haben. Das Individuum wirkt an deren Verbesserungen und Gestaltung mit. Daher muss nach Blum und Schubert sich die Wissenschaft im pragmatischen Sinne stets an der Wirklichkeit orientieren, während sie zugleich im pluralistischen Sinne an deren Verbesserung und Gestaltung mitwirkt (vgl. ebd.: 15ff.).

Um ansatzweise die Wirklichkeit zu verstehen, gibt es verschiedene Phasenmodelle, die versuchen, diese zu beschreiben. Ein gemeinsamer Ausgangspunkt in der Policy-Forschung ist nach Jann und Wegrich (2003: 71f.) eine in den siebziger und achtziger Jahren aufkommende Neukonzipierung des Begriffes Politik. Politik versucht gesellschaftliche Probleme zu be- und verarbeiten. Dieser Prozess wird «Policy-Making» genannt. Dabei führt diese Interpretation von Politik zu einer inhaltlichen und methodischen Umorientierung der Politik- und Verwaltungswissenschaft, wodurch «Policy-Making» als ein sequentieller Prozess der Formulierung und Umsetzung von Politikinhalten angesehen wird. Durch die Umorientierung wurde die klassische Trennung der Dimensionen in der Politik eingeführt, auf die sich die Politikanalyse bezieht:

Politische Strukturen und Institutionen (Polity) bilden den Rahmen. Innerhalb diesem finden die politischen Prozesse (Politics) statt. Diese Prozesse haben konkrete Inhalte (Policy) als Gegenstand (vgl. Blum/Schubert 2017: 12). Im Gegensatz zum Begriff «Politics», welcher den Aspekt der politischen Auseinandersetzung, also den eigentlichen Konflikt, wie auch die Verhandlungen und Konsensbildung bezeichnet, beschreibt der Begriff «Policy» (Mehrzahl: «Policies») den inhaltlichen Aspekt von Politik, daher einen oder mehrere konkrete Inhalte. Damit ist die wirkliche Sache, um die es geht, gemeint, also den materiellen Gegenstand, um den es bei politischen Auseinandersetzungen und Entscheidungen geht (vgl. ebd.: 3). Nach Schubert und Bandelow (2003: 5) bezieht sich der Begriff «Policy» auch auf die Lösung des Problems, auf die man sich während des Prozesses (Politics) geeinigt hat. In dieser Bachelorthesis ist die Policy die Revision des Sozialhilfegesetzes.

2.1 Policy-Cycle

Der amerikanische Politologe Harold D. Lasswell gab mit seiner 1956 vorgeschlagenen Unterteilung der Prozesse des Policy-Makings in sieben Phasen (intelligence, promotion, prescription, invocation, application, termination, appraisal) den ursprünglichen Anstoss,

den politischen Prozess als eine Folge von Phasen der Problemverarbeitung darzustellen und zu analysieren. Das sieben-phasige Modell stellt die Grundlage aller weiteren Phasenmodelle dar (vgl. Jann/Wegrich 2003: 74f.). Daher und trotz der kontinuierlichen Alternativen ist die in den Anfängen der siebziger Jahre von Jones und Anderson propagierte Unterteilung in «Agendasetting», «Policy Formation», «Adaption», «Implementation» und «Evaluation» bis heute Standard (vgl. ebd.: 75f.). Werner Jann und Kai Wegrich (ebd.: 77) zeigen in ihrem Kapitel anhand einer eigenen erstellten Tabelle die unterschiedlichen Phasenmodelle des Policy Makings auf.

Der Policy Cycle ist nach Sonja Blum und Klaus Schubert (2017: 153f.) das wohl einflussreichste und am häufigsten angewandte Modell der Politikfeldanalyse. Dieses Modell gibt darüber Auskunft, wie sich politische Prozesse sinnvoll untersuchen und analysieren lassen. Dieses Phasenmodell stellt eine Möglichkeit dar, um politische Prozesse sowie deren Abläufe und Dynamiken sinnvoll vorzustellen und zu strukturieren, zu untersuchen und zu analysieren. Der Policy Cycle ist ein heuristischer Orientierungsrahmen. Durch die Heuristik bietet das Phasenmodell zielgerichtet Erkenntnis über politische Prozesse. Zugleich lassen sich die einzelnen Phasen jedoch nur in der Heuristik klar voneinander trennen. In der politischen Praxis kommt es zu Überlappungen, anderen Reihenfolgen oder gar zum Wegfall einzelner Phasen. Daher liefert der Policy Cycle nach Aussagen von Blum und Schubert (ebd.: 223) zwar Orientierung und eine mögliche Strukturierung, jedoch keine Erklärung oder Ursache für den politischen Wandel. Der Policy Cycle beschreibt lediglich den politischen Prozess und ist somit rein deskriptiv (vgl. ebd.: 276).

Die kreisförmige Darstellung, wie sie in Abbildung 1 ersichtlich ist, verdeutlicht den idealtypischen Ablauf des Policy Cycles. Policy-Prozesse weisen eher selten einen klaren Anfang und einen eindeutigen Schluss auf, da Policies ständig formuliert, durchgeführt, evaluiert und verändert werden und sie sich in einem vielfältig verflochtenen Prozess befinden. Aus diesem Grund können die Phasen des Policy-Making nicht nur als eine logisch und zeitlich lineare Abfolge aufgefasst werden. Anhand

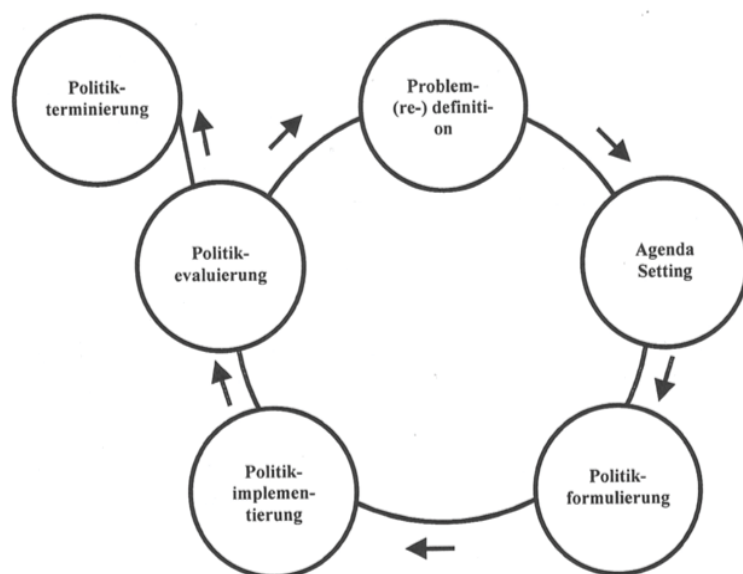


Abbildung 1 Idealtypischer Policy Cycle nach Jann/ Wegrich 2003: 82

dieser Betrachtung des Policy-Making wird die Aufmerksamkeit auf eine weitere Besonderheit gelegt - dass nämlich Policies in der Regel nicht im luftleeren Raum entstehen. Sie treffen fast immer auf bereits bestehende. Policies, welche sich ergänzen, modifizieren oder mit diesen negativ interagieren respektive konkurrieren (vgl. Jann/Wegrich 2003: 81f.). Diese Arbeit verwendet den von Jann und Wegrich dargestellten Policy Cycle (Abbildung 1). Dieser beinhaltet die sechs Phasen: Problem(re-)definition, Agenda Setting, Politikformulierung (und Entscheidungsphase), Politikimplementierung, Politikevaluierung und Politikterminierung. Diese werden folgend ausführlicher erläutert.

2.1.1 Problem(re-)definition

Die «Problemwahrnehmung» wird im politischen Handeln im Sinne von Policy-Making als erster Schritt vorausgesetzt. Nach Jann und Wegrich (ebd.: 83) muss ein soziales Problem als solches definiert werden und die Notwendigkeit eines gesteuerten Eingriffs artikuliert werden. Nur dadurch kann ein Problem überhaupt wahrgenommen werden.

Die Zusammenhänge zwischen einem existierenden Problemdruck und dem wahrgenommenen Handlungsbedarf sind nicht starr, sondern teilweise können sich beide sogar völlig konträr verhalten, so Blum und Schubert (2017: 154f.). Sie zeigen auf, dass zu Beginn häufig ein spezifisches politisches Problem oder Defizit besteht. Dieses Problem wird durch politische oder gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure versucht zu thematisieren und in einem zweiten Schritt auf die politische Agenda gesetzt.

Ein objektiver Problemdruck entscheidet wenig über die wahrgenommene Relevanz eines Problems. Beispiel Umweltschutz: Ein Sachverhalt wird erst als Problem wahrgenommen, wenn nach normativen Grundsätzen eine Differenz zwischen Ist-Zustand und Soll-Wert auftritt (vgl. ebd.: 162f.). Politische Probleme können nach Blum und Schubert (ebd.) sozial konstruiert sein. Aus diesem Grund können Studien und Indikatoren helfen, einen stärkeren Realitätsbezug herzustellen. Dadurch kann teilweise auf «objektives» Fachwissen zurückgegriffen werden. Trotzdem schützen statistische Indikatoren nicht vor Unstimmigkeiten unterschiedlicher Problemwahrnehmungen (vgl. ebd.: 163). Der Schluss daraus ist, dass Probleme definiert werden können, egal ob dies objektiv oder konstruierend geschieht.

Für eine effektive Verarbeitung ist eine eingängige und spezifische Problemdefinition von Nöten. Dabei entstehen eine Einschränkung und eine Abgrenzung des Problemkomplexes. Dies ist bereits ein politischer Prozess, in dem die Präferenzen, Handlungskapazitäten und Problemlösungsphilosophien der zentralen Akteurinnen und Akteure eine wichtige Rolle spielen (vgl. Jann/Wegrich 2003: 84). Die ursprüngliche Problemlage befindet sich daher gegen Ende dieser Phase in einer gefilterten Form. Diese wird von politischen oder gesellschaftlichen Handelnden thematisiert. Der allgemeine Kontext des Problems wird von den

entsprechenden politischen Instanzen identifiziert. Daraus stellen sie eine Ziel- und Prioritätensetzung auf. In diesem Prozess eingeschlossen sind Kontakte und Verhandlungen zwischen den Beteiligten des politisch-administrativen Systems (PAS) einerseits und den relevanten Interessensgruppen andererseits (vgl. Blum/Schubert 2017: 165f.). Im PAS wird die wechselseitige Abhängigkeit, kurz Interdependenz, zwischen Politik und der Verwaltung nicht mehr hinterfragt, sondern vorausgesetzt. Die Verwaltung hat insbesondere in der Phase «Politikformulierung» eine entscheidende Rolle (vgl. Jann/Wegrich 2003: 73). Während den zuvor genannten Verhandlungen informieren Expertinnen und Experten aus ihrer Sicht über die Lage. In den Massenmedien und sozialen Netzwerken werden die Probleme diskutiert und die Politikerinnen und Politiker beziehen Stellung (vgl. Blum/Schubert 2017: 165f.). Dies kann jedoch auch in der Phase «Agenda Setting» passieren, da gerade durch Massenmedien Probleme auf der Agenda landen können.

Jann und Wegrich (2003: 84) erwähnen hierbei, dass der Übergang von der «Problemwahrnehmung» auf die «Agenda» ein mehrstufiger Prozess ist. Dabei kommt es durch die begrenzte Problemwahrnehmungs- und Bearbeitungskapazität des PAS zu einer erheblichen «Selektion». Blum und Schubert (2017: 165f.) bestätigen diese Ansicht, indem sie erklären, dass nicht alle wahrgenommenen Probleme von Akteurinnen und Akteuren auf die «Agenda» rücken. Damit das als relevant wahrgenommene Problem weiter bearbeitet wird, muss es in der nächsten Phase «Agenda Setting» auf die politische Tagesordnung gesetzt werden (vgl. Jann/Wegrich 2003: 83).

2.1.2 Agenda Setting

Im «Agenda Setting» werden die Policies durch das PAS festgelegt, priorisiert und terminiert, das heisst umformuliert, bis wann eine Lösung gefunden werden muss. Mit diesem Übergang in die Phase des Agenda Settings und in das politische-administrative System, wird das Thema aus der Öffentlichkeit in einen geschlossenen Kreis übernommen. Es findet eine «Entöffentlichung» statt (vgl. Blum/Schubert 2017: 166f.). Jann und Wegrich (2003: 83) betonen, dass die öffentliche Agenda der Massenmedien und Fachöffentlichkeit von der politischen Agenda innerhalb des PAS zu unterscheiden ist. Nach Aussage von Christoph Knill und Jale Tosun (2015: 76) erhalten viele Themen, die auf der offiziellen Regierungsagenda stehen, in der Öffentlichkeit kaum Aufmerksamkeit, wohingegen viele Anliegen aus der Öffentlichkeit nicht auf die offizielle Agenda gelangen. Daher kommt es aus Sicht von Jann und Wegrich (2003: 84) vor, dass das formelle «Agenda Setting» häufig innerhalb eines Kreises von Interessensgruppen, Experten und/oder Ministerialbürokratie stattfindet, in dem die Öffentlichkeit nur am Rande oder gar nicht beteiligt ist.

Trotz der vielen möglichen Themen können politische Entscheidungsträgerinnen und -träger ihre Aufmerksamkeit lediglich einer begrenzten Anzahl an Themen widmen, so Blum und Schubert (2017: 166f.). Die Aussage von Jann und Wegrich (2003: 83) unterstützt diese Feststellung, indem sie schreiben, dass nicht alle Probleme im gleichen Mass Aufmerksamkeit der politischen Akteurinnen und Akteure erhalten. Sie betonten, dass manche Probleme überhaupt nicht wahrgenommen werden. Daher ist Aufmerksamkeit ein knappes Gut. Aus diesem Grund sind die Faktoren entscheidend wichtig, die darüber bestimmen, welchen Themen sich politische Entscheidungsträgerinnen und -träger zuwenden, sowie wer die Themen auf die politische Agenda⁶ setzt (vgl. Blum/Schubert 2017: 167f.).

Auch andere, teils unvorhersehbarere Faktoren wie Unfälle, Naturkatastrophen oder Kriege beeinflussen das Agenda Setting, wodurch Themen von einem auf den anderen Tag auf die Agenda gebracht werden können (Beispiel: Wurde der Atomausstieg in Deutschland in der Umweltpolitik nach Fukushima 2011 gepusht). Es gibt auch Themen, die zyklisch wiederkommen: Beispielsweise können bestimmte Themen aufgrund des wirtschaftlichen Konjunkturverlaufs auf die Agenda treten. In rezessionsgeprägten Zeiten können Umstände wie *Abbau der Arbeitslosigkeit* und in Zeiten eines wirtschaftlichen Aufschwungs *gerechte Teilhabe aller am Erfolg* im Fokus stehen. Auch wiederkehrende Termine wie Veröffentlichungen von neuen Daten oder Statistiken können das Agenda Setting beeinflussen (vgl. ebd.: 172f.). Diese Phase «Agenda Setting» wird in einer klassischen Sichtweise als Filter konzeptualisiert. Dabei können wichtige gesellschaftliche Probleme von der politischen Tagesordnung ausgeschlossen werden und systematisch vom PAS ignoriert werden. Das kann dabei als Ergebnis der Machtverteilung verstanden werden (vgl. Jann/Wegrich 2003: 83f.). Dieser Selektionsprozess darf nach Jann und Wegrich nicht als eine rationale Auswahl zwischen verschiedenen Problemen verstanden werden.⁷ Im Hinblick auf Selektion, Prioritätensetzung und der Strukturierung des Policy-Problems sind die beiden Phasen «Problemwahrnehmung» und «Agenda Setting» wichtige politische Prozesse, in denen elementare Vorentscheidungen getroffen werden. Diese Vorentscheidungen hinsichtlich der Handlungsstrategien werden bewusst oder unbewusst gefällt (vgl. ebd.: 83). Bei der Untersuchung von Prozessen des Agenda Settings richtet sich der analytische Blickwinkel daher auf (soziale) Probleme als mögliche Gegenstände politischen Problemlösungshandelns und auf die Frage, wie diese identifiziert und definiert werden (vgl. ebd.).

⁶ Empfehlenswert: Jann und Wegrich beschreiben im selben Buch (S. 85) verschiedene Typen des Agenda Settings.

⁷ Weiterführend zu diesem Thema ist die von James March und John P. Olsen entwickelte organisationswissenschaftliche Entscheidungstheorie «Garbage-Can-Modell». Dieses versteht die Durchsetzungschance einer spezifischen Policy eher als zufälliges Zusammentreffen dreier Ströme: Problemstrom, Lösungsstrom und Akteurenstrom. Durch dieses Zusammentreffen öffnet sich ein «Policy-Window».

2.1.3 Politikformulierung und Entscheidung

Ist ein Problem bis zu dieser Phase angelangt, hat es bereits zahlreiche Hürden überwunden. Nun geht es darum, die Problemsituation, die in den vorherigen Phasen ausgemacht wurde, einzuschätzen. Daher muss festgestellt werden, was genau beim aufgetretenen Problem einer Lösung bedarf. Daraus werden bestimmte Ziele, Mittel und Wege, um diese Komplikation zu lösen, also Handlungsalternativen oder konkrete Handlungsvorschläge entwickelt. Wurde oder wird dabei die falsche Problemreduktion getätigt, könnte dies falsche Ziele anstreben, wodurch wahrscheinlich keine Verbesserung des Ausgangsproblems eintreffen wird (vgl. Blum/Schubert 2017: 176). Um dieses Problem zu lösen, müssen konkrete Programme und Steuerungsinstrumente entwickelt werden (vgl. ebd.: 155). Daher werden aus den definierten Problemen und Forderungen Vorschläge für staatliche Programme formuliert. Dazu sind die Formulierungen politischer Ziele und die Diskussion der unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten wichtige Aspekte (vgl. Jann/Wegrich 2003: 85). Nach Blum und Schubert (2017: 176) nimmt die Zahl der engagierten politischen und gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure ab. Dem Parlament und der Regierung kommen jedoch ab diesem Zeitpunkt die wichtigeren Funktionen zu. Nach Jann und Wegrich (2003: 88) stellt sich eine weitere wesentliche Frage in der Politikformulierung: Wie sieht die mögliche und sinnvolle wissenschaftliche Beratung und Unterstützung aus?

Am Ende dieser Phase stehen konkrete Massnahmen, Programme oder Steuerungsinstrumente (vgl. Blum/Schubert 2017: 178f.). Nach Jann und Wegrich (2003: 79) können Programme Gesetze oder Verordnungen sein, jährliche Budgets, Regierungserklärungen oder auch geringere politische Pläne oder Willenserklärungen. Oft gibt es ihrer Ansicht nach keine eindeutigen und einfachen Programme. Es gilt, je geschlossener das Politikfeld gegenüber neueintretenden Akteurinnen und Akteuren⁸ ist, desto eher wird es nur zu instrumentellen Änderungen und nicht zu einem substanziellem Politikwandel kommen (vgl. Blum/Schubert 2017: 181).

In der Phase der Entscheidungsfindung⁹ des Policy Cycle befinden sich nach Blum und Schubert (ebd.: 182–184) alle unmittelbar zur politischen Entscheidung führenden Schritte und Auswahlprozesse. Aus diesem Grund gehört die «Entscheidungsphase» zur «Politikformulierungsphase». In der «Entscheidungsphase» kommen keine neuen Handlungsalternativen dazu. Aus den bestehenden wird eine Problemlösung ausgewählt. Diese Phase

⁸ Empfehlenswert: Beim formellen Festlegen staatlicher Policies sind staatliche Akteurinnen und Akteure immer noch unverzichtbar. Jedoch gelangen in der Politikwissenschaft Mechanismen der Selbstregulierung in den Fokus. Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf haben darüber ein Buch geschrieben: «Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung»

⁹ Empfehlenswert: Blum und Schubert beschreiben im selben Buch (S. 229) verschiedene Stile der Entscheidungsfindung.

ist nach wie vor von Aushandlungsprozessen geprägt. Dabei muss unter anderem geklärt werden, auf welcher staatlichen Ebene und von welcher Behörde die Verhandlung weitergeführt wird und welche anderen Akteure mit einbezogen werden, sowie welche Finanzausstattung vorgesehen ist. Zusätzlich stellt sich die Frage, wer das weitere Vorgehen festlegt und ob es ein Gesetz erfordert oder eine Verordnung (vgl. ebd.: 186). Nun reduziert sich die Anzahl der Beteiligten auf die politischen Entscheidungsträger (vgl. ebd.: 182–184). Nach Volker Schneider und Frank Janning (2006: 57) spielen Auskunft über Kriterien wie Effizienz und Effektivität, also wie wirksam das Problem und wie möglichst kostenarm dies bekämpft werden kann, eine wichtige Rolle bei der Entscheidung für eine Handlungsalternative. Normative Überlegungen können dabei zwar eine Orientierung an rationale Merkmale geben, jedoch verfügen politische Entscheidungsträger oftmals gar nicht über dieses entsprechende Wissen. Dabei werden die Kosten und Nutzen einer Problemlösungsstrategie abgeschätzt (vgl. Blum/Schubert 2017: 178f.). Regierungswechsel können aus der Sicht von Blum und Schubert (ebd.: 188) beispielsweise ebenso zu Möglichkeitsfenstern führen, wodurch Entscheide zentral beeinflusst werden.

Einen weit grösseren Einfluss als die Entscheidungsprozesse in der parlamentarischen Arena haben die Prozesse innerhalb von Policy-Netzwerken, dies zeigt nach Schneider (1992: 111–133) die Policy-Forschung auf. Ein mehr oder weniger offener, umfangreicher und häufig informeller Verhandlungs- und Austauschprozess passiert scheinbar oft vor der formellen Entscheidung über eine Policy.

Jan und Wegrich (2003: 87) betonen, dass sich Entscheidungsprozesse eher als Verhandlungsprozesse in Politiknetzwerken zwischen Akteurinnen und Akteuren darstellen. Die Interessenkonstellationen und Einflussverteilung zwischen den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren bestimmen daher das Ergebnis mehr als die rationale Alternativauswahl.

In den Policy-Netzwerken überwiegen oft kooperative Handlungsformen, wobei das Eintreten in ein solches Netzwerk eher einen konfliktreichen Auseinandersetzungsprozess darstellt (vgl. ebd.). Dabei gilt zu erwähnen, dass die Akteurinnen und Akteure über Ressourcen, Strategien und Zugänge zu den entsprechenden Netzwerken und politischen Arenen verfügen, welche sie gezielt einsetzen können.

Die materiellen Rahmenbedingungen einer Policy können aufgrund von Ressourcenknappheit die Durchsetzbarkeit und Handlungsoptionen der Policy im Entscheidungsprozess beeinflussen. Auch die Knappheit von «politischer Unterstützung» als Ressource wirkt auf den Entscheidungsprozess. Zudem spielt auf prozessualer Ebene in der politischen Arena die Verteilung des Einflusses zwischen unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren eine zentrale Rolle (vgl. ebd.: 87f.). Am Ende dieser Phase entsteht eine abschliessende verbindliche Entscheidung per Abstimmung. Grundsätzlich gibt es drei Arten von Entscheidung: Positiv, Negativ oder keinen Entscheid (vgl. Blum/Schubert 2017: 182–184).

2.1.4 Implementierung

Bis jetzt existieren die Gesetze und Steuerungsinstrumente nur auf dem Papier. In der Phase «Implementierung» werden politische Absichten in messbare Taten umgesetzt. Es ist heute nicht mehr so, wie die vorherrschende Meinung bis in die 1970er war, dass alles, was der Staat beschliesst, auch umgesetzt wird (vgl. ebd.: 191). Jann und Wegrich (2003: 89) schreiben dazu, dass die Entscheidung für eine Handlungsoption und der Verabschiedung eines politischen Programmes noch keine Durchführung der Instanzen und noch kein praktisches Handeln im Sinne der Policy garantiert. Oftmals ist es die Verwaltung, die das Programm nach dem Entscheid umsetzen muss. Daher kommt ihr eine massgebende Rolle zu, wie gut ein Programm umgesetzt wird.

Was begünstigt, beziehungsweise behindert eine effektive Umsetzung von Programmen? An welcher Stelle des Implementierungsprozesses kommt es zu Abweichungen des Zielkatalogs? Um dies zu erklären gibt es zwei Seiten. Die eine vertritt den Top-down-Ansatz (Gesetzgeberperspektive), welche in diesem Zusammenhang fordert, dass die Mechanismen erörtert werden, die der Politik eine effektivere Implementierung ermöglichen und die andere Seite mit dem Bottom-up-Ansatz suchte/ analysierte die Ursache der auftretenden Schwierigkeiten bei den am Umsetzungsprozess beteiligten Akteuren. Heute sind beide Ansichten etwa gleich vertreten (Blum/Schubert 2017: 192).

Ein Faktor, der die Implementierung beeinflussen kann, lässt sich auf die Wahl der politischen Steuerinstrumente zurückführen. Die Wahl des Steuerungsinstruments beeinflusst die Implementierung. Daraus können direkte, also geplante und erwünschte Effekte, oder auch indirekte Auswirkungen, also ganz andere, ungeplante Wirkungen entstehen.

Sonja Blum und Klaus Schubert (ebd.: 194f.) haben äusserst viele Faktoren beschrieben, welche Einfluss auf die Implementationsphase haben. Es scheint jedoch unklar zu sein, welche Faktoren genau die Implementierung in welchem Masse beeinflussen. Dies gilt es für die «Implementierung» nach Blum und Schubert noch herauszufinden.

2.1.5 Evaluierung und Terminierung

Im Policy Cycle hat die Phase «Evaluierung» eine Art wünschenswerte oder idealtypische Bedeutung. Zudem finden Evaluationen keineswegs nur am Ende des Prozesses statt, sondern auch an einigen anderen Stellen. Das Interesse der Beauftragten der Aus- und Durchführung von Programmen spiegelt nicht immer das Interesse der Verantwortlichen wieder. Beispielsweise handelt es sich beim Auswerten von Wahlen um eine pauschale Evaluation, woraus sich weder einzelne politische Massnahmen bewerten noch eindeutige Schlussfolgerungen ziehen lassen. Die Evaluierung meint im politikwissenschaftlichen Sinne die Bewertung der Massnahmen. Zu deren Zweck werden Massstäbe,

Standards und Methoden entwickelt. Dabei besteht die Absicht, die Wirkung und die Zielerreichung politischer Programme zu beurteilen und zu erreichen. Daher wird in dieser Phase nach den Resultaten und den tatsächlichen Wirkungen gefragt. Dabei entscheidet Ziel und Zweck der Evaluierung über deren Design (vgl. ebd.: 195–198).

Anhand systematischer Evaluierungen von politischen Massnahmen kann politisches Lernen stattfinden. Somit können eine höhere Zielerreichung und eine Verbesserung der politischen Programme erreicht werden. Zusätzlich können Verwaltung und Politik durch die ausgewerteten Ergebnisse Kenntnisse über die konkreten Folgen ihres Handelns erlangen (vgl. ebd.: 199f.). Am Grad der Zielerreichung oder an der Höhe der Kosten kann gemessen werden, wie der Nutzen eines Programmes ist (vgl. ebd.). Jann und Wegrich (2003: 92) betonen, dass Policies und staatliche Aktivitäten zumindest die Verarbeitung von gesellschaftlichen Problemlagen oder idealerweise einen Beitrag zu deren Lösung leisten sollen. Anhand der Auswertung und der öffentlichen, inner-administrativen, politischen oder wissenschaftlichen Bewertung einer Massnahme wird entschieden, ob der Prozess abgeschlossen (terminiert) werden kann (vgl. Blum/Schubert 2017: 201). Daran schliesst Jann und Wegrich's (2003: 94) Aussage an, dass finanzielle Engpässe oder auch Gelegenheitsfenster, wie zum Beispiel im Zuge eines Regierungswechsels, Auslöser für die Terminierung einer Policy sein können.

Wenn jedoch Defizite festgestellt werden, kommt die Policy zu einer vorhergehenden Phase und wird dementsprechend umformuliert (Re-formulierung), so Blum und Schubert (2017: 201). Aus diesem Grund wird das Modell Policy Cycle genannt, da die Policy durch die «Re-Formulierung» den gesamten Prozess wieder von neuem beginnt, wie in Abbildung 1 ersichtlich ist. Anhand der Ergebnisse aus einem Evaluationsprozess kann es zu unterschiedlichen Formen politischen Lernens kommen. Dieses politische Lernen kann verschiedene Rückwirkungen auf die Problemwahrnehmung und den anschliessenden Policy Cycle haben. Daher ist es für Jann und Wegrich (2003: 93) denkbar, dass durch erfolgreich evaluierte Handlungsprogramme genau diese Programme verstärkt werden, wohingegen schlecht ausfallende Handlungsprogramme geschwächt werden. Dieses Muster zeigt sich ebenso im Grundkonzept des «Modellversuchs». Dabei wird eine neue Massnahme zunächst nur in einem zeitlich und sachlich oder räumlich eingeschränkten Rahmen angewendet. Fällt die Wirkungsbilanz positiv aus, wird die Massnahme ausgeweitet. Diese Versuche in einem kleinen und abgegrenzten Setting (Modellversuch) stellen eine Form von konfliktminimierender Entscheidungsfindung dar. Dadurch werden die problematischen Entscheidungssituationen einerseits abgeschwächt und andererseits vertagt, um sie «entscheidungsreif» zu machen (vgl. ebd.). Durch die Evaluierung oder Terminierung kann sich der Kreis des Policy Cycles schliessen.

2.1.6 Kritik am Phasenmodell

Der Policy Cycle ist problemorientiert und betrachtet den Prozess. Dadurch überwindet dieses Modell zwar ein Stück weit die Debatte, ob es die politischen Akteurinnen und Akteure sind, die frei auf soziale Missstände reagieren, um diese zu steuern, oder ob ihr Handeln eingebettet und geprägt ist durch die sie umgebenden Strukturen und Ordnungen (vgl. Blum/Schubert 2017: 203). Durch die Prozesshaftigkeit des «Policy Cycles» bildet er einen Orientierungsrahmen, um den «Policy-Prozess» in verschiedenen Phasen zu betrachten (vgl. ebd.: 202). Diese Strukturierung basiert jedoch auf der Fehlannahme, dass der politische Prozess stringent spezifische voneinander getrennte Phasen durchlaufen. Einzelne Phasen können sich überlappen und überschneiden, wie auch wegfallen (vgl. ebd.). Dies sehen auch Jann und Wegrich (2003: 96) anhand der Implementationsforschung so, welche zunehmend deutlich gemacht hat, dass in der politischen Praxis keine eindeutige Trennung der Phasen stattfindet. So kann der Policy Cycle durch den heuristischen Charakter auch keine Zusammenhänge, also Kausalitäten, aufzeigen. Dadurch, dass der Policy Cycle keine Verknüpfungen von aufeinander bezogenen Aussagen macht, ist er nach Blum und Schubert (2017: 203f.) kein theoretischer Ansatz. Ihrer Ansicht nach sollten zusätzliche methodische und theoretische Ansätze bezüglich des Modells «Policy Cycle» als Hilfsmittel angesehen und nach Erkenntnisinteresse und Fragestellung herangezogen werden. Daher sind sie der Meinung, dass es nicht notwendig ist, dass der «Policy Cycle» Antwort auf alle Fragen gibt.

Der Policy Cycle ist rein beschreibend, also deskriptiv und wenig analytisch. Jedoch können keine Hypothesen daraus gezogen werden, da der ergänzende theoretische Ansatz fehlt. Das Phasenmodell hat aufgrund der Heuristik lediglich das Ziel, zu ordnen, zu strukturieren und die Komplexität zu reduzieren (vgl. ebd.: 204). Erst durch die Sequenzierung der Politikgestaltung kann deren Komplexität und Heterogenität einerseits reduziert und andererseits in sinnvollere, handhabbare Schritte aufgeteilt werden. So kann der «Policy Prozess» den Forschern richtig zugänglich gemacht werden. Der Nachteil der Reduzierung der Komplexität ist, dass das «Policy Making» dadurch als zu einfach und problemlos erscheinen kann, so Blum und Schubert (ebd.: 205). Auch Jann und Wegrich (2003: 97) kritisieren, dass das Phasenmodell zu einem «oversimplified» und unrealistischen Weltbild führt. Es scheint nur noch darauf anzukommen, Programme zu entwickeln und diese am Laufen zu halten, was «Policy Making» zu einfach wirken lässt.

Dem Policy Cycle liegt eine anhaftende top-down «Gesetzgeberperspektive» zu Grunde. Dadurch wird Politik als hierarchische Steuerung übergeordneter Instanzen konzipiert. Dabei wird vernachlässigt, dass die Politik auch als ein Netzwerk betrachtet werden kann, worauf Lobbyistinnen und Lobbyisten, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Medien und

viele mehr Einfluss nehmen können (Bottom-up). Zudem betrachtet der Policy Cycle «einzelne» Programme und Entscheidungen unabhängig von anderen Programmen. Andere Policies, welche auf das einzelne Programm einwirken können, werden ignoriert. Die Interaktion zahlreicher Programme, Gesetze und Normen und deren parallele Implementierung und Evaluation gerät so gar nicht erst in den analytischen Blick der Policy-Forschung (vgl. ebd.: 96). Ebenso ignoriert der Policy Cycle parallellaufende Interaktionen von anderen Zyklen und Akteurinnen und Akteuren. Bereits die Annahme von klar abgrenzbaren Politikfeldern sei nach Jann und Wegrich (ebd.: 97) wirklichkeitsfremd.

Trotzdem hat der Policy Cycle zur Thematisierung vieler Fragen geführt. Fragen, welche die ältere Politikwissenschaft weitgehend unbeantwortet liess (vgl. Blum/Schubert 2017: 203). Eben genau mit dieser Phasengliederung sind unterschiedliche analytische Fragestellungen und Perspektiven verbunden, die nach Jann und Wegrich (2003: 99) von hoher Relevanz bleiben. Daher können die Phasen des Policy Cycles als eine Messlatte für den relativen Erfolg, wie auch für die demokratische Qualität dieser Prozesse dienen. Dabei muss jedoch nicht von einem zeitlichen, logischen und einfachen Ablauf der Phasengliederung ausgegangen werden. Durch dieses Modell wird der Fokus insbesondere auf die politischen Impacts, also die Wirkung und den Grad der Zielerreichung politischer Massnahmen und Programme gelegt (vgl. Blum/Schubert 2017: 203).

Eine wesentliche Stärke des Modelles ist die Abkehr vom strikten Institutionen- oder Akteurenbezugs (vgl. ebd.: 202). Ein grosser Teil politischer Aktivitäten sind nach Jann und Wegrich (2003: 96f.) nicht notwendigerweise ziel- und umsetzungsorientiert, sondern weisen einen eher symbolischen und rituellen Charakter auf. Dabei geht es um Machterhalt und Handlungsfähigkeit, weniger um konkrete Policies. Daher darf nicht ausser Acht bleiben, dass der politische Prozess zwar als ein Problemlösungsprozess aufgefasst wird, jedoch dies nicht unbedingt zu jeder Zeit für die wichtigsten Akteurinnen und Akteure auch so ist. Dabei wird klar, dass die Phasenheuristik die Wichtigkeit von Ideen, Wissen, Lernen und Information im politischen Prozess unbeachtet lässt. Durch den «Policy Cycle» jedoch und den daran orientierten Untersuchungen wurde Wissen über die komplexen Voraussetzungen, wichtigen Einflussfaktoren und vielfältigen Ergebnisse über den Politikprozess generiert. Allein aus diesen Gründen bleibt aus Sicht von Jann und Wegrich (ebd.: 98) eine Orientierung am Phasenmodell eine wichtige Analyseperspektive der Policy-Forschung. Dies aber nur unter Berücksichtigung der heuristischen Funktion der Modellvorstellung, der vollzogenen Abkehr seit den 80er Jahren von der hierarchischen «Gesetzgeberperspektive» sowie die damit verbundene Öffnung für neue und andere politikwissenschaftliche Erklärungsmodelle.

2.2 Policy Cycle und das politische System der Schweiz

In diesem Kapitel wird der Policy Cycle versucht an die Eigenheiten der Schweizer Demokratie anzupassen. Zuerst werden die Grundzüge des schweizerischen politischen Systems sowie das des Kantons Bern vorgestellt. Mit diesem Grundverständnis wird darauffolgend der Policy Cycle angepasst.

2.2.1 Schweiz

Die Schweiz hat ein einzigartiges politisches System. Um zu verhindern, dass eine einzelne Person zu viel Macht erhält, wird die Macht auf verschiedene Gruppen (Beispielsweise Bundesrat und Nationalrat) aufgeteilt. Dabei wird zwischen drei Gewalten unterschieden: Die gesetzgebende Gewalt (Legislative), die ausführende Gewalt (Exekutive) und die rechtsprechende Gewalt (Judikative). In der Schweiz sind die unmittelbare Volkssouveränität und die direktdemokratische¹⁰ Bürgerpartizipation so stark ausgebaut, wie in keinem anderen Land. Auf nationaler Ebene gibt es das obligatorische Verfassungsreferendum (1848), das Gesetzesreferendum (1874), die Volksinitiative (1891) und das Staatsvertragsreferendum (1921). Diese vier Instrumente bilden bis heute den Kernbestand des direktdemokratischen Mitwirkungsrechts. Dadurch wird der Stimmbevölkerung die Funktion einer institutionalisierten Opposition zuteil. So dient die Demokratie als Ergänzung zur repräsentativen parlamentarischen Demokratie (vgl. Sager/Ingold/Balthasar 2017a: 22).

Das Gesetzesreferendum wirkt als wichtigstes Kontrollinstrument zur «Überwachung» der Regierung und des Parlaments. Im Grundsatz gibt es zwei Typen des Referendums: Das obligatorische und das fakultative Referendum. Beim ersten muss die Vorlage vor dem Inkrafttreten zwingend der Stimmbürgerschaft zur Abstimmung vorgelegt werden, wohingegen bei einem fakultativen Referendum die Stimmbürgerschaft die Beschlüsse des Parlaments selber anfechten muss (vgl. Vatter 2002: 220).

Die Möglichkeit, eine Volksinitiative zu ergreifen oder eine Referendumsdrohung einzusetzen, dient als Verhandlungspfad im politischen Prozess (vgl. Sager et al. 2017a: 23). Die Stimmbürgerschaft hat durch die Volksinitiative die Möglichkeit, eigene Vorschläge zur Abstimmung zu bringen (vgl. Linder/Wirz 2014: 145). Dieses Verhandlungspfad führt zur Integration aller wichtigen politischen Kräfte und zur Erarbeitung von Kompromisslösungen. Diese Lösungen müssen sich einer allfälligen Volksabstimmung als mehrheitsfähig erweisen (vgl. Sager et al. 2017a: 23).

¹⁰ Genau genommen «halbdirekte» Demokratie, da die Schweiz auch Elemente der repräsentativen (indirekten) Demokratie enthält.

Das Entscheidungssystem der schweizerischen halbdirekten Demokratie besteht aus drei Entscheidungsorganen: Die Regierung, das Parlament und die Stimmbürgerschaft.

Dabei schreibt die Verfassung beispielsweise vor, welche Entscheidungen das Parlament dem Volk zur Nachentscheidung vorzulegen hat. Zudem umschreibt die Verfassung die Bedingungen, unter denen eine stimmberechtigte Gruppe die Volksinitiative oder das fakultative Referendum ergreifen und dadurch eine Volksabstimmung auslösen kann. Einfach gesagt, hat das Volk die Letztentscheidung über die «wichtigsten» politischen Fragen. Das Parlament hingegen hat die Entscheidungsverantwortung über die «wichtigen» politischen Fragen und die Regierung entscheidet über Fragen von «geringer Wichtigkeit».

Diese Kompetenzordnung bildet ein Selektionssystem, um das Dilemma zwischen der Utopie einer direkten Demokratie in allen Entscheidungen und der unbefriedigten Realität repräsentativer Demokratie pragmatisch zu lösen (vgl. Linder/Wirz 2014: 151).

Die Behörden versuchen dabei, die Entscheidungsrisiken beispielsweise gegenüber dem fakultativen Referendum zu kontrollieren und zu minimieren, was fast schon so alt ist, wie die Volksrechte selbst. Daher geht vom Referendum eine «strukturbildende» Wirkung aus. So wurde die ursprüngliche (parlamentarische) Mehrheitspolitik durch die Verhandlungspolitik der Konkordanz abgelöst. Diese bezieht alle wichtigen politischen Kräfte in die Entscheidung mit ein (vgl. ebd.: 152). Diese entstandene Wirkung durch die halbdirekte Demokratie macht notwendig, dass die grössten Parteien sich im Parlament zusammenraffen, um gemeinsam Lösungen zu finden (vgl. Lüthi 2014: 171f.).

Ein wegleitendes Grundprinzip der kantonalen Autonomie ist der Föderalismus. Er bildet eines der Kernelemente des politischen Systems der Schweiz (vgl. Vatter 2014a: 138f.).

Der Art. 3 in der Bundesverfassung hält als subsidiäre Generalklausel fest, dass alle staatlichen Aufgaben, welche nicht explizit dem Bund zugeordnet werden, automatisch in die Kompetenz der Kantone fallen (vgl. ebd.: 120f.). Dadurch kommt den Kantonen eine zentrale Rolle zu.

2.2.2 Kanton

In den Grundzügen der politischen Entscheidungsstrukturen und -prozesse haben die beiden Staatsebenen (Bund und Kanton) grosse Gemeinsamkeiten. Die typischen Merkmale der schweizerischen Politik, wie halbdirekte Demokratie und Konkordanz, sind in den Kantonen, respektive Gliedstaaten, besonders ausgeprägt. Dennoch existieren gewichtige institutionelle Unterschiede (vgl. Vatter 2014b: 246). Beispielsweise haben die Kantone stark

ausgeprägte Volksrechte (Initiative und Referendum)¹¹. Denn diese entstanden zuerst in den Kantonen. Die direkte Demokratie in den Kantonen weist in ihrer reichhaltigen Praxis zahlreiche Variationen auf. Mit Initiativen können die Parteien in den Kantonen unter anderem ihre eigene Position bei einzelnen Sachfragen verdeutlichen (vgl. ebd.: 247).

Die Bundeshauptstadt Bern schreibt von sich, dass sie eine der modernsten Kantonsverfassungen der Schweiz hat. Zum einen haben sie ausgebaute Mitwirkungsmöglichkeiten und zum anderen haben sie als erster Kanton das «Öffentlichkeitsprinzip» in der Verfassung verankert. Dadurch werden die Behörden und die Verwaltung zur aktiven und offenen Information der Bevölkerung verpflichtet (vgl. Kommunikation Kanton Bern o.J.).

Die Gewaltenteilung im Kanton Bern sieht wie folgt aus:

Die Exekutive, ausführende Behörde, ist in Bern der Regierungsrat¹², auch Regierung genannt. Der Rat besteht aus einem siebenköpfigen Gremium, welches alle vier Jahre im Majorzverfahren gewählt wird. Dem Jura wird laut Verfassung ein Sitz garantiert. Jede Regierungsrätin und jeder Regierungsrat steht jeweils einer Verwaltungsdirektion vor. Der Regierungsrat vertritt den Kanton nach aussen und innen. Er ist auch verantwortlich für den Vollzug der Gesetzgebung und der Beschlüsse des Grossen Rates (vgl. ebd.).

Die Legislative, in Form der gesetzgebenden Behörde, ist in Bern der Grosse Rat¹³, auch Parlament genannt. Er besteht aus 160 Mitgliedern, welche alle vier Jahre durch das Proporzverfahren vom Volk gewählt werden. Der Grosse Rat hat unter anderem die Oberaufsicht der Regierung und der kantonalen Verwaltung. Er berät auch über alle Vorlagen, die der Volksabstimmung unterliegen (vgl. ebd.). Parlamente leiten nach Lüthi (2014: 183) ihre Daseinsberechtigung aus der Repräsentationsidee ab. In Parlamenten sollen daher auch die Meinungen und Interessen von verschiedenen Bevölkerungsgruppen einfließen, auch von solchen, die physisch nicht präsent sind.

Die Judikative, Gerichtsbehörden und Staatsanwaltschaft, bilden die bernische Justiz. Die obersten kantonalen Gerichte sind das Obergericht (Straf- und Zivilrecht) und das Verwaltungsgericht (öffentliches Recht). Die Staatsanwaltschaft ist die Strafverfolgungsbehörde. Der Grosse Rat wählt sämtliche Generalstaatsanwältinnen und Generalstaatsanwälte sowie Richterinnen und Richter für sechs Jahre (vgl. Kommunikation Kanton Bern o.J.).

Die kantonale Verwaltung besteht aus dezentralen und zentralen Verwaltungseinheiten. Zur Verwaltung gehören die Staatskanzlei und die sieben Direktionen: Bau-, Verkehr und Energie; Erziehung; Finanzen; Gesundheit und Fürsorge; Justiz, Gemeinden und Kirchen;

¹¹ Dazu gehören als weitere Beispiele die direkte Volkswahl der Regierung (Exekutive) und die fehlende zweite Parlamentskammer in den Kantonen.

¹² Webseite des Regierungsrats: <https://www.rr.be.ch/rr/de/index.html#originRequestUrl=www.be.ch/rr>

¹³ Website des Grossen Rats: <https://www.gr.be.ch/gr/de/index.html>

Polizei und Militär; Volkswirtschaft. Die Kantonsverwaltung erfüllt eine Vielzahl unterschiedlichster Aufgaben im Dienste der Bürgerinnen und Bürger, wobei einige davon an der Urne festgelegt werden (vgl. ebd.).

Die halbdirekte Demokratie gibt im kantonalen System der Stimmbürgerschaft grössere und vielfältigere Möglichkeiten mitzuwirken als beim Bund (vgl. Linder/Wirz 2014: 149). Die Kantone kennen auch mehr und verschiedenere Referendumstypen. Beispielsweise das Finanzreferendum, das Verwaltungs- (Dekrets-, Verordnungs-), Grundsatz- und Staatsvertragsreferendum (vgl. Vatter 2002: 220). Ein besonderes Referendum stellt jedoch der sogenannte Volksvorschlag in den Kantonen Nidwalden und Bern dar. Dieser stellt im Sinne eines konstruktiven Referendums einen Gegenvorschlag zu einem Parlamentsbeschluss dar (vgl. ebd.: 220f.). Sägesser Thomas (2000: 3) beschreibt in seinem Buch «Das konstruktive Referendum», dass der Kanton Bern als erster Kanton (1995) das konstruktive Referendum unter dem Namen «Volksvorschlag» einführte. Seither gibt es einige Kantone, die ein konstruktives Referendum geprüft haben. Nebst Nidwalden hat es jedoch kein anderer Kanton eingeführt. Damit in Bern ein konstruktives Referendum, also ein Volksvorschlag, zustande kommt, braucht es 10'000 Unterschriften von Stimmberechtigten innert der Sammelfrist von drei Monaten nach der Publikation im Amtsplatz (vgl. Staatskanzlei des Kantons Bern/Kommunikation Kanton Bern o.J.). Beim Volksvorschlag liegt der Vorteil darin, dass wenn nur ein bestimmter Punkt als verbesserungsbedürftig angesehen wird, nicht die ganze Vorlage abgelehnt werden muss. Er ermöglicht einen gezielten Änderungsvorschlag. Bei obligatorischen Volksabstimmungen ist jedoch kein Volksvorschlag möglich (vgl. Kommunikation Kanton Bern o.J.).

Als weitere Mitwirkungsmöglichkeit hat das Volk das Instrument der Vernehmlassung. Dadurch besteht die Gelegenheit, bei einer Policy mitzuwirken. Bei einer Vernehmlassung kommt die Vorlage aus den geschlossenen Kreisen in die Öffentlichkeit. Das Vernehmlassungsverfahren gibt den Behörden, Gemeinden, Parteien und besonders interessierten Kreisen die Möglichkeit, sich zu einer politisch bedeutenden Vorlage zu äussern und schriftlich vernehmen zu lassen und so mitzuwirken. Jeder Person steht es frei, sich ebenfalls vernehmen zu lassen. Ein Vernehmlassungsverfahren wird unter anderem bei Verfassungsänderungen, zu Gesetzen, zu Grundsatzbeschlüssen des Grossen Rates sowie dort, wo es das kantonale Recht verlangt, durchgeführt (vgl. Grosser Rat o.J.). Beim Vernehmlassungsverfahren können daher Gruppen und/ oder Personen aus der Öffentlichkeit beim Entwickeln des Programms mitwirken. Beispielsweise können sich Forscher bei einer Revision beteiligen, indem sie auf verschiedene problematische Aspekte hinweisen, wie Freiburghaus und Zimmermann (15f. 1985) beschreiben.

Als eine weitere, jedoch unverbindlichere Mitwirkungsmöglichkeit, kennt der Kanton beispielsweise die Petition. Mit einer Petition können sich Personen unabhängig der Stimmberechtigung an die Behörden wenden (vgl. Grosser Rat o.J.). Eine Petition kann als Bitte, Forderung oder einfache Anregung formuliert werden. Die Petition hat jedoch keine rechtliche Verbindlichkeit (vgl. ch.ch o.J.).

Nicht nur die Öffentlichkeit hat einige Instrumente für politisches Mitwirken zur Verfügung, sondern auch das Parlament selbst. In Bern ist eine Motion das verpflichtendste parlamentarische Instrument. Mit einer Motion erhält der Regierungsrat den Auftrag, für den Grossen Rat in einer bestimmten Angelegenheit einen Beschluss oder einen Erlass (z.B. ein Gesetz) auszuarbeiten, ihm einen Bericht zu unterbreiten oder eine Massnahme zu ergreifen (vgl. Grosser Rat o.J.). Der Berner Grosse Rat hat nebst der Motion auch die Finanzmotion, Postulat, Interpellation, Anfrage und parlamentarische Initiative zur Verfügung. Das Postulat beispielsweise beauftragt den Regierungsrat zu prüfen, ob der Entwurf zu einem Gesetz zu erarbeiten, eine Massnahme zu treffen oder ein Bericht vorzulegen ist.

Mit diesen Vorstössen und Initiativen können Grossratsmitglieder, Kommissionen und Fraktionen des Parlaments Themen ansprechen, die Erarbeitung eines Gesetzes auslösen und dem Regierungsrat Aufträge erteilen. Der Regierungsrat muss die Aufgaben binnen sechs Monaten beantworten und für eine Session des Grossen Rates traktandieren (vgl. ebd.).

2.2.3 Policy Cycle Schweiz

In diesem Unterkapitel wird der Policy Cycle an das politische System der Schweiz, respektive an das des Kantons Bern angepasst. Dies basiert auf dem von Dieter Freiburghaus und Willi Zimmermann (1985: 15) erstellte Schema (Abbildung 2). Des Weiteren lehnt sich die Anpassung an die «Übersicht über das Gesetzgebungsverfahren» aus einem Dokument des Bundesamts für Justiz (2014: 6) sowie an das Schema «Gesetzgebungsverfahren» vom Schweizerischen Parlament (o.J.).¹⁴ Um Wiederholungen zu vermeiden, sind in der Anpassung des Policy Cycles an den politischen Prozess der Schweiz, respektive des Kanton Bern, ausschliesslich neu hinzukommende Elemente oder veränderte Elemente beschrieben. Daher erhält die Anpassung einen ergänzenden Charakter zur Ausführung des Policy Cycles im vorhergehenden Kapitel.

Das Schema der Abbildung 2 von Freiburghaus und Zimmermann (1985: 14–16) dient als erste Orientierung in ihrem Buch «Wie wird Forschung politisch relevant?». Die mit Pfeilen versehene Linie stellt einen Prozess einer Policy im politischen System der Schweiz dar. Anhand der schattierten Bereiche werden die «Orte» auf dem Weg eines Sachprogramms

¹⁴ Beide Verfahren sind im «Anhang 4» auffindbar

(Policy) dargestellt, an denen häufig wissenschaftliches Wissen in den politischen Prozess eintritt. Sie betonen, dass Forschungsergebnisse verschiedenster Art von dem politischen Nutzen zu den verschiedensten Zwecken abgelehnt oder aufgenommen werden. Durch das Schema lässt sich

DER WEG POLITISCHER SACHPROGRAMME
UND DIE UEBLICHEN "EINTRITTSTELLEN" WISSENSCHAFTLICHEN WISSENS (1/1)

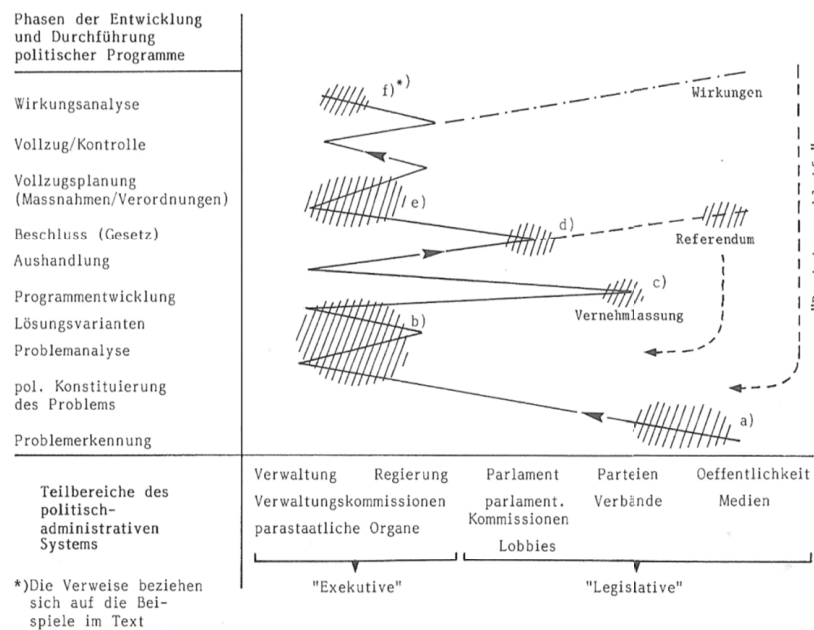


Abbildung 2 Der Weg politischer Sachprogramme und die üblichen "Eintrittsstellen" wissenschaftlichen Wissens von Freiburghaus und Zimmermann

ablesen, wer die jeweiligen Adressanten, Nutzenden oder Kooperationspartnerinnen und -partner der Wissenschaft sind. Es ist auch ersichtlich, in welchem Zusammenhang dies entsteht, was wiederum einen Hinweis auf die mögliche Form des Wissenstransfers (Beispielsweise: Gutachten, Einsitz in Kommissionen, direkte Zusammenarbeit etc.) ermöglicht. Bevor jedoch eine Kooperation entstehen kann, braucht es einen definierten Gegenstand, um den es sich handeln kann. Dieses Schema wird für die Anpassung als eine der Hauptgrundlagen verwendet.

Problem(re-)definition

Die Problemwahrnehmung ist im politischen Prozess der Schweiz ähnlich bis gleich dem Beschriebenen. Der allgemeine Kontext des Problems wird, nach dessen Feststellung, von den entsprechenden politischen Instanzen identifiziert. Aufgrund dessen entsteht eine Ziel- und Prioritätensetzung. In diesem Prozess eingeschlossen sind Kontakte und Verhandlungen zwischen den Beteiligten des politisch-administrativen Systems (PAS) einerseits und den relevanten Interessensgruppen andererseits. Durch die begrenzte Problemwahrnehmungs- und Bearbeitungskapazität des PAS kommt es dabei zu einer erheblichen «Selektion» (vgl. Blum/Schubert 2017: 165f.). Damit ein Problem jedoch weiterbearbeitet wird, muss es auf die politische Agenda gesetzt werden.

Agenda Setting

In dieser Phase gelangt die Policy nach dem Policy Cycle in das politisch-administrative System. Durch dieses wird die Policy terminiert und auf die politische Agenda gesetzt. Dabei wird das Thema aus der Öffentlichkeit in einen geschlossenen Kreis genommen. Es findet eine «Entöffentlichung» statt (vgl. ebd.: 166f.).

Im politischen System der Schweiz gehören das Parlament, parlamentarische Kommissionen und aufgrund der Volksrechte auch Lobbies, Parteien, Verbände und die Öffentlichkeit zur Legislative. So kann auch die Öffentlichkeit (ausserparlamentarische) Themen durch eine Initiative auf die politische Agenda setzen. Das Parlament hat im Gegenzug andere Instrumente, wie es einen Vorstoss machen kann. Beispielsweise können Grossratsmitglieder anhand einer Motion ein Thema auf die politische Tagesordnung setzen.

Politikformulierung und Entscheidung

Die in den vorherigen Phasen ausgemachte Problemsituation wird während der Politikformulierung eingeschätzt. Daher muss festgestellt werden, was genau beim aufgetretenen Problem der Lösung bedarf. Daraus werden bestimmte Ziele, Mittel und Wege entwickelt, um dieses Problem zu lösen, also Handlungsalternativen oder konkrete Handlungsvorschläge. Nach Blum und Schubert (ebd.: 176) kommen dem Parlament und der Regierung ab diesem Zeitpunkt die wichtigeren Funktionen zu.

Der Policy Cycle und der politische Prozess der Schweiz weisen im ersten Teil der «Politikformulierung» Ähnlichkeiten auf. Denn nach dem Schema von Freiburghaus und Zimmermann entspricht der erste Teil der «Politikformulierung» den Bereichen «Problemanalyse», «Lösungsvarianten und «Programmentwicklung» (Abbildung 2): Auf der Höhe des gestreiften Bereichs «b»). Dies wird ebenso durch die Exekutive (Regierung und Verwaltung), also des politisch-administrativen Systems (PAS), durchgeführt. Nach Jann und Wegrich (2003: 88) stellt sich eine wesentliche Frage in der «Politikformulierung» des Policy Cycles, wie die mögliche und sinnvolle wissenschaftliche Beratung und Unterstützung aussieht. Freiburghaus und Zimmermann haben dazu in ihrem Buch «Wie wird Forschung politisch relevant» erwähnt, dass in dieser Phase Abklärungen von alternativen Lösungen in Frage kommen. Am Ende dieser Phase stehen im Policy Cycle konkrete Massnahmen, Programme (Gesetze oder Verordnungen) oder Steuerungsinstrumente (vgl. Blum/Schubert 2017: 178f.). Der Policy Cycle geht nun in die «Entscheidungsphase», wohingegen im politischen System der Schweiz der Zwischenschritt der Vernehmlassung kommt. Nach der Abbildung 2 (Buchstabe «c»)) entspricht dies den Bereichen «Programmentwicklung» und «Aushandlung». Dabei hat die Öffentlichkeit durch die Vernehmlassung die Möglichkeit, beim Entwickeln des Programmes mitzuwirken. Hierbei gilt zu betonen, dass die Möglichkeit nach dem «Beschluss» ein Referendum zu ergreifen, die «Programmentwicklung» und die «Aushandlung», also die «Politikformulierungsphase» entscheidend beeinflussen.

Diese Wirkung ist in der Abbildung 2 durch die gestrichelte Linie, ausgehend vom Referendum dargestellt. Das Referendum und dessen Wirkung ist wohl der grösste Unterschied vom politischen System der Schweiz zum Policy Cycle.

Blum und Schubert (ebd.: 182–184) betonen, dass zur Entscheidungsfindung alle unmittelbaren zur politischen Entscheidung führenden Schritte und Auswahlprozesse gehören. Daher lassen sich die «Politikformulierungsphase» und die «Entscheidungsphase» nicht trennen. Dennoch ist die abschliessende Entscheidung im Policy Cycle wie im politischen System der Schweiz ähnlich. Während sich im Policy Cycle die Anzahl der Beteiligten auf die politischen Entscheidungsträger reduziert, erhöht sich die Zahl im politischen System der Schweiz mit dem entsprechenden Gremium (Regierung, Parlament, Volk).

Der Policy Cycle wie das politische System der Schweiz haben gemein: Durch die Abstimmung entsteht eine verbindliche Entscheidung («Beschluss»). Die Policy im Policy Cycle geht in die nächste Phase der «Politikimplementierung».

Im politischen System der Schweiz ist der Entscheidungsprozess jedoch nicht mit der Abstimmung im Parlament abgeschlossen. Das Volk hat entsprechend der Verfassung die Möglichkeit, ein Referendum zu ergreifen. Dies geht jedoch nicht, wenn das Volk bereits über die Policy entschieden hat. Das Referendum gibt der Stimmbürgerschaft die Möglichkeit, Parlamentsentscheidungen anzufechten. Im Fall einer erfolgreichen Volksabstimmung kann der beschlossene Entscheid sogar verhindert werden.

In Bern sieht das Referendum aufgrund des Volksvorschlags noch anders aus. Eine Gruppe, die stimmberechtigt ist, hat während der «Politikformulierungsphase» eine, aus ihrer Sicht, bessere Alternative gefunden, als vorliegt. Diese Alternative hat die Gruppe, respektive die Opposition selber formuliert, entwickelt und ausgehandelt. Die Gruppe kann die angepasste Policy in Form eines Volksvorschlags (Referendum) in die geschlossenen Kreise zurückgeben. Das bedingt jedoch die verfassungsgerechte Erfüllung eines Referendums. In Bern berät der Grosse Rat nach einem erfolgreichen Referendum die angepasste Policy für die Volksabstimmung und gibt sie zur Abstimmung frei. Nun entscheidet das Volk über die «alte unveränderte» Policy und gleichzeitig über die angepasste Policy. Ist keine der beiden Policies mehrheitsfähig und werden dementsprechend abgelehnt, bleibt der Status Quo erhalten. Wird eine Policy angenommen und eine nicht, gewinnt die angenommene Policy. Werden beide jedoch durch das Volksmehr angenommen, entscheidet eine Stichfrage, welche gewinnt. Liegt ein positiver Beschluss vor, bekommt dieser durch das Volksmehr eine stärkere Legitimität und geht in die nächste Phase des Policy Cycles.

Politikimplementierung

Bis jetzt existieren die Gesetze und Steuerungsinstrumente nur auf dem Papier. In der

Phase «Implementierung» werden politische Absichten in messbare Taten umgesetzt. Dabei spielt im Modell wie im politischen System der Schweiz die Verwaltung eine zentrale Rolle. Die Bereiche «Vollzugsplanung (Massnahmen/ Verordnungen)», «Publikation» und «Vollzug/ Kontrolle» aus dem Schema von Freiburghaus und Zimmermann schliessen in ähnlicher Weise an den Charakter der Phase «Politikimplementierung» an.

Politikevaluierung und Politikterminierung

Im Policy Cycle hat die Phase «Evaluierung»¹⁵ eine Art wünschenswerte oder idealtypische Bedeutung. Zudem finden Evaluationen keineswegs nur am Ende des Prozesses statt, sondern auch an einigen anderen Stellen. Dies ist auch im politischen System der Schweiz der Fall. Weiter gilt auch darauf aufmerksam zu machen, dass durch den Föderalismus das Grundkonzept des «Modellversuchs» in der Schweiz äusserst prädestiniert ist. Da die Kantone ziemlich autonom sind, können sie zuerst bei anderen Kantonen schauen, wie dort eine Massnahme gewirkt hat oder wie ein bestimmtes Problem angegangen wurde.

Durch die Ergebnisse aus einem Evaluationsprozess kann es aus diesem Grund über einen Kanton hinaus, zu einem politischen Lernen kommen. Eine implementierte Policy kann aufgrund der Auswertung somit terminiert werden oder zurück in die «Re-Formulierung» gelangen um den Policy Cycle von neuem zu beginnen.

Zusammengefasst stellen die Völkerrechte (Initiative und Referendum) sowie die Vernehmlassung im politischen Prozess der Schweiz die auffälligsten Unterschiede gegenüber dem Policy Cycle, wie in der Abbildung 3 dargestellt ist, dar.

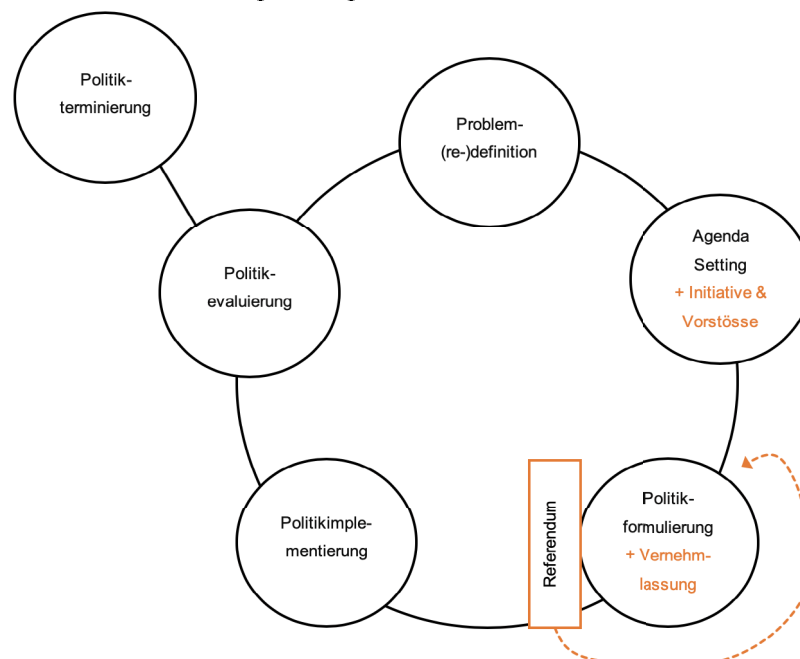


Abbildung 3 Policy Cycle nach Jann/ Wegrich 2003 mit eigenen Ergänzungen

¹⁵ Empfehlenswertes Buch zu diesem Thema: «Evaluation im politischen System der Schweiz. Entwicklung, Bedeutung und Wechselwirkung» (Sager/Widmer/Balthasar 2017b)

3 Kleine Rekonstruktion & Interpretation

In diesem Kapitel erfolgt mit dem neugewonnenen Wissen und dem angepassten Policy Cycle die Interpretation der Rekonstruktion. Wie in der Rekonstruktion, auffindbar im Anhang 3, ersichtlich ist, spielt sich der verfolgte Prozess hauptsächlich in zwei Phasen ab. Durch eine Motion wurde das Thema konkret auf die politische Agenda «Agenda Setting» gesetzt und dieses im PAS und der Öffentlichkeit behandelt «Politikformulierung und Entscheidung». Nach dem politischen Entscheid wird der Prozess nicht mehr weiterverfolgt. Aus diesem Grund liegt der Fokus bei der Interpretation auf diesen beiden Phasen und auf dem sich währenddessen Abspielenden. Dabei gilt ein besonderes Augenmerk auf die Aktivitäten der Organisationen der Sozialen Arbeit, wie, wo und wann sie in der Rekonstruktion erwähnt wurden. Dabei sind zudem auch Erkenntnisse aus der Beobachtung des Treffens von «Verkehrt» (Anhang 7) und dem Gespräch mit Haşim Sancar (Anhang 8) ergänzend angefügt. Da die verschiedenen Akteurinnen und Akteure schlecht getrennt voneinander betrachtet werden können, wurden während der Rekonstruktion auch Ereignisse wie die Regierungswahlen (2016), das Bonus-Malus-System (bis 2017), die SKOS-Richtlinien (bis 2016), die neue Fallführungssoftware (2018) und auch kleinere Berichte zum Thema Sozialhilfe in die Rekonstruktion mit einbezogen. Diesen Unterthemen wird in diesem Kapitel jedoch nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Es wird empfohlen, die Rekonstruktion zuerst zu lesen, da die «Kleine Rekonstruktion» lediglich Schlüsselmomente wiedergibt und dadurch die Komplexität des Prozesses stark reduziert.

3.1 Agenda Setting

Der ganze Prozess wurde durch die Motion (260-2012) Studer «Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe», welche am 21. November 2012 beim Regierungsrat eingereicht wurde, ins Rollen gebracht¹⁶. In der Rekonstruktion ist ersichtlich, dass die SVP in verschiedenen Kantonen (Beispielsweise Zürich, Baselland und Aargau) Vorstösse gegen die Sozialhilfe vornahm. Im Bericht vom 07. September schreibt Burri (2013), dass SVP-Präsident Toni Brunner an einer Versammlung seine Parteimitglieder aufgerufen hat, Vorstösse zu lancieren. Diese Vorstösse seien Teil einer Kampagne, welche die SVP fahre. 2019 wird über die Wirkung der Vorstösse in den vorher genannten Kantonen berichtet. Es wird betont, dass alle von SVP-Politikern formuliert wurden (vgl. Christl 2019a). Das Gespräch mit Haşim Sancar bestätigte dies. Er berichtete von einer Aktionsgruppe der SVP, die das Ziel hatten und immer noch haben, die Sozialhilfe schweizweit umzukrempeln.

¹⁶ Die Motion sowie die Antwort des Regierungsrats sind im «Anhang 5» auffindbar.

Im Policy Cycle wurde beschrieben, dass in der Phase «Agenda Setting» verschiedene Faktoren das Agenda Setting beeinflussen können. Die Themen Spardruck und Sozialhilfe schienen bereits im Vorfeld immer wieder solche Faktoren zu sein. Durch die Motion Studer wurden diese beiden Themen zusammengebracht, mit einem emotionalen Nenner, der Gerechtigkeit, verknüpft und auf die politische Tagesordnung gebracht. Studer hat es geschafft, dass nebst den zahlreichen weiteren Policies die Sozialhilfe politische Aufmerksamkeit erlangte. Das Gespräch mit Haşim Sancar unterstrich, dass die Sozialhilfe bereits früher in Kritik stand. Die Angriffe auf die Soziale Arbeit von den Bürgerlichen begannen bereits um 2006 – 2008. Sie rollten damals nahezu jeden Missbrauchsfall in der Sozialhilfe auf und hängten diese an die grosse Glocke.

3.2 Politikformulierung und Entscheidung

Nach dem Entscheid über die Motion Studer im Grossen Rat ist klar, die Sozialhilfe wird gekürzt. Ueli Studer (SVP), Könizer Sozialvorsteher und Grossrat, erreicht durch eine erfolgreiche Motion, dass der Kanton Bern von den SKOS-Richtlinien abweicht, was am Freitag 06. September 2013 unter dem Titel «Sozialhilfe wird um 10 Prozent gekürzt» berichtet wird. Er begründet seinen Vorstoss dadurch, dass der Kanton sparen muss und es sozial ungerecht sei, dass eine erwerbstätige Familie zum Monatsende schlechter dastehe als jemand, der keiner Arbeit nachgeht und Sozialhilfe bezieht (vgl. Raaflaub 2013).

Im gleichen Artikel wird die Stellungnahme der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) durch die Geschäftsführerin mitteilt. Dorothee Guggisberg teilt mit, dass dieses Problem der «Grenzsituation»¹⁷ ihnen bekannt sei und sie sich dafür einsetzen, dass sich die Arbeit lohnt, beispielsweise mit einem Anreizsystem (vgl. ebd.).

Scheinbar ging für die Unterzeichnenden der Motion beim Problem «Grenzsituation» oder «Schwelleneffekt», wie es auch genannt wird, zu wenig. Die Motion verfolgt nach Studer drei Ziele: 1. Sanierung der Kantonsfinanzen 2. Fehlanreize eliminieren 3. Aufhebung des «Schwelleneffekts» durch «Neubemessung» der Sozialhilfe (vgl. Der Grosse Rat des Kantons Bern 2013: 6). Auch Walter Schmid, ehemaliger Präsident der SKOS (1999 – 2014), nimmt Stellung zu diesem Entscheid. Er sieht die Kürzung der Sozialhilfe in Bern als eine Folge des herrschenden Spardrucks (vgl. Burri 2013). Rund zwei Monate nach dem Entscheid wird der jährliche Bericht der bernischen Fürsorgedirektion über die Sozialhilfe veröffentlicht. Im Artikel vom 29. November 2013 wird berichtet, dass der Fachverband Berner Konferenz für Sozialhilfe und Kindes- und Erwachsenenschutz (BKSE) aufgrund der

¹⁷ Forschungsbericht von SKOS aus dem Jahr 2012: «Schwelleneffekte und negative Erwerbsanreize» https://skos.ch/fileadmin/user_upload/skos_main/public/pdf/grundlagen_und_positionen/grundlagen_und_studien/2012_Heche_Bericht_d_01.pdf

Sparmassnahmen prognostiziert, dass die Kosten der Sozialhilfe wieder in die Höhe steigen werden. Bereits zu Beginn des Prozesses ist ersichtlich, dass die SKOS sowie die BKSE aktiv und zeitnahe zu Ereignissen aus der Politik Stellung beziehen. Von AvenirSocial oder «Verkehrt» ist im «Der Bund» nichts ersichtlich.

3.2.1 Erste Teile werden implementiert

Am 16. Dezember 2013 wird berichtet, dass der Regierungsrat die vom Grossen Rat verlangte Kürzung um zehn Prozent ab 2014 zur Hälfte umsetzt. Die Integrationszulage wird, laut der Ankündigung, per Anfang Jahr auf 100 Franken pro Monat gekürzt (vgl. Ott 2013). Der Leiter des Stadtberner Sozialamtes, Felix Wolffers, findet die Kürzung massiv. Das Gespräch mit Haşim Sancar bestätigte, dass Philippe Perrenoud, ehemaliger SP-Regierungsrat der GEF, durch die Massnahmen versuchte, das Kürzungsziel zu erreichen. Zwei Jahre später wurde vom Regierungsrat (2015) mitgeteilt, dass bereits zwei Massnahmen im Sozialhilfegesetz festgehalten und umgesetzt wurden¹⁸. Die Integrationszulage wurde im Rahmen des Aufgaben- und Strukturüberprüfungs-Sparpaktes aufs Minimum gesenkt und die letzte periodisch geplante Teuerungsanpassung wurde nicht vorgenommen. Dadurch wurde rund ein Drittel der Sparvorgaben von jährlich 22 Millionen Franken erfüllt. Während der Rekonstruktion war die Umsetzung der zwei Massnahmen nur gering auffindbar. Dies widerspiegelt, dass im Verlauf der Zeit diese Massnahmen scheinbar vergessen gingen. Einzig die BKSE (2017) betonte in ihrer Medienmitteilung vom 10. April 2017, dass diese Massnahmen bereits zu Einsparungen geführt haben:

«Denn aufgrund der heute realisierten Massnahmen wurden bereits Einsparungen von 28,2 – 30,2 Mio. Fr. erreicht. Dies geht aus offiziellen Zahlen hervor, welche die Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz (BKSE) zusammengestellt und heute den Medien präsentiert hat. Auf diese Tatsache geht die Regierung in ihrer Mitteilung vom 3. Januar 2017 nicht ein. Im Gegenteil: Der Regierungsrat führt aus, dass die bisher umgesetzten Massnahmen die Kosten „nur ungenügend“ gesenkt hätten. Er will folglich bei der Revision über den parlamentarischen Auftrag hinaus nochmals 15 – 25 Mio. Fr. einsparen, was im Endeffekt dazu führen würde, dass im Kanton Bern insgesamt ca. 50 Mio. Fr. in der Sozialhilfe gekürzt würden. Damit würde die Sparvorgaben der Motion Studer und des Grossen Rates um mehr als das Doppelte überschritten.» (ebd.)

Dies sorgte jedoch für keine Schlagzeilen. Die BKSE (ebd.) betont hierbei auch, dass sie bedauere, dass die Regierung den Eindruck erweckte, dass es zur Erfüllung der Motion Studer weitere Massnahmen brauche.

¹⁸ Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Änderung), Geschäft 2013.PRGR.1246:
<https://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaefte.gid-929eb4613b044fcd9d43870e7143ae2d.html>

Diese scheinbare Unterschlagung der Information im 2017 könnte als verfassungswidrig angesehen werden, da das in der bernischen kantonalen Verfassung (Stand 2013) festgehaltene Öffentlichkeitsprinzip (Art. 17 Absatz 3) scheinbar nicht eingehalten wurde. Dieser Abschnitt gehört in die Phase der «Implementierung», weil es sich um eine Umsetzung handelt. Diese Teilumsetzung zeigt deutlich, dass der Policy Cycle tatsächlich einen idealtypischen Charakter hat und nicht vollkommen der Realität entspricht.

3.2.2 Petition «Soziales Existenzminimum» Februar 2014

Ein Bündnis von sozialen Organisationen und linksgrünen Parteien will eine Petition für «soziales Existenzminimum» lancieren. Zu diesem Bündnis gehören: Die Berner Sektionen von AvenirSocial, SP, Grünen, VPOD, SAH Bern, das Forum für kritische Soziale Arbeit und das KABBA wie am 21. Februar 2014 berichtet (vgl. gbl/sda 2014). Da im «Der Bund» kein Bericht über den Ausgang der Petition gefunden wurde, wurde auf die Medienmitteilung von AvenirSocial am 10. Juni 2014 zurückgegriffen. Darin schreiben sie, dass das Bündnis nach nur drei Monaten 9'308 Unterschriften gesammelt habe und diese der Grossratspräsidentin Beatrice Struchen übergeben hat. Darin bitten die Unterzeichnenden den Grossen Rat, ein soziales Existenzminimum zu garantieren und auf die Kürzung der Sozialhilfe um 10 Prozent zu verzichten (vgl. AvenirSocial 2014).

Bei der Petition fällt auf, dass diese durch ein Bündnis von diversen politischen und nicht-politischen Gruppen entstanden ist. Das Gespräch mit Haşim Sancar bestätigte, dass die Petition nahezu keine Wirkung erzielte. Haşim erwähnt, dass die KABBA oder/ und AvenirSocial die Petition mit lanciert hatte. Der erwähnte Artikel von «Der Bund» ist einer der wenigen, in dem der Berufsverband der Sozialen Arbeit AvenirSocial erwähnt wird. Von allen durchgegangenen Artikeln wurde AvenirSocial sehr selten namentlich erwähnt.

3.2.3 Vernehmlassung Bern Mai 2015

Gesundheits- und Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud (SP) stellt den Medien am 5. Mai 2015 in Bern die Revision des Sozialhilfegesetzes¹⁹ vor. Darin legt die Regierung dar, wie sie den Auftrag des Parlaments (zehn Prozent oder 22 Millionen Franken einsparen) umsetzen können. Mit zwei Ausnahmen soll an den Bemessungen der SKOS-Richtlinien festgehalten werden. So soll bei jungen Erwachsenen der Grundbedarf um 15 Prozent gekürzt werden und die Sozialhilfeleistungen sollen nicht mehr automatisch der Teuerung ange-

¹⁹ Eine ausführlichere Beschreibung ist unter der Medienmitteilung des Regierungsrats vom 5. Mai 2015 zu finden: Teilrevision des Sozialhilfegesetzes geht in die Vernehmlassung

passt werden. Zu dieser Revision des Sozialhilfegesetzes läuft bis August eine Vernehmlassung. Bereits in ersten Stellungnahmen hagelt es von links wie rechts Kritik. Für die eine Seite gehen die Kürzungen zu weit und für die anderen zu wenig weit. Unter anderem bekräftigt die SP ihre Forderung nach einem eidgenössischen Rahmengesetz für die Sozialhilfe, um nationale Standards festzulegen (vgl. hjo/sda 2015).

Wie der weitere Prozess zeigt, kam ein eidgenössisches Rahmengesetz, welches gleichwichtig wie die AHV oder EL wäre, nicht zustande. Anstelle dessen bekamen zur gleichen Zeit die SKOS-Richtlinien durch die Revision eine höhere Legitimation. Wie am 21. September 2015 mitgeteilt wurde, bringt die erste Teilrevision der SKOS-Richtlinien unter anderem Leistungskürzungen von 20 Prozent für junge Erwachsene unter 25 Jahren und Kürzungen beim Grundbedarf für Grossfamilien ab 6 Personen. Die Beschlüsse zur Revision fasste die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)²⁰ zusammen mit Vertretern der Gemeinden und Städten sowie der Leitung der SKOS. Durch das Zustimmung der SODK erhielten die SKOS-Richtlinien erstmalige politische Legitimation und bildeten einen nationalen Konsens, was die Sozialhilfe anbelangt. Das Hilfswerk Caritas sowie die SP kritisieren die erste Etappe der Revision. Es sei ein Dambruch, was zu einer Verschlechterung bei der Sozialhilfe führe (vgl. 2015). Es scheint, dass die SKOS durch gezielte Kürzungen bei einzelnen Bezugsgruppen, auf die Kritik durch den Spardruck reagierte. Durch diese strategische Senkung konnte für die anderen Gruppen die Höhe der Sozialhilfe gehalten werden und zusätzlich durch die SODK politisch legitimiert werden.

Am 13. November 2015 wird berichtet, dass sich während der Vernehmlassung die Fronten über die Debatte der Sozialhilfe verhärtet haben. Die im Mai 2015 unterbreitete Teilrevision der Sozialhilfe in Bern erntete heftige Kritik von links bis rechts. Philippe Perrenoud betont, dass durch die verhärteten Fronten die Vorlage im Parlament nicht mehrheitsfähig wäre. Perrenoud erklärt, dass es daher zusätzliche Diskussionen braucht und ruft einen runden Tisch ein (vgl. Wälti 2015). An diesem runden Tisch sitzen Vertreterinnen und Vertreter der Parteien aus dem Grossen Rat.

Wer sich während des Vernehmlassungsverfahrens zu Wort gemeldet hat, ist in den Artikeln der Zeitung nicht ersichtlich. Es lässt sich jedoch erahnen, dass mit «beide Fronten verhärtet», insbesondere die Stimmberechtigten politischen Akteurinnen und Akteure gemeint sind. In der Medienmitteilung des Regierungsrats (2015) vom 05. Mai 2015 ist als

²⁰ <http://sodk.ch>

einziges Indiz, wer sich gemeldet haben könnte, eine «Liste der Vernehmlassungsadressaten» aufzufinden. Auf dieser werden NGO's wie AvenirSocial, BKSE, SKOS, Spitex, Caritas und einige Adressaten mehr für die Vernehmlassung aufgelistet.

Nach dem dritten Treffen des Runden Tisches am 09. Juni 2016 hat sich dessen Mehrheit auf einen 15 Prozent tieferen Grundbedarf von neuen Sozialhilfebeziehenden geeinigt, so «Der Bund» (2016). Der Sozialdienst soll künftig vor Ablauf der ersten drei Monate prüfen, ob die betroffenen Personen ihren Mitwirkungspflichten in genügenden Massen nachkommen und ob sie die vereinbarten Eigenleistungen erbringen. Während dieser Zeit ist der Grundbedarf gekürzt. Diese Frist kann einmalig um weitere drei Monaten verlängert werden. Daher kann die Einstiegsphase maximal sechs Monaten betragen. Die Linken lehnen diese Regelung vehement ab und haben bereits mit dem Referendum gedroht. Sie sind der Meinung, dass es nicht gehe, dass Bern als erster Kanton massiv unter die SKOS-Richtlinien gehe (vgl. ebd.). Daraufhin befand sich die Revision in der Konsultation.

Es fällt auf, dass zu dieser Zeit die Debatte über die Revision scheinbar nur in Kreisen von politischen Organisationen stattfand. Es ist anhand der gefundenen Angaben nicht ersichtlich, ob der Runde Tisch Expertisen von Fachpersonen beigezogen hat oder nicht. Auch Diskussionen über andere Handlungsmöglichkeiten, um die Ziele zu erreichen, wie der Policy Cycle für diese Phase vorsieht, kommen scheinbar nicht an die Öffentlichkeit. Auch Diskussionen über Handlungsmöglichkeiten, die langfristig eine Einsparung ermöglichen könnten, sind unauffindbar. Dies gibt den Eindruck, dass die Nachhaltigkeit einer Lösung keine grosse Rolle spielt, solange die Lösung auf dem Papier in der nächsten Zeit Geld einspart. Durch das Gespräch von Haşim Sancar wurde auch ein weiterer Eindruck verhärtet. Es scheint, als ob die Befürwortenden der Kürzung eine emotionale Haltung in der Debatte haben, und das Thema nicht sachlich angingen. Offenbar müssen «Straffmassnahmen» getroffen werden, wobei die soziale Verantwortung ausgeblendet wird. Der Schwelleneffekt könnte ein Auslöser sein, wodurch der Gerechtigkeitsinn gegen die Sozialhilfe gestärkt worden ist²¹. Könnte es Frust aufgrund mangelnden Verständnisses sein? Weiter fällt auf, dass die Linken bereits 2016 von der Wirkung der Referendumsdrohung als Verhandlungspfand gebrauch machte. Die Drohung wurde erst zwei Jahre später umgesetzt, nachdem die Linken eine obligatorische Volksabstimmung abgelehnt hatten.

In der ersten Hälfte des Jahres 2016 werden zwei neue Regierungsräte gewählt. Darunter ist Pierre Alain Schnegg (SVP), welcher für Philippe Perrenoud (SP) die Gesundheits- und

²¹ Empfehlenswert: Sandra Portmann schrieb 2018 ihre Masterarbeit in Sozialer Arbeit unter dem Titel: «Gerechtigkeitsvorstellungen in der Debatte des Berner Grossen Rates um die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes. Inhaltsanalytische Untersuchung»

Fürsorgedirektion ab 01. Juli 2016 übernimmt (vgl. Schmid 2016). Pierre Alain Schnegg kommt in die Position, wo er die Revision des Sozialhilfegesetzes voreintreiben kann. Die Konsultation lief am 31. August ab. Anhand der Rückmeldungen während dieser Zeit arbeitete der Regierungsrat die Revisionsvorlage weiter aus. Die Zeitung berichtet, dass die Teilrevision «individuelle Existenzsicherung» voraussichtlich in der Märzsession 2017 des Grossen Rates behandelt wird und per 01. Januar 2018 in Kraft treten kann (vgl. Gesundheits- und Fürsorgedirektion 2016).

3.2.4 Teilrevision des Sozialhilfegesetzes Januar 2017

Am 3. Januar 2017 teilt der Regierungsrat die Eckwerte der geplanten Gesetzesänderung der Sozialhilfe mit. Auf Antrag von Gesundheits- und Fürsorgedirektor Pierre Alain Schnegg will der Regierungsrat bei den Sozialhilfeausgaben künftig bis zu 25 Millionen Franken einsparen. Dies soll durch generelle Senkungen des Grundbedarf für Sozialhilfebedürftige um 10 Prozent ermöglicht werden. Somit wäre der Grundbedarfs unter den SKOS-Richtlinien. Sollte das Gesetz in dieser Form verabschiedet werden, wolle die SP das Referendum ergreift. Auch die BKSE lehnt diese Vorlage ab, da diese ganze Gruppen bestrafe, ohne die Ursachen der Notlage zu berücksichtigen (vgl. Bachmann 2017). Diese Eckwerte lösten eine rege Diskussion aus, an der sich einige einzelne Akteurinnen und Akteure, sowie nicht politische Organisationen und vor allem Parteien beteiligten. Denn diese Eckwerte gefährdeten die 2016 verabschiedete Revision der SKOS-Richtlinien, welche einen legitimierten nationalen Konsens darstellt. «Der Bund» berichtet während dieser Debatte hauptsächlich über Stellungnahmen von Parteien oder deren Mitglieder. Die SKOS sowie die BKSE wurden einige Male erwähnt, «Verkehrt» und AvenirSocial blieben jedoch unerwähnt.

Am 06. Juni 2017 wird über die Demonstration gegen die angekündigten Verschärfungen des Sozialhilfegesetzes im Kanton Bern berichtet. Thomas Näf, Präsident des Komitees der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen (KABBA) sagt, dass noch weniger Ressourcen für Armutsbetroffene zu mehr Verwahrlosung und Verelendung statt zu besserer Integration führe (vgl. Ipa/sda 2017). Bei diesem Bericht fällt auf, dass «Verkehrt» nicht erwähnt wird, obwohl auf den Fotos der Demonstration im Bericht das von ihnen bekannte violette Bild mit den Tieren, sowie Sprechblasen mit «Verkehrt!» klar ersichtlich ist.

Am 11. September 2017 kam es zu einer weiteren Demonstration gegen die Sparpolitik im Sozialwesen allgemein auf dem Münsterplatz. Dabei erwähnte der Bericht Stellungnahmen VPOD und des BKSE, sowie die VPOD, SP und die Grünen. Durch das Treffen von «Verkehrt» wurde klar, dass diese bei den Demonstrationen aktiv dabei war.

Am 21. März 2018, wird berichtet, dass eine Woche vor der zweiten Lesung der Revision zur Demonstration gegen die Sozialhilfekürzungen aufgerufen wurde. Rund 150 Personen versammelten sich auf dem Kornhausplatz. Beim Rathaus angekommen, wuchs die Menge auf 500 Menschen an, welche die Grossräte nach ihrer beendeten Mittwochssitzung mit Trillerpfeifen und Buhrufen empfangen. Dabei ertönte die bekannte Parole: «Schneegg muss weg!». Die Kundgebung verlief ansonsten ruhig. «Der Bund» beschreibt dabei eine Gruppe als Organisierende, die negativ vom sozialen Kahlschlag betroffen ist. Er erwähnt jedoch keinen Namen (vgl. crt/gb/sda 2018). Nach der zweiten Lesung wird am 28. März 2018 berichtet, dass die Sozialhilfe definitiv gekürzt werden soll. Bei Erwachsenen unter 25 Jahren sind Abzüge bis zu 15 Prozent möglich und bei Erwachsenen ab 25 Jahren soll der Grundbedarf um 8 Prozent gekürzt werden. Mit diesen Kürzungen hält sich Bern nicht mehr an die Richtlinien der SKOS. Dies sorgt schweizweit für Aufsehen (vgl. crt/sda 2018).

3.2.5 Volksvorschlag April 2018

Am 11. April 2018 wird berichtet, dass die Linken und Sozialverbände eigene Ideen zur Revision mit einem Volksvorschlag vors Volk bringen wollen (vgl. mob 2018). Dieses Bündnis nennt sich Komitee «für eine wirksame Sozialhilfe».

Am 18. April wird durch die Publikation im Amtsblatt die Unterschriftensammlung²² gestartet (vgl. ebd.). Der Volksvorschlag wird unter anderem von den Kantonalparteien SP, Grünen und EVP, AvenirSocial, KABBA und den Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn unterstützt (vgl. ebd.).

Anhand der Mitglieder dieses Komitees wird ersichtlich, dass eine Kooperation zwischen Parteien und nichtpolitischen Organisationen für diesen Volksvorschlag entstanden ist. Mit dem Volksvorschlag wird somit auch die Referendumsdrohung der Linken eingehalten. Damit konnten die Linken eigene Handlungsalternativen, nicht nur einbringen, sondern vors Volk bringen. In Anbetracht dessen, dass die Linken zusammen mit Fachverbänden in einem Komitee sind, lässt vermuten, dass der Volksvorschlag auch von fachlichem Wissen geprägt wird²³. Zudem kann der Volksvorschlag eine wesentliche Strategische Funktion haben. Dadurch, dass die Kürzungen ins eine Extrem und der Volksvorschlag ins andere Extrem geht, kann eine Spaltung der Lager erzeugt werden.

²² Fakultatives Gesetzesreferendum Frist: Beginn 10.04.2018, Ablauf 18.07.2018, Abgabe der beglaubigten Unterschriften 17.08.18

²³ Der Gesetzestext des Volksvorschlags ist im «Anhang 6» zu finden.

Am 24. Juni 2018 wird berichtet, dass der Volksvorschlag mit bereits 12'000 Unterschriften mit grösster Wahrscheinlichkeit vors Volk kommt, dies teilte die Organisatoren der Kampagne «Verkehrt» von AvenirSocial mit (vgl. nj 2018). Bereits einen Monat vor Ende der Frist sind mehr als genügend Unterschriften für einen Volksvorschlag gesammelt. Es fällt auch auf, dass insbesondere die Kampagne «Verkehrt» grössere Aufmerksamkeit erhält. Am 13. August wird mitgeteilt, dass der Volksvorschlag «für eine wirksame Sozialhilfe» mit rund 16'000 Unterschriften eingereicht wurde. Das sind 6'000 Unterschriften mehr als nötig. Das Komitee teilt mit, dass das deutliche Mehr an gesammelten Unterschriften ein klares Zeichen der Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist (vgl. kls/sda 2018).

Am 08. Januar 2019 veröffentlicht das Büro BASS eine Expertise²⁴, welche von der SKOS in Auftrag gegeben wurde. Diese Studie besagt, dass die Sozialhilfe nach den SKOS-Richtlinien bereits heute knapp bemessen ist. Es wird betont, dass eine Senkung des Grundbedarfs sich fachlich nicht begründen lässt (vgl. Christl 2019c).

Durch die veröffentlichte Studie des Büros BASS (Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien) wird von einem privaten und unabhängigen Forschungsinstitut eine Expertise für die politische Debatte geliefert. Diese Studie scheint die Kritik an die Sparpläne von Schnegg zu bestätigen. Der Titel eines darauffolgenden Zeitungsartikels lautet «Schnegg bezeichnet Bericht von Experten als «Polemik»» (vgl. ebd.). Das bedeutet, dass Schnegg diese Studie scheinbar als Angriff ohne eine sachliche Argumentation sieht, zumindest nach der Redaktion von «Der Bund». Im Policy Cycle wird von Blum und Schubert (2017: 162f.) betont, dass politische Probleme sozial konstruiert sein können. Studien können helfen, einen stärkeren Realitätsbezug herzustellen und lassen auf objektives Fachwissen zurückgreifen. Trotzdem schützen statistische Indikatoren nicht vor Unstimmigkeiten unterschiedlicher Problemwahrnehmungen (vgl. ebd.: 163).

Nachdem im Herbst 2018 Uneinigkeit über die Mehrkostenschätzung des Volksvorschlages herrschten, wurde der darauffolgend in Auftrag gegebene Prüfbericht am 01. Februar 2019 veröffentlicht. Der Regierungsrat schätzte die Mehrkosten auf 49 bis 178 Millionen Franken jährlich, wohingegen Sozialamtchefs aus drei Berner Städten bei ihrer eigenen Berechnung auf 6 und in einer überarbeiteten Fassung auf 9 Millionen Franken kamen. Die derzeitigen Kosten der Sozialhilfe liegen bei 272 Millionen Franken pro Jahr. Nach den unabhängigen Experten zufolge sind Mehrkosten von 17 bis 28 Millionen pro Jahr zu erwarten (vgl. Walser

²⁴ Schlussbericht des Büros für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG: «Berechnung und Beurteilung des Grundbedarfs in den SKOS- Richtlinien» https://www.buerobass.ch/fileadmin/Files/2019/SKOS_2019_Grundbedarf_Schlussbericht.pdf

2019). Hierbei scheinen sich die Akteurinnen und Akteure der Beeinflussung von materiellen Rahmenbedingungen auf eine Policy bewusst zu sein. Wissen wird gezielt von beiden Seiten gegen die Kürzungen eingesetzt. Gleichzeitig scheint versucht zu werden, die Gegenargumente von beiden Lager herunterzuspielen.

3.2.6 Abstimmungskampf März 2019

Am 19. März 2019 begann mit einem Blitz-Theater auf dem Berner Bahnhofplatz das Komitee «für eine wirksame Sozialhilfe» den Abstimmungskampf. Die Gruppe «Verkehrt» ist Teil des Nein-Komitees und führt die Kampagne. Ziel ist ein Nein zur Revision des Sozialhilfegesetzes und ein Ja zum Volksvorschlag. Anna Bouwmeester von «Verkehrt» betont, dass durch diese Aktion auf die Absurdität der angestrebten Revision aufmerksam gemacht wird. Unter den Aktionisten befand sich auch das Grossratsmitglied Haşim Sancar (Grüne) (vgl. mrm 2019). Der Berner Regierungsrat Pierre-Alain Schnegg eröffnete am 29. März 2019 den Abstimmungskampf mit einer Medienmitteilung (vgl. nj/sda 2019). Es ist klar ersichtlich, dass das Komitee «für eine wirksame Sozialhilfe», respektive der Verein «Verkehrt» im Verhältnis zu den Befürwortenden früh mit dem Abstimmungskampf begonnen hat. Scheinbar waren sich die Bürgerlichen zu sicher, dass sie die Abstimmung gewinnen würden. Dies zeigen einerseits die Rekonstruktion, in der aufgezeigt wird, dass die Bürgerlichen ein Referendum sogar begrüßen würden, und andererseits auch das Gespräch mit Haşim Sancar.

Am 09. April 2019 wird berichtet, dass die Gegner der geplanten Sozialhilfe-Revision den digitalen Raum dominieren. Dieser Eindruck entsteht zumindest bei den Beiträgen im «Bund»-Onlineportal «Stadtgespräch». Auch in Kommentarspalten und Leserbriefen dominieren die Gegner der Kürzungen. Der Politikberater Mark Balsiger meint, dass dies kein Gradmesser für die Abstimmung sei. Er spricht sich dafür aus, dass dies ein Effekt einer orchestrierten Kampagne der Gegner sei und nicht die Stimmung der Bevölkerung wiederspiegle (vgl. Christl 2019d). Für die Befürworter ist die Online-Überpräsenz der Gegner problematisch. Diese Präsenz wirkt mobilisierend und motivierend auf die Gegner und senkt zugleich die Lust der Befürwortenden, sich daran zu beteiligen. Dieser Effekt ist als «Schweigespирale» bekannt (vgl. ebd.). Am Treffen von «Verkehrt» wurde beim Zurückblicken erwähnt, dass die geführte Kampagne zweckmässig war und das ideologische Fragen und Diskutieren für einmal im Hintergrund standen.

Diverse Fachpersonen aus dem Sozialwesen und die Landeskirche nahmen gegen die Kürzung Stellung. Bei den Befürwortern hingegen nahmen anhand der Rekonstruktion scheinbar wenige Fachpersonen für die Revision Stellung. Es ist ersichtlich, dass die Fachwelt

aus dem Sozialwesen anhand diverser Stellungnahmen und Medienmitteilungen sich gegen die Kürzungen ausspricht. Wohingegen bei den Befürwortern der Revision nur wenige Fachpersonen, wie beispielsweise ein Politökonom, sich für die Kürzung aussprechen. Am Treffen von «Verkehrt» wurde betont, dass nebst der KRISO²⁵ diese Kampagne die scheinbar umfangreichste Kampagne im sozialen Bereich gewesen ist.

3.2.7 Abstimmung Mai 2019

Am 19. Mai 2019 wurde über die Revision und den Volksvorschlag abgestimmt. Die Kürzung wird gegen den Willen der Regierung und der geeinten bürgerlichen Parteien von BDP bis SVP von den bernischen Stimmberechtigten mit 52.6 Prozent abgelehnt²⁶(vgl. Christl 2019b). Den Befürwortenden gelang es scheinbar nicht, den Handlungsdruck der Bevölkerung klar zu machen. Die von ihnen propagierte Lösung «wer arbeiten will, findet eine Stelle» gilt längst nicht mehr. Dies zeigen die Zahlen und scheint auch beim Volk angekommen zu sein. Wenn Arbeitsstellen fehlen, hilft Druck nicht weiter²⁷.

Die Strategie, durch einen Volksvorschlag das Gesetz zu bekämpfen, ist aufgegangen. Durch die populistischen Forderungen nach einer Besserstellung der älteren Arbeitslosen konnte der Fokus geändert werden, wo auch die Bürgerlichen mehr Verständnis aufbringen konnten (vgl. ebd.). Alle Kantone halten sich somit an die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. Wenige kennen leicht höhere Beiträge und einzelne Kantone unterschreiten die Richtlinien bei einzelnen Bezückergruppen (vgl. Christl 2019a). Doch kein Kanton unterschreitet die SKOS-Richtlinien im Grundbedarf. Es wird berichtet, dass die Bürgerlichen bereits an weitere Vorstösse denken. Grundlegende Kürzungen der Sozialhilfe seien aufgrund des Resultats jedoch vorläufig vom Tisch (vgl. Der Bund 2019). Der Abstimmungstag ging im Sinne der Organisationen der Sozialen Arbeit aus. Trotzdem, dass ihr Volksvorschlag abgelehnt wurde, konnten weitere Kürzungen verhindert werden. Der Status Quo bleibt erhalten. Der Politologe Adrian Vatter meinte in einem Interview, welches in der darauffolgenden Woche erschien, dass die Kürzungen der Vorlage grundsätzlich weit gegangen wären. Gleichzeitig ging der Volksvorschlag in die entgegengesetzte Richtung. Die Abstimmung zeigt, dass die Stimmbürgerschaft den Status quo bevorzugte. Dadurch

²⁵ Forum für kritische Sozialarbeit (KRISO) Bestehend aus Sozialarbeitende, die sich nicht als Spielball einer neoliberalen Politik machen wollen. <https://www.kriso.ch>

²⁶ Vorlage GR: 47.4% Ja/ 52.6% Nein
Volksvorschlag: 44.0% Ja/ 56.0% Nein
Stichfrage: Vorlage GR 49.4%/ Volksvorschlag 50.6%

²⁷ Haşim Sancar reichte 2017 die Motion (234-2017) ein. Diese verlangte «Recht auf Bildung und Arbeit». Die Motion wurde in der Junisession 2018 jedoch abgelehnt.
<https://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaefte.gid-6e231427109f48049893689e055ebd01.html>

haben sie sich für das Nicht-Unterschreiten der nationalen SKOS-Richtlinien ausgesprochen. Adrian Vatter glaubt, dass die Signalwirkung der Ablehnung relativ gross ist. Daher werden wahrscheinlich die Vorstösse gegen Kürzungen in anderen Kantonen einen Dämpfer erleben (vgl. Reinhardt 2019).

Am 22. Mai wurde über Anna Bouwmeester von «Verkehrt» berichtet. Sie war das Gesicht des Komitees, das vor allem aus Sozialarbeitenden und Armutsbetroffenen bestand. Bouwmeester stand den Medien Rede und Antwort, während eines Flashmobs gab sie die zynische Kapitalistin und organisierte Flyeraktionen. Es ist eine zivilgesellschaftliche Gruppe, die scheinbar aus dem Nichts auftauchte und einen wichtigen Abstimmungskampf prägte (vgl. Christl 2019I). Im Bericht wird betont, dass Kürzungsbefürworter oft strukturelle Bedingungen wie familiäres Umfeld, finanzielle Ressourcen und soziales Umfeld der Betroffenen ausklammern. Dies wurde auch durch das Gespräch mit Haşim Sancar bestätigt. Bouwmeester befürchtet, dass die Angriffe nicht nachlassen werden. Ihr langfristiges Ziel ist es, dass «Verkehrt» eine nationale Bewegung wird und eine Lobby für Armutsbetroffene aufgebaut werden kann. Sie betont auch, dass sie die Zusammenarbeit mit den Parteien geschätzt hat. Jedoch empfand sie es störend, dass bei den Politikerinnen und Politiker die strategische Frage eine grosse Rolle spielte (vgl. Christl 2019I).

Diese Feststellung über die strategische Gewichtung der Handlungen in der Politik wieder spiegelt die Aussage von Jann und Wegrich (2003: 96f.) im Policy Cycle, dass grosse Teile politischer Aktivitäten nicht notwendigerweise ziel- und umsetzungsorientiert sind, sondern eher einen symbolischen Charakter aufweisen. Es gehe dabei weniger um die konkrete Policy, als mehr um Machterhalt und Handlungsfähigkeit. Trotz der fast sieben Jahre dauernden Machtkämpfen und Debatten wurde eine der drei Ziele von Studer, das Abschwächen des Schwelleneffekts nicht erreicht. Um das Vertrauen in die Sozialhilfe aufrecht zu erhalten, ist es nach Fabian Christl (2019b) zwingend, Missbräuche zu bekämpfen. Auch wer Kürzungen zukünftig verhindern will, sollte die Kostenentwicklung nicht aus den Augen verlieren. Das scheinen auch die Parteien verstanden zu haben, denn alle zukünftigen Massnahmen der Parteien im Bereich Sozialhilfe richten sich auf die Kostenentwicklung. Dabei ist das Problem des «Schwelleneffekt» nicht mehr adressiert. Es scheint so, dass der «Schwelleneffekt» insbesondere dazu verwendet wurde, um das Thema auf die politische Agenda zu setzen und Emotionen auszulösen. Dass die Befürworter den «Schwelleneffekt» für die Kürzungen «ausgenutzt» haben, bestätigt auch das Gespräch mit Haşim Sancar. Auch das Schema von Freiburghaus und Zimmermann in Abbildung 2 zeigt auf, dass wissenschaftliches Wissen, wie jenes über diesen Effekt, von politischem Nutzen sein kann und zu verschiedensten Zwecken aufgenommen werden kann. Die Verwendung von Wissen in politischen Diskursen scheint von Bedeutung zu sein.

4 **Schlussdiskussion**

Von Beginn des letzten Kapitels bis zum Schluss vergingen rund sieben Jahre. Durch die Rekonstruktion und deren Interpretation wurde sichtbar, wie, wo und wann Organisationen der Sozialen Arbeit aktiv waren. In diesem Kapitel werden die Erkenntnisse auf Bezug der Fragestellung «Wie, wo und wann haben die Sozialen Organisationen im Prozess der Revision des Sozialhilfegesetzes im Kanton Bern gewirkt?» zusammengefasst und kritisch diskutiert. Abschliessend werden Folgerungen, Denkansätze und weitführende Fragen dargelegt.

Wer hat gewirkt? Während der Rekonstruktion wurde ersichtlich, dass es vier Arten von Gruppen gab: Politische oder nicht politische Gruppen, sowie Gruppen für oder gegen die Kürzungen. Diese Einteilung in vier Gruppen bestärkt zum einen ein binäres Denken mit einer Reduktion der Komplexität und hilft jedoch zum anderen eine grobe Übersicht der Akteurinnen und Akteure zu erhalten. Es fiel auf, dass die Befürwortenden der Kürzung hauptsächlich aus politischen Gruppen bestanden. Dazu gehörte beispielsweise die SVP. Nichtpolitische Organisationen waren bei den Befürwortenden nicht ersichtlich. Einzig nahmen vereinzelt Fachpersonen wie beispielsweise ein Wirtschaftsprofessor oder ein Politikökonom aus der nichtpolitischen Gruppe für die Kürzungen Stellung.

Bei der Gegenseite nahmen die linken Parteien Stellung, wie beispielsweise die Grünen oder die SP. Während den sieben Jahren nahmen zusätzlich diverse nichtpolitische Organisationen an der Debatte gegen die Kürzungen teil. Dies beispielsweise durch Medienmitteilungen, Unterstützen der Petition, Mitwirken bei der Vernehmlassung oder im Komitee «für eine Wirksame Sozialhilfe». Dazu zählen der Berufsverband der Sozialen Arbeit Schweiz AvenirSocial, Verkehrt, Gewerkschaft des Service Publique (VPOD), das Forum für kritische Soziale Arbeit und das Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffene (KABBA), der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und der Verein Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz (BKSE) um nur einige zu nennen. Es ist ersichtlich, dass zahlreiche Organisationen, viele davon aus dem sozialen Bereich, sich gegen die Kürzungen positionierten. Haşim Sancar erwähnte dabei auch die «Sozial Allianz»²⁸. Dazu gehören scheinbar Parteien, Hilfswerke und kirchliche Organisationen, welche über diverse Themen diskutieren.

Wann waren sie wo und wie aktiv? Aufgrund der Zeitungsberichte, welche bereits einen Filter der Realität darstellen, entspricht die Beantwortung dieser Frage anhand der Rekonstruktion nicht voll und ganz der Realität. Die Rekonstruktion zeigt trotzdem selektierte Aktivitäten.

²⁸ <http://www.sozial-allianz.ch/wer.html>

Die Befürwortenden der Kürzungen waren von Beginn an dabei. Denn diese haben durch die Motion von Ueli Studer die Debatte auf die politische Agenda gesetzt. Seither schienen die politischen Gruppen stetig für eine Kürzung zu kämpfen. Sei dies durch das Mitwirken in der Vernehmlassung, am Runden Tisch oder beim Abstimmungskampf. Da anhand der Zeitungen keine NGO's ersichtlich waren, welche bei den politischen Diskussionen aktiv für die Kürzungen mitgewirkt haben, entfällt diese Gruppe. Die vorher genannten Einzelpersonen werden nicht berücksichtigt.

Auf die Motion hin reagierten auch die politischen Gruppen der Gegenseite. Diese waren ähnlich wie die Befürworter stetig an den Diskussionen beteiligt. Die NGO's der Gegenseite schienen teilweise erst nach einem Vierteljahr nach dem Entschluss über die Motion durch eine Petition aktiv geworden zu sein. Einzig die SKOS sowie die BKSE sind, wie es die Rekonstruktion aufzeigt, bereits von Beginn an durch Positionspapiere und Medienmitteilung aktiv dabei. Diese beiden Organisationen treten in der Rekonstruktion bis zum Schluss regelmässig durch Mitteilungen auf. Es zeichnet sich hierbei ab, dass die beiden NGO's zwar eine gewisse Medienpräsenz haben, jedoch scheinen sie für die Berichterstattung lediglich als Gegner zu den Kürzungen zu dienen. Das zeigt sich unter anderem daran, dass die eigentlichen Stellungnahmen der NGO's mit den inhaltlichen Aussagen oft keine grosse Aufmerksamkeit erhielten und dass die Berichte oft auf eine Medienmitteilung aus dem PAS reagierten. Dies zeigt beispielsweise die Medienkonferenz der BKSE, an der sie über die Zahlenintransparenz der Regierung berichteten oder anhand der scheinbar unbeachteten Studie der SKOS über die Schwelleneffekte und negative Erwerbsanreize. In Anbetracht dessen, dass nur wenige Monate später nach der Veröffentlichung der Studie die Motion zu diesem Thema eingereicht wird, lassen einige Fragen bezüglich des allgemeinen Umgangs mit Wissen in der Politik offen. Im Theorieteil des Policy Cycles, wie auch am Treffen von «Verkehrt» und während dem Gespräch mit Haşim Sancar wird die Ressourcenkapazität von Akteurinnen und Akteuren thematisiert.

Laut der Rekonstruktion wurden mit der Petition «soziales Existenzminimum» ab dem Februar 2014 einige der NGO's aktiv. Bemerkenswert ist einerseits, dass das Bündnis aus politischen und nichtpolitischen Organisationen besteht, sowie die Petition scheinbar von NGO's lanciert wurde. Ob das letzte der Grund für die ausfallende Wirkung in der Politik war, kann nicht gesagt werden.

Während des Vernehmlassungsverfahrens 2015 wurde über keine auffallenden Aktivitäten berichtet. Einzig, dass sich die politischen Gruppen nicht einigen konnten und sich daher die Fronten verhärtet haben. Daraufhin wurde ein Runder Tisch einberufen.

Die Demonstrationen (Juni 2017, September 2017 und März 2018) schienen Menschen zu mobilisieren und auf die Problematik aufmerksam zu machen.

Bis hin zum Volksvorschlag im April 2018 blieben dann die NGO's bis auf die SKOS und die BKSE unerwähnt. Ab April 2018 wird über das Komitee «für eine wirksame Sozialhilfe» berichtet. Es fällt auf, dass es aus nahe zu den gleichen Mitgliedern wie beim Bündnis zur Petition besteht. Dabei sind einerseits Parteien wie SP, Grüne, Junge Grünen und EVP, sowie NGO's wie «Verkehrt», AvenirSocial und VPOD involviert, um nur ein Teil zu nennen. Im August reichte das Komitee den Volksvorschlag mit den 16'000 Unterschriften ein.

Ab dem Flashmob auf dem Bahnhofplatz im März 2019 wurde «Verkehrt» in der Rekonstruktion öfters erwähnt. Im Bericht nach der Abstimmung über Anna Bouwmeester von «Verkehrt» wird beschrieben, dass sie das Gesicht der Gegenseite war und den Medien Rede und Antwort stand. Das Netzwerk zwischen Akteurinnen und Akteuren der Medien wie zur Politik scheint essenziell zu sein. Am Treffen von «Verkehrt» wurde klar, dass obwohl sie die Gegenseite in den Medien repräsentierte, das ganze Steuerungsteam der Kampagne «Verkehrt» neben ihr stand. Das ganze Team hatte das Ziel, die Kürzungen aufzuhalten. Daher war die Kampagne, wie am Treffen mitgeteilt wurde, zweckmässig und weniger ideologisch organisiert. Am Treffen der Steuergruppe wurde auch betont, dass dank der institutionellen Aufhängung der Kampagne beim Berufsverband AvenirSocial die Gruppe so aktiv sein konnte. Infrastruktur und das administrative Minimum, welche es brauchte, wurde von AvenirSocial übernommen. Dadurch konnte «Verkehrt» die knappen Ressourcen für das Wesentliche nutzen.

Die Zusammenfassung bis jetzt zeigt auf, dass einerseits die SKOS und die BKSE laufend am Puls des Prozesses waren, jedoch in der Rekonstruktion oft als Reaktion zu einer Medienmitteilung aus dem PAS herbeigezogen wurden. «Verkehrt» war andererseits zu Beginn nahezu unerkannt und in der Rekonstruktion unerwähnt. Erst ab der Aktion des Flashmobs am Tag der Sozialen Arbeit begann die Aufmerksamkeit zu steigen. «Verkehrt» organisierte die Kampagne. Der Volksvorschlag, wie auch die Kampagne gegen die Kürzungen wurden, im Verhältnis zu den sich sicherfühlenden Befürwortern, früh lanciert. Der Volksvorschlag wurde nur einige Tage nach der Bekanntgebung der Kürzungen lanciert und die Kampagne wurde fast einen halben Monat vor der der Befürwortenden eröffnet. Am Treffen von «Verkehrt» wurden die Tätigkeiten und Aktivitäten reflektiert. Was gelang gut und was eher schlecht? Das Fazit war klar: Sie konnten sich aufgrund der Abstimmung gegenseitig auf die Schulter klopfen.

Auf diese Zusammenfassung folgen die Folgerungen mit Denkansätzen und weiterführenden Fragen, gegliedert nach Themen. Als erstes Thema ist «Der Umgang mit Wissen» zu nennen. Anhand der Arbeit wird festgestellt, dass Wissen und Wissen vermitteln eine zentrale Rolle spielt. Der Policy Cycle ermöglichte ein tieferes Verständnis für den politischen

Prozess. Darin wird aufgezeigt, dass rationale Merkmale eine Orientierung für normative Überlegungen geben können, jedoch politische Entscheidungsträgerinnen und -träger oftmals gar nicht über dieses entsprechende Wissen verfügen (vgl. Blum/Schubert 2017: 178f.). Die Rekonstruktion bestätigt dies. Im Prozess wurden einige Möglichkeiten Fachwissen in den politischen Prozess einzubringen, wie im Schema in Abbildung 2 von Freiburghaus und Zimmermann dargestellt wird, von den Organisationen der Sozialen Arbeit genutzt. Dabei zeigte die Rekonstruktion auch auf, dass beispielsweise die SKOS und die BKSE über ausführliches Wissen verfügen, sei es anhand früherer Studien oder aktuellem Fachwissen aus dem sozialen Bereich. Dieses Wissen kam scheinbar nicht wirklich bei den politischen Akteurinnen und Akteuren an, respektive wurde nicht oder nur wenig im politischen Prozess genutzt.

Am Treffen von «Verkehrt» wurde betont, dass sie die Kampagne einfach gehalten haben, also möglichst niederschwellig ohne fachliche, wissenschaftliche Sprache. So konnte das Thema verständlich unter das Volk gebracht und mobilisiert werden. Es wurde betont, dass das Thema lebendig und provokativ rübergebracht worden war. Diese Eigenschaften weisen wissenschaftliche Texte und Studien nicht auf. Es scheint, dass es, für einen politischen Prozess zu beeinflussen, die Fähigkeit benötigt, Fachwissen zu erwerben und situationsgerecht und adressatengerecht einsetzen zu können. Sei dies Wissen für die Politikerinnen und Politiker verständlich zu machen, oder für das Volk beispielsweise in einer Kampagne. Die Fähigkeit, Verständnis zu schaffen, scheint somit zentral zu sein. Diese Fähigkeit unterstützt das Erreichen des Ziels des Berufscodex von AvenirSocial, Lösungen für soziale Probleme zu entwickeln und zu vermitteln, um soziale Notlagen von Gruppen und Menschen zu verhindern (vgl. AvenirSocial 2010: 6). Um Wissen passend vermitteln zu können, braucht es einerseits Wissen über die Adressanten und andererseits eine Beziehung.

Wie im Policy Cycle aufgezeigt wird, haben nach Schneider (1992: 111–133) Prozesse innerhalb von Policy-Netzwerken einen grösseren Einfluss auf Entscheidung als die Entscheidungsprozesse in der parlamentarischen Arena. Ein mehr oder weniger offener, umfangreicher und häufig informeller Verhandlungs- und Austauschprozess geht scheinbar oft vor der formellen Entscheidung über eine Policy vor.

In Anbetracht dessen, dass durch die halbdirekte Demokratie der Schweiz alle Stimmberechtigten im Kanton Bern Entscheidungsträger waren, galt es dementsprechend ein grosses Netzwerk zu pflegen. Die Zusammenstellung der Steuergruppe von «Verkehrt» an diesem Treffen zeigte auf, dass nicht nur Professionelle der Sozialen Arbeit, sondern auch Betroffene und Akteurinnen und Akteure aus dem politisch-administrativen Systems Teil von «Verkehrt» sind. Alle Beteiligten bringen Strategien, Fähigkeiten, Ressourcen und Zugänge zu entsprechenden Netzwerken mit, die für das gemeinsame Ziel genutzt werden

konnten. Hierbei gilt es zu betonen, dass es in der Steuergruppe von «Verkehrt» scheinbar nicht nur um die Zusammenarbeit ging, sondern auch um den Zusammenhalt und die Beziehung. Daher scheint die Fähigkeit Beziehung aufzubauen und pflegen zu können eine zentrale Fähigkeit zu sein, um Einfluss auf politische Prozesse zu üben. Ergänzend dazu schreibt der Berufskodex von AvenirSocial (2010: 6), dass die Soziale Arbeit über die eigenen Netzwerke sozialpolitische Interventionen initiiert und unterstützt.

Um jedoch Beziehungen zu pflegen und Fachwissen zu erwerben und zu vermitteln, braucht es Ressourcen.

Durch das Modell des Policy Cycles fällt auf, dass die Entscheidungsträger und das PAS oft nur eine begrenzte Aufmerksamkeitskapazität haben, da stetig zahlreiche Themen bearbeitet werden müssen. Es wurde im Policy Cycle aufgezeigt, dass aufgrund von Ressourcenknappheit einer Policy deren Durchsetzbarkeit und Handlungsoptionen im Entscheidungsprozess beeinflussen. Dazu gehört auch die Knappheit von «politischer Unterstützung» als Ressource, die auf den Entscheidungsprozess einwirken kann. Die Verteilung des Einflusses zwischen unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren auf prozessualer Ebene, kann ebenso eine zentrale Rolle spielen (vgl. Jann/Wegrich 2003: 87f.).

Das neben einer Policy noch weitere Geschäfte laufen, zeigte auch das Gespräch mit Haşim Sancar auf. Einerseits ist das politische System im Kanton Bern ein Milizsystem. Das heisst, viele Politikerinnen und Politiker machen das nebenberuflich. Dadurch haben sie sowieso noch weniger Ressourcen, um sich ausführlich mit einer von vielen Policies auseinander zu setzen. Und zusätzlich kommen andererseits weitere Faktoren, wie Digitalisierung und Globalisierung dazu, welche die Komplexität der Politik massiv erhöhen.

Bei der Rekonstruktion fällt auf, dass beispielsweise anstelle einer Diskussion über den Schwelleneffekt oder allgemein über das Existenzminimum pragmatisch durch Vorstösse vorgegangen wird. Auch am Treffen von «Verkehrt» wird beim Zurückschauen erwähnt, dass jede und jeder so viel investiert hat, wie es für die einzelne Person möglich und stimmig war. Auch die Organisation der Kampagne schien «einfach» zweckmässig gewesen zu sein. Es scheint, dass Ressourcenknappheit, sei es materiell auf gesellschaftlicher Ebene wie immateriell auf persönlicher Ebene, eine Erscheinung dieser Zeit ist.

Daher stellt die Fähigkeit, mit Ressourcen umzugehen, eine zentrale Kompetenz dar, um Einfluss auf politische Prozesse zu nehmen. Wer Ressourcen wie Wissen, Geld oder Beziehungen hat, scheint heutzutage mächtig zu sein. Nach Silvia Staub-Bernasconi (2012: 276f.) sind Macht und Hilfe zwei höchst verschiedene Sachverhalte. Diese gilt es jedoch in einer demokratischen, professionellen Arbeitsbeziehung offen zu thematisieren und professionell zu gewichten.

Es kann auch gefragt werden, wozu die ganze Diskussion überhaupt gut sein soll?

Kein Ziel zu haben und keine Diskrepanz schliessen zu können, bedeutet nahezu den Stillstand. Nach Hermann Ribhegge (2004: 15) beispielsweise sind die drei grundlegenden Ziele der Sozialpolitik die Verwirklichung von Gerechtigkeit, Sicherheit und Freiheit.

Die politischen Programme im Policy Cycle haben Ziele, die definierte Probleme, Forderungen und Vorschläge lösen oder bearbeiten. Diese Programme, sofern sie implementiert wurden, können nach dem Policy Cycle evaluiert werden. Dabei ist das Ziel, die Wirkung und die Zielerreichung politischer Programme zu beurteilen. Anhand systematischer Evaluierungen von politischen Massnahmen kann politisches Lernen stattfinden. Somit können eine höhere Zielerreichung und eine Verbesserung der politischen Programme erreicht werden. Zusätzlich könnten Verwaltung und Politik durch die ausgewerteten Ergebnisse Verständnis über die konkreten Folgen ihres Handelns erlangen (vgl. Blum/Schubert 2017: 199f.). Müsste die Soziale Arbeit die Politikerinnen und Politiker zukünftig beispielsweise durch Empowerment beim politischen Lernen unterstützen?

Die Rekonstruktion zeigte klar auf, dass es ein Lager gab, welches das Ziel hatte, die Sozialhilfe zu kürzen und ein Lager, das dies verhindern wollte. Selbst die Motion von Studer beinhaltete drei Ziele: 1. Sanierung der Kantonsfinanzen 2. Fehlanreize eliminieren 3. Aufhebung des «Schwelleneffekts» durch «Neubemessung» der Sozialhilfe, welche über Jahre verfolgt wurden.

Das Treffen von «Verkehrt» zeigte auch auf, dass einige der Teilnehmenden in der Steuergruppe das Ziel, die Kürzungen zu stoppen, verinnerlicht haben und mit Leidenschaft und «Härzbluet» aktiv waren, um dies zu erreichen. Auch die Frage der (Un-)verbindlichkeit in den verschiedenen Arbeitsgruppen während der Kampagne schien aufgrund des Projektcharakters beantwortet gewesen zu sein. Eine Arbeitsgruppe schloss sich aufgrund eines Unterziels/ Auftrags zusammen und löste sich nach der Bearbeitung wieder auf.

Weiter hat die Kampagne beispielsweise das Ziel gehabt, das Volk im Zentrum und der Agglomeration nicht zu überzeugen, sondern zu mobilisieren, was beim Betrachten der Abstimmungsergebnisse entscheidend gewesen ist. Auch die Zusammenarbeit der Parteien mit Organisationen der Sozialen Arbeit während dem ganzen Prozess scheint unter anderem durch das gemeinsame Ziel entstanden zu sein.

Daher scheint die Fähigkeit, Ziele zu setzen und die darauf abzielenden Prozesse zu gestalten, eine zentrale Kompetenz zu sein, um Einfluss auf politische Prozesse zu nehmen. Damit die Soziale Arbeit sich besser behaupten kann, ist eine Voraussetzung anschliessend dazu, dass sie sich ihre demokratische Herkunft einerseits und ihre Wertebasis andererseits bewusster wird (vgl. Sommerfeld 2013: 178f.).

Die Fähigkeit Verständnis zu schaffen, also Fachwissen zu erwerben und situationsgerecht und adressatengerecht einsetzen zu können, die Fähigkeit Beziehung aufzubauen und pflegen zu können, die Fähigkeit mit Ressourcen umzugehen und die Fähigkeit Ziele zu setzen und die darauf abzielenden Prozesse zu gestalten, scheinen wesentliche Kompetenzen zu sein, um auf die Politik und die politischen Prozesse zu wirken.

Aktuell geschehen diverse Sachen. Beispielsweise die Klimabewegung mit den zahlreichen Demonstrationen, die auch auf die Abnutzung der Ressourcen aufmerksam machen. Digitalisierung, beispielsweise durch den bereits zum zweiten Mal durchgeführten «Schweizer Digitaltag» oder durch den Julius Bär Swiss E-Prix, bei dem anstelle Autos mit Verbrennungsmotoren Autos mit Elektromotoren am 22. Juni durch Bern ein Rennen fahren. Die Veränderung des Arbeitsmarktes, Müllverschmutzung auf der Erde und im Weltraum, die Europawahlen und die von «Rezo», ein YouTuber aus Deutschland, zuvor ausgelöste Diskussion stellen weitere Beispiele dar. Zudem finden diesen Herbst die eidgenössischen Wahlen statt.

In Deutschland scheinen die Politikerinnen und Politiker die junge Generation nicht abholen zu können, Politikerinnen und Politiker auf der ganzen Welt scheinen nur schwer auf die regelmässig demonstrierenden Jugendlichen und Erwachsenen für das Klima zu hören und die Bürgerliche Seite im Parlament im Kanton Bern scheint durch die zahlreichen verlorenen Abstimmungen den Puls des Volks nicht mehr ganz zu spüren. Haben einige Politikerinnen und Politiker den Puls der Gesellschaft verloren?

Die Soziale Arbeit, als eine relativ junge Profession, scheint durch diese von „Verkehrt“ geführte Kampagne ebenso wie die jungen Menschen aktiver zu werden.

Die Soziale Arbeit ist an der Basis. Durch ihre Tätigkeit ist sie bei den Menschen in der Gesellschaft. Sie muss die Menschen, auch die Jungen, abholen können, um die Ziele der Sozialen Arbeit zu erfüllen. Es mag sein, dass die Aufzählung der Fähigkeiten, um auf die politischen Prozesse zu wirken, nicht vollständig ist und Kritik bei deren Formulierung durchaus legitim ist. Trotzdem scheinen die mit diesen Fähigkeiten gemeinten Kompetenzen gewisse Ähnlichkeiten mit denen von zukünftigen Professionellen der Sozialen Arbeit an der Fachhochschule Nordwestschweiz zu haben. Nach dem Studium besitzen sie Fähigkeit zur Prozessgestaltung, Fähigkeit zur forschen, Fähigkeit zur Kooperation, Fähigkeit zur selbstregulierten Wissenserweiterung und die Fähigkeit zur (Selbst-)Reflexion und noch mehr. Das bedeutet, dass die Soziale Arbeit, die Organisationen der Sozialen Arbeit und alle professionellen der Sozialen Arbeit die nötigen Fähigkeiten haben, um auf die Gesellschaft, die Menschen, die Basis einerseits zu hören und andererseits Stellung zu beziehen und aktiv zu werden.

Insbesondere die Fähigkeit zur Reflexion scheint eine besondere Stärke der Sozialen Arbeit zu sein. Die Reflexionsfähigkeit ist essenziell für die persönliche, organisationalen und gesellschaftlichen Weiterentwicklungen. Die grösste Schwäche der Sozialen Arbeit scheint jedoch mit der Frage gekoppelt zu sein: Wohin sollen die Entwicklungen gehen?

Die Reziprozität zwischen Vergangenheit und Zukunft scheint noch nicht ganz ausgewogen zu sein. Die Reflexion hat hauptsächlich den Fokus auf das Vergangene, auf das Zurückliegende, wohingegen das Zielesetzen hauptsächlich den Fokus auf die Zukunft, nach vorn, vorwärts gerichtet ist. Reflektieren, «RE», als «zurück» oder «wieder», also «RE»aktiv, scheint nach der Sprache auf etwas zurück zu gehen. Beispielsweise Licht wird REflektiert. Wohingegen PROzess, PROduktion und PROfession die Präposition «PRO» beinhaltet, was so viel bedeutet wie «vor» oder «vorwärts». Ohne das eine kann das andere nicht sein. Das Umgehen mit Spannungsfeldern ist ebenso eine Stärke der Sozialen Arbeit, da ist das Vorausschauen für die Soziale Arbeit kein Problem.

Durch die gewonnene Abstimmung im Kanton Bern ist ein Ziel erreicht. Was nun? Investieren anstatt Sparen, um den Fluss aufrecht zu erhalten?

Während des Gespräches mit Haşim Sancar wurde klar, dass er sich scheinbar wünscht, dass die Fachpersonen, Schulen und Akteurinnen und Akteure der Sozialen Arbeit aktiver werden und mehr Stellung einnehmen. Am Treffen von «Verkehrt» war es für die Steuergruppe klar. Es gilt nach vorne zu schauen, weitere Vorstösse zu planen und aktiv zu bleiben. Dies wird an einem nächsten Treffen diskutiert. AvenirSocial hat sich vor kurzem umstrukturiert und hielt am 24. Mai 2019 die zweite Nationale Vollversammlung ab. Dabei konnten Marktstände besucht werden, an denen unter anderem die verschiedenen Fachkommissionen von AvenirSocial vorgestellt wurden. Wer aktiv sein will, kann sich beispielsweise in einer Fachkommission engagieren²⁹. Die Fachkommission für Politik bestand zu diesem Zeitpunkt aus einer handvoll Personen. Sie treffen sich vier Mal im Jahr um sich mit aktuellen kantonalen und nationalen politischen Themen auseinander zu setzen und beispielsweise Stellungnahmen zu schreiben.

Wie sieht es mit einer längerfristigen Partnerschaft zwischen Organisationen der Sozialen Arbeit und den Parteien aus? Entstehen weitere Bündnisse? Wird die Sozial-Allianz zukünftig aktiver werden um durch Beziehungen und Netzwerke, ressourceneffizient Fachwissen in politische Prozesse einzubringen damit gemeinsame Ziele erreicht werden können?

Liebe Leserinnen und Leser: Unterstützen Sie die Soziale Arbeit. Gestalten Sie den Ausblick durch kleine Schritte. Beginnen Sie zu strahlen. Seien Sie professionell und proaktiv.

²⁹ «Sich engagieren» <https://avenirsocial.ch/mitglieder/sich-engagieren/>

5 Literaturverzeichnis

- AvenirSocial (2010). Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz. Ein Argumentarium für die Praxis der Professionellen. Bern: AvenirSocial - Professionelle Soziale Arbeit Schweiz.
- AvenirSocial (2014). Medienmitteilung. Einreichung der Petition für ein soziales Existenzminimum. URL: https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2018/12/140610_MM_Einreichung_Petition_fuer_ein_soziales_Existenzminimum..pdf [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Bachmann, Anita (2017). SP droht mit Referendum gegen kantonale Sozialpolitik. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/sp-droht-mit-referendum-gegen-kantonale-sozialpolitik/story/22398887> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Behrens, Maria (2003). Quantitative und qualitative Methoden in der Politikfeldanalyse. In: Schubert, Klaus (Hg.). Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München: Oldenbourg.
- Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz BKSE (2019a). Verband. URL: <http://www.bernerkonferenz.ch/ueber-uns/verband/> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz BKSE (2019b). Sozialhilfe – kurz und gut erklärt. URL: http://www.bernerkonferenz.ch/fileadmin/user_upload/dokumente/Positionen/aktuelle_Informationen/BKSE_Broschuere_dt_web_neu.pdf [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- BKSE (2017). Unsere Positionen. Medienkonferenz BKSE. URL: http://www.bernerkonferenz.ch/unsere-positionen/?tx_news_pi1%5B%40widget_0%5D%5Bcurrent-Page%5D=2&cHash=8c288d772cf9924ce1a461d657e3670d [Zugriffsdatum: 17. Juni 2019].
- Blum, Sonja/Schubert, Klaus (2017). Politikfeldanalyse: eine Einführung. 3., überarbeitete Auflage. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Bundesamt für Justiz (2014). Gesetzgebungsleitfaden Module Gesetz, Verordnung und Parlamentarische Initiative. URL: <https://www.bj.admin.ch/dam/data/bj/staat/legistik/hauptinstrumente/module-d.pdf> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Burri, Anja (2013). «Vorstösse gehören zu Kampagne». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/vorstoesse-gehoren-zu-kampagne/story/15496332> [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].
- ch.ch (o.J.). Demokratie. Das politische System der Schweiz. Petition. URL: <https://www.ch.ch/de/demokratie/politische-rechte/petition/> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].

- Christl, Fabian (2019a). Die SVP will sich nicht geschlagen geben. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/die-svp-will-sich-nicht-geschlagen-geben/story/18866614> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019b). Das Thema lässt sich noch nicht abhaken. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/das-thema-laesst-sich-noch-nicht-abhaken/story/18428944> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019c). Schnegg bezeichnet Bericht von Experten als «Polemik». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/schnegg-bezeichnet-bericht-von-experten-als-polemik/story/22025520> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019d). Kürzungs-Gegner besetzen den digitalen Raum. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kuerzungs-gegner-besetzen-den-digitalen-raum/story/14329215> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- crt/gb/sda (2018). Keine Lust auf Sozialabbau. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/keine-lust-auf-sozialabbau/story/22076905> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- crt/sda (2018). Sozialhilfe soll definitiv gekürzt werden. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/sozialhilfe-soll-definitiv-gekuerzt-werden/story/31443357> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- Das Schweizer Parlament (o.J.). Gesetzgebungsverfahren. URL: <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/Schema-d.pdf> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Der Bund (2019). Das war der Abstimmungstag im Kanton Bern. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/nach-nein-zu-sozialhilfe-kuerzung-fordern-linke-investitionen/story/25466615> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Der Grosse Rat des Kantons Bern (2013). Gesundheits- und Fürsorgedirektion. 66 2012.1492 Motion 260-2012 Studer (Niederscherli, SVP) Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe. URL: <https://www.gr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwsbinary.DOKUMENTE.acq/59e10ab00042468696e5f2597188d062-332/6/PDF/2012.RRGR.11030-GR-Wortlautdokument-D-68382.pdf> [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].
- Freiburghaus, Dieter/Zimmermann, Willi (1985). Wie wird Forschung politisch relevant? Erfahrungen in und mit den schweizerischen nationalen Forschungsprogrammen. Bern: P. Haupt.
- gbl/sda (2014). Petition für «soziales Existenzminimum» lanciert. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/petition-fuer-soziales-existenzminimum-lanciert/story/13100673> [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].
- Gesundheits- und Fürsorgedirektion (2016). Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (SHG) im Bereich der wirtschaftlichen Hilfe: Konsultation aufgrund der Ergebnisse am runden

- Tisch. URL: https://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen/suche.meldungNeu.html/portal/de/meldungen/mm/2016/06/20160608_1341_konsultation_aufgrundderergebnisseamrudentisch [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Grosser Rat (o.J.). Mitwirkung der Bevölkerung. URL: <https://www.gr.be.ch/gr/de/index/hintergrund/hintergrund/mitwirkung.html#anker-anchor-4> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019a].
- Grosser Rat (o.J.). Parlamentarische Instrumente. URL: https://www.gr.be.ch/gr/de/index/hintergrund/hintergrund/parlamentarische_instrumente.html [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019b].
- hjo/sda (2015). So will der Kanton bei der Sozialhilfe sparen. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/so-will-der-kanton-bei-der-sozialhilfe-sparen/story/23040059> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Jann, Werner/Wegrich, Kai (2003). Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy Cycle. In: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (Hg.). Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München: Oldenbourg.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2009). Sozialpolitik und Sozialstaat: soziologische Analysen. 3., erw. Aufl. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- kls/sda (2018). Volksvorschlag gegen Kürzungen in der Sozialhilfe eingereicht. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/volksvorschlag-gegen-kuerzungen-in-der-sozialhilfe-eingereicht/story/10393815> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Knill, Christoph/Tosun, Jale (2015). Einführung in die Policy-Analyse. Opladen Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Kommunikation Kanton Bern (o.J.). Porträt Kanton Bern. Politik. URL: <https://www.be.ch/portal/de/index/portraet/politik.html> [Zugriffsdatum: 15. Mai 2019a].
- Kommunikation Kanton Bern (o.J.). Mitwirkung der Bevölkerung. URL: <https://www.gr.be.ch/gr/de/index/hintergrund/hintergrund/mitwirkung.html> [Zugriffsdatum: 15. Mai 2019b].
- Linder, Wolf/Wirz, Rolf (2014). Direkte Demokratie. In: Knoepfel, Peter/Papadopoulos, Yannis/Sciarini, Pascal/Vatter, Adrian/Häusermann, Silja (Hg.). Handbuch der Schweizer Politik. Manuel de la politique Suisse. 5., völlig überarb. und erw. Aufl. Zürich: Verl. Neue Zürcher Zeitung.
- lpa/sda (2017). Demonstration gegen Schneggs «Sozialabbau». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/demonstration-gegen-schneggs-sozialabbau/story/27640180> [Zugriffsdatum: 06. Juli 2019].
- Lüthi, Ruth (2014). Parlament. In: Knoepfel, Peter/Papadopoulos, Yannis/Sciarini, Pascal/Vatter, Adrian/Häusermann, Silja (Hg.). Handbuch der Schweizer Politik. Manuel de la politique Suisse. 5., völlig überarb. und erw. Aufl. Zürich: Verl. Neue Zürcher Zeitung.

- Marti, Andres (2019). Schneggs Gegner drohen mit Bundesgericht. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/schneggs-gegner-drohen-mit-bundesgericht/story/22990633> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Mayring, Philipp (2016). Einführung in die qualitative Sozialforschung: eine Anleitung zu qualitativem Denken. 6., überarbeitete Auflage. Aufl. Weinheim Basel: Beltz.
- mer/sda (2016). Kanton peilt massive Kürzung bei neuen Sozialhilfe-Bezügern an. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/kanton-peilt-massive-kuerzung-bei-neuen-sozialhilfe-bezuegern-an/story/31878588> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2017].
- mob (2018). Das linke Gegenprojekt zum bürgerlichen Abbau bei Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/das-linke-gegenprojekt-zum-buergerlichen-abbau-bei-sozialhilfe/story/15815138> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- mrm (2019). Flashmob auf dem Bahnhofplatz: Debatte um Sozialhilfe ist eröffnet. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/flashmob-auf-dem-bahnhofplatz-debatte-um-sozialhilfe-ist-eroeffnet/story/17498369> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- nj (2018). Im Kanton Bern wird über Sozialhilfe abgestimmt. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/im-kanton-bern-wird-ueber-sozialhilfe-abgestimmt/story/17419923> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- nj/sda (2019). «Sozialhilfe ist kein bedingungsloses Grundeinkommen». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/sozialhilfe-ist-kein-bedingungsloses-grundeinkommen/story/26431360> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Ott, Bernhard (2013). Regierung prescht vor: Nur noch 100 Franken Zulage in der Sozialhilfe ab Januar. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/regierung-prescht-vor-nur-noch-100-franken-zulage-in-der-sozialhilfe-ab-januar/story/24847013> [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].
- Preisig, Simon (2019a). Mit der Bibel in den Kampf um Sozialhilfe | «Finanz-007» mit heiklem Deal | Er bringt das Cello zum Atmen.
- Preisig, Simon (2019b). Maurer bei Trump | Amherd im Clinch mit der Wirtschaft | Lärmstreit in Bern.
- Raaflaub, Matthias (2013). Sozialhilfe wird um 10 Prozent gekürzt. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/sozialhilfe-wird-um-10-prozent-gekuerzt/story/15643847> [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].
- Regierungsrat (2015). Teilrevision des Sozialhilfegesetzes geht in die Vernehmlassung: Rahmen für die Umsetzung eines Sparauftrags des Grossen Rates festgelegt. URL: https://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen.meldungNeu.mm.html/portal/de/meldungen/mm/2015/05/20150504_1731_rahmen_fuer_die_umsetzungeinessparauftragsdes [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].

- Reinhardt, Sophie (2019). «Das traditionelle Milieu ging verloren». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/das-traditionelle-milieu-ging-verloren/story/16439541> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Ribhegge, Hermann (2004). Sozialpolitik. München: Vahlen.
- Sager, Fritz/Ingold, Karin/Balthasar, Andreas (2017a). Policy-Analyse in der Schweiz: Besonderheiten, Theorien, Beispiele. Zürich: NZZ Libro, Neuen Zürcher Zeitung AG.
- Sager, Fritz/Widmer, Thomas/Balthasar, Andreas (Hg.) (2017b). Evaluation im politischen System der Schweiz: Entwicklung, Bedeutung und Wechselwirkungen. Zürich: Neue Zürcher Zeitung AG.
- Sägesser, Thomas (2000). Das Konstruktive Referendum. Bern: Stämpfli.
- Schmid, Adrian (2016). Die SVP ist jetzt für das Soziale zuständig. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/die-svp-ist-jetzt-fuer-das-soziale-zustaendig/story/19076515> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Schneider, Volker (1992). Informelle Austauschbeziehungen in der Politikformulierung. Das Beispiel des Chemikaliengesetzes. In: Benz, Arthur/Seibel, Wolfgang/Alemann, Ulrich von (Hg.). Zwischen Kooperation und Korruption: abweichendes Verhalten in der Verwaltung. 1. Aufl. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Schneider, Volker/Janning, Frank (2006). Politikfeldanalyse: Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwissenschaften.
- Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (Hg.) (2003). Politikdimensionen und Fragestellungen der Politikfeldanalyse. In: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (Hg.). Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München: Oldenbourg.
- Schubert, Klaus/Klein, Martina (2016). Das Politiklexikon: Begriffe. Fakten. Zusammenhänge. 6. aktualisierte und erweiterte Auflage. Aufl. Bonn: Dietz.
- SKOS (2016). Ziele der Sozialhilfe. URL: <https://richtlinien.skos.ch/a-voraussetzungen-und-grundsaeetze/a1-ziele-der-sozialhilfe/> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- SKOS (2019). Der Fachverband für Sozialhilfe. URL: <https://skos.ch/die-skos/> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Sommerfeld, Peter (2013). Demokratie und Soziale Arbeit - Auf dem Weg zu einer selbstbewussten und autonomen Profession? In: Geisen, Thomas/Kessl, Fabian/Olk, Thomas/Schnurr, Stefan (Hg.). Soziale Arbeit und Demokratie. Wiesbaden: Springer VS.
- Staatskanzlei des Kantons Bern/Kommunikation Kanton Bern (o.J.). Volksvorschläge. URL: <https://www.sta.be.ch/sta/de/index/wahlen-abstimmungen/wahlen-abstimmungen/volksvorschlaege.html> [Zugriffsdatum: 15. Mai 2019].

- Staub-Bernasconi, Silvia (2012). Soziale Arbeit und soziale Probleme. In: Thole, Werner (Hg.). Grundriss Soziale Arbeit: ein einführendes Handbuch. 4. Auflage. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Vatter, Adrian (2002). Kantonale Demokratien im Vergleich: Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen. Opladen: Leske + Budrich.
- Vatter, Adrian (2014a). Föderalismus. In: Knoepfel, Peter/Papadopoulos, Yannis/Sciarini, Pascal/Vatter, Adrian/Häusermann, Silja (Hg.). Handbuch der Schweizer Politik. Manuel de la politique Suisse. 5., völlig überarb. und erw. Aufl. Zürich: Verl. Neue Zürcher Zeitung.
- Vatter, Adrian (2014b). Kantone. In: Knoepfel, Peter/Papadopoulos, Yannis/Sciarini, Pascal/Vatter, Adrian/Häusermann, Silja (Hg.). Handbuch der Schweizer Politik. Manuel de la politique Suisse. 5., völlig überarb. und erw. Aufl. Zürich: Verl. Neue Zürcher Zeitung.
- Walser, Brigitte (2019). Experten korrigieren Schnegg. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/experten-korrigieren-schnegg/story/23779331> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Wälti, Simon (2015). Perrenoud schiebt Sozialhilfegesetz auf die lange Bank. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/perrenoud-schiebt-sozialhilfegesetz-auf-die-lange-bank/story/21266703> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- (2015). 20 Prozent weniger Sozialhilfe für Junge. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/20-prozent-weniger-sozialhilfe-fuer-junge/story/17342075> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].

Anhang

- Anhang 1 Zwei Newsletter (13. und 17. Mai 2019) von «Der Bund»
- Anhang 2 Excelliste der gefundenen Artikel, Berichte und Interviews
- Anhang 3 Rekonstruktion
- Anhang 4 Zwei Gesetzesverfahren
- Anhang 5 Die Motion sowie die Antwort des Regierungsrats
- Anhang 6 Gesetzestext des Volksvorschlags
- Anhang 7 Treffen mit «Verkehr» 18. Juni 2019
- Anhang 8 Treffen mit Haşim Sancar 20. Juni 2019

Anhang 1 Zwei Newsletter (13. und 17. Mai 2019) von «Der Bund»

[Firma» und «Der hohe Grundbedarf hält Leute vom Arbeitsmarkt fern».](#)

Schliesslich schrieb mir ein Leser, das Thema sei für Sozialarbeiter und Politiker interessant, jedoch nicht für die breite Bevölkerung, die Gewichtung darum übertrieben. Ob das stimmt? Bei den Print-Lesern wissen wir es nicht, aber für unsere Online-Nutzerinnen und -Nutzer stimmt diese Aussage nicht. Artikel über die Sozialhilfe wurden im Durchschnitt besser gelesen als andere Texte.

Nun bin ich gespannt auf den Ausgang der Abstimmung – und Sie vermutlich auch.

Simon Preisig, Redaktor Ressort Bern

Das Beste aus unserer Redaktion



Positive Signale für Freihandelsabkommen
Erstmals ist ein Schweizer Bundespräsident von einem US-Präsidenten empfangen worden. Ueli Maurer sagte nach dem Treffen, die Chancen eines Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und den USA seien deutlich gestiegen. [Zur Analyse](#)

Von: Preisig, Simon simon.preisig@derbund.ch
Betreff: Ueli Maurer bei Trump / Anhang im Chino mit der Wirtschaft / Lärmerei in Bern
Date: Fri, May 17, 2019 at 6:55 AM
Subject: Maurer bei Trump / Anhang im Chino mit der Wirtschaft / Lärmerei in Bern
To: simon.preisig@derbund.ch

----- Forwarded message -----
From: **Guten Morgen - Der Bund** <news@derbund.ch>
Date: Fri, May 17, 2019 at 6:55 AM
Subject: Maurer bei Trump / Anhang im Chino mit der Wirtschaft / Lärmerei in Bern
To: simon.preisig@derbund.ch

Die Empfehlungen der Redaktion

Freitag, 17. Mai 2019

[Im Browser ansehen](#)

Der Bund Guten Morgen



Liebe Leserinnen und Leser

An dieser Stelle habe ich Ihnen am Montag erklärt, warum der «Bund» so viele Artikel zur Abstimmung über die Sozialhilfe publiziert hat. Der Hauptgrund ist die Signalwirkung: Eine Kürzung könnte schweizweit Nachahmer finden.

Gleichzeitig bat ich Sie um Ihre Meinung. Sind Sie mit der Gewichtung einverstanden? Mehr als 20 Personen haben mir direkt geantwortet. Vielen Dank dafür, solche Rückmeldungen sind für uns auf der Redaktion sehr wichtig, denn schliesslich schreiben und recherchieren wir für Sie.

Die meisten Leser und Leserinnen befrworten die Sozialhilfe-Serie in der Form, wie wir sie umgesetzt haben. «Genau für solche Recherchen und Reportagen bezahle ich gerne ein Abonnement; nicht für irgendwelche belanglosen Klatsch- und Tratsch-Themen», schrieb jemand. «Ausführlich, sachlich und ausgewogen», lobt uns ein anderer.

Doch nicht alle waren zufrieden. In einem kurzen Mail wurde uns vorgeschlagen, eine Kampagne zu fahren. Zu wessen Gunsten? In unserem [Leitartikel](#) haben wir uns für ein Nein ausgesprochen, aber in der Serie wurden ebenso prominent jene Aspekte thematisiert, die für die Kürzung ins Feld geführt werden. Zwei Beispiele: [«Manchmal zählt der Sozialdienst besser als die](#)

Formel E nützt nur kurzzeitig

34 Tage vor dem Formel-E-Rennen in der Stadt Bern sind mehr als 1500 der insgesamt 4000 Betten ausgebucht. Experten vermuten aber, dass Bern über das Rennen hinaus kaum längerfristig vom Grossanlass profitieren kann. [Zur Recherche \(ABO+\)](#)

Amherd legt sich mit der Wirtschaft an

Nach nur vier Monaten im Amt steht Verteidigungsministerin Viola Amherd im offenen Konflikt mit wichtigen Wirtschaftsvertretern. Sie drohen Amherd, ihr bei der geplanten Abstimmung um neue Kampffjets die Unterstützung zu entziehen. [Zum Kommentar \(ABO+\)](#)

Lärmstreit gefährdet Berner Nachtleben

Die Gastroprovisoren auf der Schützenmatte könnten «erhebliche Lärmmissionen» nach sich ziehen, hält die Kantonspolizei fest. Gegen die von der Politik gewollte Belebung der Schützenmatte sind Einsprachen hängig. [Zur Recherche \(ABO+\)](#)

12-App



Nun kommen die Wunder-Kopfhörer

Lärmreduzierende Kopfhörer sind gerade in Mode. Aber wie funktionieren sie eigentlich? Und wovon hängt es ab, ob sie auch gut klingen? [Mehr](#)

Tagestipp



Eine Frau zahlt für ihren Traum

Wie kommt die Tochter einer der reichsten Familien Europas auf die Idee, es brauche sie persönlich im Kampf gegen das Elend auf der Welt? Und warum lässt sich so jemand zuerst vom Sozialismus enttäuschen und schliesst sich dann dem Kommunismus an? «Tochter des Geldes» heisst der neue historische Roman der Schriftstellerin Eveline Hasler (Bild). Sie erzählt darin die Geschichte von Mentona Moser (1874–1971), einer vergessenen Schweizer Sozialrevolutionärin, die sich ihren Traum von einer besseren Welt etwas kosten liess.

Ono, Bern, heute, 20 Uhr

Haben Sie Anregungen? Wir freuen uns über Inputs auf leserservice@newsnet.ch
Zur Startseite von derbund.ch | [Abonnement](#)

Sie erhalten «Guten Morgen» an die E-Mail-Adresse simon.praisig@derbund.ch
Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, klicken Sie bitte [hier](#).

[AGB und Datenschutzrichtlinien](#)

Impressum: Der Bund, c/o Tamedia AG,
Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern,
Tel. 031 385 11 11
www.derbund.ch

Copyright: © Tamedia AG 2016 Alle Rechte vorbehalten

Von: Preisig, Simon <simon.ppreisig@derbund.ch>
Betreff: Fwd: Und sie lesen ihn doch... Mehr als 20 Reaktionen auf Newsletter-Edition, die meisten positiv
Datum: Freitag, 13. Mai 2019, 10:07
AK: simon.ppreisig@derbund.ch

Und hier noch der ursprüngliche Newsletter, auf den ich mich im zweiten Newsletter bezogen habe.

Beste Grüsse

----- Forwarded message -----

From: Guten Morgen - Der Bund <gutenmorgen@derbund.ch>
Subject: Wie die Bibel in den Kanton um Sozialhilfe in Frankreich? - mit hellem Detail! Et long des Cells zum Aïmen
To: <simon.ppreisig@derbund.ch>

Die Empfehlungen der Redaktion

Montag, 13. Mai 2019

[Im Browser ansehen](#)

Der Bund

Guten Morgen



Liebe Leserinnen und Leser

So viel hat die «Bund»-Redaktion schon lange nicht mehr über eine kantonale Abstimmung geschrieben: In zahlreichen Artikeln beleuchteten wir in den letzten Wochen verschiedene Aspekte der Sozialhilfe und gingen der Frage nach, ob sie gekürzt werden soll. Warum haben wir dieser Abstimmung derart viel Beachtung geschenkt?

Selbstverständlich berichten wir über jeden umstrittenen Urmengang ausführlich. Doch die Konsequenz mit der wir bereits Monate im Vorfeld die Artikelserie zur Vorlage geplant haben, ist auch für uns speziell. Dabei kumulieren sich zwei Faktoren:

1. Für die Sozialhilfe sind die Kantone verantwortlich, der Bund fühlt sich nicht zuständig. Die Debatte darüber wird darum nicht gesamtschweizerisch geführt, es findet nur bedingt ein nationaler Diskurs statt. Eine Sozialhilfe-Kürzung im Kanton Bern könnte, jedoch schweizweit Nachahmer finden, denn Bern wäre der erste Kanton, der die sogenannten [Skos](#)-Richtlinien generell unterschreiten würde. Wir haben dieser Abstimmung also so viel Gewicht gegeben, um ein Stück weit die Aufmerksamkeit zu ersetzen, die eine Vorlage automatisch erhält, sobald schweizweit darüber abgestimmt wird.

2. Es ist ein äusserst relevantes Thema: Können die Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben, auch mit weniger Geld auskommen? Um eine solche Entscheidung zu treffen, sollte man möglichst gut informiert sein.

Das Prozedere unserer Arbeit lässt sich [hier](#) sehen. [Hier](#) [erahle](#) [zimm](#)

UND DER BUND UNTERSUCHT, WIE DIESE MASSNAHMEN DIE ANTIKAMPAGNE-STRATEGIE MIT DEN ANSPRECHENDEN DOSSIER MIT ALLEN ARTIKELN, HIER ZUR KURZÜBERSICHT MIT DEN WICHTIGSTEN INFORMATIONEN, UM INFORMIERT ABZUSTIMMEN.

Sind Sie mit unserem Entscheid, dieses Thema so stark zu gewichten, einverstanden? Ihre Meinung interessiert mich. Schreiben Sie mir an simon.ppreisig@derbund.ch.

Ich wünsche Ihnen eine informative Zeit.

Simon Preisig, Redaktor Ressort Bern

Das Beste aus unserer Redaktion



Mit der Bibel in den Kampf um Sozialhilfe

Lässt sich die Kürzung der Sozialhilfe, über die im Kanton Bern am kommenden Sonntag abgestimmt wird, aus christlicher respektive religiöser Sicht rechtfertigen? Oder gerade eben nicht? Wer die Bibel zur Beantwortung dieser Frage konsultiert, stellt fest: Für beide Lager finden sich Verse und Stellen, die als Argumente für oder gegen eine tiefer

bemessene Sozialhilfe dienen könnten. [Zum Artikel \(ABO+\)](#)

«Finanz-007» mit heiklem Deal

Der Name des Präsidenten der Finanzaufsicht des Vatikans, René Brühlhart, taucht in Straftaten in der Schweiz, Österreich und Deutschland auf. Der Schweizer, medial bekannt als «James Bond der Finanzwelt», betreibt neben seinem päpstlichen Amt ein bislang kaum bekanntes Geschäft als Privatmittler. Dabei war der Jurist jahrelang Partner der umstrittenen deutschen Nachrichtenhändlerin Christina Wilkening. [Zur Recherche \(ABO+\)](#)

Er bringt das Cello zum Atmen

Seine Interpretation von Robert Schumanns a-Moll-Cellokonzert ist ein Höhepunkt: Beim gemeinsamen Konzert mit dem Berner Kammerorchester ergänzt der Berner Cellist Patrick Demenga – trotz mangelhafter Akustik im Konservatorium. [Zur Besprechung \(ABO+\)](#)

Ein neuer Anlauf

In spätestens fünf Jahren, so US-Vizepräsident Mike Pence, werden wieder Amerikaner über den Mond spazieren. Doch es müssen noch viele Hürden überwunden werden. Die grösste Herausforderung: Es fehlt das Geld. Zudem bereiten der Nasa technische Probleme Sorgen. [Zum Artikel](#)

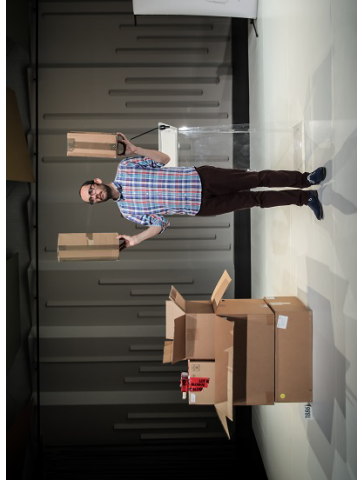
12 App



«Stiefmutter» ist von gestern

Die Stiefmutter kommt seit jeher schlecht weg. Zeit, ihr Image der Realität anzupassen. Ein Sprachwissenschaftler erklärt, wie es funktionieren kann. [Zum Interview](#)

Tagestipp



Wann ist etwas Kunst?

Das Urheberrecht steht derzeit unter Beschuss. Doch wie ist es entstanden? Und ab wann gilt etwas eigentlich als Kunst? Antworten gibts vom französischen Performer Antoine Defoort: Seine humorvolle Lecture Performance «Un Faible Degré d'Originalité» läuft am Berner Theaterfestival Auawirleben.

[Tojo Theater Reitschule heute 20. Uhr.](#)

Alle Kritiken zu Auawirleben finden Sie unter aua.derbund.ch

Haben Sie Anregungen? Wir freuen uns über Inputs auf leserservice@newsnet.ch

Zur Startseite von derbund.ch | Abonnement:

Sie erhalten «Guten Morgen» an die E-Mail-Adresse presig@derbund.ch
Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, klicken Sie bitte [hier](#).

AGB und Datenschutzhinweise

Impressum: Der Bund, c/o Tamedia AG,
Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern,
Tel. 031 385 11 11
www.derbund.ch

Copyright: © Tamedia AG 2016 Alle Rechte vorbehalten

Anhang 2 Excelliste der gefundenen Artikel, Berichte und Interviews

Nr.	Datum	Link	Form	Autor*in/ Quelle	Thema
1	Dienstag 12. Februar 2013 06:33	https://www.berneusexpress.ch/2013/02/12/eu-buerger-in-bern/	Bericht	Adrian M. Moser	EU-Bürger in Bern
2	Samstag 13. April 2013 12:29	https://www.berneusexpress.ch/2013/04/13/begrifflichkeiten/	Bericht	Artur K. Vogel	Begrifflichkeiten
3	Dienstag 11. Juni 2013 11:27	https://www.berneusexpress.ch/2013/06/11/skos/	Bericht	sda	Skos
4	Mittwoch 4. September 2013 07:35	https://www.berneusexpress.ch/2013/09/04/vorstoss/	Bericht	Bernhard Ott	Vorstoss
5	Freitag 6. September 2013 09:16	https://www.berneusexpress.ch/2013/09/06/kuerzung/	Bericht	Matthias Raaflaub	Kürzung
6	Freitag 6. September 2013 09:36	https://www.berneusexpress.ch/2013/09/06/kuerzung/	Kommentar	Matthias Raaflaub	Kürzung
7	Samstag 7. September 2013 08:33	https://www.berneusexpress.ch/2013/09/07/vorstoss/	Bericht	Anja Burri	Vorstoss
8	Samstag 7. September 2013 14:04	https://www.berneusexpress.ch/2013/09/07/angriff-von-svp/	Bericht	Markus Brotschi	Angriff von SVP
9	Samstag 7. September 2013 11:05	https://www.berneusexpress.ch/2013/09/07/angriff-von-svp/	Bericht	Markus Brotschi	Angriff von SVP
10	Donnerstag 10. Oktober 2013 06:49	https://www.berneusexpress.ch/2013/10/10/sozialinspektion/	Bericht	Bernhard Ott	Sozialinspektion
11	Montag 28. Oktober 2013 10:27	https://www.berneusexpress.ch/2013/10/28/skos/	Bericht	kpn/sda	Skos
12	Montag 28. Oktober 2013 12:50	https://www.berneusexpress.ch/2013/10/28/skos/	Interview	Matthias Chapman	Skos
13	Freitag 29. November 2013 12:02	https://www.berneusexpress.ch/2013/11/29/zahl-sozialhilfebezuenger/	Bericht	bwg/sda	Zahl Sozialhilfebezüger
14	Donnerstag 5. Dezember 2013 10:12	https://www.berneusexpress.ch/2013/12/05/konizer-gemeindepraesidium/	Bericht	Adrian M. Moser	Könizer Gemeindepräsidium
15	Montag 16. Dezember 2013 10:09	https://www.berneusexpress.ch/2013/12/16/sozialhilfe-bern/	Bericht	Bernhard Ott	Sozialhilfe Bern
16	Freitag 3. Januar 2014 13:01	https://www.berneusexpress.ch/2014/01/03/skos/	Bericht	bru/sda	Skos
17	Freitag 21. Februar 2014 14:42	https://www.berneusexpress.ch/2014/02/21/petition/	Bericht	gbl/sda	Petition
18	Mittwoch 19. März 2014 16:03	https://www.berneusexpress.ch/2014/03/19/svp-kampagne-gegen-die-skos/	Bericht	Fabian Christl	SVP-Kampagne gegen die Skos
19	Mittwoch 19. März 2014 21:14	https://www.berneusexpress.ch/2014/03/19/zuerich/	Bericht	ldc/sda	Zürich
20	Donnerstag 14. August 2014 16:36	https://www.berneusexpress.ch/2014/08/14/kuerzung/	Bericht	gbl/sda	Kürzung
21	Donnerstag 28. August 2014 16:50	https://www.berneusexpress.ch/2014/08/28/sozialhilfequote/	Bericht	fko	Sozialhilfequote
22	Dienstag 16. September 2014 14:30	https://www.berneusexpress.ch/2014/09/16/gemeinden/	Bericht	thu/sda	Gemeinden
23	Samstag 18. Oktober 2014 12:23	https://www.berneusexpress.ch/2014/10/18/bonus-und-malus-system/	Bericht	Samuel Thomi	Bonus- und Malus-System
24	Freitag 31. Oktober 2014 00:59	https://www.berneusexpress.ch/2014/10/31/zuerich/	Bericht	Daniel Schneebeil	Zürich
25	Dienstag 24. Februar 2015 16:39	https://www.berneusexpress.ch/2015/02/24/zuerich/	Bericht	Daniel Schneebeil	Zürich
26	Montag 24. November 2014 01:15	https://www.berneusexpress.ch/2014/11/24/schweiz-eu/	Bericht	Teresa Pulano und Christa	Schweiz - EU
27	Sonntag 23. November 2014 23:47	https://www.berneusexpress.ch/2014/11/23/sozialkonferenz-des-kantons-bern/	Interview	Liliane Minor	Sozialkonferenz des Kantons Bern
28	Dienstag 25. November 2014 14:24	https://www.berneusexpress.ch/2014/11/25/sozialhilfe-generell/	Bericht	Liliane Minor	Sozialhilfe Generell
29	Mittwoch 26. November 2014 09:35	https://www.berneusexpress.ch/2014/11/26/sozialkonferenz-des-kantons-bern/	Bericht	Manisa Eggli	Sozialkonferenz des Kantons Bern
30	Donnerstag 27. November 2014 16:23	https://www.berneusexpress.ch/2014/11/27/gesundheits-und-fursorge/	Bericht	agr/sda	Gesundheits- und Fürsorge
31	Samstag 20. Dezember 2014 08:06	https://www.berneusexpress.ch/2014/12/20/sozialhilfe-generell/	Bericht	Markus Brotschi	Sozialhilfe Generell
32	Dienstag 30. Dezember 2014 01:30	https://www.berneusexpress.ch/2014/12/30/zuerich/	Bericht	Jürg Rohrer	Zürich
33	Dienstag 17. Februar 2015 17:40	https://www.berneusexpress.ch/2015/02/17/skos/	Bericht	Claudia Blumer	Skos

Nr.	Titel	Lead
1	Immer mehr EU-Bürger erschleichen sich in der Stadt Bern Sozialhilfe	Immer mehr EU-Bürger versuchten sich die Aufenthaltsbewilligung zu verschaffen.
2	«Perspektiven»: Wie Empfänger zu «Klienten» werden	Die Sozialindustrie senkt die Hemmschwelle für Sozialhilfe-Bezüger.
3	Weiterer Schlag für Skos	Nach Rorschach und Dübendorf kehrt nun auch Berikon AG.
4	Teuscher attackiert Studer wegen Senkung der Sozialhilfe	Gemeinderätin Franziska Teuscher appelliert an die Stadträte.
5	Sozialhilfe wird um 10 Prozent gekürzt	Der Könizer Sozialvorsteher und Grossrat Ueli Studer (SVP).
6	Kommentar: Anfang und nicht Ende der Debatte um die Sozialhilfe	Bei der Kürzung der Sozialhilfe ist der bernische Alleingang.
7	«Vorstösse gehören zu Kampagne»	Walter Schmid, Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe.
8	SVP greift Sozialhilfe-Richtlinien an	Die Berner Sozialhilfe-Kürzung hat Signalwirkung: Die SVP greift an.
9	SVP greift Sozialhilfe-Richtlinien an	Die Berner Sozialhilfe-Kürzung hat Signalwirkung: Die SVP greift an.
10	Sozialhilfe: Teuscher hat verdeckte Ermittlungen abgesehnet	Der Verein Sozialinspektion hat im ersten Jahr seiner Aktivität.
11	«Akt der Vernunft»: Walter Schmid tritt als Skos-Präsident zurück	15 Jahre lang stand er der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe vor.
12	«Für mich war es zeitweise gar nicht lustig»	Walter Schmid tritt als oberster Sozialhilfe-Koordinator zurück.
13	Zahl der Sozialhilfe-Bezüger im Kanton Bern leicht rückläufig	Die Zahl der Sozialhilfe-Bezüger im Kanton Bern ist 2012 leicht gesunken.
14	Gehtes um die Sozialhilfe, liegen die Felzen	Die Kandidierenden für das Könizer Gemeindepräsidium diskutieren.
15	Regierung prescht vor: Nur noch 100 Franken Zulage in der Sozialhilfe	Der Regierungsrat setzt die vom Grossen Rat verlangte Kürzung durch.
16	Skos bleibt dabei: Auch schwierige Menschen haben Anspruch auf Sozialhilfe	Sozialhilfe soll mehr als bloss das nackte Überleben sichern.
17	Petition für «soziales Existenzminimum» lanciert	Ein Bündnis von sozialen Organisationen und linksgrünen Parteien.
18	Die SVP-Kampagne gegen die Skos ist in Thun angekommen	Thuner Politiker kritisieren die Schweizer Sozialhilfe-Richtlinien.
19	Zürich bleibt Skos-Mitglied	Die Stadt Zürich tritt nicht aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe aus.
20	Stadt Bern kritisiert Kanton wegen Sozialhilfe-Kürzungen	Der Berner Gemeinderat kritisiert den Kanton Bern wegen Kürzungen.
21	Welche Stadt die höchste Sozialhilfequote hat	Der Jahresbericht zur Sozialhilfe zeigt, wie sich die Fallzahlen entwickeln.
22	Exemplarische Sozialhilfe-Debatte	Sollen Gemeinden selber über ihre Sozialhilfebeiträge bestimmen?
23	«Spannbreite sollte zu schaffen sein»	Bonus- und Malus-System im Sozialhilfebereich: Laut Beatrix Meier.
24	Bürgerliche wollen Wettbewerb in der Sozialhilfe	SVP, FDP und Grünliberale verlangen den Austritt des Kantons Bern.
25	Den sozialen Frieden nicht gefährden	Ein Austritt von Zürich aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe.
26	Kein Anspruch auf Sozialhilfe	Schweiz - EU: Die Angst vor arbeitslosen Zuwanderern in ungenutzter.
27	«95 Prozent der Sozialhilfebezüger sind unverschuldet in Not»	Gabriela Winkler, die Präsidentin der kantonalen Sozialkonferenz.
28	Sieben Vorurteile über die Sozialhilfe	Kostenexplosion in der Sozialhilfe? Das stimmt so nicht. Der Bundesrat.
29	Neue bürgerliche Kampftruppe	Die FDP-Kantonsrätin und Hardlinerin Linda Camenisch soll.
30	Perronoud soll Entscheidungsmacht abgeben	Die Gemeinde Lyss verlangt den Ausstand von Philippe Perronoud.
31	Sozialhilfe darf nicht Armenhilfe werden	Die Kantone sollten auf Reformen drängen, statt auszutreten.
32	Arbeitsprogramm für Sozialhilfe ist zumutbar	Eine arbeitslose Frau hält den Integrationskurs der Zürcher Sozialhilfe.
33	Sozialhilfe soll um 100 Franken erhöht werden	Die Sozialhilfekonzern hat den Grundbedarf neu berechnet.

34	Samstag 7. Februar 2015 01:30	https://www.	Bericht	Lorenzo Petrò	Skos
35	Montag 9. Februar 2015 10:51	https://www.	Bericht	agr/sda	Bonus-Malus-System
36	Montag 16. März 2015 11:04	https://www.	Bericht	zec/sda	Bonus- und Malus-System
37	Donnerstag 19. März 2015 07:33	https://www.	Bericht	Liliane Minor	Sozialhilfe Generell
38	Donnerstag 2. April 2015 15:18	https://www.	Bericht	hjo/sda	Bonus- und Malus-System
39	Dienstag 5. Mai 2015 16:25	https://www.	Bericht	hjo/sda	Sparen Bern
40	Freitag 22. Mai 2015 21:54	https://www.	Bericht	thu/sda	SKOS-Richtlinien verschär
41	Samstag 23. Mai 2015 01:15	https://www.	Bericht	Markus Brotschi	SKOS-Richtlinien verschär
42	Dienstag 26. Mai 2015 12:23	https://www.	Bericht	rsz/sda	Sozialhilfe Generell
43	Mittwoch 10. Juni 2015 11:26	https://www.	Bericht	Basil Weingartner	Vorstoss/ Anreizsystem
44	Dienstag 30. Juni 2015 12:19	https://www.	Bericht	dia/sda	Sozialhilfe Generell
45	Dienstag 4. August 2015 07:35	https://www.	Bericht	Basil Weingartner	Sozialhilfe Generell
46	Donnerstag 13. August 2015 13:49	https://www.	Bericht	zec/sda	Sozialhilfe-Revision
47	Montag 21. September 2015 16:33	https://www.	Bericht		Teilrevision der Skos-Rich
48	Dienstag 22. September 2015 16:48	https://www.	Bericht	Claudia Blumer	Sozialhilfe Generell/ neuer
49	Dienstag 22. September 2015 16:57	https://www.	Bericht	Markus Brotschi	Sozialhilfe Generell/ neuer
50	Montag 5. Oktober 2015 08:47	https://www.	Bericht	Reto Wissmann	neuen Skos-Richtlinien
51	Freitag 6. November 2015 11:23	https://www.	Bericht	spr/sda	Sozialhilfeequote/ Bern
52	Freitag 13. November 2015 18:23	https://www.	Bericht	Simon Wälti	SVP-Motion
53	Samstag 23. November 2015 11:03	https://www.	Bericht	Adrian Sulc	Gesundheitskosten/ Bern
54	Montag 21. Dezember 2015 12:00	https://www.	Bericht	dia/sda	Sozialhilfeequote
55	Freitag 22. Januar 2016 13:59	https://www.	Bericht	mis/sda	
56	Dienstag 26. Januar 2016 17:40	https://www.	Bericht	mis/sda	Bonus-Malus-System
57	Montag 29. Februar 2016 07:25	https://www.derbund.ch/		Simon Thönen	
58	Mittwoch 23. März 2016 07:54	https://www.	Bericht	Basil Weingartner	Sozialdirektor Bern
59	Donnerstag 24. März 2016 11:06	https://www.	Bericht	Basil Weingartner	Sparrunde
60	Sonntag 3. April 2016 17:21	https://www.	Nachrichte	gbl/hjo/mer	
61	Sonntag 3. April 2016 23:24	https://www.	Bericht	Adrian Schmid	Sparpakete
62	Mittwoch 6. April 2016 21:37	https://www.	Bericht	Adrian Schmid	
63	Donnerstag 9. Juni 2016 10:17	https://www.	Bericht	mer/sda	Kürzung
64	Freitag 10. Juni 2016 07:50	https://www.	Bericht	lim/sda	Kürzung
65	Samstag 2. Juli 2016 08:23	https://www.	Bericht	Adrian Schmid	
66	Dienstag 16. August 2016 00:08	https://www.	Bericht	Iwan Stähler	Sozialhilfe Generell
67	Montag 29. August 2016 14:36	https://www.	Bericht	msl/sda	Kürzung

34	Sozialkonferenz Büllach überraschend für Verbleib in der Skos	Die Sozialvorsteher des Bezirks Büllach empfehlen ihren Ger
35	Perrenoud darf über Malus-Beschwerden entscheiden	Nachdem sechs bernische Gemeinden einen Malus wegen t
36	Kanton Bern will Bonus-Malus-System auf Eis legen	Der Kanton Bern will das umstrittene Bonus-Malus-System in
37	Aktivismus hilft nicht	Die SVP fordert schärfere Richtlinien in der Sozialhilfe – auch
38	Biel will an Bonus-Malus-System in der Sozialhilfe festhalten	Der Kanton Bern soll das Bonus-Malus-System in der Sozial
39	So will der Kanton bei der Sozialhilfe sparen	Aus Spargründen soll der Kanton Bern bei Leistungen der Sk
40	Weniger Sozialhilfe für Grossfamilien und Junge	Die Kantone wollen die SKOS-Richtlinien für Sozialhilfe versi
41	Absprache bei der Sozialhilfe	Die Sozialdirektoren greifen erstmals in die Skos-Richtlinien
42	Wer Sozialhilfe bezieht, hat nichts vom Wirtschaftsaufschwung	Wenn die Wirtschaft wächst, müssten eigentlich weniger Men
43	Verbessertes Anreizsystem soll Sozialdienste zum Sparen zwingen	Der Grosse Rat hat beschlossen, den Lastenausgleich im Be
44	SVP will Jungen die Sozialhilfe kürzen	Die SVP sagt den gestiegenen Kosten den Kampf an. Für die
45	Die Sozialhilfe soll erneut gekürzt werden	Die neuen Skos-Richtlinien gehen den Berner Bürgerlichen z
46	Stadt Bern kritisiert Sozialhilfe-Revision	Der Gemeinderat ist nicht einverstanden mit den Vorschläge
47	20 Prozent weniger Sozialhilfe für Junge	Weniger Geld für junge Erwachsene und Grossfamilien: Die
48	Eltern sollen die Sozialhilfe entlasten	Politiker wollen eine Unterhaltspflicht für 18- bis 25-Jährige, c
49	Und sie bewegen sich doch	Die Reform der Sozialhilfe ist bemerkenswert: die Kürzung de
50	Junge sollen es sich nicht «gemütlich machen»	Die Sozialhilfe für junge Erwachsene wird ab kommendem Ja
51	Mehr Sozialhilfebezüger im Kanton Bern – aber tiefere Kosten	Im Kanton Bern haben im vergangenen Jahr 47'029 Persone
52	Perrenoud schiebt Sozialhillegesetz auf die lange Bank	Die Fronten seien verhärtet, schreibt der Regierungsrat. Er w
53	Sozialhilfebezüger sind teure Versicherte	Bernennen und Berner, die Sozialhilfe erhalten, haben stat
54	Jeder Dreissigste bezieht Sozialhilfe	Über 260'000 Personen mussten im vergangenen Jahr finan.
55	Wirtschaftsverbände unterstützen SVP-Kandidaten	Das bürgerliche Kandidaten-Duo Lars Guggisberg und Pierre
56	Grosser Rat will Bonus-Malus-System überarbeitet haben	In der Sozialhilfe gibt das Bonus-Malus-System weiter zu red
57	Pierre-Alain Schnegg ist nun der Favort	Auch der zweite Wahlgang wird ein Duell zwischen SP und S
58	Noch weniger Geld für Sozialhilfebezüger	Philippe Perrenoud (SP) erleidet eine letzte politische Nieder
59	Bern könnte Sparrunde in der Sozialhilfe auslösen	Fachleute beanstanden die Pläne, Sozialhilfebezüger bis zu
60	Eine bürgerliche Mehrheit regiert künftig den Kanton Bern	Es ist entschieden: Der Kanton Bern wird neu bürgerlich regi
61	Tiefere Steuern, neue Sparpakete und weniger Sozialhilfe	Die bürgerliche Regierung wird den Kanton Bern nicht neu e
62	Die SVP ist jetzt für das Soziale zuständig	Der neue SVP-Regierungsrat Pierre Alain Schnegg übernim
63	Kanton peilt massive Kürzung bei neuen Sozialhilfe-Bezüger an	Im Kanton Bern soll der Grundbedarf von neuen Sozialhilfe-E
64	Scharfe Kritik an Kürzungen der Sozialhilfe	Im Kanton Bern soll der Grundbedarf von neuen Sozialhilfebe
65	Die neue GEF-Führung verdient eine Chance	Dass Regierungsrat Pierre Alain Schnegg einen Mann zum C
66	Hemmungen mit Folgen	Viele Bedürftige verzichten auf Sozialhilfe. Auch wenn das fü
67	Berner Stadtregierung warnt vor Kürzungen bei der Sozialhilfe	Die Kürzungspläne des Kantons kommen beim Berner Geme

68	Donnerstag 27. Oktober 2016 11:49	https://www.	Bericht	rsi/sda	Finanzierungssystem
69	Freitag 9. Dezember 2016 10:18	https://www.	Bericht	awb/sda	Sozialhilfequote/ Bern
70	Montag 12. Dezember 2016 19:24	https://www.	Bericht	mch/sda	Asylsuchende
71	Montag 19. Dezember 2016 11:44	https://www.	Bericht	ka/sda	Sozialhilfe Generell
72	Dienstag 3. Januar 2017 21:34	https://www.	Bericht	Anita Bachmann	Kürzung
73	Mittwoch 4. Januar 2017 08:24	https://www.	Bericht	Basil Weingartner	Vorschlag Regierungsrat
74	Donnerstag 5. Januar 2017 06:48	https://www.	Bericht	Basil Weingartner	
75	Freitag 6. Januar 2017 06:28	https://www.	Bericht	Basil Weingartner	Vorschlag Regierungsrat
76	Dienstag 10. Januar 2017 07:07	https://www.	Bericht	Dölf Barben	Vorschlag Regierungsrat
77	Freitag 13. Januar 2017 14:51	https://www.	Bericht	ij/sda	SKOS
78	Mittwoch 25. Januar 2017 11:17	https://www.	Bericht	Rosanna Steppat	
79	Freitag 27. Januar 2017 09:52	https://www.	Bericht	Bernhard Ott	Kürzung/ Stadtberner Omb
80	Freitag 10. Februar 2017 14:18	https://www.	Bericht	spr/sda	Sozialhilfequote/ Bern
81	Dienstag 21. Februar 2017 12:30	https://www.	Bericht	woz/sda	Sozialhilfe Generell/ Flüch
82	Samstag 6. Mai 2017 09:19	https://www.	Bericht	Anita Bachmann	Asylsuchende
83	Donnerstag 11. Mai 2017 13:00	https://www.	Bericht	Basil Weingartner	Kürzung
84	Donnerstag 18. Mai 2017 09:10	https://www.	Bericht	sep/sda	Zürich
85	Donnerstag 18. Mai 2017 06:48	https://www.	Bericht	Bernhard Ott	Sozialhilfequote/ Bern
86	Freitag 19. Mai 2017 14:09	https://www.	Bericht	gbl/sda	Asylsuchende
87	Dienstag 6. Juni 2017 18:53	https://www.	Bericht	lpa/sda	
88	Mittwoch 7. Juni 2017 10:58	https://www.	Bericht	fai	Sozialhilfe Generell
89	Freitag 9. Juni 2017 21:13	https://www.	Bericht	Gianna Blum	Alternativen Bern
90	Freitag 30. Juni 2017 06:32	https://www.	Bericht	Anita Bachmann, Basil Wein	Vorschläge
91	Montag 3. Juli 2017 14:28	https://www.	Bericht	nj/sda	Kürzung
92	Samstag 8. Juli 2017 10:47	https://www.	Bericht	Basil Weingartner und Bernh	Sparen in Bern
93	Mittwoch 23. August 2017 13:53	https://www.	Bericht	Kurt Pelda	Sozialhilfe Generell
94	Dienstag 5. September 2017 18:28	https://www.	Bericht	Andreas Weidmann	Bonus- und Malus-System
95	Dienstag 12. September 2017 08:48	https://www.	Bericht	Céline Rütlimann	
96	Montag 25. September 2017 12:41	https://www.	Bericht	mer/sda	Kürzung
97	Sonntag 1. Oktober 2017 08:49	https://www.	Bericht	Pascal Tischnhauser, Roland	Hassprediger
98	Mittwoch 1. November 2017 00:30	https://www.	Bericht	Liliane Minor	Zürich
99	Dienstag 7. November 2017 08:17	https://www.	Bericht	Basil Weingartner	Mindestlohns
100	Montag 27. November 2017 19:41	https://www.	Bericht	Basil Weingartner	Sparvorschlag
101	Montag 4. Dezember 2017 10:25	https://www.	Interview	Basil Weingartner	Sozialhilfe Bern

66	Neues Finanzierungssystem für Sozialhilfe	Die individuelle Sozialhilfe der Gemeinden im Kanton Bern w
69	Sozialhilfequote gesunken - Kosten gestiegen	Im Kanton Bern wurden im Jahr 2015 122 Personen weniger
70	Ständerat will Sozialhilfe für Asylsuchende kürzen	Erst stellte sich die kleine Kammer gegen die Sparpläne des
71	Immer mehr Menschen brauchen Sozialhilfe	Die Zahl der mit Sozialhilfe unterstützten Menschen steigt an.
72	SP droht mit Referendum gegen kantonale Sozialpolitik	Der Regierungsrat plant lineare Einschnitte von 10 Prozent b
73	Ein Entscheid, der nur Verlierer hervorbringt	Der Vorschlag des Regierungsrats zur Sozialhilfe ist aus mei
74	Schnegg hat die eigenen Experten nicht einbezogen	SVP-Regierungsrat Pierre Alain Schnegg hat die Vorlage zur
75	Bern gefährdet nationalen Konsens	Weil der Regierungsrat bei der Sozialhilfe sparen will, könnte
76	Schneggs Vorschläge stellen Mitteparteien auf eine harte Probe	Sozialhilfe kürzen oder die Skos-Richtlinien doch respektiere
77	Skos fordert Arbeit statt Sozialhilfe für Flüchtlinge	Anerkannte Flüchtlinge sollen besser in den Arbeitsmarkt int
78	Juso Kanton Bern drohen SVP-Regierungsrat mit Bundesgericht	Bei seiner umstrittenen Sozialhilfereform will SVP-Regierung
79	«Meine Kunden leben bereits am Existenzminimum»	Die geplante Kürzung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe se
80	Umstrittene Sozialhilfe-Klausel soll drin bleiben	Der bernische Regierungsrat möchte es dabei belassen: Um
81	20'130 Flüchtlinge in der Schweiz beziehen Sozialhilfe	Die Zahl der unterstützten Flüchtlinge ist im Jahr 2015 kräftig
82	Diese Investitionen lohnen sich	Minderjährige Asylsuchende müssen integriert werden – dad
83	Breite Front gegen Schnegg	Die Berner Gemeinden fordern eine Umkehr in der Sozialhilf
84	Zoll in Zürich um Sozialhilfe für Flüchtlinge	Wieviel Geld sollen vorläufig aufgenommene Flüchtlinge von
85	Stadtberner Sozialhilfe ist der SVP zu wenig streng	Die Sozialhilfekommission hat bei einer Stichprobenkontrolle
86	Bundesgericht: Einbürgerung zu Recht verwehrt	Einer irakisch-pakistanischen Familie ist die Einbürgerung ir
87	Demonstration gegen Schneggs «Sozialabbau»	Am Dienstag protestierten mehrere hundert Teilnehmerinnen
88	Schweizer Sozialhilfe als Startkapital für Mafia	Azem Sylva ist ein Held der Befreiungsarmee UCK. Der angef
89	«Ich kritisiere nicht Schnegg persönlich»	Eine Gruppe Gemeinden um die Stadt Bern erarbeitet Altern
90	Umsetzung ist «eher schwierig»	Bernische Städte machen Vorschläge, wie der Kanton bei de
91	Linke bekämpfen die Sozialhilferevision – SVP applaudiert	Die Berner Regierung geht bei Kürzung der Sozialhilfe aufs C
92	«Wir Bürgerlichen haben konkrete Antworten für Probleme der Soz	SVP-Regierungsrat Pierre Alain Schnegg erklärt, warum er ir
93	600'000 Franken Sozialhilfe für einen Hassprediger	Der Bieler Imam Abu Ramadan betet in seinen Predigten für
94	Sozialhilfe: Bonus-Malus-System für Gemeinden ist vom Tisch	Das System, mit dem der Kanton die Gemeinden zum Sparer
95	3000 Menschen rügen das Sparpaket	Am Montagabend kam es auf dem Berner Münsterplatz zu ei
96	Support für Schneggs Sozialhilfe-Kürzungen	Die Mehrheit der GSoK des Berner Grossen Rates beantragt
97	Nidau will weitere Sozialhilfebezüge loswerden	600'000 Franken Sozialhilfe erhielt Hassprediger Abu Ram
98	Zürich kämpft gegen die Drehtür-Sozialhilfe	Die Stadt entlastet Sozialhilfebezüge: Wer keine realistische
99	Linke fordern Einführung eines Mindestlohns	Wird Bern der zweite Kanton mit einem Mindestlohn? Die Lin
100	Neuer Sozialhilfe-Sparvorschlag der BDP hat gute Chancen	Die BDP will «Familien entlasten» und deshalb bei der Sozia
101	«Niemand sagt, dass es einfach ist»	SVP-Grossrat Mathias Müller befrwortet die Kürzungen in d

102	Dienstag 5. Dezember 2017 20:12	https://www.berne24.ch/news/102	Bericht	SDA	Sozialhilfe Bern
103	Dienstag 5. Dezember 2017 21:32	https://www.berne24.ch/news/103	Bericht	Basil Weingartner	Sozialdirektor Bern
104	Dienstag 5. Dezember 2017 21:12	https://www.berne24.ch/news/104	Bericht	Basil Weingartner	Sozialhilfe Bern
105	Dienstag 19. Dezember 2017 11:19	https://www.berne24.ch/news/105	Bericht	hal	Sozialhilfe Generell/ Flücht
106	Samstag 13. Januar 2018 17:08	https://www.berne24.ch/news/106	Bericht	nag/sda	Asylsuchende
107	Samstag 27. Januar 2018 08:08	https://www.berne24.ch/news/107	Bericht	Bernhard Ott	Sozialhilfe Generell
108	Mittwoch 31. Januar 2018 17:42	https://www.berne24.ch/news/108	Bericht	Céline Rüttmann	Referenden
109	Mittwoch 7. Februar 2018 04:00	https://www.berne24.ch/news/109	Leser*inne	Andrea Fischer	Konkubinatspaaren
110	Donnerstag 15. Februar 2018 00:30	https://www.berne24.ch/news/110	Bericht	Cathrin Kahlweit London	britischen Sozialsystem
111	Mittwoch 21. März 2018 21:55	https://www.berne24.ch/news/111	Bericht	crf/gb/sda	Widerstand Bern
112	Samstag 24. März 2018 08:06	https://www.berne24.ch/news/112	Bericht	Anita Bachmann	Sozialhilfe Bern
113	Samstag 24. März 2018 08:07	https://www.berne24.ch/news/113	Bericht	Anita Bachmann	Sozialhilfe Bern
114	Samstag 24. März 2018 08:07	https://www.berne24.ch/news/114	Bericht	Anita Bachmann	Sozialhilfe Bern
115	Mittwoch 28. März 2018 21:34	https://www.berne24.ch/news/115	Bericht	crf/sda	Sozialhilfe Bern
116	Mittwoch 28. März 2018 19:26	https://www.berne24.ch/news/116	Bericht	crf/sda	Kürzung
117	Donnerstag 29. März 2018 14:05	https://www.berne24.ch/news/117	Bericht	zec/sda	Referenden
118	Dienstag 10. April 2018 09:48	https://www.berne24.ch/news/118	Bericht	mon/sda	Sozialhilfe Bern
119	Mittwoch 11. April 2018 11:37	https://www.berne24.ch/news/119	Bericht	mob	Gegenprojekt
120	Mittwoch 11. April 2018 15:57	https://www.berne24.ch/news/120	Bericht	Bernhard Ott	Komitees «Wirksame Sozia
121	Mittwoch 11. April 2018 23:22	https://www.berne24.ch/news/121	Bericht	Camilla Alabor	Sozialhilfe Generell
122	Donnerstag 12. April 2018 07:25	https://www.berne24.ch/news/122	Bericht	Camilla Alabor	Kürzung
123	Donnerstag 12. April 2018 20:07	https://www.berne24.ch/news/123	Bericht	Claudia Blumer	Bonussystem
124	Dienstag 24. April 2018 12:07	https://www.berne24.ch/news/124	Bericht	kaf	Sozialhilfe Generell
125	Sonntag 15. April 2018 11:55	https://www.berne24.ch/news/125	Bericht	oll	Ausländer
126	Freitag 4. Mai 2018 14:21	https://www.berne24.ch/news/126	Bericht	Sophie Reinhardt	Sparmassnahmen
127	Dienstag 19. Juni 2018 12:05	https://www.berne24.ch/news/127	Bericht	Claudia Blumer	Sozialhilfe Generell
128	Samstag 23. Juni 2018 10:17	https://www.berne24.ch/news/128	Bericht	Patrick Feuz	Sozialhilfe Generell
129	Sonntag 24. Juni 2018 13:23	https://www.berne24.ch/news/129	Bericht	nj	Volksvorschlag
130	Freitag 6. Juli 2018 08:35	https://www.berne24.ch/news/130	Bericht	Fabian Chrstl	Sozialhilfe Bern
131	Freitag 13. Juli 2018 10:52	https://www.berne24.ch/news/131	Bericht	Fabian Chrstl	Sozialhilfe Bern
132	Montag 13. August 2018 15:30	https://www.berne24.ch/news/132	Bericht	kis/sda	Volksvorschlag
133	Donnerstag 16. August 2018 09:07	https://www.berne24.ch/news/133	Bericht	Bernhard Ott	Software
134	Freitag 17. August 2018 18:52	https://www.berne24.ch/news/134	Bericht	Simon Gsteiger	Software
135	Dienstag 28. August 2018 10:58	https://www.berne24.ch/news/135	Bericht	spr/sda	Software

102	Nur wenig Gnade für die Sozialhilfe	Die Sozialhilfe in Bern wird künftig nicht um zehn Prozent gekürzt
103	Sozialhilfe ist im Kanton Bern künftig rekordtief	Das Berner Modell werde keine Nachahmer finden, glaubt die SP
104	Schneggs Knobelaufgabe für die Linken	Die Sozialhilfe wird gegen den Willen der Linken gekürzt. Eir
105	9 von 10 Flüchtlingen beziehen Sozialhilfe	81'048 Flüchtlinge in der Schweiz sind auf Sozialhilfe angewiesen
106	Asylbewerber in Kriens beweren Polizisten mit Steinen	Die Kürzung der Sozialhilfe führt im Durchgangszentrum in Kriens zu Unruhe
107	Dank tiefer Löhne Sozialhilfe reduzieren	Wer Sozialhilfebezug anstellt, soll Löhne unter dem GAV-Nachwuchs halten
108	Linke Kampfansage gegen gekürzte Sozialhilfe und tiefere Steuern	Sowohl die Grünen wie auch die SP wollen mit zwei Referenden die Sozialhilfe ausbauen
109	Wie wird das Vermögen angerechnet?	Die Antwort auf eine Leserfrage zur Sozialhilfe.
110	Wie einst bei Oliver Twist	Wegen der Sparmassnahmen im britischen Sozialsystem steigen die Kosten für Sozialhilfe
111	Keine Lust auf Sozialabbau	Die Kürzungen in der Sozialhilfe im Kanton Bern stossen auf Widerstand
112	Grünliberale verteidigen Schneggs Pläne	Die Mittepartei stellt sich im Streit um die Sozialhilfe hinter SV
113	«Sie setzen falsche Anreize»	Die GLP unterstützt die Kehrtwende von Pierre Alain Schnegg
114	Kommt das Sozialhilfegesetz ohnehin vors Volk?	Die SP hat das Referendum gegen die Senkungen in der Sozialhilfe abgelehnt
115	Schnegg attackiert Medien	Im Berner Rathaus hat die mit Spannung erwartete Debatte um die Sozialhilfe begonnen
116	Sozialhilfe soll definitiv gekürzt werden	Im Kanton Bern soll der Grundbedarf von Sozialhilfebezügern gesenkt werden
117	Linke kippen obligatorisches Referendum zur Sozialhilfe	Weil sich die Linke im Grossen Rat der Stimme enthält, kommt das Referendum nicht zustande
118	Berner beziehen nicht übermässig lang Sozialhilfe	Obwohl die Bezugsdauer von Sozialhilfe im Kanton Bern höher ist als in anderen Kantonen, sind die Kosten für Sozialhilfe nicht übermässig hoch
119	Das linke Gegenprojekt zum bürgerlichen Abbau bei Sozialhilfe	Weiterbilden statt kürzen: SP, Grüne und Sozialverbände wollen Sozialhilfe ausbauen
120	«Ein blosses Nein ist wenig sinnvoll»	Es sei nicht das Ziel des Komitees «Wirksame Sozialhilfe», die Sozialhilfe zu kürzen
121	Sozialhilfe kommt erneut unter Druck	Nur, wer sich integrationswillig zeigt, erhält den vollen Grundbedarf
122	Sozialhilfe kommt auch in anderen Kantonen unter Druck	Die Kürzungen der Sozialhilfe im Kanton Bern haben eine Kettenreaktion ausgelöst
123	Überlebenshilfe ist nicht verhandelbar	Aus der Sozialhilfe ein Bonussystem zu machen für Leistung: Das ist für die Sozialhilfe nicht verhandelbar
124	Bin Ladens Ex-Leibwächter kassiert Sozialhilfe	Der einstige Al-Qaida-Anhänger Sami A. lebt seit zwölf Jahren in Bern und bezieht Sozialhilfe
125	Sozialhilfebetrüger werden nicht ausgeschafft	Ausländer, die missbräuchlich Sozialhilfe beziehen, können nicht abgeschafft werden
126	Bürgerliches Muri kritisiert Schneggs Sparmassnahmen	Die Kürzungen beim Grundbedarf der Sozialhilfe findet der Gemeinderat von Muri nicht gut
127	Junge und Migranten im Fadenkreuz	Angriff der SVP-Hardliner auf die Sozialhilfe: Die Höhe der Kürzungen ist ein Problem
128	Welfremde Kritiker der Sozialhilfe	Die Instant-Kritiker, die bei jedem vermeintlichen Missbrauch die Sozialhilfe kritisieren, sind welfremde Kritiker
129	Im Kanton Bern wird über Sozialhilfe abgestimmt	Der Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe im Kanton Bern ist abgestimmt
130	Gemeinden üben Kritik an Schneggs Sozialhilfe-Plänen	Mehrere Gemeinden sind unzufrieden mit der neuen Sozialhilfe
131	Schnegg-Kritiker sind nicht besänftigt	In der Sozialhilfe-Revision fehlen Fördermassnahmen, monieren die Kritiker
132	Volksvorschlag gegen Kürzungen in der Sozialhilfe eingereicht	Ziel der Alternative ist es, Sozialhilfebezügern weiterzubilden und zu integrieren
133	Stadt will teure Software selber entwickeln	Es gebe keine Alternative zur Entwicklung einer eigenen Sozialhilfe-Software
134	Zweifel an Personal der IT-Firma	Emineo soll für die Berner Sozialhilfe eine neue Software entwickeln
135	Städter FDP nun doch für neue Fallführungs-Software	Trotz geäusselter Kritik stellt sich die städtische FDP nun hinter die Software

136	Donnerstag 6. September 2018 08:40	https://www.	Bericht	Bernhard Ott	Software
137	Donnerstag 6. September 2018 13:50	https://www.	Bericht	mssc/sda	Sozialkosten
138	Freitag 21. September 2018 15:18	https://www.	Bericht	kis/sda	Volksvorschlag
139	Sonntag 23. September 2018 15:11	https://www.	Bericht	mck/sda	Software
140	Samstag 20. Oktober 2018 08:11	https://www.	Bericht	Claudia Blumer	Sozialhilfe Generell
141	Freitag 9. November 2018 22:30	https://www.	Bericht	nag/sda	Sozialhilfe Generell
142	Donnerstag 15. November 2018 11:52	https://www.	Bericht	Dominik Feusi	Sozialhilfe Generell
143	Freitag 16. November 2018 00:30	https://www.	Bericht	Janine Hosp	Sozialinspektion
144	Freitag 16. November 2018 00:30	https://www.	Bericht	Dominik Feusi	Sozialhilfe Generell
145	Donnerstag 22. November 2018 17:13	https://www.	Bericht	nag/sda	Europa
146	Donnerstag 22. November 2018 10:28	https://www.	Bericht	Patrick Feuz	Sozialhilfe Bern
147	Donnerstag 22. November 2018 14:35	https://www.	Bericht	Fabian Chrstl	Sozialhilfe Bern
148	Freitag 23. November 2018 13:15	https://www.	Bericht	Fabian Chrstl	Sozialhilfe Bern
149	Dienstag 18. Dezember 2018 18:08	https://www.	Bericht	fal/sda	Sozialhilfe ab 50
150	Donnerstag 3. Januar 2019 02:25	https://www.	Bericht	Christian Zurcher	Sozialhilfe ab 50
151	Dienstag 8. Januar 2019 14:49	https://www.	Bericht	Markus Brotschi	Sozialhilfe Generell
152	Dienstag 8. Januar 2019 14:51	https://www.	Bericht	Yannick Wiget, Patrick Vogel	Kürzungen
153	Dienstag 8. Januar 2019 15:29	https://www.	Bericht	Anja Stadelmann	Sozialhilfe Generell
154	Dienstag 8. Januar 2019 19:47	https://www.	Interview	Markus Brotschi	Kürzung
155	Dienstag 8. Januar 2019 20:52	https://www.	Bericht	Fabian Chrstl	Sozialhilfe Bern
156	Dienstag 8. Januar 2019 21:48	https://www.	Bericht	Fabian Chrstl	Sozialhilfe Bern
157	Freitag 1. Februar 2019 21:51	https://www.	Bericht	Brigitte Walsler	Sozialhilfe Bern
158	Donnerstag 7. Februar 2019 10:12	https://www.	Bericht	Luca De Carli	Sozialhilfe Generell
159	Donnerstag 14. Februar 2019 17:03	https://www.	Bericht	cse/sda	Gesundheits- und Fürsorge
160	Freitag 8. März 2019 00:26	https://www.	Bericht	Markus Brotschi	Reform der Ergänzungslei
161	Dienstag 19. März 2019 00:30	https://www.	Bericht	Markus Brotschi	Unfallversicherungsgesetz
162	Dienstag 19. März 2019 14:47	https://www.	Bericht	mrm	Debatte
163	Samstag 23. März 2019 08:16	https://www.	Bericht	Fabian Chrstl	Sozialhilfe Generell
164	Samstag 23. März 2019 08:16	https://www.	Bericht	Fabian Chrstl	Volksvorschlag
165	Mittwoch 27. März 2019 18:18	https://www.	Bericht	zec/sda	BKSE
166	Freitag 29. März 2019 13:19	https://www.	Bericht	nj/sda	Sozialhilfe Bern
167	Mittwoch 3. April 2019 19:45	https://www.	Bericht	Andres Marti	«Behördenpropaganda»
168		https://webspacial.derbund.ch/longform/sozialhilfe/inhalt			Sozialhilfe Generell
169	Donnerstag 04. April 2019	https://stadta	Stadtgespr	Redaktion der Bund	

136	«Es geht nicht um einen Rolls-Royce»	Mit einer eigenen Sozialhilfe-Software habe die Stadt Bern «
137	Berner Regierung warnt vor «massiv erhöhten Sozialkosten»	Sie empfiehlt die Initiative «für eine wirksame Sozialhilfe» zu
138	Grossratskommission gegen Sozialhilfe-Volksvorschlag	Der Vorschlag führe zu massiven Mehrkosten - auch die Bern
139	Stadtberner sprechen Millionen für Software in der Sozialhilfe	Die Stadt Bern kann zusammen mit Zurich und Basel eine ne
140	Wie gut soll es den Schwachen in der Schweiz gehen?	Wie viel Sozialhilfe soll sein? SVP-Nationalrätin Barbara Ste
141	Bundesbudget soll um 70 Millionen Franken gekürzt werden	Die Finanzkommission des Nationalrats will die Ausgaben be
142	Wie man die Armut am besten bekämpft	Die Sozialhilfe setze keine Anreize zur Arbeit, sagt eine neue
143	«O.k., sie ist draussen»	Wie private Ermittler herauszufinden versuchen, ob eine Frau
144	Sozialhilfe erhöht langfristig die Armut	Eine US-Studie sieht in Steuergutschriften das wirksamste In
145	EU-Gericht kippt Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge	Nicht dauerhaft Asylberechtigte in Oberösterreich dürfen nich
146	Schnegg hat das nicht nötig	Es gibt gute Gründe, die Sozialhilfe zu reformieren. Umso un
147	Regierungsrat Schnegg lenkt im Zahlenstreit ein	Der bernische Grosse Rat will mehr Transparenz bei den Kö
148	Unerwartetes Misstrauensvotum gegen Schnegg	Das Parlament zweifelt nun doch an den Zahlen von Regieru
149	Arbeitnehmer ab 50 schlittern vermehrt in die Sozialhilfe	Der Anteil der Sozialhilfebezügler zwischen 50 und 65 Jahre
150	Ein wachsendes Problem: Sozialhilfe ab 50	Immer mehr über 50-Jährige beziehen Sozialhilfe. Wer dage
151	Sozialhilfe soll integrieren, nicht ausgrenzen	Der Grundbedarf ist heute schon knapp bemessen. Mit noch
152	Nur noch einen Funiliber pro Tag fürs Essen?	Die Skos warnt vor geplanten Kürzungen bei der Sozialhilfe-
153	«OV kann man sich leisten, beim Essen muss man schauen»	Suzana K. lebte fast 20 Jahre von der Sozialhilfe. Wie kam si
154	«Sozialhilfe darf nicht bedingungslos sein»	Wirtschaftsprofessor Christoph Schaltegger hält eine Kürzung
155	Schnegg bezeichnet Bericht von Experten als «Polemik»	Die Sozialhilfe sei bereits heute knapp bemessen, besagt er
156	Zumindest ist die Skos transparent	Was die Sozialhilfe alles finanzieren soll, darüber kann man
157	Experten korrigieren Schnegg	Der Volksvorschlag zur Sozialhilfe hat nicht so hohe Mehrkos
158	Hürden für Sozialhilfe werden niedriger	Bei einer Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie würden deu
159	Schnegg soll für alle Belange der Asyl- und Sozialhilfe zuständig s	viele Bedürftige verzichten auf Sozialhilfe. Auch wenn das für
160	Ergänzungsleistungen sind keine Sozialhilfe	Was uns die Reform der Ergänzungsleistungen (EL) gebracht
161	Wer als Schüler verunfallt, riskiert als Lehrling den Lohnausfall	Das Beispiel Marc Hafner zeigt: Wer als junger Angestellter ä
162	Flashmob auf dem Bahnhofplatz: Debatte um Sozialhilfe ist eröffne	Ein Blitz-Theater als Auftakt in den Abstimmungskampf. In de
163	Was Sie über die Sozialhilfe wissen müssen	Die Sozialhilfekosten steigen seit Jahren. Und das, obwohl d
164	Wen die Kürzungen treffen würden	Der Regierungsrat will die Sozialhilfe kürzen, die Gegner leg
165	Broschüre soll Sozialhilfe «gut erklären»	Weil es kaum Bücher und Broschüren zur Sozialhilfe gibt, hat
166	«Sozialhilfe ist kein bedingungsloses Grundeinkommen»	Schnegg eröffnet den Abstimmungskampf zum Sozialhilfee
167	Streit um Infoanlass der Stadt Bern	Die Stadt organisiert eine Filmaufführung mit anschliessende
168	«Es reicht schon heute nicht. Punkt.»	So leben Sozialhilfebezügler – ein Blick auf die Menschen hir
169	Wie viel Sozialhilfe solls den sein?	

170	Dienstag 9. April 2019 20:12	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Fabian Chrstl	Kürzungs-Gegner
171					Sozialhilfe Bern
172	Mittwoch 10. April 2019 15:28	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Interview	Fabian Chrstl	
173	Montag 15. April 2019 06:32	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Interview	Fabian Chrstl, Bernhard Ott	Kürzung
174	Samstag 20. April 2019 08:08	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Fabian Chrstl	Asylsuchende
175	Donnerstag 25. April 2019 08:56	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Interview	Fabian Chrstl	Kürzung
176	Donnerstag 25. April 2019 13:35	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Fabian Chrstl	Sozialhilfe Generell
177	Donnerstag 25. April 2019 20:17	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Noah Fend	Berns Kirchen
178	Freitag 3. Mai 2019 06:34	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Andres Marti	Bundesgericht
179	Samstag 4. Mai 2019 08:27	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Fabian Chrstl	Kürzung
180	Sonntag 5. Mai 2019 23:43	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Philipp Loser	Pierre Alain Schnegg
181	Sonntag 5.5.2019, 05:48	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Fabian Chrstl und Christian	Debatte
182	Montag 6. Mai 2019 18:15	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Interview	Fabian Chrstl	Berner Konferenz für Sozialhilfe
183	Dienstag 7. Mai 2019 06:42	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Fabian Chrstl	
184	Dienstag 7. Mai 2019 06:42	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Simon Walt	Sozialhilfe Generell
185	Donnerstag 9. Mai 2019 08:56	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Andres Marti	Sozialhilfe Bern
186	Montag 13. Mai 2019 14:02	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Dolf Barben	Debatte
187	Donnerstag 16. Mai 2019 07:16	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Fabian Chrstl	Kürzungen
188	Donnerstag 16. Mai 2019 07:19	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Fabian Chrstl	
189	Sonntag 19. Mai 2019 10:55	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Fabian Chrstl	Sozialhilfe Bern
190	Sonntag 19. Mai 2019 12:48	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	cse, nfe, mob, spr, mon, chl	Abstimmung
191	Sonntag 19. Mai 2019 18:42	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Fabian Chrstl	Sozialhilfe Bern
192	Sonntag 19. Mai 2019 20:20	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Nachrichte	nfe, cse, mob, spr, mon, chl	Abstimmung
193	Sonntag 19. Mai 2019 21:40	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Interview	Bernhard Ott, Noah Fend	
194	Sonntag 19. Mai 2019 22:00	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Fabian Chrstl	Abstimmung
195	Montag 20. Mai 2019 00:15	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Fabian Renz	Abstimmung
196	Dienstag 21. Mai 2019 08:33	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Interview	Sophie Reinhardt	Abstimmung
197	Dienstag 21. Mai 2019 08:32	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Fabian Chrstl	Ideen
198	Mittwoch 22. Mai 2019 06:55	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Fabian Chrstl	
199	Freitag 24. Mai 2019 08:41	https://www.berntv.ch/interaktiv/derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/	Bericht	Claudia Blumer	Skös

Legende

Demonstration	Interview	Medienmitteilung Kanton, Auslöser
Volksvorschlag/ Komitee	Reaktion	Letzter Check: 12.06.2019 https://www.derbund.ch/sear

170	Kürzungs-Gegner besetzen den digitalen Raum	Im Netz dominieren derzeit die Gegner der geplanten Sozialhilfe
171	Das Ringen um die Sozialhilfe	Am 19. Mai stimmt der Kanton Bern über die Zukunft der Sozialhilfe ab
172	«Sparen ist nicht das erste Ziel»	Die geplanten Kürzungen könnten Sozialhilfebezügler Probleme bereiten
173	«Das erzeugt nur Aggression und Wut»	Die Senkung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe hätte eine negative Auswirkung
174	Eingliederung: Ob es mehr Geld gibt, ist ungewiss	Die geplante Kürzung in der Sozialhilfe soll Geld für die Arbeitsplätze freisetzen
175	«Der hohe Grundbedarf hält Leute vom Arbeitsmarkt fern»	Eine Kürzung der Sozialhilfe würde es Firmen ermöglichen, Stellen zu streichen
176	Manchmal zahlt der Sozialdienst besser als die Firma	In Extremfällen bekommen Familien mit Sozialhilfe mehr Geld als eine Firma
177	Umstrittener Polit-Einsatz von Berns Kirchen	Die drei Landeskirchen und die jüdischen Gemeinden Bern lehnen die Kürzung ab
178	Schneggs Gegner drohen mit Bundesgericht	Die vom Kanton Bern vorgesehenen Kürzungen in der Sozialhilfe könnten zu einem Bundesgerichtsverfahren führen
179	Von dieser Kürzung sollen wir absehen	Die Sozialhilfe ist heute schon knapp bemessen. Die bernischen Sozialhilfe-Gegner warnen vor einer weiteren Kürzung
180	Der Mann hinter einer der umstrittensten Ideen seit Jahren	Pierre Alain Schnegg (SVP) will den Schweizer Sozialhilfe-Debatte vorantreiben
181	Das müssen Sie wissen, bevor Sie über die Sozialhilfe abstimmen	Die Sozialhilfe wird in der nächsten Woche abgestimmt
182	«Kein einziger Sozialhilfeempfänger wird dadurch eine Stelle finden»	Thomas Michel, Co-Präsident der Berner Konferenz für Sozialhilfe, kritisiert die Kürzung
183	Zwischen Mitgefühl und Kostendruck	Rainer Schmid, Leiter des Sozialdienstes Region Wattenwil, kritisiert die Kürzung
184	Als Gothelf über die «unverschämten» Armen wettete	Ein Überblick über die Entwicklung der Fürsorge und Sozialhilfe in Bern
185	Bürgerliche Zweifel an gekürzter Sozialhilfe	Selbst auf dem Land kommt die Sparvorlage von Regierung und Sozialhilfe zu kurz
186	Mit der Bibel in den Kampf um die Sozialhilfe	Die Landeskirchen lehnen die Kürzung der Sozialhilfe ab. Ein Blick auf die Rolle der Kirchen
187	Liberal, aber gegen Kürzungen bei der Sozialhilfe	Auch unter Führung des liberalen Nationalrats Christoph Eymann wird die Kürzung abgelehnt
188	Ein bisschen Angst vor Sozialtourismus	Wenn Bern die Sozialhilfe kürzt, werden die Bedürftigen nicht nur in Bern, sondern auch in anderen Kantonen leben
189	Wie der Kampf um die Sozialhilfe begann	Heute entscheidet sich, ob Bern als erster Kanton die Sozialhilfe kürzen wird
190	Kürzt Bern die Sozialhilfe?	Heute entscheiden die Berner Stimmberechtigten, ob die Sozialhilfe gekürzt wird
191	Das Thema lässt sich noch nicht abhaken	Für die Linke ist das Nein zur gekürzten Sozialhilfe im Kanton Bern ein Muss
192	Das war der Abstimmungslag im Kanton Bern	Überraschung im Kanton Bern: Die Kürzung der Sozialhilfe wird abgelehnt
193	«Wir müssen mit erheblichen Mehrkosten rechnen»	Emotionale Argumente hatten Anklang gefunden, sagt Regierung
194	Die SVP will sich nicht geschlagen geben	Nach dem bernischen Nein sieht die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SVP) keine Alternative
195	SVP trotz Schlappe in Bern ermutigt	Die Berner Stimmberechtigten lehnen eine Senkung der Sozialhilfe ab
196	«Das traditionelle Milieu ging verloren»	Nach dem linken Sieg bei der Abstimmung zur Sozialhilfe sagt die SVP, dass das traditionelle Milieu verloren ist
197	Ideen für die Sozialhilfe: Das wollen die Akteure	Die Linke will weiterhin mehr Geld für Eingliederung. Für die SVP ist die Kürzung ein Muss
198	Sie lehnte Schnegg das Fürchten	Anna Bouwmeester hat mit dem Komitee Verkehrt entschieden
199	Jetzt verteidigt ein Bürgerlicher die Sozialhilfe	Christoph Eymann (LDP) und Elisabeth Baume-Schneider (SVP) verteidigen die Kürzung

[ch?q=Sozialhilfe](#)

Anhang 3 Rekonstruktion

1 Agenda Setting

1.1 Motion Studer November 2012

2 Politikformulierung und Entscheidung

2.1 Regierungssitzung Mai 2013

2.2 Septembersession September 2013

2.3 Implementierung: Gesetzes- und Dekretsänderungen mit ASP Dezember 2013

2.4 Petition «soziales Existenzminimum» Februar 2014

2.5 Vernehmlassung Bern Mai 2015

2.6 Resultat Vernehmlassung November 2015

2.7 1. Runder Tisch Dezember 2015

2.8 2. Treffen Runder Tisch März 2016

2.9 3. Treffen Runder Tisch Juni 2016

2.10 Teilrevision des Sozialhilfegesetzes Januar 2017

2.11 Teilrevision des Sozialhilfegesetzes Juli 2017

2.12 1. Lesung Kürzungen werden entschieden September 2017

2.13 Eine Woche vor der 2. Lesung März 2018

2.14 2. Lesung und Ergebnis der Regierungsratswahlen März 2018

2.15 Volkvorschlag April 2018

2.16 Ende Referendumsfrist Juni 2018

2.17 Zahlenchaos November 2018

2.18 Berechnungen Februar 2019

2.19 Abstimmungskampf März 2019

2.20 Abstimmungstag Mai 2019

2.21 Danach Mai 2019

3 Literaturverzeichnis

1 Agenda Setting

1.1 Motion Studer November 2012

21. November 2012 Grosser Rat

Ueli Studer aus Niederscherli (SVP) macht den Vorstoss «Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe» mit einer Motion (260-2012) zuhanden des Regierungsrates. Dieser wurde mit einem Schreiben am 01.05.2013 beantwortet. Darin schreibt der **Regierungsrat** einige grundlegende Aussagen zu der damaligen Kosten- und Anreizsituation in der Berner Sozialhilfe. Er teilt das Anliegen in der Vorstossantwort³⁰ des Motionärs in vier Ziffern auf:

«(1) eine Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (SHG), (2) eine Reduktion des Grundbedarfs für den Lebensunterhalt (GBL), (3) eine Reduktion der situationsbedingten Leistungen (SIL) und (4) eine Reduktion der Integrationszulagen (IZU).» (Regierungsrat 2013)

Dabei macht der Regierungsrat folgende Anträge dem Grossen Rat:

«Ziffer 1: Ablehnung

Ziffer 2: Ablehnung

Ziffer 3: Annahme als Postulat

Ziffer 4: Annahme» (ebd.)

³⁰ Die Vorstossantwort ist im «Anhang 5» aufzufinden

2 Politikformulierung und Entscheidung

1.1 Regierungssitzung Mai 2013

Während der Junisession 2013 wurde die Motion auf die Septembersession 2013 verschoben.

1.2 Septembersession September 2013

Freitag 6. September 2013 «Sozialhilfe wird um 10 Prozent gekürzt»

Ueli Studer (SVP), Könizer Sozialvorsteher und Grossrat, erreicht durch eine erfolgreiche Motion, dass der Kanton Bern von den SKOS-Richtlinien abweicht.

Er begründet seinen Vorstoss dadurch, dass der Kanton sparen muss und es sozial ungerecht sei, dass eine erwerbstätige Familie zum Monatsende schlechter dastehe als jemand, der keiner Arbeit nachgeht und Sozialhilfe bezieht.

Die Geschäftsführerin von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) Dorothee Guggisberg teilt mit, dass dieses Problem der «Grenzsituation» ihnen bekannt sei und sie sich dafür einsetzen, dass sich die Arbeit lohnt, beispielsweise mit einem Anreizsystem.

Der Regierungsrat muss die Gesamtausgaben der Sozialhilfe um 10 Prozent kürzen.
(Raaflaub 2013)

Geschäfts-Nr.: 2012.1492 Wortlautdokument

Im Wortlautdokument des Grossen Rats (2013: 6) argumentiert Ueli Studer, Niederscherli (SVP), während der Abstimmung wie folgt:

«Meine Motion verfolgt drei Ziele: Erstens soll sie einen Beitrag leisten zur Sanierung der Kantonsfinanzen. Ich habe es ausgerechnet und orte 17 bis 22 Mio. Franken, die eingespart werden könnten. Zweitens sollen die Fehlanreize durch das bestehende System eliminiert werden. Drittens soll die Sozialhilfe so bemessen werden, dass Sozialhilfebezüger und -bezügerinnen nicht mehr Geld zur Verfügung haben, als nicht unterstützte Personen mit geringem Einkommen.»

Unter anderem nimmt auch Haşim Sancar, Bern (Grüne), Stellung:

«Sozialhilfe ist ein letztes staatliches Auffangnetz für Armutsbetroffene, die sich selber nicht mehr genügend versorgen können. Leider sind nicht alle Menschen in der Lage, bezahlte Arbeit zu leisten. Oft ist es der Arbeitsmarkt, der ihnen keine passende Stelle bietet. Zudem gibt es die Working Poor, also Menschen, die keinen existenzsichernden Lohn erhalten.

Sozialhilfeempfangende dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Das Hauptproblem der Armut in der Schweiz darf nicht in den Hintergrund gedrängt werden, denn es gibt die Armut auch in der Schweiz.» (ebd.: 10)

«Ziff. 1: Annahme (77 Ja, 65 Nein, 5 Enthaltungen)

Ziff. 2: Annahme (83 Ja, 62 Nein, 5 Enthaltungen)

Ziff. 3: Annahme (97 Ja, 46 Nein, 4 Enthaltungen)

Ziff. 4: Annahme (133 Ja, 13 Nein, 5 Enthaltungen)» (ebd.: 20f.)

07. September 2013 «Vorstösse gehören zu Kampagne»

Walter Schmid, von 1999 – 2014 Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), sieht die Kürzung der Sozialhilfe in Bern als eine Folge des herrschenden Spar-drucks.

Im Bericht «Vorstösse gehören zu Kampagne» schreibt Burri (2013), dass SVP-Präsident Toni Brunner an einer Versammlung seine Parteimitglieder aufgerufen hat, Vorstösse zu lancieren. Es wird erwähnt, dass diese Vorstösse Teil einer Kampagne sind und jede Partei Recht dazu hat.

Samstag 7. September 2013 «SVP greift Sozialhilfe-Richtlinien an»

Am gleichen Tag schreibt Brotschi (2013), dass die SVP koordiniert Vorstösse gegen die uneingeschränkte Anwendung der SKOS-Richtlinien in den Gemeinden plant. Der Berner Entscheid sehen Kritiker der SKOS-Richtlinien als richtungweisend. Jürg Trachsel, SVP-Fraktionschef im Zürcher Kantonsrat, scheint erfreut zu sein. Er sieht den Entscheid als Signalwirkung auf andere Kantone.

Im Mai 2013 wurde ein Postulat zur Senkung der SKOS-Richtlinien vom Zürcher Kantonsrat abgelehnt. Im Kanton Luzern kündeten SVP-Parlamentarier ebenfalls Anträge auf Sozialhilfe-Kürzung an.

Montag 28. Oktober 2013 Interview «Akt der Vernunft»: Walter Schmid tritt als SKOS-Präsident zurück»

Im Oktober 2013 gibt Walter Schmid seinen Rücktritt auf Frühling 2014 bekannt.

Da die SKOS-Richtlinien lediglich Empfehlungscharakter haben, forderte Schmid anfangs 2013 ein nationales Sozialhilfegesetz. Er fordert, dass die Sozialhilfe den gleichen Status wie die AHV und die IV erhalten muss.

Jedoch traf die SKOS im Jahr 2013 auf erheblichen Gegenwind: Einige Gemeinden verkündeten medienwirksam den Austritt aus der Konferenz für Sozialhilfe (vgl. kpn/sda 2013).

29. November 2013 «Zahl der Sozialhilfe-Bezüger im Kanton Bern leicht rückläufig»

Aus einem Bericht der bernischen Fürsorgedirektion geht hervor, dass die Zahl der Sozialhilfebezüger im Kanton Bern 2012 leicht zurückgegangen ist auf 49'835 Menschen.

Wie der Fachverband Berner Konferenz für Sozialhilfe und Kindes- und Erwachsenenschutz (BKSE) schreibt, befürchten Sozialarbeitende, dass aufgrund der jüngsten Sparbeschlüsse des Grossen Rats die Sozialhilfekosten wieder in die Höhe steigen. Die Kürzungen der Krankenkassenprämien und Leistungsreduktionen bei Spitex und psychiatrischer Versorgung könnte die Menschen in die Sozialhilfe treiben.

Der Fachverband schreibt auch, dass sich aufgrund der Revision der Invaliden- und Arbeitslosenversicherung die Sozialhilfe von einer kurzfristigen Nothilfe zu einer längerfristigen nötigen Existenzsicherung entwickelt. Davon seien zu einem grossen Teil Alleinerziehende sowie Kinder und Jugendliche betroffen. 2012 waren rund ein Drittel der Sozialhilfe-Beziehenden Kinder und Jugendliche (vgl. bwg/sda 2013).

1.3 Implementierung: Gesetzes- und Dekretsänderungen im Zusammenhang mit ASP Dezember 2013

Montag 16. Dezember 2013 «Regierung prescht vor: Nur noch 100 Franken Zulage in der Sozialhilfe ab Januar»

Der Regierungsrat setzt die vom Grossen Rat verlangte Kürzung der Sozialhilfe um zehn Prozent ab 2014 zur Hälfte um. Die Integrationszulage wird, laut der Ankündigung, per Anfang Jahr auf 100 Franken pro Monat gekürzt (vgl. Ott 2013).

Der Leiter des Stadtberner Sozialamtes, Felix Wolffers, findet die Kürzung massiv. Wer bis damals zu seinem Grundbedarf von 970 Franken dank einer Integrationsleistung zusätzlich eine Zulage von 200 Franken erwirtschaftet habe, muss dadurch auf fast zehn Prozent des frei verfügbaren Einkommens verzichten (vgl. ebd.).

Diese Kürzung entspricht just dem SKOS-Minimum. Über die Reduktion der Integrationszulagen auf das SKOS-Minimum von 100 Franken hat der Regierungsrat vor ein paar Tagen auf dem Verordnungsweg verfügt, schreibt Ott (ebd.) im Bericht vom 16. Dezember 2013.

Regula Unteregger, Vorsteherin des kantonalen Sozialamtes, schreibt, dass dadurch die Hälfte der «Motion Studer» bereits umgesetzt ist. Durch diese Reduktion erreiche der Regierungsrat eine Sparwirkung von 5 Millionen Franken. Daher betont der GEF-Stabsmitarbeiter Jean-Philippe Jeannerat, dass dadurch nur noch 6 Millionen Franken in den kommenden zwei Jahren einzusparen sind (vgl. ebd.).

Der Stadtberner Sozialamtsleiter Wolffers findet, dass es grundsätzlich richtig sei, eher bei den Zulagen als beim Grundbedarf zu sparen, jedoch sei das Ausmass problematisch (vgl. ebd.).

Vor acht Jahren wurde der Grundbedarf in der Sozialhilfe schweizweit bereits um sieben Prozent gekürzt. Die damals eingeführte Leistungskomponente wird nach Wolffers im Kanton Bern nun weitgehend heruntergefahren. Die finanzpolitische Logik habe die fachliche Sicht übersteuert (vgl. ebd.).

Laut Wolffers (ebd.) ist die Umsetzung bis Anfang Januar schwierig, da dies kurz vor Weihnachten auch wegen der Reaktionen der Betroffenen problematisch sei.

Die GEF sieht aufgrund des Spardrucks keine Alternativen, so der GEF-Sprecher Jeanneurat. Dadurch, dass die Reduktion der Integrationszulagen über den Verordnungsweg geht, kann nichts dagegen getan werden.

Da für die Kürzung des Grundbedarfs jedoch eine Teilrevision des Sozialhilfegesetzes nötig ist, werde die SP ein Referendum dagegen prüfen. Die rot-grüne Mehrheit im Regierungsrat sitzt zurzeit in einem Dilemma: Entweder sie setzt das um, was die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat von ihr verlangt, oder sie tritt zurück (vgl. ebd.).

12. Dezember 2013 – Medienmitteilung; Regierungsrat Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe:

In der Medienmitteilung des Kanton Berns (2013) teilt der Regierungsrat mit, dass durch die Streichung von Art. 33 des Sozialhilfegesetzes und die Aufhebung des Zuschusses nach Dekret die Motion von Ueli Studer umgesetzt wird.

Darin wird ebenso mitgeteilt, dass das Vernehmlassungsverfahren³¹ dieser Vorlage abkürzt wird. Damit die Vorlage zeitgerecht umgesetzt werden kann, muss sie deshalb vom Grossen Rat in der Junisession 2014 verabschiedet werden. Durch die Aufhebung des Zuschusses auf das Jahr 2015 könnten ab dem Jahr 2016 rund 3 Millionen Franken gespart werden.

03. Januar 2014 «SKOS bleibt dabei: Auch schwierige Menschen haben Anspruch auf Hilfe»

Im Artikel wird erläutert, dass durch die vier Gemeindeaustritte die SKOS unter Druck steht. Ihr fehlt jede demokratische Legitimation, da die SKOS als privatrechtlicher Verein organisiert ist (vgl. bru/sda 2014).

³¹ 12. Dezember 2013 bis am 17. Januar 2014, üblicherweise dauert die Vernehmlassungsfrist drei Monate

1.4 Petition «soziales Existenzminimum» Februar 2014

21. Februar 2014 «Petition für «soziales Existenzminimum» lanciert»

Ein Bündnis von sozialen Organisationen und linksgrünen Parteien will eine Petition für «soziales Existenzminimum» lancieren. Zu diesem Bündnis gehören: Die Berner Sektionen von AvenirSocial, SP, Grünen, VPOD, SAH Bern, das Forum für kritische Soziale Arbeit und das Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffene. Weitere Organisationen³² wie der Verband für alleinerziehende Mütter und Väter oder Pro Senectute unterstützen das Anliegen. Mit der Petition soll die geplante Kürzung von 10 Prozent verhindert werden (vgl. gbl/sda 2014a).

10. Juni 2014 Medienmitteilung AvenirSocial

Im «Der Bund» wurde keine Medienmitteilung über den weiteren Verlauf der Petition gefunden. Daher bezieht sich dieser Abschnitt auf die Medienmitteilung vom 10. Juni 2014 von AvenirSocial (2014). Nach nur drei Monaten wurde die stattliche Anzahl von 9'308 Unterschriften erreicht und an die Grossratspräsidentin Beatrice Struchen übergeben. Darin bitten die Unterzeichneten den Grossen Rat, ein soziales Existenzminimum zu garantieren und auf die Kürzung der Sozialhilfe um 10 Prozent zu verzichten.

14. August 2014 «Stadt Bern kritisiert Kanton wegen Sozialhilfe-Kürzungen»

Jean Philippe Jeannerat von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion sagt, dass sich der Sparauftrag auf insgesamt 22 Millionen Franken beläuft. Dabei wird zusammengefasst, dass die Kürzung der Integrationszulagen 10 Millionen und der Verzicht auf die Teuerung 5 Millionen einbringe. Daher fehlen immer noch 7 Millionen (vgl. gbl/sda 2014b).

Relevante Schlagzeilen nebenbei

16. September 2014 «Exemplarische Sozialhilfe-Debatte

Sollen Gemeinden selber über ihre Sozialhilfebeiträge bestimmen? Oder sollen sie sich gegenseitig unter die Arme greifen? St. Gallen führt nun genau diese Debatte.» (thu/sda 2014)

27. November 2014 «Perrenoud soll Entscheidungsmacht abgeben»

³² Unabhängiger Mediendienst zur Arbeit und zur Erwerbslosigkeit erwähnt auf ihrer Webseite «Hälfte / Moitié» weitere Organisationen wie Caritas Bern, Dachverband Sozialer Institutionen Biel Region, Demokratische JuristInnen Bern, Gruppe für Menschenwürde in der Sozialhilfe GMS Bern, Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung, Unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht und weitere Organisationen (Unabhängiger Mediendienst zur Arbeit und zur Erwerbslosigkeit 2014: vgl.).

In diesem Jahr wurde zum ersten Mal das Bonus-Malus-System angewendet. Damit will der Kanton die Kosteneffizienz bei 68 Sozialdiensten des Kantons fördern. Ein Malus wird dann gegeben, wenn die effektiven Kosten eines Sozialdienstes mindestens 30 Prozent über einer Kostenschätzung gemäss den Regelungen der Sozialhilfegesetzgebung liegen. Seit Mitte Oktober ist bekannt, dass das kantonale Sozialamt Lyss (239'000.-), die Gemeinde Pieterlen (78'000.-) und Heimberg (62'000.-) mit einem Malus bestraft werden. 14 Gemeinden erhielten einen Bonus von insgesamt 1,6 Millionen Franken.

Pieterlen ist der Ansicht, dass die Kosten nicht in demjenigen Ausmass beeinflusst werden können, um ein Malus zu verhindern. Die Beschwerde der drei Gemeinden lehnt die Kantonsverwaltung ab. Die Gemeinden können den Entscheid weiter ans kantonale Verwaltungsgericht ziehen (agr/sda 2014).

20. Dezember 2014 «Sozialhilfe darf nicht Armenhilfe werden»

Das Zürcher Kantonsparlament überlegt 2015 aus der SKOS auszutreten, damit es sich nicht mehr an deren Richtlinien halten muss. Wenn dies geschieht, würden die meisten Deutschschweizer Kantone dem Beispiel folgen. So würde ein Leistungswettbewerb nach unten einsetzten, damit jeder Kanton möglichst unattraktiv für Sozialhilfeempfänger werde (vgl. Brotschi 2014).

17. Februar 2015 «Sozialhilfe soll um 100 Franken erhöht werden»

«Der Bund» berichtet über die Sozialhilfekonferenz und deren Neuberechnungen anhand zwei in Auftrag gegebenen Studien³³³⁴. Die SKOS will nun ihre Richtlinien ändern. Dazu stellt sie vier Varianten zur Diskussion. Dazu zählen höhere Pauschalen für Kleinhaushalte und tiefere Leistungen für grössere Familien. Die SKOS hat nun bei ihren rund 900 Mitgliedern eine Vernehmlassung³⁵ eröffnet, die bis Mitte März geht. Die Mitglieder sind vor allem Kantone und Gemeinden. Dadurch können die Mitglieder sagen, wie der Grundbedarf verändert werden soll und welche Anreiz- und Sanktionsinstrumente sie sich wünschen (vgl. Blumer 2015).

1.5 Vernehmlassung Bern Mai 2015

5. Mai 2015 «So will der Kanton bei der Sozialhilfe sparen»

³³ Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (Bass): Die Studie zur Wirkung und Anwendung der Anreizinstrumente hat aufgrund der sehr föderalistisch organisierten Sozialhilfe, keine eindeutigen Ergebnisse hervorgebracht.

³⁴ Die Evaluation des Bundesamtes für Statistik legt nahe, den Grundbedarf, um rund 100 Franken zu erhöhen: Einpersonenhaushalte: 1076.- statt 986.- Zweipersonenhaushalt: 1606.- statt 1509.-

³⁵ Vernehmlassungsdokument: <http://files.newsnetz.ch/upload//4/6/46774.pdf>

Gesundheits- und Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud (SP) stellt den Medien in Bern die Revision des Sozialhilfegesetzes³⁶ vor. Darin legt die Regierung dar, wie sie den Auftrag des Parlaments (zehn Prozent oder 22 Millionen Franken einsparen) umsetzen können. Mit zwei Ausnahmen soll an den Bemessungen der SKOS-Richtlinien festgehalten werden. So soll bei jungen Erwachsenen der Grundbedarf um 15 Prozent gekürzt werden und die Sozialhilfeleistungen sollen nicht mehr automatisch der Teuerung angepasst werden. Zu dieser Revision des Sozialhilfegesetzes läuft bis August eine Vernehmlassung. Bereits in ersten Stellungnahmen hagelt es von links wie rechts Kritik. Unter anderem bekräftigt die SP ihre Forderung nach einem eidgenössischen Rahmengesetz für die Sozialhilfe, um nationale Standards festzulegen (vgl. hjo/sda 2015).

Zwei Massnahmen wurden bereits im Sozialhilfegesetz festgehalten und wurden bereits umgesetzt, so der Regierungsrat (2015a) in einer Medienmitteilung. Die Integrationszulage wurde im Rahmen des Aufgaben- und Strukturüberprüfungs-Sparpaktes aufs Minimum gesenkt und die letzte periodisch geplante Teuerungsanpassung wurde nicht vorgenommen. Dadurch wurde rund ein Drittel der Sparvorgaben von jährlich 22 Millionen Franken erfüllt.

Relevante Schlagzeilen nebenbei

Montag 16. März 2015 «Kanton Bern will Bonus-Malus-System auf Eis legen»

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion gab am 16. März 2015 bekannt, dass das Bonus-Malus-System auf Eis gelegt wird, bis die Rechtmässigkeit geklärt ist.

Im Jahr 2014 erhielten sechs Gemeinden einen Malus. Diese reichten Beschwerde ein, die zurzeit beim Gesundheits- und Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud hängig sind. Die Beschwerdeführenden stellen die Rechtmässigkeit des Bonus-Malus-Systems in Frage (vgl. zec/sda 2015).

6. November 2015 «Mehr Sozialhilfebezüger im Kanton Bern – aber tiefere Kosten»

«Der Bund» berichtet über die generelle Sozialhilfequote in Bern. Es steht, dass im Jahr 2014 944 Personen mehr Sozialhilfe bezogen als zuvor. Der Bericht der Gesundheits- und Fürsorgedirektion führt die leichte Zunahme auf die Entwicklung im Arbeitsmarkt zurück. Die Nettokosten der Sozialhilfe sanken jedoch zum zweiten Mal in Folge. Von 451 Millionen Franken auf 446 Millionen. Dies sei einerseits auf des ASP-Sparprogramm und die darin enthaltenen Integrationszulagenkürzung zurückzuführen sowie auf die unternommenen Anstrengungen der GEF und der Sozialdienste zur Steigerung der Kosteneffizienz (vgl. spr/sda 2015).

³⁶ Eine ausführlichere Beschreibung ist unter der Medienmitteilung des Regierungsrats vom 5. Mai 2015 zu finden: Teilrevision des Sozialhilfegesetzes geht in die Vernehmlassung

21. September 2015 «20 Prozent weniger Sozialhilfe für Junge»

Die erste Teilrevision der SKOS-Richtlinien bringt unter anderem Leistungskürzungen von 20 Prozent für junge Erwachsene unter 25 Jahren und Kürzungen beim Grundbedarf für Grossfamilien ab 6 Personen. Die Beschlüsse zur Revision fasste die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) zusammen mit Vertretern der Gemeinden und Städten sowie der Leitung der SKOS.

Das Hilfswerk Caritas sowie die SP kritisieren die erste Etappe der Revision. Es sei ein Dambruch, was zu einer Verschlechterung bei der Sozialhilfe führe (vgl. 2015).

22. September 2015 «Und sie bewegen sich doch»

Am Tag darauf betont Brotschi (2015) in seinem Bericht im «Der Bund», wie bemerkenswert diese Reform sein. Einerseits sind die SKOS-Richtlinien durch den einstimmigen Beschluss der Sozialvorsteher aller Kantone politisch legitimiert. Dadurch ist nicht mehr der privatrechtliche Verein (SKOS), sondern sind die gewählten Regierungsräte verantwortlich. Die SKOS und die Sozialdirektion haben andererseits die Zeichen der Zeit erkannt. Durch gezielte Kürzungen bei wenigen Bezügergruppen wird die Akzeptanz der Sozialhilfe in Kantonen und Gemeinden erhöht. Eine entscheidende Massnahme zur Erhöhung der Akzeptanz sind die schärferen Sanktionen gegen besonders dreiste und renitente Bezügerinnen und Bezüger.

1.6 Resultat Vernehmlassung November 2015

13. November 2015 «Perrenoud schiebt Sozialhilfegesetz auf die lange Bank»

Die Fronten über die Debatte der Sozialhilfe seien verhärtet, berichtet Wälti (2015). Die im Mai 2015 unterbreitete Teilrevision, wie der Sparauftrag umgesetzt werden kann, erntete heftige Kritik von links bis rechts. Philippe Perrenoud betont, dass durch die verhärteten Fronten die Vorlage im Parlament nicht mehrheitsfähig wäre. Für die bürgerlichen Parteien gehe die Vorlage zu wenig weit, wobei einige Parteien einen radikalen Umbau des Systems forderten. Rot-grün hingegen kritisierte die Vorlage als einen nicht zulässigen Abbau zu Lasten der Schwächsten in der Gesellschaft.

Perrenoud erklärt, dass es zusätzliche Diskussionen braucht und ruft einen Runden Tisch ein. Dadurch könne unter anderem die Revision der SKOS-Richtlinien auf nationaler Ebene abgewartet werden. Die SVP kritisiert die Absetzung des Geschäfts sehr. Ueli Studer scheint dies nicht zu begrüssen, da der Beschluss aus dem Jahr 2013 vom Parlament dadurch nicht umgesetzt wird. Die SP unterstützt hingegen die Verschiebung, da die für das Frühjahr 2016 geplante Revision der SKOS-Richtlinien Auswirkungen auf das bernische Sozialhilfegesetz haben wird.

Der Sozialdirektor Philippe Perrenoud gibt seinen Rücktritt ab Mitte 2016 bekannt (vgl. ebd.).

13. November 2015 Medienmitteilung; Regierungsrat

In der Medienmitteilung des Regierungsrates wird betont, dass durch die Ergebnisse aus der Vernehmlassung ein politisch breit abgestützter Prozess ausgelöst werden soll. Daher soll der Entscheid, im Moment auf die Verabschiedung der Teilrevision zu verzichten, nicht gleichgesetzt werden mit einem inhaltlichen Stillstand. Unter der Leitung des Gesundheits- und Fürsorgedirektors wird umgehend ein Prozess des Runden Tisches in Gang gesetzt (vgl. Regierungsrat 2015b).

1.7 1. Runder Tisch Dezember 2015

22. Dezember 2015 Medienmitteilung: Gesundheits- und Fürsorgedirektion

Die Vorbereitung der Revision des Sozialhilfegesetzes geschieht am Runden Tisch. Philippe Perrenoud lädt die im Grossen Rat vertretenen Parteien ein, Vertreterinnen und Vertreter für den Runden Tisch zu nominieren. Dieser startet im Januar (vgl. Gesundheits- und Fürsorgedirektion 2015).

20. Januar 2016 Medienmitteilung: Gesundheits- und Fürsorgedirektion

Die Vertreterinnen und Vertreter der Faktionen des bernischen Grossen Rates haben sich mit Philippe Perrenoud getroffen. Sie werden sich im März erneut treffen, um die Grundsätze der künftigen Gestaltung der Sozialhilfe zu definieren (vgl. Gesundheits- und Fürsorgedirektion 2016a).

Relevante Schlagzeilen nebenbei

26. Januar 2016 «Grosser Rat will Bonus-Malus-System überarbeitet haben»

Das Parlament einen Vorstoss an die Regierung überwiesen mit der Forderung der Überprüfung dieses Systems. Es steht beispielsweise im Postulat, dass der Bonus abzuschaffen sei und der Malus bereits ab 20 Prozent negativer Abweichung wirken soll (vgl. mis/sda 2016).

28. Februar 2016 Wahlen 2016 Staatskanzlei

An diesem Tag fanden die Regierungsratsersatzwahlen³⁷ statt. Es gab sechs Kandidaturen für zwei freiwerdende Sitze der SP. Sieger ist Ammann Christoph (SP). Da nur jemand das absolute Mehr erreichte, wird ein 2. Wahlgang stattfinden (vgl. Staatskanzlei 2016).

Regierungsratsersatzwahlen vom 28. Februar 2016

Gewählt ist	Stimmen
Ammann Christoph, SP	182'476
Stimmen haben erhalten	
Guggisberg Lars, SVP	176'219
Schnegg Pierre Alain, SVP	154'217
Bernasconi Roberto, SP	152'081
Gsteiger Patrick, EVP	43'192
Moser Bruno	16'147

- > Stimmbeteiligung: 52.7%
- > Anzahl Stimmberechtigte: 730'450
- > Eingelangte Wahlzettel: 385'054
- > Leere Wahlzettel: 8'407
- > Ungültige Wahlzettel: 1'568
- > Gültige Wahlzettel: 375'079
- > Absolutes Mehr: 181'084

³⁷ Wahlen 2016, Resultate: https://www.sta.be.ch/sta/de/index/wahlen-abstimmungen/wahlen-abstimmungen/wahlen/wahlen_2016.html#anker-anchor-2

1.8 2. Treffen Runder Tisch März 2016

23. März 2016 «Noch weniger Geld für Sozialhilfebezüger»

Die ersten am Runden Tisch geschlossenen Einigungen werden bekannt. Künftig soll in der Sozialhilfe nach Anmeldung bis zu sechs Monate lang auf einen Teil der Leistung verzichtet werden und nicht, wie üblich, von Beginn weg der gesamte Grundbedarf ausbezahlt werden.

Ein Sozialhilfeexperte nennt diesen Vorschlag unsinnig. Wiederum wird im bürgerlichen Lager diese Lösung begrüsst. Ueli Studer (SVP) scheint vom Verlauf des Runden Tisches zufrieden zu sein, da die Bürgerlichen dabei die Fäden in den Händen halten. Studer weiss die Ratsmehrheit auf seiner Seite.

Auf der linken Seite ruhen die Hoffnungen auf dem Volk, da ein Referendum in Betracht gezogen wird. Perrenoud ist überzeugt, dass durch den Runden Tisch eine mehrheitsfähige Vorlage zuhanden der Vernehmlassung entstehen wird (vgl. Weingartner 2016).

22. März 2016 Medienmitteilung vom die Gesundheits- und Fürsorgedirektion

Nach dem zweiten Treffen des Runden Tisches wurde bekannt gegeben, dass es ein zweistufiges Verfahren für die Totalrevision des Sozialhilfegesetzes geben wird. Per 1. Januar 2018 sollen revidierte Bestimmungen zur individuellen Existenzsicherung in Kraft treten und anschliessend die Totalrevision des Erlasses erfolgen (vgl. Gesundheits- und Fürsorgedirektion 2016b).

24. März 2016 «Bern könnte Sparrunde in der Sozialhilfe auslösen»

Dem Professor für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit an der Universität Freiburg Michael Nollert sind keine Forschungsergebnisse zu diesem «Berner Modell» bekannt. Er findet solche Sparmassnahmen ohne wissenschaftliche Evidenz bedenklich. Im Gegensatz begrüsst der Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger dieses Modell, welches Neueinsteigerinnen und Neueinsteiger die Sozialhilfe kürze.

Relevante Schlagzeilen nebenbei

3. April 2016 «Tiefere Steuern, neue Sparpakete und weniger Sozialhilfe»

Die Wahlergebnisse des 2. Wahlgangs im Kanton Bern sind bekannt, schreibt Schmid (2016a) am 3. April: Gewählt ist Pierre Alain Schnegg (SVP). Seit zehn Jahren stellen erstmals die Bürgerlichen die Regierungsmehrheit und nicht mehr die Rot-Grünen.

06. April 2016 «Die SVP ist jetzt für das Soziale zuständig»

Der neue Regierungsrat Pierre Alain Schnegg übernimmt die Gesundheits- und Fürsorgedirektion ab 1. Juli 2016 (vgl. Schmid 2016b).

1.9 3. Treffen Runder Tisch Juni 2016

09. Juni 2016 «Kanton peilt massive Kürzung bei neuen Sozialhilfe-Bezügern an»

Die Mehrheit des Runden Tisches zur Revision hat sich auf einen 15 Prozent tieferen Grundbedarf von neuen Sozialhilfebeziehenden geeinigt, so «Der Bund» (2016). Der Sozialdienst soll künftig vor Ablauf der ersten drei Monate prüfen, ob die betroffenen Personen ihre Mitwirkungspflichten in genügenden Massen nachkommen und ob sie die vereinbarten Eigenleistungen erbringen. Während dieser Zeit ist der Grundbedarf gekürzt. Diese Frist kann einmalig um weitere drei Monaten verlängert werden. Daher kann die Einstiegsphase maximal sechs Monaten betragen.

Die Linken lehnen diese Regelung vehement ab und haben bereits vor einigen Wochen mit dem Referendum gedroht. Sie sind der Meinung, dass es nicht gehe, dass Bern als erster Kanton massiv unter die SKOS-Richtlinien gehe.

Durch die Verankerung der Regelung auf Gesetzesstufe, werden Forderungen aus der Motion von SVP-Grossrats Ueli Studer umgesetzt. Hintergrund der Diskussionen am Runden Tisch ist auch die Forderung des bürgerlich dominierten Grossen Rates, in der Sozialhilfe 22 Millionen Franken zu sparen (vgl. ebd.).

10. Juni 2016 «Scharfe Kritik an Kürzungen der Sozialhilfe»

Die SP und Grünen reagierten am gleichen Tag mit scharfer Kritik, schreibt «Der Bund» (2016) am 10. Juni. Die Kürzungen seien für Betroffene untragbar und realitätsfremd. Zusätzlich würden sie den administrativen Aufwand des Sozialdienstes massiv erhöhen.

Das Hilfswerk Caritas³⁸ Bern betont, dass vielen Betroffenen die persönlichen und beruflichen Voraussetzungen fehlen, um eigenständig ihr Leben zu erwirtschaften. Der Arbeitsmarkt bietet für Niedrigqualifizierte zu wenig Stellen.

Ueli Studer sieht dem drohenden Referendum gelassen entgegen. Er habe keine Angst davor. Bern könnte eine Pionierrolle einnehmen, was eine schweizweite Wirkung haben werde. Die Bevölkerung weiss, dass der grösste Kostentreiber die Gesundheits- und Sozialkosten sind. Für Studer gehen die am Runden Tisch erarbeiteten Vorschläge jedoch zu wenig weit. Beispielsweise sei störend, dass die Kürzungen nach den spätestens sechs Monaten aufgehoben werden würden, auch wenn die geforderte Mitarbeit bis zuletzt verweigert werden würde (vgl. ebd.).

³⁸ Laut Caritas wird der Grundbedarf für einen Ein-Personen-Haushalt bereits jetzt unterschritten: SKOS-Empfehlung 986.-, Kanton Bern 977.- pro Monat.

29. August 2016 «Berner Stadtregierung warnt vor Kürzungen bei der Sozialhilfe»

Die Revision befindet sich zurzeit in der Konsultation. Die Linke droht währenddessen mit dem Referendum. Die Stadtregierung hält die Kürzungspläne für sozialpolitisch nicht vertretbar. Sie lehnt die Kürzungspläne des Kantons ab, da die Kürzungspläne keine integrationsfördernden Effekt haben, wie es in ihrer Konsultationsantwort steht, wie am 29. August «Der Bund» (2016) berichtet.

9. Juni 2016 Medienmitteilung der Gesundheits- und Fürsorgedirektion

Die Konsultation läuft am 31. August ab. Aufgrund der Rückmeldungen während dieser Zeit wird der Regierungsrat die Revisionsvorlage weiterbearbeiten. Die Teilrevision «individuelle Existenzsicherung» wird voraussichtlich in der Märzsession 2017 des Grossen Rates behandelt (1. Lesung) und sollte per 1. Januar 2018 in Kraft treten können (vgl. Gesundheits- und Fürsorgedirektion 2016c).

Relevante Schlagzeilen nebenbei

27. Oktober 2016 «Neues Finanzierungssystem für Sozialhilfe»

Ab dem 1. Januar 2017 tritt die angepasste Verordnung in Kraft, wodurch ein Systemwechsel der Finanzierung entsteht. Neu wird es eine Pauschale pro Sozialfall geben. Dadurch müssen die Gemeinden beim Kanton keine Gesuche für die Bewilligung von Stellen und Diplomen von Sozialarbeitenden einreichen. So bekommen die Gemeinden mehr Spielraum und es setzt den Anreiz, in allen Sozialdiensten auch präventiv zu beraten. Dies teilte «Der Bund» (2016) in einem Bericht mit.

09. Dezember 2016 Sozialhilfequote gesunken - Kosten gestiegen

Im Kanton Bern wurden 2015 122 Personen weniger durch die Sozialhilfe als im Vorjahr betreut. Trotzdem steigen die Kosten, teilt «Der Bund» (2016) mit. Die kantonale Gesundheits- und Fürsorgedirektion sieht dafür drei Faktoren als ausschlaggebend: 1. Für gering qualifizierte Personen ist es auf dem Arbeitsmarkt schwierig, eine Stelle zu finden. 2. Die Wiedereingliederung von über 50-jährigen ist ein Problem. 3. Die Migration. Ein relativ grosser Teil der Zuwanderer verfügt nicht über genügend Sprachkenntnisse und/oder einem Ausbildungsniveau für eine rasche Aufnahme im Arbeitsmarkt. Daher wird befürchtet, dass viele während Jahrzehnten auf Unterstützung angewiesen sind.

1.10 Teilrevision des Sozialhilfegesetzes Januar 2017

3. Januar 2017 «SP droht mit Referendum gegen kantonale Sozialpolitik»

Der Regierungsrat teilt die Eckwerte der geplanten Gesetzesänderung der Sozialhilfe mit. Auf Antrag von Gesundheits- und Fürsorgedirektor Pierre Alain Schnegg will der Regierungsrat bei den Sozialhilfeausgaben künftig bis zu 25 Millionen Franken einsparen. Dies soll durch generelle Senkungen des Grundbedarf für Sozialhilfebedürftige um 10 Prozent ermöglicht werden. Somit wäre dieser unter den SKOS-Richtlinien. Für Ausländer und junge Erwachsene sind weitere Kürzungen vorgesehen. Unterstützt wird der Vorschlag von Schnegg von der FDP und SVP. Wobei letztere betont, dass dadurch die Regierung endlich die Motion von Ueli Studer wortgetreu umsetzen würde.

Sollte das Gesetz in dieser Form verabschiedet werden, ergreift die SP das Referendum, hat sie angekündigt. Auch die Berner Konferenz für Sozialhilfe und Kindes- und Erwachsenenschutz lehnt diese Vorlage ab, da diese ganze Gruppen bestrafe, ohne die Ursachen der Notlage zu berücksichtigen (vgl. Bachmann 2017).

4. Januar 2017 «Ein Entscheid, der nur Verlierer hervorbringt»

Die Ausgearbeiteten Revisions- und Umsetzungsvorschläge, welche am Runden Tisch ausgearbeitet wurden, wurden später in der Konsultation jedoch abgelehnt. Daher hat der Regierungsrat neue Eckwerte festgelegt, welche in den Revisionsentwurf einfließen.

Seit einem halben Jahr ist der Berner Regierungsrat bürgerlich. Mit diesen präsentierten Vorschlägen drückt er einem wichtigen Dossier seinen Stempel auf. So weit wie die Berner Regierung mit 10 Prozent ging indessen kein anderer Kanton (vgl. Weingartner 2017a).

6. Januar 2017 «Bern gefährdet nationalen Konsens»

Durch diesen Vorschlag gefährdet Bern den nationalen Konsens. Als Folge könnte der Bund künftig mitbestimmen, wie viel Geld die Kantone und Gemeinden ihren Sozialhilfebeziehenden geben. Dies wäre ein kompletter Paradigmenwechsel, da die Fürsorge in der Schweiz föderalistisch organisiert ist.

Der Bund sass den Kantonen bereits während der SKOS-Richtlinien-Revision im Nacken. Er drängte auf landesweit gültige Mindeststandards in der Sozialhilfe. Ansonsten müsste die Schaffung eines nationalen Rahmengesetzes in Betracht gezogen werden. Da für die Kantone das Einmischen des Bundes ein Schreckgespenst ist, wehrten sie sich, worauf der zuständige Bundesrat Alain Berset einlenkte. Durch die angepassten SKOS-Richtlinien, welche von der SODK verabschiedet wurde, entstand eine landesweite Harmonisierung. Der Kanton Bern trug den Kompromiss mit. Diesen national ausgehandelten Konsens stellt die bernische Gesundheitsdirektion jedoch infrage. Die Umsetzung dieses Vorschlags könnte zu einem Negativwettbewerb führen, vor dem der Bundesrat bereits 2015 warnte (vgl. Weingartner 2017d).

10. Januar 2017 «Schneggs Vorschläge stellen Mitteparteien auf eine harte Probe»

Die Sparvorschläge sollen 15 bis 25 Millionen Franken pro Jahr ausmachen. Die zentrale Massnahme ist, den Grundbedarf um zehn Prozent unter die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) zu senken. Die Vorlage kommt erst in einigen Monaten in den Grossen Rat (vgl. Barben 2017).

5. Januar 2017 «Schnegg hat die eigenen Experten nicht einbezogen»

Pierre Alain Schnegg erstellte die Vorlage mit dem Generalsekretär und seinem Vertrauten Yves Bichsel in Eigenregie. Dies sorgte direktionsintern für Verärgerung. Die geplanten Kürzungen und Änderungen finden ebenso in der Fachwelt keinen Zuspruch, berichtet Weingartner (2017b).

Scheinbar wurde das kantonale Sozialamt, welches sich mit rund 60 Mitarbeitenden um das Sozialhilfewesen kümmert, gar nicht eingebunden. Das Amt bekam den Auftrag, die Datengrundlage zu liefern. Jedoch wurde nach der fachlichen Einschätzung nicht gefragt. Schnegg stellt den Ablauf anders dar. Er habe den Gesetzesvorschlag mit Mitarbeitenden der Direktion entwickelt und den Prozess, wie auch die Vorschläge an Sitzungen mit dem Amt mehrmals diskutiert (vgl. ebd.).

25. Januar 2017 «Juso Kanton Bern drohen SVP-Regierungsrat mit Bundesgericht

Bei seiner umstrittenen Sozialhilfereform will SVP-Regierungsrat Pierre Alain Schnegg die Vernehmlassung umgehen. Die Juso wollen das nicht dulden.» (Steppat 2017)

27. Januar 2017 «Meine Kunden leben bereits am Existenzminimum»

Die neue Stadtberner Ombudsfrau Mirjam Graf nimmt gegen die Kürzung Stellung. Ihre Kunden leben bereits am Existenzminimum. Die geplanten Kürzungen des Grundbedarfs seien unwürdig (vgl. Ott 2017).

10. April 2017 Medienmitteilung der BKSE

Die Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz lehnt auch die dritte Vorlage zur Teilrevision des Sozialhilfegesetzes klar ab. Es soll eine Sparvorlage erarbeitet werden, die jegliche Fachlichkeit ignoriert und ganze Klientengruppen bestraft, ohne die Ursachen der Notlage zu berücksichtigen.

Die am 10. April durchgeführte Medienkonferenz der Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz (BKSE) und die Aussagen standen nicht im «Der Bund». Die BKSE lehnt die dritte Vorlage für die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes ab. Sie betonen, dass die am 3. Januar vorgestellten Eckwerte weit über die Vorgaben des Parlaments gehen. Aufgrund der bis dahin realisierten Massnahmen wurden bereits Einsparungen von

28.2 – 30.2 Millionen Franken erreicht. Darauf gehe der Regierungsrat in seiner Mitteilung des 3. Januars nicht ein. Er führt aus, dass die bisher umgesetzten Massnahmen die Kosten nur ungenügend gesenkt haben. Mit dem parlamentarischen Auftrag, Einsparungen von 15 bis 25 Millionen Franken vorzunehmen, würde dies im Endeffekt dazu führen, dass im Kanton insgesamt ca. 50 Millionen Franken Sozialhilfe gekürzt würden. Die BKSE bedauere, dass die Regierung in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, dass es für die Erfüllung der Motion Studer weitergehende Massnahmen brauche, obschon diese damit mehr als doppelt umgesetzt wären (vgl. BKSE 2017).

11. Mai 2017 «Breite Front gegen Schnegg»

Die geplanten Kürzungen trafen nach Aussagen der Berner Gemeinden die falschen und setzten zudem falsche Anreize, was zu Mehrkosten führen würde. Sie fordern eine Umkehr in der Sozialhilfe und sind gegen Schneggs Vorschläge. Dies wurde klar, nachdem sich die Gemeindevertreter im Verband der Sozialdienste der Sozialhilfekonferenz (BKSE) zur Jahresversammlung am 10. Mai trafen (vgl. Weingartner 2017e).

Martin Wild-Näf hat im Auftrag der BKSE eine Studie³⁹ publiziert, die als Grundlage für die politischen Entscheide dienen soll. Einerseits lobt die Studie Schnegg, da er beispielsweise die Integrationszulagen um 200 Franken erhöhen will. Dennoch würde die Sozialhilferevision aus fachlicher Sicht anders aussehen (vgl. ebd.).

06. Juni 2017 «Demonstration gegen Schneggs «Sozialabbau»»

Mehrere hundert Teilnehmende protestierten gegen die angekündigten Verschärfungen des Sozialhilfegesetzes im Kanton Bern. Thomas Näf, Präsident des Komitees der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen (KABBA) sagt, dass noch weniger Ressourcen für Armutsbetroffene zu mehr Verwahrlosung und Verelendung statt zu besserer Integration führe (vgl. Ipa/sda 2017).

9. Juni 2017 ««Ich kritisiere nicht Schnegg persönlich»»

Gemeindepräsidentin Franziska Teuscher findet die Kürzungen im Grundbedarf nicht akzeptabel. Daher erarbeitet sie in einer Gruppe Gemeinden um die Stadt Bern Alternativen, um die Sparpläne zu verhindern (vgl. Blum 2017).

30. Juni 2017 «Umsetzung ist «eher schwierig»»

³⁹ Link zur Studie «Wirkungen von Anreizleistungen in der Sozialhilfe» vom 08. Mai 2017: <http://files.newsnetz.ch/upload//1/2/122206.pdf>

Bernische Städte machen Vorschläge, wie gespart werden kann. Darunter gehören grosse Berner Gemeinden wie Bern, Biel, Ostermundigen, Langenthal und Burgdorf. Sie finden die Sparpläne der Regierung nicht sinnvoll.

Ein Vorschlag stösst bei Grossräten bereits auf offene Ohren. Dieser hat das Ziel 1000 Sozialhilfebeziehende wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es sei jedoch schwierig einzuschätzen, ob dies realistisch sei, so Hans-Peter Kohler (FDP). Susanne Aeschbach, Dozentin für Soziale Arbeit an der Hochschule Luzern, äussert sich hingegen skeptisch. Sie findet den Ansatz, die Kompetenzen der Stellensuchenden zu erhöhen, eindimensional. Je länger jemand erwerbslos ist, desto schwieriger ist es, eine Anstellung zu finden. Zudem müssten die Jobs in den Unternehmen noch geschaffen werden (vgl. Bachmann/Weingartner 2017).

1.11 Teilrevision des Sozialhilfegesetzes Juli 2017

3. Juli 2017 «Linke bekämpfen die Sozialhilferevision – SVP applaudiert»

Die Berner Kantonsregierung beharrt auf drastische Kürzungen. Die SKOS-Richtlinien werden dadurch beim Grundbedarf um 10 Prozent und in manchen Fällen sogar 30 Prozent unterschritten. Die SP sagt, dass es höchst bedenklich sei, dass der Regierungsrat auf ein Vernehmlassungsverfahren verzichtet hatte.

Gegen ein Referendum habe Pierre Alain Schnegg nichts dagegen. Bei einem Scheitern des Referendums wäre die Revision stärker demokratisch legitimiert als zuvor (vgl. nj/sda 2017).

Relevante Schlagzeilen nebenbei

23. August 2017 «600'000 Franken Sozialhilfe für einen Hassprediger»

Im August 2017 kreisen negative Schlagzeilen über den Bieler Imam Abu Ramadan in den Zeitungen, welcher in seinen Predigten für die Vernichtung aller Feinde des Islam betet. Er selber lebt seit fast 20 Jahren von der Schweizer Sozialhilfe (vgl. Pelda 2017).

5. September 2017 «Sozialhilfe: Bonus-Malus-System für Gemeinden ist vom Tisch»

Sozialhilfe: Bonus-Malus-System für Gemeinden ist vom Tisch. Das Bonus-Malus-System ist gescheitert, so wird es vom Generalsekretär des GEF Yves Bichsel mitgeteilt. Eine Alternative, die den Gemeinden Anreize für Kosteneinsparungen gebe, stehe auf der politischen Agenda (vgl. Weidmann 2017).

11. September 2017 «3000 Menschen rügen das Sparpaket»

Auf dem Berner Münsterplatz kam es mit 3000 Menschen zu einer Demonstration gegen das Sparpaket. Angela Zhiler, Mitglied der Gewerkschaft des Service Publice (VPOD),

spricht sich gegen die Sparpolitik im Sozialwesen aus. Die Demonstrierenden sind alles Menschen aus den Bereichen Sozial-, Gesundheits- oder Bildungswesen. Vertreter aus Parteien wie den Grünen und der SP waren dabei.

Mit dieser Aktion reagieren die verschiedenen Organisationen auf das allgemeine Sparpaket, welches Ende Juni vom bernischen Regierungsrat vorgestellt wurde. Dieses Sparpaket beinhaltet über 150 Massnahmen, durch das 185 Millionen Franken gespart werden sollen (vgl. Rüttimann 2017).

Lucia Schenk Vizepräsidentin des Schweizer Berufsverbandes der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK Bern betont, dass sich dies viele Menschen nicht leisten können. In der vom Verein Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz (BKSE) veröffentlichte Stellungnahme wird kritisiert, dass mit dem Sparkurs diverse Kosten auf die Gemeinden abgewälzt werden. Daniel Bock, Co-Präsident des BKSE sieht dieses «Entlastungspaket» als eine Mogelpackung, da die Kostenfolge den Gemeinden nicht transparent gemacht wird. Der Verein fordert die Zurückweisung und die Überarbeitung des Sparpakets (vgl. ebd.).

1.12 1. Lesung Kürzungen werden entschieden September 2017

25. September 2017 «Support für Schneggs Sozialhilfe-Kürzungen»

Die Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK), welche die Geschäfte aus den gleichnamigen Bereichen vorbereitet, steht überwiegend auf der Seite des Regierungsrats. Diese beantragte (8 Ja gegen 5 Nein bei 3 Enthaltungen) beim Grossen Rat die Reform zu genehmigen.

Kompromisse für die Halbierung der Kürzung auf 5 Prozent wurden knapp verworfen. Die Revision kommt im November vor das Kantonsparlament (vgl. mer/sda 2017).

27. November 2017 «Neuer Sozialhilfe-Sparvorschlag der BDP hat gute Chancen»

Die BDP erarbeitete einen neuen Sozialhilfe-Sparvorschlag, welcher die «Familien» entlasten will. Dies soll mit acht anstelle von zehn Prozent Reduktion geschehen. Der Vorschlag habe gute Chancen (vgl. Weingartner 2017f).

5. Dezember 2017 «Nur wenig Gnade für die Sozialhilfe»

Der Grosse Rat hat beschlossen, die Sozialhilfe nur um acht anstelle von zehn Prozent zu kürzen. Der Antrag der BDP-Fraktion, welcher Unterstützung der anderen bürgerlichen Parteien erhielt, wurde angenommen.

In der Debatte wurden altbekannte Positionen wiedergegeben: Die Bürgerlichen finden die Kürzungen seien zumutbar und es sei richtig, mehr Engagement von Sozialhilfebeziehenden zu fordern. Wohingegen Links-Grüne die Senkung unter die SKOS-Richtlinien nicht

gutheissen, denn die SKOS-Richtlinien seien schon tief angesetzt und sorgen für eine Harmonisierung der Sozialhilfe in der Schweiz, was etwa Sozialtourismus unterbindet.

Alain Schnegg wies zudem auf die Motion von Ueli Studer, welche den Anstoss zur Revision gegeben hatte. Nach Schnegg sei der Kanton Bern noch weit entfernt, das finanzielle Ziel der Motion zu erreichen (vgl. SDA 2017).

5. Dezember 2017 «Schneggs Knobelaufgabe für die Linken»

Die Linken sind sich derweil unsicher, ob sie eine Oppositionspolitik betreiben sollen oder nicht. Einzig mit einem Referendum könnte die Vorlage von Sozialdirektor Pierre Alain Schnegg verhindert werden. Die SP und die Grünen würden dem Gegner direkt in die Karten spielen, wenn sich das Volk hinter die Vorlage von Schnegg stellen würde. Dadurch wäre die Revision bestens legitimiert. Dann wäre es nur noch eine Frage der Zeit, bis weitere Sparschritte in Angriff genommen werden würde.

SP-Grossrat Reto Müller spricht sich trotz einer Gratwanderung für ein Referendum aus, da ansonsten die SP an Glaubwürdigkeit verlieren würde. Die Präsidentin der SP Ursula Marti meint, man steuere in Richtung Referendum. Der definitive Entscheid ist jedoch noch nicht gefallen. Zudem findet im März die zweite Lesung statt. Daher kann ein Referendum frühestens im Frühling ergriffen werden (vgl. Weingartner 2017c).

12. Dezember 2017 Medienmitteilung Gesundheits- und Fürsorgedirektion

Die Kosten im Jahr 2016 in der Sozialhilfe sind um zwei Prozent stiegen (vgl. Gesundheits- und Fürsorgedirektion 2017).

Relevante Schlagzeilen nebenbei

19. Dezember 2017 «9 von 10 Flüchtlingen beziehen Sozialhilfe»

9 von 10 Flüchtlingen beziehen Sozialhilfe. Das sind 81'048 Flüchtlinge in der Schweiz, die auf Sozialhilfe angewiesen sind (vgl. hal 2017).

13. Januar 2018 «Asylbewerber in Kriens bewerfen Polizisten mit Steinen»

Die Kürzungen im Durchgangszentrum in Kriens führen zu Unruhen. Asylbewerber bewerfen Polizisten mit Steinen. Die Polizei rückt mit einem grösseren Aufgebot aus (vgl. nag/sda 2018a).

30. Januar 2018 «Linke Kampfansage gegen gekürzte Sozialhilfe und tiefere Steuern»

Die Grünen und die SP ergreifen zwei Referenden. Eines gegen das revidierte Sozialhilfegesetz und ein weiteres gegen das revidierte Steuergesetz, sofern diese während der Märzsession ohne Korrekturen verabschiedet werden sollten (vgl. Rüttimann 2018).

«Der Bund» betont, dass die Sozialhilfedorlage im Grossrat eher knapp angenommen wurde und auch die vergangene Demonstration dem Grossrat zeigte, dass junge Leute die Abbaupolitik ablehnen.

15. Februar 2019 «Wie einst bei Oliver Twist»

Aufgrund von Sparmassnahmen im britischen Sozialsystem steigt die Kinderarmut rasant an. Dies geschieht vor allem, da die Sozialhilfe Familien mit vielen Kindern benachteiligt (vgl. Kahlweit 2018).

1.13 Eine Woche vor der 2. Lesung März 2018

21. März 2018 «Keine Lust auf Sozialabbau»

Eine Woche vor der zweiten Lesung wurde zur Demonstration gegen die Sozialhilfekürzungen aufgerufen. Rund 150 Personen versammelten sich auf dem Kornhausplatz. Dabei trugen die Demonstrierenden einen orangen Fisch aus Tüchern über den Köpfen, um zu zeigen, dass nicht immer die grossen Fische die kleinen fressen sollen.

Beim Rathaus angekommen, wuchs die Menge auf 500 Menschen an, welche die Grossräte nach ihrer beendeten Mittwochssitzung mit Trillerpfeifen und Buhrufen empfingen. Dabei ertönte die bekannte Parole: «Schnegg muss weg!». Die Kundgebung verlief ansonsten ruhig. «Der Bund» erwähnt, ohne den Namen zu nennen, eine Gruppe, die negativ vom sozialen Kahlschlag betroffen ist, als Organisierende (vgl. crt/gb/sda 2018).

24. März 2018 «Grünliberale verteidigen Schneggs Pläne»

Die Grünliberale stellt sich hinter den SVP-Regierungsrat Pierre Alain Schnegg, berichtet Bachmann (2018a). Arbeiten im ersten Arbeitsmarkt sollte sich auszahlen. Daher findet GLP-Grossrat Thomas Brönnimann zu hohe Zulagen als falsche Anreize. Arbeitende mit niedrigen Löhnen und Sozialhilfebeziehende sollten nicht nahezu gleich wenig haben.

In der gleichen Woche wurde im Kanton Aargau ein Postulat überwiesen, welches eine Reduktion der Sozialhilfe um 30 Prozent verlangt (vgl. ebd.).

24. März 2018 «Kommt das Sozialhilfegesetz ohnehin vors Volk?»

Die SP, die Grünen und die EVP haben den Antrag auf Rückweisung der Gesetzesvorlage an die Regierung gestellt. Dies, weil die Bestimmungen auf Verordnungsebene noch nicht

für alle öffentlich sind. Es gibt Anzeichen eines Antrags, die Revision dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Dadurch hätte das Volk das letzte Wort. Offiziell ist jedoch noch kein Antrag eingegangen. (vgl. Bachmann 2018b).

Eine erste Fassung, welche Gesundheits- und Fürsorgedirektor Pierre Alain Schnegg (SVP) der grossrätlichen Gesundheits- und Sozialkommission abgegeben hat, gelang an die Öffentlichkeit. Darin wird ersichtlich, dass die Erhöhung der Einkommensfreibeträge und der Integrationszulagen weniger hoch ausfallen wird, als angekündigt war. Schnegg wird eine Kehrtwendung vorgeworfen. Es kam dazu, da die GLP während der ersten Gesetzesberatung erfolgreich eine Prüfung beantragt hat, ob die Zulagen unter den SKOS-Richtlinien angesetzt werden können (vgl. ebd.).

1.14 2. Lesung und Ergebnis der Regierungsratswahlen März 2018

28. März 2018 «Schnegg attackiert Medien»

Der Rückweisungsantrag der SP, Grünen und EVP wurde vom Grossen Rat mit 94 zu 53 Stimmen abgelehnt (vgl. crt/sda 2018a).

Schnegg kritisiert, dass der Entwurf in die Medien kam und dadurch veröffentlicht wurde. Die Medien, die darüber Berichteten, würden unseriös Arbeiten, da sie nicht die ganze verfügbare Information analysiert hätten. Schnegg sagt mit Basis des Entwurfs, dass die 100 Franken Integrationszulagen heute praktisch alle bekommen, was keinen Anreiz darstelle. Dies wolle er ändern. Künftig sollen Zulagen bis zu 300 Franken möglich sein. Der Einkommensfreibetrag solle ebenso stärker an den Integrationswillen der Menschen gebunden werden (vgl. ebd.).

28. März 2018 «Sozialhilfe soll definitiv gekürzt werden»

Der Grundbedarf von Sozialhilfebeziehenden im Kanton Bern wird definitiv gekürzt. Der Grosse Rat bestätigt seinen Beschluss vom Dezember mit 89 zu 54 Stimmen. Bei Erwachsenen unter 25 Jahren sind Abzüge bis zu 15 Prozent möglich und bei Erwachsenen ab 25 Jahren soll der Grundbedarf um 8 Prozent gekürzt werden. Mit diesen Kürzungen hält sich Bern nicht mehr an die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Dies sorgt schweizweit für Aufsehen (vgl. crt/sda 2018b).

29. März 2018 «Linke kippen obligatorisches Referendum zur Sozialhilfe»

An der Schlussabstimmung kommt aus, dass durch die Enthaltung der Linken das obligatorische Referendum zur Sozialhilfe nicht zustande kommt⁴⁰. Obwohl sich alle Parteien einig sind, dass die Revision vor das Berner Stimmvolk soll, sorgen die Linken und die Grünen dafür, dass sie wie geplant selber das Referendum ergreifen können. Die Grüne Andrea de Meuron sagt, dass sie durch das Unterschriften sammeln mit den Menschen ins Gespräch kommen wollen.

Die SKOS schreibt in einem Communiqué, dass sie diesen Entscheid bedauere. Durch das unterschreiten des sozialen Existenzminimums würden die Probleme verlagert werden, anstelle gelöst (vgl. zec/sda 2018).

Während der Schlussabstimmung ging es nochmals emotional her⁴¹. Die SP warf den Bürgerlichen vor, dass für sie alle Sozialhilfebeziehenden dumm, unfähig, faul und Schmarotzer der Gesellschaft sind. Die Leistungskürzungen würden vor allem zu Lasten der Kinder und älteren Menschen gehen, mahnten die Grünen. Die EVP sieht das neue Gesetz als eine Entsolidarisierung. Dieses gesendete Zeichen sei eines Sozialstaats unwürdig.

Die bürgerliche Mehrheit sah es anders. Mit dem Gesetz wird für die SVP die Grundlage geschaffen, um die explodierenden Kosten in der Sozialhilfe in den Griff zu bekommen. Zusätzlich würden Anreize geschaffen, damit es für Sozialhilfebeziehende lohne, wieder zu arbeiten. Die BDP, EDU und FDP sehen die Gesetze ebenso als angemessen und als einen Schritt in die richtige Richtung (vgl. ebd.).

Somit wurde in der Märzsession das Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe nach der zweiten Lesung im Grossen Rat angenommen (79 Ja, 63 Nein, 3 Enthaltungen) (vgl. ebd.).

1.15 Volksvorschlag April 2018

11. April 2018 «Das linke Gegenprojekt zum bürgerlichen Abbau bei Sozialhilfe»

SP, Grüne und Sozialverbände wollen eigene Ideen zur Revision vors Volk bringen. Diese Gruppen verzichten auf ein Referendum, um einen Volksvorschlag mit eigenen Ideen für die Praxis der Sozialhilfe zu lancieren (vgl. mob 2018).

⁴⁰ Resultat: 93 zu 1 Stimmen bei 50 Enthaltungen

⁴¹ Der politische Verlauf des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe ist unter folgendem Link ersichtlich: <https://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaeft.gid-689cb691f2cd4bc5b80f43c9c8e63e6b.html>

Das Komitee «Wirksame Sozialhilfe»⁴² zweifelt daran, dass durch Kürzungen die Sozialhilfebeziehenden rascher wieder Arbeit finden. Zuerst müssten die entsprechenden Arbeitsstellen geschaffen werden, sowie Weiterbildungen ermöglicht werden. Der Volksvorschlag fordert beispielsweise, dass der Kanton ein bedarfsgerechtes Angebot bereitstellt und dass über 55-jährige Arbeitslose anstelle Sozialhilfe Ergänzungsleistungen erhalten. Zuletzt fordert das Komitee Unterstützungsleistungen gemäss den schweizweit anerkannten Ansätzen der SKOS.

Durch die Massnahmen des Volksvorschlag, so ist die Meinung des Komitees, werden längerfristig weniger Menschen auf Sozialhilfe angewiesen, wodurch ebenso gespart werden kann. Zudem erhalten Menschen, die noch auf Sozialhilfe angewiesen sind, genügend Unterstützung, damit ein würdevolles Leben geführt werden kann (vgl. ebd.).

Am 18. April 2018 beginnt das Komitee mit einer Publikation im Amtsblatt die Unterschriftensammlung. 10'000 beglaubigte Unterschriften in der vorgegebenen Frist von drei Monaten sind zusammen⁴³ (vgl. ebd.).

Der Volksvorschlag⁴⁴ wird von den Kantonalparteien der SP, der Grünen und der EVP, AvenirSocial (Berufsverband der Sozialen Arbeit Schweiz), Kabba, (Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen), von Angestellte Bern, vom Gewerkschaftsbund des Kantons Bern und den Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn und weiteren Jungparteien und Sozialinstitutionen unterstützt, wie auch auf der Abbildung 1 ersichtlich ist (vgl. ebd.).

Der Bericht vom «Der Bund» basiert auf die erste von fünf Medienmitteilungen des Komitees «Wirksame Sozialhilfe».



Mitglieder des Komitees "Wirksame Sozialhilfe" Screenshot von ihrer Website

Relevante Schlagzeilen nebenbei

11. April 2018 «Sozialhilfe kommt erneut unter Druck»

Der Volksvorschlag erlaubt, die Kürzungen bei der Sozialhilfe rückgängig zu machen und die unbestrittenen Teile zu übernehmen (vgl. Alabor 2018).

⁴² <https://www.wirksame-sozialhilfe.ch>

⁴³ Fakultatives Gesetzesreferendum: Beginn 10.04.2018, Ablauf 18.07.2018, Abgabe der beglaubigten Unterschriften 17.08.18

⁴⁴ Der Gesetzestext ist im «Anhang 6» zu finden «Der Volksvorschlag (Gesetzestext)

Die Berner SP-Grossrätin Margrit Junker Burkhard teilt als Mitglied dieses Bündnisses die Analyse von Schnegg nicht, dass der Arbeitswille fehle. Den meisten fehle eher eine gute Ausbildung. Zudem sind von den Kürzungen vor allem auch Kinder betroffen, die ein Drittel in der Sozialhilfe ausmachen. Daher verlangt das Bündnis finanzielle Unterstützung, wenn sich Sozialhilfebeziehende weiterbilden wollen (vgl. ebd.).

Nach Aargau ist Baselland der nächste Kanton, welcher die SKOS-Richtlinien infrage stellen. Der SVP-Politiker Peter Riebli hat einen ähnlich lautenden Vorstoss, jedoch mit noch tieferen Ansätzen als die Kollegen im Aargau eingereicht. Grundsätzlich sollen alle nur das Existenzminimum erhalten. Nur für jene, die Integrationswillen zeigen, sollen den vollen Grundbedarf bekommen. Der basellandschaftliche Regierungsrat lehnt die Motion ab. Das Existenzminimum betrage 300 Franken pro Monat. Dadurch könne kein menschenwürdiges Leben garantiert werden, was die Sozialhilfe jedoch soll. Die Motion wird weiter in der Woche darauf behandelt.

Die Reaktionen in den Kantonen Aargau und Baselland zeigen jedoch, dass radikale Kürzungen nicht wirklich mehrheitsfähig sind. Andere Kantone stehen indes auf die Bremse. Das Parlament des Kantons Schwyz hat im Herbst 2017 beispielsweise eine Kürzung des Grundbedarfs um zehn Prozent abgelehnt (vgl. ebd.).

Ein Grund für die häufigen Vorstösse zur Sozialhilfe dürften die Kosten sein. 2003 waren die Ausgaben pro Einwohner laut Bundesamt für Statistik bei rund 170 Franken. Wohingen der Betrag 2016 mit 320 Franken fast doppelt soviel betrug. Die Gründe dafür seien nicht nur in der Sozialhilfe zu suchen, denn ein entscheidenden Teil tragen die höheren Wohnkosten oder die steigenden Krankenkassenprämien bei (vgl. ebd.).

12. April 2018 «Überlebenshilfe ist nicht verhandelbar»

Nach der Ruhe durch die Herabsetzung des nationalen Standards durch die Sozialhilfekonferenz und die Sozialdirektoren beginnen nun die Debatten wieder. Ein Sozialhilfewettbewerb kommt in Gang.

Blumer (2018c) schreibt im «Der Bund» unter dem Titel «Überlebenshilfe ist nicht verhandelbar», dass aus der Sozialhilfe ein Bonussystem für Leistungsbereite zu machen, das zentrale Prinzip untergrabe. Die Überlebenshilfe schreibt die Bundesverfassung vor. Sie bezieht sich dabei auch auf die Präambel der Verfassung, die sagt: Die Stärke des Volks bemisst sich am Wohl der Schwachen.

24. April «Bin Ladens Ex-Leibwächter kassiert Sozialhilfe

Der einstige Al-Qaida-Anhänger Sami A. lebt seit zwölf Jahren in Deutschland. Anstatt abgeschoben zu werden, erhält er staatliche Unterstützung.» (kaf 2018).

15. April 2018 «Sozialhilfebetrüger werden nicht ausgeschafft

Ausländer, die missbräuchlich Sozialhilfe beziehen, können des Landes verwiesen werden. Dazu ist es bisher aber noch nicht gekommen.» (oli 2018).

19. Juni 2018 «Junge und Migranten im Fadenkreuz»

Blumer (2018a) berichtet über eine Arbeitsgruppe von SVP-Hardliner, welche die Sozialhilfe reformieren will. Dazu gehören rund zwei Dutzend SVP-Politiker, wie etwa Pierre Alain Schnegg oder der Baselbieter Peter Riebli. Ziel der Gruppe ist es, den Gemeinden mehr Spielraum zu geben und die Sozialhilfeleistungen zu senken. Die Sozialhilfe soll sich nach geleisteten AHV-Abgaben und Steuern richten.

23. Juni 2018 «Weltfremde Kritiker der Sozialhilfe»

Feuz (2018a) berichtet über die «Instant-Kritiker». Da immer wieder angebliche Fälle von Sozialhilfemissbrauch aufgedeckt werden, nehmen Personen sofort die Sozialhilfe unter Beschuss. Beispielsweise wurde von «Blick» eine verstorbene Italienerin angeprangert, die mit ihrem Sozialhilfegeld angeblich ihre Kleider- und Kaufsucht finanzierte. Im Nachhinein wurde aufgezeigt, dass sie nicht zu viel Geld erhalten hat und dass es keinen Hinweis auf eventuell verstecktes Einkommen gibt. Restlos klären lässt sich scheinbar nicht jeder Verdacht. Dennoch, jede Meldung über Betrug schadet dem Vertrauen der Bevölkerung in die Sozialhilfe. Nützlich wäre dabei mehr Gelassenheit.

1.16 Ende Referendumsfrist Juni 2018

24. Juni 2018⁴⁵ «Im Kanton Bern wird über Sozialhilfe abgestimmt»

Der Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe kommt mit grösster Wahrscheinlichkeit vors Volk. Die Unterschriftensammlung läuft noch bis am 18. Juli. Sie haben jedoch schon 12'000 Unterschriften gesammelt, teilte die Organisatoren der Kampagne «Verkehrt» von AvenirSocial mit (vgl. nj 2018).

6 Juli 2018 «Gemeinden üben Kritik an Schneggs Sozialhilfe-Plänen»

Die Stadt Bern lehnt die Vorlage der revidierte Sozialhilfeverordnung ab. Der Gemeinderat der Stadt Bern kritisiert auch, dass die GEF laut der Verordnung künftig mehr Kompetenzen bekommen sollen.

⁴⁵ Empfehlenswert: Der Beobachter (heute «Beobachterin») veröffentlichte am 21. Juni 2018 ein Bericht über die Sozialhilfe unter dem Titel «Wer mehr investiert, spart Geld» <https://www.beobachter.ch/burger-verwaltung/sozialhilfe-wer-mehr-investiert-spart-geld>

Das Konsultationsverfahren der Verordnung läuft bis am 12. Juli. Das Sozialhilfegesetz wurde bereits von vom Regierungsrat und dem Parlament genehmigt. Die Vorlage wird mit einem Volksvorschlag von linken Parteien und Verbänden mit Fachleuten bekämpft (vgl. Christ 2018).

13. August 2018 «Volksvorschlag gegen Kürzungen in der Sozialhilfe eingereicht»

Der Volksvorschlag «für eine wirksame Sozialhilfe» wird mit rund 16'000 Unterschriften eingereicht. Nötig wären nur 10'000 gültige Unterschriften gewesen. Das Komitee⁴⁶ teilt mit, dass das deutliche mehr an gesammelten Unterschriften ein klares Zeichen der Unzufriedenheit in der Bevölkerung sein.

Durch das Einreichen wird voraussichtlich das Stimmvolk über die Alternative abstimmen. Das Ziel des Volksvorschlags ist es, Sozialhilfebeziehende weiterzubilden und wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren (vgl. kls/sda 2018a).

Relevante Schlagzeilen nebenbei

06. September 2018 «Berner Regierung warnt vor «massiv erhöhten Sozialkosten»»

Die Berner Regierung warnt vor massiv erhöhten Sozialkosten aufgrund der Initiative «für eine wirksame Sozialhilfe». Sie empfiehlt diese abzulehnen. Der Grosse Rat hatte den Grundbedarf im Sozialhilfegesetz um generell acht Prozent gesenkt. Der Volksvorschlag will unter anderem die Anpassung der Unterstützungsleistungen an die SKOS-Richtlinien. Die Regierung ist der Meinung, dass eine Annahme des Volksvorschlags zu noch höheren Kosten gegenüber dem noch aktuellen geltenden Sozialhilfegesetz führe, wodurch die finanzpolitische Lage des Kantons verkannt werde.

Der Regierungsrat bezieht sich auf das gleiche Argument: Die Sozialhilfebeziehenden sind mit dem heutigen System privilegiert. Denn diese werden in solch einem Umfang unterstützt, dass sie sich einen höheren Lebensstandard ermöglichen können, als Personen mit einem tiefen Erwerbseinkommen.

Dass die über 55-Jährigen statt Sozialhilfe Ergänzungsleistungen gemäss AHV/IV erhalten sollen, geht dem Regierungsrat ebenfalls zu weit. Eine mögliche Besserstellung der älteren Arbeitslosen müsste auf nationaler Ebene und ausserhalb der Sozialhilfe gelöst werden. Der Volksvorschlag würde dadurch der Wirtschaft ein falsches Signal senden, ältere Arbeitslose nicht mehr zu integrieren.

Zunächst muss der Volksvorschlag, anders als ein Referendum, vorgängig dem Grossen Rat unterbreitet werden (vgl. msc/sda 2018).

⁴⁶ 2. Medienmitteilung: Einreichung der Unterschriften <https://www.wirksame-sozialhilfe.ch/komitee/medienmitteilungen/>

21. September 2018 «Grossratskommission gegen Sozialhilfe-Volksvorschlag»

Auch die Gesundheits- und Sozialkommission des bernischen Grossen Rats spricht sich aufgrund der zu erwartenden massiven Mehrkosten gegen den Volksvorschlag aus. Eine Minderheit der Kommission bestreitet die Mehrkosten nicht, sieht diese jedoch als vertretbar. Sie stellt den Antrag, den Stimmberechtigten den Volksvorschlag zur Annahme zu empfehlen (vgl. kls/sda 2018b).

23. September 2018 «Stadtberner sprechen Millionen für Software in der Sozialhilfe»

Die Stadt Bern entwickeln zusammen mit Zürich und Basel eine neue Fallführungssoftware für den Sozialbereich namens Citysofnet. Diesem Vorhaben wurde an diesem Wochenende mit einer Mehrheit von 68.9 Prozent⁴⁷ zugestimmt. Durch diese Zustimmung ist ein Investitionskredit von 14,9 Millionen Franken und der Verpflichtungskredit von 4 Millionen Franken unter Dach.

Die gemeinsam mit den drei Kantonen entwickelte Software soll 2022 in Betrieb genommen werden. Sie soll beim Sozialamt, dem Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz sowie beim Kompetenzzentrum Integration zum Einsatz kommen (vgl. mck/sda 2018).

16. August 2018 «Stadt will teure Software selber entwickeln»

Dadurch, dass die drei Kantone dies selber entwickeln, ermöglicht es einen hohen Einfluss in der Entwicklung sowie den Verkauf von Lizenzen an weitere Nutzer. Die drei Städte streben dabei einen neuen gesamtschweizerischen Standard an, den auch andere Städte und Kantone nutzen können (vgl. Ott 2018).

20. Oktober 2018 «Wie gut soll es den Schwachen in der Schweiz gehen?»

Der Bund veröffentlicht zur Frage des Titels ein Interview mit zwei Gästen: SVP-Nationalrätin Barbara Steinemann und Felix Wolffers, Präsident der Sozialhilfekonferenz (vgl. Blumer 2018b).

9. November 2018 «Bundesbudget soll um 70 Millionen Franken gekürzt werden

Die Finanzkommission des Nationalrats will die Ausgaben begrenzen. Am meisten sparen will sie bei der Sozialhilfe für Asylsuchende.» (nag/sda 2018b)

15. November 2018 «Wie man die Armut am besten bekämpft

Die Sozialhilfe setze keine Anreize zur Arbeit, sagt eine neue Studie. Sie empfiehlt ein Mittel, das viel besser wirkt.» (Feusi 2018a)

⁴⁷ 21'209 dafür, 9587 dagegen. Stimmbeteiligung: 31,1 Prozent

16. November 2018 «O.k., sie ist draussen

Wie private Ermittler herauszufinden versuchen, ob eine Frau zu Recht Sozialhilfe bezieht. Unterwegs mit einem Detektiv.» (Hosp 2018)

16. November 2018 «Sozialhilfe erhöht langfristig die Armut

Eine US-Studie sieht in Steuergutschriften das wirksamste Instrument zur Bekämpfung von Armut. Diese setzten eher einen Anreiz, eine Stelle anzunehmen als Beiträge aus der Sozialhilfe.» (Feusi 2018b)

22. November 2018 «EU-Gericht kippt Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge

Nicht dauerhaft Asylberechtigte in Oberösterreich dürfen nicht geringere Sozialhilfeleistungen bekommen als österreichische Staatsangehörige.» (nag/sda 2018c)

1.17 Zahlenchaos November 2018

22. November 2018⁴⁸ «Schnegg hat das nicht nötig»

Feuz (2018b) berichtet über die Zahlen der vermuteten Mehrkosten. Die Mehrkosten betreffen laut Schnegg GEF jährlich 49 bis 178 Millionen Franken. Die GEF kann das Zustandekommen der Kostenschätzung jedoch nicht überzeugend erklären.

«Der Bund» betont, dass mit Zahlen zu jonglieren zum politischen Kampf gehört. Linke bis rechte Parteien wie auch Abstimmungskomitees tun dies. Die Regierung jedoch ist zu möglichst sachlicher Information verpflichtet.

22. November 2018 «Regierungsrat Schnegg lenkt im Zahlenstreit ein»

Der bernische Grosse Rat will mehr Transparenz bei den Kosten zur Sozialhilfe und lässt nun genauere Zahlen berechnen. Dabei einigen sich sämtliche Fraktionspräsidien auf einen Antrag, um die Kostenschätzung von einer unabhängigen Stelle überprüfen zu lassen. Pierre Alain Schnegg, der für die umstrittenen Schätzungen verantwortlich ist, unterstützt nun den Antrag auch, so Christl (2018).

Relevante Schlagzeilen nebenbei

4. Dezember 2018 Medienmitteilung GEF

Die GEF (2018) teilt mit, dass 2017 121 Personen weniger als im Vorjahr Sozialhilfe bezogen. Die Sozialhilfequote von 4.6 Prozent blieb dadurch unverändert. Dennoch stiegen die Kosten um zwei Prozent. Die in den letzten Jahren vorgenommene Anstrengungen der

⁴⁸ An selben Tag erschien die dritte Medienmitteilung des Komitees «für eine wirksame Sozialhilfe» Dabei wird gefordert, dass unabhängige Experten den Volksvorschlag beurteilen müssen.

GEF und der Sozialdienste haben zur Steigerung der Kosteneffizienz beigetragen. Um weitere Kostensteigerungen zu verhindern, seien weitere Anstrengungen erforderlich. Die per 2020 geplante Optimierung im Rahmen der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes ziele genau in diese Richtung und in die Verstärkung des Anreizsystems.

18. Dezember 2018 «Arbeitnehmer ab 50 schlittern vermehrt in die Sozialhilfe

Der Anteil der Sozialhilfebezüger zwischen 50 und 65 Jahren ist um ein Viertel angestiegen.» (fal/sda 2018)

3. Januar 2019 «Ein wachsendes Problem: Sozialhilfe ab 50

Immer mehr über 50-Jährige beziehen Sozialhilfe. Wer dagegen etwas tun will, muss beim Arbeitsmarkt beginnen.» (Zürcher 2019)

8. Januar 2019 «Sozialhilfe soll integrieren, nicht ausgrenzen

Der Grundbedarf ist heute schon knapp bemessen. Mit noch weniger Geld ist kein menschenwürdiges Leben mehr möglich.» (Brotschi 2019a)

8. Januar 2019 «Nur noch einen Fünfliber pro Tag fürs Essen?

Die SKOS warnt vor geplanten Kürzungen bei der Sozialhilfe – und hat berechnet, was es für einen minimalen Lebensstandard braucht.» (Wiget 2019)

8. Januar 2019 **Interview ««Sozialhilfe darf nicht bedingungslos sein»**

Wirtschaftsprofessor Christoph Schaltegger hält eine Kürzung des Grundbedarfs für nötig, um die Arbeitsintegration zu fördern.» (Brotschi 2019b)

8. Januar 2019 «Schnegg bezeichnet Bericht von Experten als «Polemik»»

Mit einer Expertise des Büro Bass⁴⁹, wehren sich SKOS-Fachleute mit Händen und Füßen gegen die Kürzungspläne. Diese Studie besagt, dass die Sozialhilfe nach den SKOS-Richtlinien bereits heute knapp bemessen ist. Es wird betont, dass eine Senkung des Grundbedarfs sich fachlich nicht begründen lässt. Nach SP-Grossrätin Margrit Junker Burkhard, welche im Referendumskomitee ist, findet, dass die Expertise bestätigt, dass man mit dem Volksvorschlag den richtigen Weg eingeschlagen hat. Dem Resultat der Abstimmung im Mai spricht sie höchste Bedeutung zu, da dies wegweisend für andere Kantone sein werde. Die Stadt Bern sieht dies ähnlich. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) von

⁴⁹ Schlussbericht des Büros für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG: «Berechnung und Beurteilung des Grundbedarfs in den SKOS- Richtlinien» https://www.buerobass.ch/fileadmin/Files/2019/SKOS_2019_Grundbedarf_Schlussbericht.pdf

Franziska Teuscher (GB) betont, dass die Kritik an den Sparplänen von Schnegg durch die Studie bestätigt wurden (vgl. Christl 2019n).

8. Januar 2019⁵⁰ «Zumindest ist die SKOS transparent

Was die Sozialhilfe alles finanzieren soll, darüber kann man streiten. Während die Berechnungen der SKOS transparent sind, wirken die Zahlen von Pierre Alain Schnegg (SVP) eher zufällig.» (Christl 2019o)

1.18 Berechnungen Februar 2019

1. Februar 2019⁵¹ «Experten korrigieren Schnegg»

Der Prüfbericht⁵² wurde zu den finanziellen Auswirkungen der Änderung des Sozialhilfegesetzes veröffentlicht. Nach der Medienmitteilung des Grossen Rats berichtet «Der Bund» darüber. Die Mehrkosten des Volksvorschlags sind nicht so hoch, wie der Regierungsrat annahm. Er schätze die Mehrkosten auf 49 bis 178 Millionen Franken jährlich. Wohingegen zweifelnde Sozialamtchefs aus drei Berner Städten bei ihrer eigenen Berechnung auf 6 und in einer überarbeiteten Fassung 9 Millionen Franken kamen. Die derzeitigen Kosten liegen bei 272 Millionen Franken pro Jahr. Nach den unabhängigen Experten zufolge sind Mehrkosten von 17 bis 28 Millionen pro Jahr zu erwarten (vgl. Walser 2019).

Relevante Schlagzeilen nebenbei

7. Februar 2019 «Hürden für Sozialhilfe werden niedriger

Bei einer Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie würden deutlich mehr EU-Bürger in der Schweiz Sozialhilfe erhalten.» (De Carli 2019)

14. Februar 2019 «Schnegg soll für alle Belange der Asyl- und Sozialhilfe zuständig sein Bisher war im Kanton sowohl die Gesundheits- und Fürsorge, sowie die Polizei- und Militärdirektion für Flüchtlingsfragen zuständig – das soll sich nun ändern.» (cse/sda 2019)

1.19 Abstimmungskampf März 2019

⁵⁰ Empfehlenswert: Am 10. Januar 2019 veröffentlicht SRF eine Dokumentation mit dem Titel «Sozialhilfe unter Druck – Wie viel darf man haben?» <https://www.srf.ch/play/tv/dok/video/sozialhilfe-unter-druck---wie-viel-darf-man-haben?id=8b023894-ccfe-436b-9f27-a28e3fb8c6ef>

⁵¹ An diesem Tag wurde die vierte Medienmitteilung des Komitees «für eine wirksame Sozialhilfe» gemacht. Darin schreiben sie, dass unabhängige Experten bestätigen, dass die Zahlen des Regierungsrats nicht verwendet werden können.

⁵² Schlussbericht des «B,S,S. Volkswirtschaftliche Beratung»: «Finanzielle Auswirkung der SHG-Teilrevision und des Volksvorschlags „Für eine wirksame Sozialhilfe“»: https://www.bss-basel.ch/images/stories/bss-basel/downloads/BSS.-Studie_Pruefauftrag_SHG_Teilrevision.pdf

19. März 2019 «Flashmob auf dem Bahnhofplatz: Debatte um Sozialhilfe ist eröffnet»

Mit einem Blitz-Theater auf dem Berner Bahnhofplatz begann das Komitee «für eine wirk-same Sozialhilfe» den Abstimmungskampf. Die Gruppe «Verkehrt» ist Teil des Nein-Komi-tees. Ziel ist ein Nein zur Revision des Sozialhilfegesetzes und ein Ja zum Volksvorschlag. Anna Bouwmeester von «Verkehrt» betont, dass durch diese Aktion auf die Absurdität der angestrebten Revision aufmerksam gemacht wird. Unter den Aktionisten war auch das Grossratsmitglied Haşim Sancar (Grüne). Nach fünf Minuten⁵³ war der Flashmob vorbei und der Platz geräumt (vgl. mrm 2019).

23. März 2019 «Wen die Kürzungen treffen würden

Der Regierungsrat will die Sozialhilfe kürzen, die Gegner legen einen Volksvorschlag vor. Der «Bund» hat ausgerechnet, was die Vorschläge für die betroffenen Gruppen bedeuten würde.» (vgl. Christl 2019b)

27. März 2019 «Broschüre soll Sozialhilfe «gut erklären»»

Die Berner Konferenz für Sozialhilfe (BKSE) hat aufgrund der mangelnden Bücher und Bro-schüren, eine neue Publikation⁵⁴ zur Sozialhilfe veröffentlicht. Diese Broschüre soll Interes-sierten aufzeigen, wie die Sozialhilfe im Kanton Bern funktioniert (vgl. zec/sda 2019).

29. März 2019 ««Sozialhilfe ist kein bedingungsloses Grundeinkommen»»

Der Berner Regierungsrat Pierre-Alain Schnegg hat am Freitag den Abstimmungskampf mit einer Medienmitteilung vor rund einem Dutzend Medienschaffenden zur Revision des Sozialhilfegesetzes eröffnet. Er betont vor den Medien, dass die Sozialhilfe kein bedin-gungsloses Grundeinkommen ist. Dabei erwähnt er die vom ehemaligen Könizer Gemein-depräsidenten und SVP-Grossrat Ueli Studer 2012 eingereichte Motion. Diese forderte eine Kürzung des Grundbedarfs. Studer hat damals bemerkt, dass junge Leute keinen Anreiz hätten, sich um Arbeit zu bemühen und sich mit der Sozialhilfe ein komfortables Leben einrichten können. Genau gegen diese Fehlanreize will der Grosse Rat und die Berner Re-gierung vorgehen. Arbeiten soll wirtschaftlich attraktiver sein als Sozialhilfe zu beziehen und die Sozialhilfebeziehenden sollen stärker motiviert und unterstützt werden, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren (vgl. nj/sda 2019).

Während dieser Mitteilung sagt Schnegg, dass die Gelder für den Grundbedarf (Essen, Kleider, öffentlicher Verkehr) rund einen Drittel der Sozialhilfegelder ausmache. Viel mehr

⁵³ Die daraus entstandene Videoaufnahme, wie Frau Bouwmeester zum Flashmob-Publikum spricht dauert lediglich vier Minuten.

⁵⁴ «Sozialhilfe – kurz und gut erklärt»: http://www.bernerkonferenz.ch/fileadmin/user_upload/doku-mente/Positionen/aktuelle Informationen/BKSE Broschuere dt web neu.pdf

wird beispielsweise für Wohnungsmieten, Krankenkassenkosten und «situationsbedingte Leistungen» wie etwa Kinderbetreuung benötigt (vgl. ebd.).

In dieser Medienmitteilung der Regierung wurden die Argumente der Gegner und die Ziele des Volksvorschlags ebenso erwähnt (vgl. ebd.).

3. April 2019 «Streit um Infoanlass der Stadt Bern»

Die Stadt organisiert eine Filmaufführung mit anschliessender Diskussion über die Sozialhilfe-Kürzungen. Die SVP spricht von «Behördenpropaganda».

Zur Frage «Wie viel Sozialhilfe ist zu wenig?» organisiert die Direktion für Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bern eine öffentliche Filmaufführung mit einer anschliessenden Diskussion. Dieser Anlass führt zur Diskussion, da anhand des Programms nicht geplant sei, Gegner wie Befürworter der Vorlage ausgewogen zu Wort kommen zu lassen. Als offizielle Redner sind Befürworter der Revision nicht vorgesehen. Dafür gibt es zwei Kurzreferate von der Gemeinderätin Franziska Teuscher (Grüne) und dem Leiter des Stadtberner Sozialamtes, Felix Wolffers. Das wirft die Frage auf, wie weit es zulässig ist, dass sich Behörden aktiv an einem Abstimmungskampf beteiligen (vgl. Marti 2019b).

«Der Bund» veröffentlicht ein Webspecial⁵⁵ unter dem Titel «Es reicht schon heute nicht. Punkt.». Dabei werden Berichte über das Leben von Sozialhilfebeziehende gezeigt. Dadurch wird aufgezeigt, wer die Menschen hinter den Zahlen sind (vgl. Der Bund 2019a).

4. April 2019 Stadtgespräch

In der Sparte «Stadtgespräch»⁵⁶«des Bundes», wird über die Frage «Wie viel Sozialhilfe solls denn sein?» diskutiert. Dabei entstanden 61 Beiträge. Darunter hat beispielsweise Felix Wolffers einen Beitrag verfasst.

“Der Bund” hat unter dem Titel «Das Ringen um die Sozialhilfe» eine Webseite⁵⁷ aufgeschaltet mit einigen geschriebenen und den darauffolgenden Artikeln über die Debatte (vgl. Der Bund 2019b).

9. April 2019 «Kürzungs-Gegner besetzen den digitalen Raum»

Die Gegner der geplanten Sozialhilfe-Revision dominieren den digitalen Raum.

⁵⁵ <https://webspecial.derbund.ch/longform/sozialhilfe/inhalt-sozialhilfe/>

⁵⁶ <https://stadtgespraech.derbund.ch/2019/04/04/wie-viel-sozialhilfe-solls-denn-sein/>

⁵⁷ <https://interaktiv.derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/>

Dieser Eindruck entsteht zumindest bei den Beiträgen im «Bund»-Onlineportal «Stadtgespräch». Auch in Kommentarspalten und Leserbriefen dominieren die Gegner der Kürzungen, sowie unter dem gesponserten Facebook-Beitrag der Kürzungs-Befürworter überwiegen die Kommentare der Gegner.

Der Politikberater Mark Balsiger meint, dass dies jedoch kein Gradmesser für die Abstimmung sei. Er spricht sich dafür aus, dass dies ein Effekt einer orchestrierten Kampagne der Gegner sei und nicht die Stimmung der Bevölkerung abgibt (vgl. Christl 2019p).

Der Sekretär der bernischen FDP Stefan Nobs, welche die Kampagne der Befürworter organisiert erklärt sich dies mit dem Studium der Kampagnen. Das Pro-Komitee hat die Arbeit erst aufgenommen, wohingegen die Gegner schon seit längerem präsent sind (vgl. ebd.).

Margrit Junker, SP-Grossrätin und Vorsitzende des Komitees für den Volksvorschlag, und Bouwmeester betonen beide, ihre Unterstützenden nicht aktiv aufgefordert zu haben, sich an Online-Diskussionen zu beteiligen (vgl. ebd.).

Für die Befürworter ist die Online-Überpräsenz der Gegner trotz bescheidener Aussagekraft problematisch. Diese Präsenz wirkt mobilisierend und motivierend auf die Gegner und senkt zugleich die Lust der Befürwortenden, sich daran zu beteiligen. Dieser Effekt sei als «Schweigespирale» bekannt (vgl. ebd.).

10. April 2019 Interview ««Sparen ist nicht das erste Ziel»

Die geplanten Kürzungen könnten Sozialhilfebezügler problemlos verkraften, sagt Sozialdirektor Pierre Alain Schnegg (SVP). Und er erklärt, wieso er keinen Negativ-Wettbewerb befürchtet.» (Christl 2019q)

15. April 2019 Interview ««Das erzeugt nur Aggression und Wut»

Die Senkung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe hätte eine «Armenjagd» zur Folge, sagt die Berner SP-Grossrätin Margrit Junker Burkhard. Menschen in der Sozialhilfe bräuchten Förderung statt Druck.» (Christl/Ott 2019)

20. April 2019 «Eingliederung: Ob es mehr Geld gibt, ist ungewiss

Die geplante Kürzung in der Sozialhilfe soll Geld für die Arbeitsmarktintegration freispielen. Doch plötzlich ist unklar, ob das Versprechen realisierbar ist.» (Christl 2019d)

25. April 2019 Interview ««Der hohe Grundbedarf hält Leute vom Arbeitsmarkt fern»

Eine Kürzung der Sozialhilfe würde es Firmen ermöglichen, Jobs im Tieflohnsegment zu schaffen, sagt der Politökonom Christoph Schaltegger im Interview.» (Christl 2019e)

25. April 2019 «Manchmal zahlt der Sozialdienst besser als die Firma»

Auf Anfrage «des Bundes» konstruierte die GEF ein Beispiel. Dieses illustriert, was Fachleute «Schwelleneffekt» bezeichnen. Das Rechenbeispiel der GEF ist jedoch umstritten. Thomas Michel, Co-Leiter der Berner Konferenz für Sozialhilfe, bestreitet beispielweise nicht, dass es solche Fälle gebe. Jedoch liessen sich Schwelleneffekte erst ab einem Haushalt von vier Personen nachweisen, was lediglich 5 Prozent der Sozialhilfefälle ausmachen. Es ist jedoch unwahrscheinlich, durch Kürzungen des Grundbedarfs Schwelleneffekte zu beheben (vgl. Christl 2019a).

Die SKOS hat eine Studie⁵⁸ dem «Schwelleneffekt» gewidmet. Darin wird erklärt, dass bei der Anspruchsberechnung auf Sozialhilfe, gewisse Ausgaben nicht berücksichtigt werden. Beispielsweise Steuern oder Leistungen wie Zahnarztkosten, welche nicht vorhersehbar sind, werden den Sozialhilfebeziehenden erstattet. Einkommensfreibetrag und Integrationszulagen, also Anreizleistungen, können den «Schwelleneffekt» vergrössern (vgl. ebd.).

25. April 2019 «Umstrittener Polit-Einsatz von Berns Kirchen

Die drei Landeskirchen und die jüdischen Gemeinden Bern und Biel sprechen sich gemeinsam gegen die Revision der Sozialhilfe aus. Das Engagement stösst bei Befürwortern auf Kritik.» (Fend 2019)

3. Mai 2019 «Schneggs Gegner drohen mit Bundesgericht»

Die Gegner von Schnegg drohen mit dem Bundesgericht. Die beiden Seiten streiten sich, ob die vorgesehenen Kürzungen überhaupt mit der Bundesverfassung und den darin enthaltenen Grundrechten vereinbar sind. Pascal Coullery, Dozent an der Berner Fachhochschule für Soziale Arbeit, sieht diese Kürzung als bundesverfassungswidrig. Zu diesem Schluss kommt er in einem Rechtsgutachten verfasst für die SKOS. Er betont, dass bereits heute der Grundbedarf an der unteren Grenze liegt, was verfassungsrechtlich als Existenzminimum geschützt ist (vgl. Marti 2019c).

Die GEF von Regierungsrat Schnegg will keine Stellung dazu beziehen. GEF-Sprecher Gundekar Giebel sagt, dass im Vortrag des Regierungsrates an den Grossen Rat zur Revision an verschiedenen Stellen auf die «verfassungsmässig garantierte Hilfe» hingewiesen hat (vgl. ebd.).

⁵⁸ Forschungsbericht «Schwelleneffekte und negative Erwerbsanreize» https://skos.ch/fileadmin/user_upload/skos_main/public/pdf/grundlagen_und_positionen/grundlagen_und_studien/2012_Heche_Bericht_d_01.pdf

Stéphane Beuchat, Co-Geschäftsleiter von AvenirSocial, dem Berufsverband der Sozialen Arbeit in der Schweiz ist damit nicht zufrieden. Für die Gegner sind die Kürzungen mit den in der Bundesverfassung garantierten Grundrechten nicht vereinbar. Zum jetzigen Zeitpunkt kann jedoch nicht gesagt werden, ob im Falle eines Ja zur Kürzung der Verband Beschwerde beim Bundesgericht einreichen wird (vgl. ebd.).

Kurt Pärli, Professor für soziales Privatrecht an der Universität Basel sieht sowie andere Fachexperten den Erfolg einer Beschwerde eher als gering. Das Bundesgericht führe, was die Sozialhilfe betrifft, eine restriktive Linie.

Jörg Paul Müller, emeritierter Professor für Staatsrecht an der Universität Bern, ist der Meinung, dass das Gericht die Rechtsprechung dem aktuellen Forschungsstand anpassen soll. Dadurch kritisiert er die bisherige Praxis des Bundesgerichts. Kulturelle und soziale Teilhabe gehören auch zu den verfassungsrechtlichen Minimalforderungen (vgl. ebd.).

4. Mai 2019 «Von dieser Kürzung sollten wir absehen»

Fabian Christl (2019c) schreibt in einem Beitrag, dass Digitalisierung, Globalisierung und flexibler Arbeitsmarkt zu Wohlstand, jedoch zu keiner Vollbeschäftigung führt. Er betont, dass das Grundproblem tiefer liege, da es schlicht nicht genügend Stellen für alle Arbeitswilligen in der Schweiz gibt.

Ebenso überzeugt die Alternative seiner Ansicht nach nicht. Der Unterschied zwischen älteren Arbeitslosen und anderen, ebenfalls auf finanzielle Hilfe angewiesenen, wäre aus Gründen der Gerechtigkeit falsch.

5. Mai 2019 «Der Mann hinter einer der umstrittensten Ideen seit Jahren

Pierre Alain Schnegg (SVP) will den Schweizer Sozialhilfe-Deal sprengen. Seine Idee für Bern hat Sprengkraft für das ganze Land.» (Loser 2019)

6. Mai 2019 Interview ««Kein einziger Sozialhilfeempfänger wird dadurch eine Stelle finden»

Thomas Michel, Co-Präsident der Berner Konferenz für Sozialhilfe, befürchtet durch die Revision des Sozialhilfegesetzes mehr administrativen Aufwand.» (Christl 2019l)

7. Mai 2019 «Zwischen Mitgefühl und Kostendruck

Rainer Schmid, Leiter des Sozialdienstes Region Wattenwil, steht häufig zwischen den Fronten. Da die Wünsche der Klienten, dort der Mahnfinger des Kantons.» (Christl 2019m)

7. Mai 2019 «Als Gotthelf über die «unverschämten» Armen wetterte

Ein Überblick über die Entwicklung der Fürsorge und Sozialhilfe im 19. und 20. Jahrhundert.» (Wälti 2019)

9. Mai 2019 «Bürgerliche Zweifel an gekürzter Sozialhilfe»

Bürgerliche wie auch Personen aus der SVP zweifeln an den Sparplänen von Schnegg. Auch auf dem Land kommt die Vorlage nicht überall gut an.

Die Idee des Volksvorschlags, dass die über 55-Jährigen finanziell besser darstellen will, ist offenbar in einem Teil der SVP-Basis dem Land angekommen (vgl. Marti 2019a).

13. Mai 2019 «Mit der Bibel in den Kampf um die Sozialhilfe»

Einzelne Freikirchen sind für die Kürzungen und die Landeskirche lehnt diese ab. Es stellt sich die Frage, warum Christen, welche sich auf die gleiche Bibel stützen, unterschiedliche Schlüsse ziehen.

Grossrat Jakob Schwarz, Mitglied der Gemeinde für Christus nennt drei Bereiche, die er aus der Bibel für die Sozialhilfedebatte als relevant erachtet.

Der erste Bereich ist «Barmherzigkeit und Nächstenliebe». Dieser hat für Jakob Schwarz einen hohen Stellenwert. Dass Menschen in Notsituationen Unterstützung benötigen, sei klar. Dabei verweist er auch auf das Gleichnis des barmherzigen Samariters. Dieser Bereich sei unbestritten.

Die beiden weiteren Bereiche seien jedoch auch zu beachten und zu gewichten. «Arbeit und Eigenverantwortung» Man findet in der Bibel zahlreiche Stellen, wo Menschen zum Arbeiten angehalten werden. Der Mensch ist für sein Handeln und Tun in erster Linie selber verantwortlich. Sie oder er muss die Konsequenzen auch selber tragen.

Gerecht zu sein und Ungerechtigkeit zu bekämpfen, das fordert die Bibel ebenso auf. Dieser dritte Bereich spricht dafür, dass wenn jemand mit Sozialhilfe besser dastehe als andere, die arbeiten, dies ungerecht sei (vgl. Barben 2019).

16. Mai 2019 «Liberal, aber gegen Kürzungen bei der Sozialhilfe

Auch unter Führung des liberalen Nationalrats Christoph Eymann bekämpft die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) Kürzungs-Ideen. Für sie geht es auch um Selbsterhalt.» (Christl 2019f)

16. Mai 2019 «Ein bisschen Angst vor Sozialtourismus

Wenn Bern die Sozialhilfe kürzt, werden die Bedürftigen nicht in Scharen in grosszügigere Kantone abwandern. Trotzdem könnte ein Berner Ja anderswo einen Nachahmer-Effekt auslösen.» (Christl 2019g)

1.20 Abstimmungstag Mai 2019

19. Mai 2019 «Das Thema lässt sich noch nicht abhaken»

Die Kürzung wird gegen den Willen der Regierung und der geeinten bürgerlichen Parteien von BDP bis SVP von den bernischen Stimmberechtigten mit 52.6 Prozent abgelehnt⁵⁹ (vgl. Christl 2019h).

Den Befürwortenden gelang es scheinbar nicht, den Handlungsdruck der Bevölkerung klar zu machen. Die Begründung dazu sei, dass die Lösung «wer arbeiten will, findet eine Stelle» längst nicht mehr gilt. Dies zeigen die Zahlen und scheint auch beim Volk angekommen zu sein. Wenn die Stellen fehlen, hilft Druck nicht weiter.

Die Strategie, durch einen Volksvorschlag das Gesetz zu bekämpfen, ist aufgegangen. Der Volksvorschlag scheiterte, jedoch konnte durch die populistischen Forderungen nach einer Besserstellung der älteren Arbeitslosen der Fokus geändert werden, wo auch die Bürgerlichen Verständnis aufbringen können (vgl. ebd.).

Der Schwelleneffekt bleibt bestehen. Um jedoch das Vertrauen in die Sozialhilfe aufrecht zu erhalten, ist es zwingend, Missbräuche zu bekämpfen. Auch wer Kürzungen zukünftig verhindern will, sollte die Kostenentwicklung nicht aus den Augen verlieren (vgl. ebd.).

19. Mai 2019 «Das war der Abstimmungstag im Kanton Bern»

In der Stadt Bern wurde die Vorlage mit 72.5 Prozent abgelehnt, was das Abstimmungsergebnis zu einer Ablehnung kippte. Klammert man diese aus, wäre die Vorlage mit 50.5 Prozenten angenommen worden. Die ländlichen Regionen schienen der Vorlage eher zuzustimmen, wie das Beispiel Diemtigen im Berner Oberland mit 79,5 Prozent zeigt (vgl. Der Bund 2019c).

Die Bürgerlichen denken bereits an weitere Vorstösse. Grundlegende Kürzungen der Sozialhilfe seien aufgrund des Resultats jedoch vorläufig vom Tisch. SVP-Grossrat Martin Schlup stellt sich beispielsweise eine Anpassung des sozialen Lastenausgleichs vor (vgl. ebd.).

Die Linken hingegen fordern mehr Investitionen. Beispielsweise wurde bezüglich mehr Unterstützung für Alleinerziehende bereits eine Motion eingereicht, wie dies Grossrätin Nathalie Imboden (Grüne) sagt. Zusätzlich müsse auch bei der Arbeitsintegration mehr investiert werden (vgl. ebd.).

⁵⁹ Vorlage GR: 47.4% Ja/ 52.6% Nein
Volksvorschlag: 44.0% Ja/ 56.0% Nein
Stichfrage: Vorlage GR 49.4%/ Volksvorschlag 50.6%

19. Mai 2019 Interview «Wir müssen mit erheblichen Mehrkosten rechnen»

Im Interview sagt Regierungsrat Pierre Alain Schnegg, dass emotionale Argumente der Gegner Anklang gefunden haben. Schnegg hatte den Eindruck, dass die meisten Medien den Argumenten der Gegner mehr Gewicht gegeben haben.

Gegen die Ablehnung der Kürzung wurde mit der Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingsbereichs bereits Vorarbeit geleistet. Dieses System soll möglichst rasch umgesetzt werden. Zudem muss die Sozialhilfe effizienter werden. Dies kann beispielsweise mit einer Vereinheitlichung der Fallführungssysteme und dem Einführen von Sozialrevisoren geschehen.

Auf die Frage hin, wo die fünf Millionen Franken nun gespart werden sollen, da die Kürzungen abgelehnt wurden, meint Schnegg, dass dies im Regierungsrat analysiert werde (vgl. Ott/Fend 2019).

19. Mai 2019 «Die SVP will sich nicht geschlagen geben»

Alle Kantone beachten somit die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. Wenige kennen leicht höhere Beiträge und einzelne Kantone unterschreiten die Richtlinien bei einzelnen Bezügergruppen (vgl. Christl 2019i).

Beendet ist die Debatte schweizweit jedoch nicht. Die Regierung im Kanton Baselland muss eine Gesetzesvorlage ausarbeiten, die eine Senkung des Grundbedarfs von 30 Prozent beinhaltet.

Ein entsprechender Vorstoss ist in Zürich noch hängig.

Das Parlament im Kanton Aargau verlangt einen Bericht, wie sich eine weitreichende Kürzung realisieren würde (vgl. ebd.).

Diese Vorstösse wurden alle von SVP-Politikern formuliert. Die Partei hat nicht vor, dieses Thema ruhen zu lassen.

Die SKOS möchte trotz Nein zum Volksvorschlag in Bern an der Besserstellung von älteren Arbeitslosen festhalten (vgl. ebd.).

1.21 Danach Mai 2019

21. Mai 2019 Interview ««Das traditionelle Milieu ging verloren»»

Die Kürzungen der Vorlage wären grundsätzlich weit gegangen, meint der Politologe Adrian

Vatter. Gleichzeitig ging der Volksvorschlag in die entgegengesetzte Richtung. Die Abstimmung zeigt, dass die Stimmbürgerschaft den Status quo bevorzugten. Dadurch haben sie sich auf das Nicht-Unterschreiten der nationalen SKOS-Richtlinien ausgesprochen.

Adrian Vatter glaubt, dass die Signalwirkung der Ablehnung relativ gross ist. Daher werden wahrscheinlich die Vorstösse gegen Kürzungen in anderen Kantonen einen Dämpfer erleben.

Aufgrund dessen, dass die Bürgerlichen im Grossen Rat während den letzten Jahren immer wieder Abstimmungen verloren haben, scheinen sie den Puls des Volkes nicht mehr immer richtig zu spüren (vgl. Reinhardt 2019).

21. Mai 2019 «Ideen für die Sozialhilfe: Das wollen die Akteure»

Die Bürgerlichen möchten nun beim Vollzug ansetzen, was die GEF bereits aufgegriffen hat. Es wurde ein Pilotprojekt lanciert, wobei einzelne Sozialdienste und deren Kontrollorgane unter die Lupe genommen werden. Die Linken wollen an geplanten Investitionen für Eingliederungsmassnahmen festhalten. Die Berner Konferenz für Sozialhilfe (BKSE), sieht bei der Arbeitsintegration Optimierungspotenzial.

Alle Massnahmen richten sich auf die Kostenentwicklung.

Das Problem des Schwelleneffekts wird nicht mehr adressiert. Eine Empfehlung der SKOS könnte nun Aktualität gewinnen, da keine Kürzung erreicht wurde. Die SKOS schlägt als Mittel gegen diesen Effekt Ergänzungsleistungen vor. Linke Politikerinnen und Politiker haben diese Anliegen bereits aufgenommen und mit einem entsprechenden Vorstoss beim Kantonsparlament eingereicht. Dieser ist für die Juni-Session im Grossen Rat traktandiert (vgl. Christl 2019j).

22. Mai 2019 «Sie lehrte Schnegg das Fürchten»

Anna Bouwmeester hat mit «Verkehrt» entscheidend zum Ausgang der Abstimmung beigetragen. Sie war das Gesicht des Komitees. Es besteht vor allem aus Sozialarbeitende und Armutsbetroffene. Bouwmeester stand den Medien Rede und Antwort, während eines Flashmobs gab sie die zynische Kapitalistin und organisierte Flyeraktionen.

Diese Aktionen hatten zum Ziel, die Linke und jungen Menschen in der Stadt und Agglomeration Bern zu mobilisieren. Die Kürzungen scheiterten nicht zuletzt, weil die Stimmbeteiligung in der Agglomeration Bern höher war als in der Peripherie (vgl. Christl 2019k).

Es ist eine zivilgesellschaftliche Gruppe, die scheinbar aus dem Nichts auftauchte und einen wichtigen Abstimmungskampf prägte, so Fabian Christl (ebd.) in einem Bericht über Anna Bouwmeester.

Im Bericht wird betont, dass Kürzungsbefürworter oft strukturelle Bedingungen wie familiäres Umfeld, finanzielle Ressourcen und soziales Umfeld der Betroffenen ausklammern.

Bouwmeester befürchtet, dass die Angriffe nicht nachlassen werden. Ihr langfristiges Ziel ist es, eine nationale Bewegung zu werden und eine Lobby für Armutsbetroffene aufzubauen.

Sie betont auch, dass sie die Zusammenarbeit mit den Parteien geschätzt hat. Jedoch empfand sie es störend, dass bei den Politikerinnen und Politikern die strategische Frage eine grosse Rolle spielte (vgl. Christl 2019).

24. Mai 2019 «Jetzt verteidigt ein Bürgerlicher die Sozialhilfe»

Nun steht dem Verein SKOS ein bürgerlicher Politiker vor. Das Vorgänger-Duo war Felix Wolffers und Therese Frösch. Christoph Eymann (LDP) und Elisabeth Baume-Schneider (SP) präsidieren die Sozialhilfekonferenz. Eymann habe die SKOS schon nimmer für einen genialen Zwischenbau gehalten zwischen Praxis und Politik. Bei der SKOS gäbe es so viel Know-how, das genutzt werden muss, da Politikerinnen und Politiker im Vergleich aus seiner Sicht keine Ahnung von der Sozialhilfe haben. Nach Eymann wird der Fokus, wie zuvor, auf die Verteidigung der Sozialhilfe liegen (vgl. Blumer 2019).

3 Literaturverzeichnis

- agr/sda (2014). Perrenoud soll Entscheidungsmacht abgeben. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/perrenoud-soll-entscheidungsmacht-abgeben/story/31738486> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Alabor, Camilla (2018). Sozialhilfe kommt erneut unter Druck. In: Der Bund. URL: [Sozialhilfe kommt erneut unter Druck](#) [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- AvenirSocial (2014). Medienmitteilung. Einreichung der Petition für ein soziales Existenzminimum. URL: https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2018/12/140610_MM_Einreichung_Petition_fuer_ein_soziales_Existenzminimum..pdf [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- awb/SDA (2016). Sozialhilfequote gesunken - Kosten gestiegen. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/sozialhilfequote-gesunken-kosten-gestiegen/story/10045472> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Bachmann, Anita (2017). SP droht mit Referendum gegen kantonale Sozialpolitik. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/sp-droht-mit-referendum-gegen-kantonale-sozialpolitik/story/22398887> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Bachmann, Anita (2018a). Grünliberale verteidigen Schneggs Pläne. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/gruenliberale-verteidigen-schneggs-plaene/story/31332668> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- Bachmann, Anita (2018b). Kommt das Sozialhilfegesetz ohnehin vors Volk? In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/kommt-das-sozialhilfegesetz-ohnehin-vors-volk/story/23849878> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- Bachmann, Anita/Weingartner, Basil (2017). Umsetzung ist «eher schwierig». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/umsetzung-ist-eher-schwierig/story/24782820> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Barben, Dölf (2017). Schneggs Vorschläge stellen Mitteparteien auf eine harte Probe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/schneggs-vorschlaege-stellen-mitteparteien-auf-eine-harte-probe/story/26450069> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Barben, Dölf (2019). Mit der Bibel in den Kampf um die Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/mit-der-bibel-in-den-kampf-um-die-sozialhilfe/story/27708590> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- BKSE (2017). Medienkonferenz BKSE. URL: http://www.bernerkonferenz.ch/unsere-positionen/?tx_news_pi1%5B%40widget_0%5D%5Bcurrent-Page%5D=2&cHash=8c288d772cf9924ce1a461d657e3670d [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].

- Blum, Gianna (2017). «Ich kritisiere nicht Schnegg persönlich». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/stadt/ich-kritisiere-nicht-schnegg-persoendlich/story/18385138> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Blumer, Claudia (2015). Sozialhilfe soll um 100 Franken erhöht werden. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/sozialhilfe-soll-um-100-franken-erhoeht-werden/story/31463441> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Blumer, Claudia (2018a). Junge und Migranten im Fadenkreuz. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/junge-und-migranten-im-fadenkreuz/story/22246839> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- Blumer, Claudia (2018b). Wie gut soll es den Schwachen in der Schweiz gehen? In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/wie-gut-soll-es-den-schwachen-in-der-schweiz-gehen/story/12114192> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Blumer, Claudia (2018c). Überlebenshilfe ist nicht verhandelbar. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/ueberlebenshilfe-ist-nicht-verhandelbar/story/24316603> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- Blumer, Claudia (2019). Jetzt verteidigt ein Bürgerlicher die Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/jetzt-verteidigt-ein-buergerlicher-die-sozialhilfe/story/10668439> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Brotschi, Markus (2013). SVP greift Sozialhilfe-Richtlinien an. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/svp-greift-sozialhilfe-richtlinien-an/story/23654219> [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].
- Brotschi, Markus (2014). Sozialhilfe darf nicht Armenhilfe werden. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/sozialhilfe-darf-nicht-armenhilfe-werden/story/28581930> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Brotschi, Markus (2015). Und sie bewegen sich doch. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/und-sie-bewegen-sich-doch/story/19227779> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Brotschi, Markus (2019a). Sozialhilfe soll integrieren, nicht ausgrenzen. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/sozialhilfe-soll-integrieren-nicht-ausgrenzen/story/14772032> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Brotschi, Markus (2019b). «Sozialhilfe darf nicht bedingungslos sein». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/sozialhilfe-darf-nicht-bedingungslos-sein/story/18826997> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- bru/sda (2014). Skos bleibt dabei: Auch schwierige Menschen haben Anspruch auf Hilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/skos-bleibt-dabei-auch-schwierige-menschen-haben-anspruch-auf-hilfe/story/29604410> [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].

- Burri, Anja (2013). «Vorstösse gehören zu Kampagne». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/vorstoesse-gehoren-zu-kampagne/story/15496332> [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].
- bwg/sda (2013). Zahl der Sozialhilfe-Bezüger im Kanton Bern leicht rückläufig. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/zahl-der-sozialhilfe-bezueger-im-kanton-bern-leicht-ruecklaeufig/story/14594975> [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].
- Christ, Fabian (2018). Gemeinden üben Kritik an Schneggs Sozialhilfe-Plänen. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/gemeinden-ueben-kritik-an-schneggs-sozialhilfe-plaenen/story/21418599> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2018). Regierungsrat Schnegg lenkt im Zahlenstreit ein. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/regierungsrat-schnegg-lenkt-im-zahlenstreit-ein/story/23513273> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019a). Manchmal zahlt der Sozialdienst besser als die Firma. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/manchmal-zahlt-der-sozialdienst-besser-als-die-firma/story/31523534> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019b). Wen die Kürzungen treffen würden. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/wen-die-kuerzungen-treffen-wuerden/story/28225402> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019c). Von dieser Kürzung sollten wir absehen. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/von-dieser-kuerzung-sollten-wir-absehen/story/26161498> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019d). Eingliederung: Ob es mehr Geld gibt, ist ungewiss. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/eingliederung-ob-es-mehr-geld-gibt-ist-ungewiss/story/16790946> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019e). «Der hohe Grundbedarf hält Leute vom Arbeitsmarkt fern». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/der-hohe-grundbedarf-haelt-leute-vom-arbeitsmarkt-fern/story/20223946> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019f). Liberal, aber gegen Kürzungen bei der Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/liberal-aber-gegen-kuerzungen-bei-der-sozialhilfe/story/25638213> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019g). Ein bisschen Angst vor Sozialtourismus. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/ein-bisschen-angst-vor-sozialtourismus/story/27925557> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019h). Das Thema lässt sich noch nicht abhaken. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/das-thema-laesst-sich-noch-nicht-abhaken/story/18428944> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].

- Christl, Fabian (2019i). Die SVP will sich nicht geschlagen geben. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/die-svp-will-sich-nicht-geschlagen-geben/story/18866614> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019j). Ideen für die Sozialhilfe: Das wollen die Akteure. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/ideen-fuer-die-sozialhilfe-das-wollen-die-akteure/story/19925822> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019k). Sie lehrte Schnegg das Fürchten. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/sie-lehrte-schnegg-das-fuerchten/story/30321835> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019l). «Kein einziger Sozialhilfeempfänger wird dadurch eine Stelle finden». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kein-einziger-sozialhilfeempfaenger-wird-dadurch-eine-stelle-finden/story/11605580> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019m). Zwischen Mitgefühl und Kostendruck. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/zwischen-mitgefuehl-und-kostendruck/story/21995067> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019n). Schnegg bezeichnet Bericht von Experten als «Polemik». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/schnegg-bezeichnet-bericht-von-experten-als-polemik/story/22025520> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019o). Zumindest ist die Skos transparent. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/zumindest-ist-die-skos-transparent/story/27967828> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019p). Kürzungs-Gegner besetzen den digitalen Raum. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kuerzungs-gegner-besetzen-den-digitalen-raum/story/14329215> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian (2019q). «Sparen ist nicht das erste Ziel». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/sparen-ist-nicht-das-erste-ziel/story/17113240> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Christl, Fabian/Ott, Bernhard (2019). «Das erzeugt nur Aggression und Wut». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/das-erzeugt-nur-aggression-und-wut/story/20288918> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- crt/gb/sda (2018). Keine Lust auf Sozialabbau. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/keine-lust-auf-sozialabbau/story/22076905> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- crt/sda (2018a). Schnegg attackiert Medien. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/schnegg-attackiert-medien/story/29123946> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].

- crt/sda (2018b). Sozialhilfe soll definitiv gekürzt werden. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/sozialhilfe-soll-definitiv-gekuerzt-werden/story/31443357> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- cse/sda (2019). Schnegg soll für alle Belange der Asyl- und Sozialhilfe zuständig sein. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/schnegg-soll-fuer-alle-belange-der-asyl-und-sozialhilfe-zustaendig-sein/story/11828413> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- De Carli, Luca (2019). Hürden für Sozialhilfe werden niedriger. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/huerden-fuer-sozialhilfe-werden-niedriger/story/19218888> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Der Bund (2019a). «Es reicht schon heute nicht. Punkt.» URL: <https://webspecial.derbund.ch/longform/sozialhilfe/inhalt-sozialhilfe/> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Der Bund (2019b). Das Ringen um die Sozialhilfe. URL: <https://interaktiv.derbund.ch/ext/2019/sozialhilfe/> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Der Bund (2019c). Das war der Abstimmungstag im Kanton Bern. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/nach-nein-zu-sozialhilfe-kuerzung-fordern-linke-investitionen/story/25466615> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Der Grosse Rat des Kantons Bern (2013). Gesundheits- und Fürsorgedirektion. 66 2012.1492 Motion 260-2012 Studer (Niederscherli, SVP) Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe. URL: <https://www.gr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwsbinary.DOKUMENTE.acq/59e10ab00042468696e5f2597188d062-332/6/PDF/2012.RRGR.11030-GR-Wortlautdokument-D-68382.pdf> [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].
- fal/sda (2018). Arbeitnehmer ab 50 schlittern vermehrt in die Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/arbeitnehmer-ab-50-schlittern-vermehrt-in-die-sozialhilfe/story/16227950> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Fend, Noah (2019). Umstrittener Polit-Einsatz von Berns Kirchen. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/umstrittener-polit-einsatz-von-berns-kirchen/story/23265733> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Feusi, Dominik (2018a). Wie man die Armut am besten bekämpft. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/wirtschaft/wie-man-die-armut-am-besten-bekaempft/story/27666181> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Feusi, Dominik (2018b). Sozialhilfe erhöht langfristig die Armut. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/sozialhilfe-erhoeht-langfristig-die-armut/story/13770478> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Feuz, Patrick (2018a). Weltfremde Kritiker der Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/weltfremde-kritiker-der-sozialhilfe/story/12062750> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].

- Feuz, Patrick (2018b). Schnegg hat das nicht nötig. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/schnegg-hat-das-nicht-noetig/story/21207125> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- gbl/sda (2014a). Petition für «soziales Existenzminimum» lanciert. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/petition-fuer-soziales-existenzminimum-lanciert/story/13100673> [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].
- gbl/sda (2014b). Stadt Bern kritisiert Kanton wegen Sozialhilfe-Kürzungen. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/stadt-bern-kritisiert-kanton-wegen-sozialhilfe-kuerzungen/story/15682111> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Gesundheits- und Fürsorgedirektion (2015). Vorbereitung der Revision des Sozialhilfegesetzes: Runder Tisch zum Sozialhilfegesetz startet im Januar 2016. URL: https://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen/suche.meldungNeu.html/portal/de/meldungen/mm/2015/12/20151221_1337_runder_tisch_zumsozialhilfegesetzstartetimjanuar2016 [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Gesundheits- und Fürsorgedirektion (2016a). Revision des Sozialhilfegesetzes (SHG): Erster Runder Tisch zur künftigen Gestaltung der Sozialhilfe. URL: https://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen/suche.meldungNeu.html/portal/de/meldungen/mm/2016/01/20160120_1107_erster_runder_tischzurkuenftigengestaltungdersozialhilfe [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Gesundheits- und Fürsorgedirektion (2016b). Revision des Sozialhilfegesetzes (SHG): Runder Tisch zieht ein Splitting der Revision in Betracht. URL: https://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen/suche.meldungNeu.html/portal/de/meldungen/mm/2016/03/20160321_1130_runder_tisch_ziehteinsplittingderrevisioninbetracht [Zugriffsdatum: 07. Juni 2018].
- Gesundheits- und Fürsorgedirektion (2016c). Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (SHG) im Bereich der wirtschaftlichen Hilfe: Konsultation aufgrund der Ergebnisse am runden Tisch. URL: https://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen/suche.meldungNeu.html/portal/de/meldungen/mm/2016/06/20160608_1341_konsultation_aufgrundderergebnisseamrundentisch [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Gesundheits- und Fürsorgedirektion (2017). Kosten- und Fallentwicklung in der individuellen Sozialhilfe 2016: Die Kosten in der Sozialhilfe stiegen um zwei Prozent. URL: https://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen/suche.meldungNeu.html/portal/de/meldungen/mm/2017/12/20171212_0855_die_kosten_in_dersozialhilfestiegenumzweioprozent [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Gesundheits- und Fürsorgedirektion (2018). Kosten- und Fallentwicklung in der individuellen Sozialhilfe 2017: Die Kosten in der Sozialhilfe stiegen um zwei Prozent. URL:

https://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen/suche.meldungNeu.html/portal/de/meldungen/mm/2018/12/20181203_1355_die_kosten_in_der_sozialhilfestiegenumzwei Prozent [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].

hal (2017). 9 von 10 Flüchtlingen beziehen Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/9-von-10-fluechtlingen-beziehen-sozialhilfe/story/29889971> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].

hjo/sda (2015). So will der Kanton bei der Sozialhilfe sparen. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/so-will-der-kanton-bei-der-sozialhilfe-sparen/story/23040059> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].

Hosp, Janine (2018). «O.k., sie ist draussen». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/o-k-sie-ist-draussen/story/26302808> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].

kaf (2018). Bin Ladens Ex-Leibwächter kassiert Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/ausland/naher-osten-und-afrika/bin-ladens-ex-leibwaechter-kassiert-sozialhilfe/story/25577220> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].

Kahlweit, Cathrin (2018). Wie einst bei Oliver Twist. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/ausland/standard/wie-einst-bei-oliver-twist/story/27672572> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].

Kanton Bern (2013). Gesetzes- und Dekretsänderungen im Zusammenhang mit ASP 2014: Regierung eröffnet Vernehmlassung zu vier Gesetzes- und Dekretsänderungen zum Umsetzen der ASP-Massnahmen. URL: https://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen/suche.meldungNeu.html/portal/de/meldungen/mm/2013/12/20131211_1720_regierung_eroeffnetvernehmlassungzuviergesetzes-unddekretsaender [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].

kls/sda (2018a). Volksvorschlag gegen Kürzungen in der Sozialhilfe eingereicht. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/volksvorschlag-gegen-kuerzungen-in-der-sozialhilfe-eingereicht/story/10393815> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].

kls/sda (2018b). Grossratskommission gegen Sozialhilfe-Volksvorschlag. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/grossratskommission-gegen-sozialhilfe-volksvorschlag/story/12178464> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].

kpn/sda (2013). «Akt der Vernunft»: Walter Schmid tritt als Skos-Präsident zurück. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/akt-der-vernunft-walter-schmid-tritt-als-skos-praesident-zurueck/story/25610102> [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].

lim/sda (2016). Scharfe Kritik an Kürzungen der Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/scharfe-kritik-an-kuerzungen-der-sozialhilfe/story/11228151> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].

- Losser, Philipp (2019). Der Mann hinter einer der umstrittensten Ideen seit Jahren. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/der-mann-hinter-einer-der-umstrittensten-ideen-seit-jahren/story/30862852> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- lpa/sda (2017). Demonstration gegen Schneggs «Sozialabbau». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/demonstration-gegen-schneggs-sozialabbau/story/27640180> [Zugriffsdatum: 06. Juli 2019].
- Marti, Andres (2019a). Bürgerliche Zweifel an gekürzter Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/buergerliche-zweifel-an-gekuerzter-sozialhilfe/story/31060807> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Marti, Andres (2019b). Streit um Infoanlass der Stadt Bern. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/streit-um-infoanlass-der-stadt-bern/story/21984466> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Marti, Andres (2019c). Schneggs Gegner drohen mit Bundesgericht. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/schneggs-gegner-drohen-mit-bundesgericht/story/22990633> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- mck/sda (2018). Stadtberner sprechen Millionen für Software in der Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/stadt/stadtberner-sprechen-millionen-fuer-sozialhilfe/story/10018131> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- mer/sda (2016). Kanton peilt massive Kürzung bei neuen Sozialhilfe-Bezügern an. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/kanton-peilt-massive-kuerzung-bei-neuen-sozialhilfe-bezuegern-an/story/31878588> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2017].
- mer/sda (2017). Support für Schneggs Sozialhilfe-Kürzungen. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/support-fuer-schneggs-sozialhilfe-kuerzungen/story/14456104> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- mis/sda (2016). Grosser Rat will Bonus-Malus-System überarbeitet haben. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/grosser-rat-will-bonus-malus-system-ueberarbeitet-haben/story/28013078> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- mob (2018). Das linke Gegenprojekt zum bürgerlichen Abbau bei Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/das-linke-gegenprojekt-zum-buergerlichen-abbau-bei-sozialhilfe/story/15815138> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- mrm (2019). Flashmob auf dem Bahnhofplatz: Debatte um Sozialhilfe ist eröffnet. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/flashmob-auf-dem-bahnhofplatz-debatte-um-sozialhilfe-ist-eroeffnet/story/17498369> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- mcs/sda (2018). Berner Regierung warnt vor «massiv erhöhten Sozialkosten». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/berner-regierung-warnt-vor-massiv-erhoeheten-sozialkosten/story/19632338> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].

- msl/sda (2016). Berner Stadtregierung warnt vor Kürzungen bei der Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/stadt/berner-stadtregierung-warnt-vor-kuerzungen-bei-der-sozialhilfe/story/11234921> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- nag/sda (2018a). Asylbewerber in Kriens bewerfen Polizisten mit Steinen. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/panorama/vermischtes/asylbewerber-in-kriens-bewerfen-polizisten-mit-steinen/story/15085320> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- nag/sda (2018b). Bundesbudget soll um 70 Millionen Franken gekürzt werden. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/bundesbudget-soll-um-70-millionen-franken-gekuerzt-werden/story/18357194> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- nag/sda (2018c). EU-Gericht kippt Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/ausland/europa/eu-gericht-kippt-kuerzung-der-sozialhilfe-fuer-fluechtlinge/story/15263527> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- nj (2018). Im Kanton Bern wird über Sozialhilfe abgestimmt. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/im-kanton-bern-wird-ueber-sozialhilfe-abgestimmt/story/17419923> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- nj/sda (2017). Linke bekämpfen die Sozialhilfevision – SVP applaudiert. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/linke-bekaempfen-die-sozialhilfevision-svp-applaudiert/story/17979519> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- nj/sda (2019). «Sozialhilfe ist kein bedingungsloses Grundeinkommen». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/sozialhilfe-ist-kein-bedingungsloses-grundeinkommen/story/26431360> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- oli (2018). Sozialhilfebetrüger werden nicht ausgeschafft. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/sozialhilfebetrueger-werden-nicht-ausgeschafft/story/23527975> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- Ott, Bernhard (2013). Regierung prescht vor: Nur noch 100 Franken Zulage in der Sozialhilfe ab Januar. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/regierung-prescht-vor-nur-noch-100-franken-zulage-in-der-sozialhilfe-ab-januar/story/24847013> [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].
- Ott, Bernhard (2017). «Meine Kunden leben bereits am Existenzminimum». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/meine-kunden-leben-bereits-am-existenzminimum/story/18996311> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Ott, Bernhard (2018). Stadt will teure Software selber entwickeln. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/stadt/stadt-will-teure-software-selber-entwickeln/story/13965897> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Ott, Bernhard/Fend, Noah (2019). «Wir müssen mit erheblichen Mehrkosten rechnen». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/wir-muessen-mit-erheblichen-mehrkosten-rechnen/story/31253888> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].

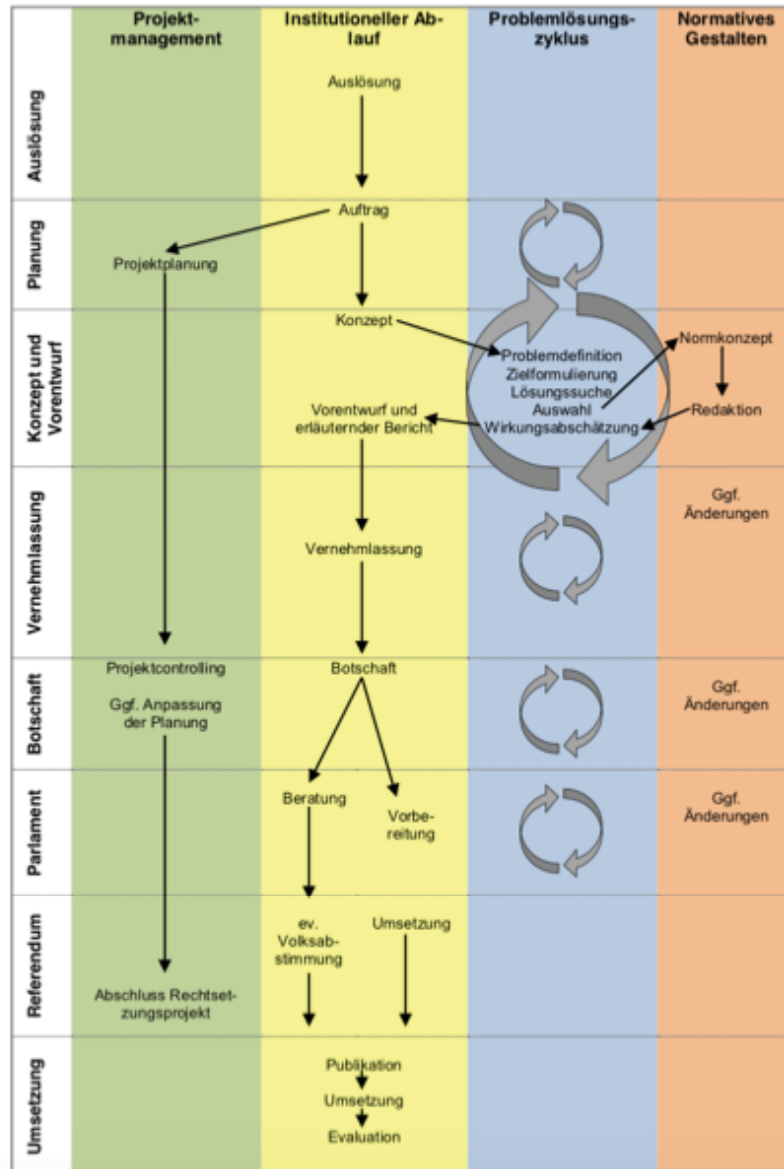
- Pelda, Kurt (2017). 600'000 Franken Sozialhilfe für einen Hassprediger. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/600-000-franken-sozialhilfe-fuer-einen-hassprediger/story/15126714> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Raaflaub, Matthias (2013). Sozialhilfe wird um 10 Prozent gekürzt. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/sozialhilfe-wird-um-10-prozent-gekuertzt/story/15643847> [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].
- Regierungsrat (2013). Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe. URL: <https://www.gr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwsbinary.DOKUMENTE.acq/463eaff2b76748fe9cbb64b4365bacd5-332/5/PDF/2012.RRGR.11030-Vorstossantwort-D-64178.pdf> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Regierungsrat (2015a). Teilrevision des Sozialhilfegesetzes geht in die Vernehmlassung: Rahmen für die Umsetzung eines Sparauftrags des Grossen Rates festgelegt. URL: https://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen.meldungNeu.mm.html/portal/de/meldungen/mm/2015/05/20150504_1731_rahmen_fuer_die_umsetzungeinessparauftragsdes [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Regierungsrat (2015b). Teilrevision des Sozialhilfegesetzes kommt nicht im Januar in den Grossen Rat: Die Ergebnisse aus der Vernehmlassung sollen einen politisch breit abgestützten Prozess auslösen. URL: https://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen/suche.meldungNeu.html/portal/de/meldungen/mm/2015/11/20151112_1126_die_ergebnisse_ausdervernehmlassungolleneinopolitischbreitabge [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Reinhardt, Sophie (2019). «Das traditionelle Milieu ging verloren». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/das-traditionelle-milieu-ging-verloren/story/16439541> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- rsi/sda (2016). Neues Finanzierungssystem für Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/neues-finanzierungssystem-fuer-sozialhilfe/story/31573070> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Rüttimann, Céline (2017). 3000 Menschen rügen das Sparpaket. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/3000-menschen-ruegen-das-sparpaket/story/15161362> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Rüttimann, Céline (2018). Linke Kampfansage gegen gekürzte Sozialhilfe und tiefere Steuern. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/linke-kampfansage-gegen-gekuertzte-sozialhilfe-und-tiefere-steuern/story/23291576> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- Schmid, Adrian (2016a). Tiefere Steuern, neue Sparpakete und weniger Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/tiefere-steuern-neue-sparpakete-und-weniger-sozialhilfe/story/18755181> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].

- Schmid, Adrian (2016b). Die SVP ist jetzt für das Soziale zuständig. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/die-svp-ist-jetzt-fuer-das-soziale-zustaendig/story/19076515> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- SDA (2017). Nur wenig Gnade für die Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/nur-wenig-gnade-fuer-die-sozialhilfe/story/24249129> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- spr/sda (2015). Mehr Sozialhilfebezüger im Kanton Bern – aber tiefere Kosten. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/mehr-sozialhilfebezuenger-im-kanton-bern-aber-tiefere-kosten/story/26258298> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Staatskanzlei (2016). Wahlen 2016. URL: https://www.sta.be.ch/sta/de/index/wahlen-abstimmungen/wahlen-abstimmungen/wahlen/wahlen_2016.html#anker-anchor-2 [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Steppat, Rosanna (2017). Juso Kanton Bern drohen SVP-Regierungsrat mit Bundesgericht. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/stadt/juso-kanton-bern-drohen-svp-regierungsrat-mit-bundesgericht/story/23434729> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- thu/sda (2014). Exemplarische Sozialhilfe-Debatte. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/exemplarische-sozialhilfe-debatte/story/14338426> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Unabhängiger Mediendienst zur Arbeit und zur Erwerbslosigkeit (2014). Soziales Existenzminimum für den Kanton Bern. URL: https://www.haelfte.ch/index.php/newsletter-reader/items/Existenzminimum_BE.html [Zugriffsdatum: 06. Juni 2019].
- Walser, Brigitte (2019). Experten korrigieren Schnegg. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/experten-korrigieren-schnegg/story/23779331> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Wälti, Simon (2015). Perrenoud schiebt Sozialhilfegesetz auf die lange Bank. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/perrenoud-schiebt-sozialhilfegesetz-auf-die-lange-bank/story/21266703> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Wälti, Simon (2019). Als Gotthelf über die «unverschämten» Armen wetterte. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/als-gotthelf-ueber-die-unverschaeemten-armen-wetterte/story/20262783> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Weidmann, Andreas (2017). Sozialhilfe: Bonus-Malus-System für Gemeinden ist vom Tisch. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/sozialhilfe-bonus-malus-system-fuer-gemeinden-ist-vom-tisch/story/12219860> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Weingartner, Basil (2016). Noch weniger Geld für Sozialhilfebezüger. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/noch-weniger-geld-fuer-sozialhilfebezuenger/story/13029301> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].

- Weingartner, Basil (2017a). Ein Entscheid, der nur Verlierer hervorbringt. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/ein-entscheid-der-nur-verlierer-hervorbringt/story/23248473> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Weingartner, Basil (2017b). Schnegg hat die eigenen Experten nicht einbezogen. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/schnegg-hat-die-eigenen-experten-nicht-einbezogen/story/12918903> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Weingartner, Basil (2017c). Schneggs Knobelaufgabe für die Linken. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/schneggs-knobelaufgabe-fuer-die-linken/story/28880881> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Weingartner, Basil (2017d). Bern gefährdet nationalen Konsens. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/bern-gefaehrdet-nationalen-konsens/story/21714524> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Weingartner, Basil (2017e). Breite Front gegen Schnegg. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/breite-front-gegen-schnegg/story/17781968> [Zugriffsdatum: 06. Juli 2019].
- Weingartner, Basil (2017f). Neuer Sozialhilfe-Sparvorschlag der BDP hat gute Chancen. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/neuer-sozialhilfe-sparvorschlag-der-bdp-hat-gute-chancen/story/15918350> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- Wiget, Yannick (2019). Nur noch einen Fünfliber pro Tag fürs Essen? In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/nur-noch-einen-fuenfliber-pro-tag-fuers-essen/story/15878972> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- zec/sda (2015). Kanton Bern will Bonus-Malus-System auf Eis legen. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/kanton-bern-will-bonus-malus-system-auf-eis-legen/story/12053312> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].
- zec/sda (2018). Linke kippen obligatorisches Referendum zur Sozialhilfe. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/stadt/linke-kippen-obligatorisches-referendum-zur-sozialhilfe/story/26999970> [Zugriffsdatum: 08. Juni 2019].
- zec/sda (2019). Broschüre soll Sozialhilfe «gut erklären». In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/bern/kanton/broschuere-soll-sozialhilfe-gut-erklaren/story/26501012> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- Zürcher, Christian (2019). Ein wachsendes Problem: Sozialhilfe ab 50. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/ein-wachsendes-problem-sozialhilfe-ab-50/story/18322188> [Zugriffsdatum: 09. Juni 2019].
- (2015). 20 Prozent weniger Sozialhilfe für Junge. In: Der Bund. URL: <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/20-prozent-weniger-sozialhilfe-fuer-junge/story/17342075> [Zugriffsdatum: 07. Juni 2019].

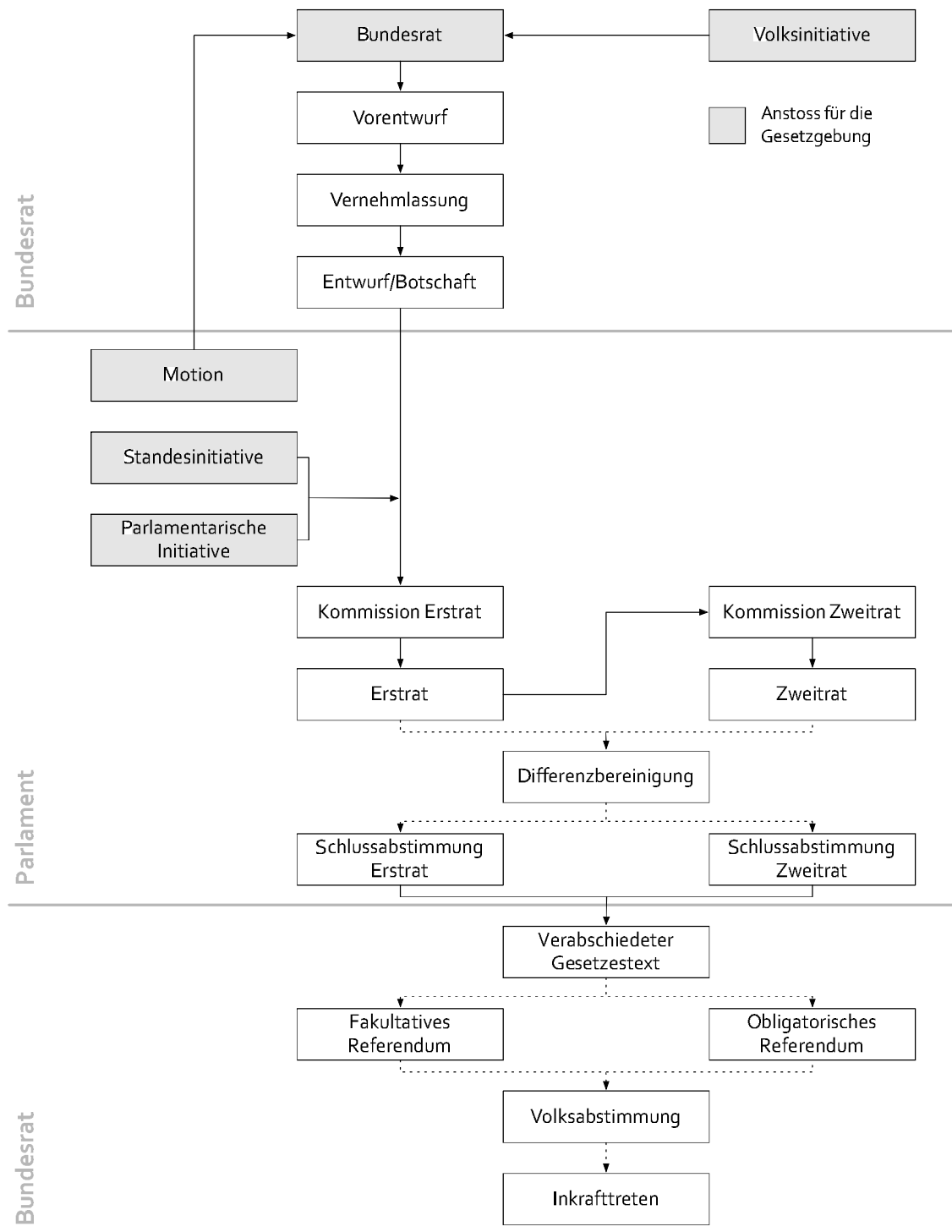
Anhang 4 Zwei Gesetzesverfahren

Übersicht über das Gesetzgebungsverfahren





Gesetzgebungsverfahren



Anhang 5 Die Motion sowie die Antwort des Regierungsrats

Kanton Bern
Canton de Berne

Parlamentarische Vorstösse
Interventions parlementaires

Vorstoss-Nr:	260-2012	
Vorstossart:	Motion	
Eingereicht am:	21.11.2012	
Eingereicht von:	Studer (Niederscherli, SVP)	(Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften:	30	
Dringlichkeit:		
Datum Beantwortung:	01.05.2013	
RRB-Nr:	536/2013	
Direktion:	GEF	



Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe

Der Regierungsrat wird aufgefordert, dem Grossen Rat eine Teilrevision des SHG vorzulegen. Mit dieser Teilrevision soll der Umfang der wirtschaftlichen Hilfe für nachstehende Leistungen auf 90 Prozent derjenigen Summe beschränkt werden, die sich bei Anwendung der im Kanton Bern umgesetzten SKOS-Richtlinien ergibt:

- Grundbedarf für den Lebensunterhalt
- Situationsbedingte Leistungen
- Integrationszulagen

Unter Berücksichtigung dieser Vorgabe soll zudem das Anreizsystem verstärkt werden.

Begründung:

In der Sozialhilfeverordnung wurden die SKOS-Richtlinien als verbindlich erklärt. In der Folge ist es nicht mehr möglich, der Rahmenbedingung nachzuleben, wonach die für Kanton und Gemeinden langfristig kostengünstigste Lösung zu wählen ist. Angesichts der schlechten finanziellen Situation im Kanton darf es in Bezug auf Kürzungs- und Sparmöglichkeiten keine Tabubereiche geben. Auch die individuelle Sozialhilfe soll kritisch überprüft werden können. Dies ist solange nicht möglich, als die SKOS-Richtlinien mehr oder weniger vorbehaltlos verbindlich erklärt bleiben. Kommt hinzu, dass ein Existenzminimum finanziert wird, das die Teilnahme am sozialen Leben mit geringen (Integrationszulage) oder gar keinen Eigenleistungen (minimale Integrationszulage) ermöglicht.

Der Regierungsrat hat mit der Revision der Sozialhilfeverordnung – Streichung der Kürzung beim Einstieg – das Anreizsystem wieder entschärft. Der Kanton Bern gehört zu jenen Kantonen, welche die Integrationszulage, wie sie von der SKOS vorgeschlagen wird, vollumfänglich ausrichten, während andere, finanziell besser dastehende Kantone sich auf einen Teilbetrag beschränken. Dies führt zu einer entsprechenden Sogwirkung und zu stetig wachsenden Sozialhilfekosten. Gleichzeitig sinkt der Anreiz für die Sozialhilfebeziehenden, zur Verbesserung ihrer Situation durch eigene Anstrengungen beizutragen.

Heute stehen zahlreiche Sozialhilfebeziehenden besser da, wenn sie keine Arbeit annehmen, da sie mit dem Wiedereinstieg ins Erwerbsleben wegen der Steuern unter dem Strich ein tieferes verfügbares Einkommen aufweisen. Dies ist eine stossende Ungerechtigkeit.

Dass man über die Höhe der Sozialhilfeleistungen durchaus diskutieren kann, zeigt zum Beispiel der Umstand, dass ein nicht unbedeutender Teil der Sozialhilfeempfänger über ein Privatauto verfügt. Kritik an der Ausgestaltung der Sozialhilfeleistungen kommt auch von professioneller Seite. Frau Prof. Bütler (Uni St. Gallen) antwortete in einem Interview im Bund vom 10. September 2012 auf die Frage «Wollen sie die Sozialhilfe senken?»: «Bei den Jungen ja. Da die Sozialhilfe nicht nur für das Existenzminimum reicht, sondern auch die Teilnahme am sozialen Leben ermöglicht, wird ein Lebensstil gefördert, an den man sich gewöhnen kann.»

Der Regierungsrat hat mit seiner Entscheidung zur Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien die Verantwortung in einem wichtigen und zunehmend teureren Bereich der kantonalen Politik einem privaten Verein übertragen, der vorwiegend die Interessen der Sozialtätigen und ihrer Klientel vertritt.

Mit einer Senkung der Ansätze für die Leistungen kann den beschriebenen Ungerechtigkeiten und der fehlenden Flexibilität entgegengewirkt, können die Anreize verstärkt und kann gleichzeitig für eine Kostensenkung für den Kantonshaushalt gesorgt werden.

Antwort des Regierungsrates

Vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Situation des Kantons Bern fordert der Motionär mit seinem Vorstoss eine Senkung der Sozialhilfekosten und eine Verstärkung des Anreizsystems. Um dies zu erreichen verlangt er:

- (1) eine Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (SHG),
- (2) eine Reduktion des Grundbedarfs für den Lebensunterhalt (GBL),
- (3) eine Reduktion der situationsbedingten Leistungen (SIL) und
- (4) eine Reduktion der Integrationszulagen (IZU).

Die Summe der Leistungen aus Ziffer 2 bis 4 (GBL, SIL und IZU) soll dabei auf 90% des Betrages, welcher bei der Anwendung der im Kanton Bern geltenden SKOS-Richtlinien entsteht, reduziert werden.

Bevor zu diesen einzelnen Motionsforderungen Stellung genommen wird, erscheint es dem Regierungsrat in Anbetracht der zentralen sozialpolitischen Bedeutung des Vorstosses angezeigt, einige grundlegende Aussagen zur heutigen Kosten- und Anreizsituation in der Berner Sozialhilfe vorzuschicken:

- **Zur Kostensituation im Allgemeinen:** Die Sozialhilfe als letztes Auffangnetz ist eine bedarfsorientierte Leistung, welche für ökonomisch unterprivilegierte Menschen von zentraler Bedeutung ist und sich an deren individuelle Situation anpasst. Gemessen an den Leistungen des gesamten Systems der sozialen Sicherheit (Sozialversicherungs- und Sozialhilfeleistungen) macht die Sozialhilfe lediglich 2.8% der gesamten Ausgaben aus. Eine vom Sozialamt 2012 in Auftrag gegebene wissenschaftliche Studie hat die Kostenfaktoren der Sozialhilfe im Kanton Bern differenziert analysiert bzw. erklärt und kam zum Schluss, dass die Sozialhilfekosten im Kanton Bern aufgrund der geringen Anzahl von vorgelagerten Bedarfsleistungen und aufgrund von relativ hohen vormundschaftlichen Kosten im interkantonalen Vergleich absolut erklärbar sind. Um ungerechtfertigte Kosten zu vermeiden, sind in den vergangenen 10 Jahren von Regierung und Parlament zudem zahlreiche Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung und Kostenoptimierung in den Sozialdiensten ergriffen worden:

- Der Grundbedarf kann bei unkooperativem Verhalten der Klienten und Klientinnen mit der heutigen Gesetzgebung von den Sozialdiensten gekürzt werden. Die geplante Einführung eines Sanktionskatalogs wird Klarheit bei den Sozialdiensten schaffen und dazu beitragen, dass ein Fehlverhalten bei allen Sozialdiensten gleich behandelt wird.
- Mit der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes im Jahr 2012 wurden die Informationsbeschaffung und die Schweigepflicht neu geregelt. Die Sozialdienste können so bei den Klientinnen und Klienten die Subsidiarität gezielter und effizienter abklären.
- Nicht kooperierende Sozialhilfebeziehende können einen Testarbeitsplatz zugewiesen erhalten, womit die Arbeitsfähigkeit und –motivation getestet werden kann. Wer diesen Arbeitseinsatz verweigert, gilt als nicht bedürftig und wird nicht unterstützt.
- Um die Kooperationsbereitschaft derjenigen Klientinnen und Klienten zu erhöhen, die nicht in gewünschtem Masse Mitwirkung zeigen, können seit 2012 neu vertrauensärztliche Abklärungen zur Beurteilung der Arbeitsfähigkeit über den Lastenausgleich abgerechnet werden.
- Seit 2012 haben die Sozialdienste die Möglichkeit, bei Verdacht auf unrechtmässigen Bezug eine Sozialinspektion durchführen zu lassen.
- Die Einführung des Bonus-Malus-Systems ab 2014 wird den Kostenvergleich zwischen den Sozialdiensten ermöglichen. Der Druck auf die Sozialdienste, möglichst kosteneffizient zu arbeiten und damit verbunden der Anreiz, möglichst viele Personen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, werden dadurch zunehmen.
- Beim Grundbedarf von jungen Erwachsenen sehen die SKOS-Richtlinien vor, dass ihnen bspw. nur der anteilmässige Betrag für Personen in einem Mehrpersonenhaushalt gewährt wird, da sie im Haushalt der Eltern oder in einer Wohngemeinschaft zu leben haben. Lediglich in begründeten Fällen wird ein eigener Haushalt und somit der ganze GBL finanziert.
- Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor oder in einer Ausbildung wurde der Regierungsrat bereits mehrfach aktiv und hat sich für verschiedene Projekte ausgesprochen: Das Projekt Betreuungskette, welches die Zusammenarbeit der Sozialdienste und des Case Managements Berufsbildung institutionalisieren will und das Projekt Koordination Brückenangebote (KoBra), welches die verschiedenen Brückenangebote der ERZ, VOL und GEF noch besser aufeinander abstimmt. Auch wurde ein Prüfauftrag zur Harmonisierung der Stipendien- und Sozialhilfeordnung erteilt.

Für die Gesamtkosten weitgehend unerheblich sind die Aufwendungen für Autos, da diese Kosten im Sozialhilfebudget grundsätzlich nicht berücksichtigt werden: Der Sozialdienst genehmigt ein Auto ausschliesslich dann, wenn dieses aus gesundheitlichen Gründen, zu Erwerbszwecken oder aufgrund einer stark abgelegenen Wohnsituation benötigt wird. Diese Regelung ist im Online-Handbuch „Sozialhilfe“ der BKSE festgelegt und wird in die Verordnungsrevision aufgenommen, die 2014 in Kraft treten soll.

- **Zur Anreizsituation im Allgemeinen:** Der Motionär geht davon aus, dass Sozialhilfebeziehende ohne Arbeit besser da stehen, als steuerzahlende Kleinverdiener. Dem ist entgegen zu halten, dass mit dem SHG und der Anwendung der SKOS-Richtlinien sehr wohl ein ausdifferenziertes Anreizsystem zu kooperativem Verhalten sowie zur Aufnahme einer Arbeit besteht:
 - Sozialhilfebeziehende, welche einer Erwerbsarbeit nachgehen, erhalten abgestuft nach Beschäftigungsgrad und Höhe des Erwerbseinkommens einen Einkommensfreibetrag. Mit der Erwerbstätigkeit steigen somit auch die verfügbaren Mittel. Bei unkooperativem Verhalten wird dieser Einkommensfreibetrag gestrichen.
 - Regierung und Parlament haben mit der Einführung diverser Missbrauchsbekämpfungsinstrumenten wie beispielsweise der Sozialinspektion einen zusätzlichen Anreiz zu korrektem und kooperativem Verhalten geschaffen.
 - Auch mit der Sanktion der Kürzung des Grundbedarfs bei unkooperativem Verhalten besteht ein Anreiz zur Aufnahme einer Arbeit. Die Einführung eines Sanktionskatalogs wird diesen Anreiz noch verstärken und kantonal vereinheitlichen.

- Einen Fehlanreiz resp. Schwelleneffekt aufgrund der Besteuerung von tiefen Einkommen gibt es allerdings tatsächlich noch. Der Kanton Bern hat aber einerseits schon im Februar 2009 auf diese Problematik reagiert und eine Ständesinitiative auf Bundesebene zur Besteuerung von Sozialhilfeleistungen eingereicht. Diese Initiative wurde von der zuständigen ständerätlichen Kommission in eine Motion umgewandelt, welche eine Besteuerung der Sozialhilfe und Entlastung des Existenzminimums fordert. Die Motion der WAK-S wurde am 14. März 2011 an den Bundesrat überwiesen. Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, welche Auswirkungen die Umsetzung der Motion hätte. Die Eidgenössische Steuerverwaltung, welche mit den Arbeiten betraut wurde, wird ihren Bericht voraussichtlich im Sommer 2013 vorlegen. Andererseits berücksichtigt der Kanton Bern sowohl beim Eintritt in wie auch beim Austritt aus der Sozialhilfe den Einkommensfreibetrag, was diesen negativen Schwelleneffekt minimiert. Weitere Schwelleneffekte hat der Kanton Bern – soweit in seinem Einflussbereich – minimiert. Das zeigt auch der interkantonale Vergleich, wie die Studie des Bundesamtes für Sozialversicherungen über Schwelleneffekte und negative Erwerbsanreize belegt.
- **Zur Legitimität der SKOS-Richtlinien:** Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe existiert als Fachverband seit 1905. Die SKOS – organisiert als privatrechtlicher Verein – engagiert sich für die Ausgestaltung und Entwicklung der Sozialhilfe und für die Bekämpfung von Armut. Gemäss Bundesverfassung ist die Sozialhilfe Aufgabe der Kantone. Mit ihren Unterstützungsrichtlinien – welche seit 50 Jahren existieren und regelmässig angepasst werden – bietet die SKOS den Kantonen und Gemeinden das Instrument, um die Sozialhilfe schweizweit zu harmonisieren und so gegenüber Bedürftigen eine rechtsgleiche Behandlung auf der Ebene des untersten sozialen Netzes zu gewährleisten. Die Mitglieder des Fachverbands SKOS bilden Kantone, Gemeinden, einzelne Bundesämter und private Trägerschaften, die je ihre Vertretungen in den Vorstand delegieren. Die SKOS ist somit in der Fachwelt, in den Behörden und auch in der Politik verankert. Diese Konstellation hat dazu geführt, dass die Kantone sich schon über eine so lange Zeit auf die Empfehlungen der SKOS abstützen und die Sozialdirektorenkonferenz (SODK) deren Anwendung gar ausdrücklich empfiehlt.
- **Zur wissenschaftlichen Fundierung der SKOS-Richtlinien:** Die Richtlinien für den Grundbedarf für den Lebensunterhalt werden von einer Fachkommission der SKOS erarbeitet und anschliessend vom Vorstand festgelegt. Sie orientieren sich am SKOS-Warenkorb, welcher auf derselben Grundlage wie der vom Bundesamt für Statistik (BfS) publizierte Landesindex der Konsumentenpreise erstellt wird. Der SKOS-Warenkorb enthält jedoch im Gegensatz zum BfS-Warenkorb ausschliesslich Waren und Dienstleistungen, welche dem minimalen Lebensbedarf eines Haushaltes entsprechen (ca. 1/3 der Totalausgaben). Die Höhe wie auch die Zusammensetzung der Ausgabenpositionen entsprechen dem Konsumverhalten der einkommensschwächsten 10 Prozent der Bevölkerung. Der Betrag liegt deutlich unter den Ansätzen der Ergänzungsleistungen zur AHV und IV und ist auch leicht unter dem betriebsrechtlichen Existenzminimum.

Zu den verfassungsrechtlichen Grenzen von Leistungskürzungen: Der Motionär weist darauf, es dürfe angesichts der schlechten finanziellen Situation im Kanton in Bezug auf Kürzungs- und Sparmöglichkeiten keine Tabubereiche geben. Der Regierungsrat kann sich der Haltung anschliessen, wonach grundsätzlich alle Optionen geprüft werden müssen. Im Fall einer Senkung des GBL ist allerdings das Verhältnis zum verfassungsrechtlich geschützten absoluten Existenzminimum zu beachten. Dieses orientiert sich am GBL gemäss SKOS minus eine allfällige Kürzung um 15%. Falls nun der Grundbedarf um 10% reduziert und der zulässige Kürzungsumfang beibehalten wird, wird das absolute Existenzminimum unterschritten. Eine solche Kürzung unter das absolute Existenzminimum wäre nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichts verfassungswidrig.

Gestützt auf den vorangehenden Erläuterungen beurteilt der Regierungsrat die einzelnen Forderungen des Motionärs wie folgt:

Zu Ziffer 1:

Der Motionär fordert eine Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (SHG). In Artikel 31 definiert das SHG auf einer strategischen Ebene die für eine sinnvolle Unterstützungsleistung anwendbaren Kriterien und die Rahmenbedingungen zur Bemessung der wirtschaftlichen Hilfe (Gleichbehandlung aller Empfänger/innen, Beachtung fachlicher Grundsätze, Schaffung von Anreizsystemen, langfristig kostengünstigste Variante). Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass die Unterstützungsleistungen gemäss SKOS diese Anforderungen erfüllen. Heute ist die Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien in der Sozialhilfeverordnung geregelt. Der Motionär will mit der geforderten SHG-Revision die Unterstützungsleistungen neu auf Gesetzesebene festhalten. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass dies nicht stufengerecht wäre.

Der Regierungsrat beantragt die Ablehnung von Ziffer 1 der Motion.

Zu Ziffer 2:

Der Grundbedarf (GBL) ist für den Regierungsrat bei den Beträgen nach SKOS zu belassen. Der GBL als Teil der wirtschaftlichen Hilfe hat den Bedarf der unterstützten Personen zu decken und soll über das physische Existenzminimum hinausgehen. Darauf hat man sich bei der Abstimmung des heutigen SHG über alle Parteigrenzen hinweg geeinigt. Die Höhe des GBL gemäss SKOS orientiert sich wie erwähnt am SKOS-Warenkorb, welcher sich wiederum am Konsumverhalten der einkommensschwächsten zehn Prozent der Haushalte orientiert, und ist entsprechend der Haushaltsgrösse abgestimmt (Äquivalenzskala). Mit der entsprechenden Pauschale werden insbesondere folgende Bedürfnisse finanziert: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren, Bekleidung, Schuhe, Energieverbrauch, Haushaltsführung, Gesundheitspflege, lokale Verkehrsauslagen, Telefon, Post, Radio- und TV-Gebühren, Freizeitgestaltung, Körperpflege und Coiffeur. Heute liegt der Betrag für einen Ein-Personen-Haushalt bei 977 Franken, mit einer Reduktion um 10% würde der Betrag auf knapp 880 Franken reduziert werden. Für einen Ein-Personen-Haushalt würden für Nahrungsmittel und Getränke somit rund 11.- pro Tag zur Verfügung stehen, für eine Alleinerziehende mit einem Kind knapp 17 Franken. Für den öffentlichen Verkehr hätte eine alleinstehende Person gut 50 Franken pro Monat, eine Alleinerziehende mit einem Kind 80 Franken. Ein Libero-Abo für die Stadt Bern kostet jedoch für eine Person bereits 75 Franken pro Monat.

In den letzten 10 Jahren sind die Kosten für die Bedürfnisse für den Grundbedarf kontinuierlich gestiegen und gleichzeitig zeigt der Sozialbericht 2012, dass die Einkommen genau dieser Haushalte in den letzten 10 Jahren um einen Fünftel abgenommen haben. Würde nun der Grundbedarf reduziert, würde sich die Sozialhilfe nicht mehr am Bedarf, sondern sich an den tiefsten, nicht existenzsichernden Löhnen orientieren. Die Folge einer solchen Marktorientierung wäre, dass bedürftige Personen die Bedürfnisse für den Grundbedarf nicht mehr decken könnten. Ziel der wirtschaftlichen Hilfe ist gemäss SHG die Stärkung der Autonomie, die Verhinderung von Ausgrenzung, die Förderung der Integration und die Teilnahme am sozialen Leben. Mit der vom Motionär beantragten Kürzung um 10% würde sich die Frage stellen, ob diese vom Gesetzgeber vorgegebenen Wirkungsbereiche (Art. 2 SHG) und Wirkungsziele (Art. 3 SHG) weiterhin gewährleistet werden könnten.

Der Regierungsrat beantragt die Ablehnung von Ziffer 2 der Motion.

Zu Ziffer 3:

Situationsbedingte Leistungen (SIL) haben ihre Ursache in der besonderen gesundheitlichen, wirtschaftlichen und familiären Lage einer unterstützten Person. Der effektive Spielraum ist hierbei gering, da sich ein Grossteil der Leistungen aus Gesundheitskosten und aus dem Aufwand für stationäre Aufenthalte zusammensetzt. Diese beiden Leistungen

können weder plafoniert noch gekürzt werden. Bei den restlichen SIL beabsichtigt der Regierungsrat, mit der Revision der Sozialhilfeverordnung per 2014 eine Kostenobergrenze (Umsetzung Motion Pauli, M 198/2008) einzuführen, was zu einer Kostenreduktion im vom Motionär geforderten Umfang führen wird. Eine Plafonierung der Kosten der SIL ist auch im Online-Handbuch Sozialhilfe der Berner Konferenz für Sozialhilfe und Erwachsenen- und Kinderschutz (BKSE) festgehalten. Eine Kürzung der SIL ist zudem nicht beliebig möglich ist. Werden beispielsweise nur noch 90% der Betreuungskosten als SIL übernommen, wenn eine alleinerziehende Person einer Teilzeitarbeit nach geht, müssen diese Kosten über erhöhte Elterntarife wieder kompensiert werden, was nicht im Sinne des Motionärs sein kann.

Der Regierungsrat ist bereit, weitere Möglichkeiten von Kürzungen zu prüfen und beantragt, Ziffer 3 als Postulat anzunehmen.

Zu Ziffer 4:

Basierend auf dem Anreizsystem des SHG soll eine Eigen- oder Gegenleistung der Klienten im Rahmen einer Integrationsmassnahme angemessen mit einer Integrationszulage berücksichtigt und honoriert werden. Die Sozialdienste können mit der heutigen Gesetzgebung je nach Verhalten der Klientinnen und Klienten darüber entscheiden, wie sie deren Eigen- oder Gegenleistung berücksichtigen und welche Massnahmen sie treffen. Eine IZU wird ausgerichtet, wenn die Klientinnen und Klienten mitwirken und eine Eigen-/Gegenleistung erbringen. Bei fehlender Leistung werden keine IZU gewährt, je nach Fehlverhalten zusätzlich eine Kürzung (bis zu 15%) des GBL vorgenommen.

Die Höhe der IZU variiert nach Beschäftigungsgrad und Art der Integrationsleistung sowie Alter, Familien- und Ausbildungssituation der sozialhilfebeziehenden Person. Die SKOS-Richtlinien geben eine Bandbreite vor. Die Höhe der Bandbreite der IZU des Kantons Bern bewegt sich im oberen Bereich der Vorgaben nach SKOS. Aus diesem Grund ist der Regierungsrat bereit, die Höhe der IZU um insgesamt 10% zu senken, solange die SKOS-Richtlinien nicht unterschritten werden. Dies würde gemäss Schätzungen ein Sparpotential von mindestens 3 Mio. Franken ausmachen.

Der Regierungsrat ist bereit, Ziffer 4 als Motion anzunehmen.

Der Regierungsrat ist sich der schwierigen finanziellen Situation des Kantons Bern bewusst. Er kommt auch unter Einbezug der Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) zum Schluss, dass es insbesondere beim Grundbedarf für den Lebensunterhalt keinen Raum für Einsparungen gibt. Dies einerseits aus den in der Vorstossantwort dargelegten inhaltlichen Gründen und andererseits weil gerade im Bereich der Existenzsicherung eine gesamtschweizerisch rechtsgleiche Behandlung von Leistungsbezüglerinnen und -bezügern zentral ist. Diesem Anliegen kommt umso mehr Bedeutung zu, als sich in absehbarer Zeit auf Bundesebene noch kein Rahmengesetz für die Existenzsicherung abzeichnet.

Abschliessend ist zu erwähnen, dass die im Sozialhilfegesetz vorgesehene Kommission für Sozial- und Existenzsicherungspolitik an ihrer Sitzung vom 15. März 2013 einstimmig entschieden hat, dem Regierungsrat eine Ablehnung der Motion zu empfehlen, weil sie eine Gesetzesrevision mit dem alleinigen Ziel, das Leistungsniveau der Sozialhilfe zu senken, ablehnt.

Antrag: Ziffer 1: Ablehnung
Ziffer 2: Ablehnung
Ziffer 3: Annahme als Postulat
Ziffer 4: Annahme

An den Grossen Rat

Anhang 6 Gesetzestext des Volksvorschlags



Deutsch » Text Volksvorschlag

Der Volksvorschlag (Gesetzestext)

Dem Beschluss des Grossen Rates des Kantons Bern vom 29. März 2018 betreffend Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe publiziert im Amtsblatt vom 18. April 2018, wird der folgende Volksvorschlag gegenübergestellt wird:

Titel und Ingress sowie Artikel 23 Abs. 1-4, 23a (neu) - 23d (neu), Titel nach Titel 3.3 (neu), 30 Abs. 1-2, Titel nach Art. 30 (neu), 31g (neu), 34 Abs. 1-5, 34a (neu), 36 Abs. 1-2, 36a (neu), 37 Abs. 2, 42 Abs. 1, 46a Abs. 1, 46b Abs. 2a (neu), 54, 54a (neu), Titel nach Art. 55 (neu), 57a (neu) - 57d (neu), 72 Abs. 1a (neu), 72a (neu), 109b Abs. 1, 109d Abs. 1 gemäss Grossratsbeschluss vom 29. März 2018, publiziert im Amtsblatt des Kantons Bern Nr. 16 vom 18. April 2018 und als Referendumsvorlage publiziert auf www.be.ch/referenden.

Artikel 31b (neu) - 31f (neu) streichen.

Art. 31 (neu) - Bemessung

1 Die wirtschaftliche Hilfe richtet sich nach den aktuellen Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS-Richtlinien). Vorbehalten bleibt Art. 31a.

2 Die Verordnung legt innerhalb der Bandbreite der SKOS-Richtlinien die Integrationszulage und den Einkommensfreibetrag fest.

Art. 31a (neu) - Unterstützung von älteren Arbeitslosen

1 Personen, welche nach dem Erreichen des 55. Altersjahrs ihre Stelle verlieren, werden nach den Ansätzen des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG, SR 831.30) unterstützt, wenn sie

- a. bedürftig im Sinne dieses Gesetzes sind und ihr Vermögen unter der Vermögensfreigrenze des ELG liegt
- b. keine Entschädigung der Arbeitslosenversicherung mehr erhalten
- c. bei der Eröffnung der Rahmenfrist für den Leistungsbezug während mindestens 20 Jahren Arbeitslosenversicherungsbeiträge entrichtet haben
- d. seit mindestens zwei Jahren Wohnsitz im Kanton Bern haben
- e. bei der zuständigen regionalen Arbeitsvermittlungsstelle angemeldet sind und bereit sind, eine zumutbare neue Stelle anzutreten

2 Als Beitragsjahre gelten Zeiten, in denen die Person als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer Beiträge an die Arbeitslosenversicherung entrichtet hat oder für die ihr Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften gemäss dem Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG, SR 831.10) angerechnet werden können.

3 Ob eine Stelle zumutbar ist, richtet sich nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG, SR 837.0).

4 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten des Leistungsbezugs.

Art. 72b (neu) - Bildung und Qualifizierung

1 Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion und die Erziehungsdirektion stellen bedarfsgerechte Angebote zur Förderung von Grundkompetenzen und zur beruflichen Qualifizierung bereit.

2 Diese Angebote werden mit den Angeboten der Arbeitsmarktbehörden koordiniert. Die Sozialhilfe beteiligt sich an den Kosten, soweit diese nicht durch Stipendien, Sozialversicherungen oder andere Institutionen getragen werden.

3 Angebote zur beruflichen Qualifizierung sollen den raschen Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen und eine anschliessende berufliche Grundbildung erleichtern.

4 Unterstützte Personen können zur Teilnahme an Angeboten gemäss Abs. 1 verpflichtet werden.

5 Die Angebote stehen auch für Personen offen, welche von Armut bedroht sind, aber noch nicht von der Sozialhilfe unterstützt werden.

Komitee

«Wirksame Sozialhilfe»

Postfach 2947,
3001 Bern

Spendenkonto: 30-463700-6 Vermerk: Wirksame Sozialhilfe

Anhang 7 Treffen mit «Verkehrt» 18. Juni 2019

Am Dienstag 18. Juni 2019 durfte ich das Treffen der Steuergruppe von «Verkehrt» besuchen. Dabei ging es primär um das Zusammensein und den Rückblick, was bei der Kampagne gut oder verbesserungswürdig lief. Vielen herzlichen Dank für die freundliche und wohlgesinnte Aufnahme und den diversen spannenden Gesprächen.

Im Folgenden halte ich meine inhaltlichen Eindrücke kurz und einfach fest, die ich durch die Diskussion am Treffen wahrgenommen habe. Diese beziehen sich lediglich auf den Rückblick und für die Bachelorarbeit relevanten inhaltliche Punkte, ohne dabei einen Anspruch auf ein vollständiges und chronologisches Protokoll zu erheben. Als relevante Punkte sind diese Themen gemeint, die während der Diskussion durch Zustimmung und Konsens oder Mehrfachnennung als wichtig erschienen. Die Beschreibung ist dementsprechend thematisch aufgebaut:

Ziele

Die Zusammenarbeit geschah im Spannungsfeld zwischen unverbindlich <-> verbindlich. Die Zusammenarbeit schien dynamisch zu sein und wies einen projektartigen Charakter auf.

Das Ziel schien klar gewesen zu sein: Keine Kürzungen im Kanton Bern.

Um dieses Ziel zu erreichen waren die Personen mit Leidenschaft und «Härzbluet» dabei gewesen.

Ein Unterziel war, die Leute zu mobilisieren anstelle von der eigenen Ansicht zu überzeugen.

Es wurde festgestellt, dass kaum war das Kampagnematerial da, stieg die Energie an.

Organisatorische Fragen

Verkehrt verwendete verschiedene Gruppenchats. Diese Form über Whatsappgruppenchats schien sich bewährt zu haben. Dadurch wurde eine schnellere Kommunikation als beispielsweise über Mail sichergestellt.

Die Steuergruppe beim Wahlkampf funktionierte gut. Die Organisation des Abstimmungskampfes in der Steuergruppe wurde als unkompliziert wahrgenommen. Vertrauen war da. So konnten Aufgaben gut abgegeben werden.

Der Zeitpunkt des Flashmobs wurde intuitiv gesetzt. Es war der Tag der Sozialen Arbeit und rund zwei Monate vor der Abstimmung gewesen. Zuvor wurde aufgrund der bereits laufenden Debatte über die Sozialhilfe bereits viel diskutiert, daher war das Thema eines Referendums und der Kampagne nicht neu. So konnte früh mit dem Tun begonnen werden.

Verkehrt war institutionell an AvenirSocial angehängt. AvenirSocial stellte die Infrastruktur sowie die finanzielle Mittel zur Verfügung. Sie übernahm sozusagen den Administrativen teil, wodurch sich die Steuergruppe auf das Tun fokussieren konnte. Dies schien sehr wichtig gewesen zu sein, da ohne die Auslastung der Administration die Gruppe nicht so aktiv sein konnte, wie sie es gewesen ist.

Die Kampagne schien zweckmässig anstatt ideologisch organisiert zu sein.

Es wurde betont, dass die Steuergruppe und alle Teilnehmenden Pionierarbeit geleistet haben. Es wurde erwähnt, dass diese Kampagne die Umfangreichste Kampagne im Sozialen Bereich gewesen ist, nebst die der KRISO.

Niederschwellig

Die Instrumente und Botschaften wurden einfach gehalten. Beispielsweise Kärtchen und Kleber (Sticker) verwenden, mit einfachem Text oder Bild, ohne die wissenschaftliche Sprache zu verwenden. Einfache Sprache. Dadurch konnte das Thema unter die Leute gebracht werden und diese mobilisiert werden. Das Thema schien lebendig und provokativ rüber gebracht worden zu sein.

Netzwerk

Es benötigte Women- und Menpower für Flyeraktionen und Sonstigem.

Direkte Persönliche Kontakte der Steuergruppe seien wichtig gewesen (Fachleute aus dem Sozialen Bereich, Betroffene, wie auch der Politik und anderen Bereichen) -> Multiplikatoren zu Politik und Medien.

Die Basare seien als Gefäss geeignet gewesen. So konnte eine Vernetzung stattfinden und andere Personen hatten die Möglichkeit mitzuwirken.

Die Steuergruppe überlegte sich, was die Motivation war mitzumachen. Einerseits das Ziel, die Kürzungen zu stoppen und andererseits das Natürliche und Menschliche. Dies wurde auch wurde durch die Kampagne auch nach aussen getragen. Zusätzlich betonte die Gruppe, dass aufgrund desse, dass das Ganze auf einer Freiwilligen Basis geschah, sollten die Tätigkeiten auch lustvoll sein und Spass machen.

Anhang 8 Treffen mit Haşim Sancar 20. Juni 2019

Am Donnerstag 20. Juni 2019 nahm sich Haşim Sancar Zeit, um über die Sozialhilferevision zu diskutieren. Haşim ist im Grossen Rat Bern, bei den Grünen und Leiter der Beratungsstelle Pro Infirmis Bern-Stadt. Vielen Dank für deine Zeit.

Das Gespräch dauerte etwa eine Stunde. Während dem fand einen regen Austausch statt und ich konnte Ungewissheiten was die Rekonstruktion anbelangt nachfragen. Mein zwei Ziele des Gesprächs waren auch: 1. Durch die Diskussion prüfen, ob Unstimmigkeiten bei der Rekonstruktion auftreten. 2. Eine andere Perspektive auf den Prozess wahrnehmen. Dieses Dokument ist kein Wortlautdokument, sondern wiedergibt in kurzen Sätzen das von mir Verstandene und Wahrgenommene.

Beginn

Die Debatte über die Sozialhilfe, wie ich Haşim verstand, begann bereits vor der Motion Studer. Etwa um 2006 – 2008 begannen die Angriffe auf die Sozial Arbeit. Missbrauchsfälle von der Sozialhilfe wurden nahezu alle von der bürgerlichen Seite aufgerollt und thematisiert. Durch die Medien erschienen es, als ob die Missbrauchsfälle die Regel seien. Daraufhin wurden die Sozialinspektoren eingesetzt. Dagegen wehrte sich Haşim auch schon. Missbrauchsfälle wird es immer geben, das kann nicht verhindert werden. Diese dürfen nicht toleriert werden.

Es schien und scheint so, als ob ein Rachegefühl vorhanden sei. Von den Bürgerlichen wurden zahlreiche Vorstösse gemacht. Was die Sozialhilfe anbelangt wurden plötzlich alle Experten. Die Gesellschaftlichen Aspekte werden ausgeblendet und die Sozialen Probleme individualisiert.

2012 wurde zugleich eine Motion (269-2012) «Aufhebung des Zuschusses nach Dekret» ebenfalls von Ueli Studer eingereicht. Von dieser Aufhebung waren rund 1'000 Personen betroffen und es wurden ca. 3 Mio. eingespart. Diese Aufhebung, so betonte es Haşim, wurde fast diskussionslos angenommen. Er kam damals neu in den Grossen Rat und hat es vor dem Entscheid wenigsten noch zur Diskussion bringen können.

2 Massnahmen

2014 auf 2015 wurden zwei Massnahmen umgesetzt. Dies bestätigte mir auch Haşim. Nebst der Teuerung, welche nicht gemacht wurde und die Kürzung der Integrationszulagen auf 100.- (Skos-Empfehlung 100 – 300.-) erwähnte er auch die Senkung des Freibetrages.

Durch diese Massnahmen versuchte der damalige SP-Regierungsrat von GEF (Philippe Perrenoud) die beschlossene Kürzung von 10% zu erreichen. Die Bürgerlichen waren damit jedoch nicht zufrieden.

Petition

Auf meine Frage hin, was wurde erreicht bestätigte Haşim, dass lange nichts passierte. Er betonte, dass eine Petition unverbindlich ist. Dennoch sei es ungewöhnlich, dass keine Rückmeldung kam. An einer Podiumsdiskussion an der Berner Fachhochschule wurde dies von einem Teilnehmer aus dem Publikum kritisiert. Herr Koller, Präsident der zuständigen Kommission (GSoK) akzeptierte die Kritik und sagte, dass er nachgehen würde. Daraufhin wurde später in einer Mitteilung zur Petition kurz Stellung genommen. Dies sei jedoch viel später gewesen, also zu spät, um noch irgendwie relevant zu sein. Haşim erwähnt auch, dass die KABBA oder/ und AvenirSocial die Petition mit lanciert hatten.

Haltung

Es scheint so, als ob die Haltung der Kürzungsbefürwortenden war/ist, dass Straffmassnahmen getroffen werden müssen. Man müsse die Sozialhilfebeziehenden, die die Sozialhilfe ausnützen bestrafen. Denen muss man es zeigen. Es scheint keine Soziale Verantwortung im Vordergrund zu sein. Es ist nicht so, dass wir kein Geld haben und aufgrund dessen Sparen müssen. Sondern es scheint nicht mehr ein Sachthema gewesen zu sein. Es schien und scheint immer noch so, als ob Aggressionen vorhanden sind.

Schwelleneffekt/ Recht auf Arbeit und Ausbildung

So wie ich Haşim verstanden habe, scheint die Befürwortet der Kürzungen gewusst zu haben, dass durch die Kürzungen der Schwelleneffekt nicht gelöst werden würde. Dennoch wurden Teile von dem Wissen darüber für die Kürzungen missbraucht.

Haşim hatte die Idee, dass wenn es darum geht, dass die Sozialhilfebeziehenden bloss nicht faul auf der Haut liegen sollen und für ihr Geld arbeiten sollen, dass sie doch «Recht auf Bildung und Arbeit» haben sollten. Dadurch wäre das Problem gelöst, die Sozialhilfebeziehenden hätten dadurch Recht auf Arbeit und könnten wirklich arbeiten und wenn sie dies dann verweigern wäre eine Konsequenz begründbarer, als jetzt, wo viele Arbeiten wollen, jedoch keine Stelle finden. Diese Motion (234-2017) wurde jedoch abgelehnt.

Andere Möglichkeiten für die Sozialhilfe gezielt zu entlasten wären beispielsweise die Kinderzulage zu erhöhen oder Ergänzungsleistungen für bedürftige Familien. Bern könnte auch bei anderen Kantonen schauen, die bereits sinnvolle Massnahmen getroffen haben.

Abstimmung

Die Bürgerlichen schienen sich zu sicher gewesen zu sein, dass sie die Abstimmung gewinnen würden. Daher zogen sie den Prozess auch stetig weiter.

Haşim nimmt wahr, wie sich in den letzten Jahren ausgehend vom Stadtzentrum die Agglomerationen verändern. Eine Mobilisierung für eine Kampagne kann in der Stadt eine grössere Wirkung erzielen als auf dem Land. Dies schienen die Befürworter der Kürzungen unterschätzt zu haben.

Kooperationen

Haşim erwähnte auch die nationale Arbeitsgruppe der SVP, wo die Sozialhilfe umkrempeln wollen. Auf der Gegenseite erwähnte er die „Soziale Allianz“, in der scheinbar Parteien und Hilfswerke und kirchliche Organisation über diverse Themen diskutieren.

Die Organisationen der Sozialen Arbeit haben sich in dieser Kampagne aktiv eingeschaltet. Haşim erzählt, dass Politik komplexer wird. Durch Globalisierung, Digitalisierung etc. Es ist ein Milizsystem. Was es schwierig macht, mit immer komplexer werdenden Themen und Fragen Sachgerecht umzugehen. Die Ressourcen der Grossratsmitglieder scheinen begrenzt zu sein. Viele Arbeiten noch daneben (Bspw. 80% arbeiten und 30% oder mehr im Grossen Rat tätig sein). Zudem ist Politik nicht nur parlamentarische Arbeit, sondern Politik findet auch auf der Strasse, in den Sozialen Medien, in Organisationen, in Massenmedien und durch beispielsweise Kunst statt. Politik hat verschiedene Formen. Die Ressourcen von Personen sind begrenzt. Daher stellten die Organisationen der Sozialen Arbeit in dieser Kampagne die Basis dar und ergänzten durch die Politischen Gruppen. Die Kooperation verlief gut.

Dadurch dass Haşim in einer Partei (Die Grünen) ist, bei der Kampagne „Verkehrt“ mitwirkt und auch im Komitee war, scheint er ein zentrales Bindeglied zwischen politischen und Basis Organisationen zu sein.

Zukunft

So wie ich Haşim verstand, nahm er früher das Auftreten der Sozialen Arbeit als zurückhaltend wahr. Er wünscht sich, dass die Fachpersonen, Schulen und Akteurinnen und Akteure der Sozialen Arbeit aktiver werden und mehr Stellung einnehmen.

Das Engagement die Akteurinnen und Akteure der Sozialen Arbeit aufbringen beruht auf verschiedenen Faktoren, die eine Rolle spielen. Beispielsweise Globalisierung, aktuelle Themen wie Klimawandel/ -streik, Konjunktur, wie aktiv sind die Gegner und auch persönliche Faktoren wie: Ausbildung und Arbeitsbelastung

Ehrenwörtliche Erklärung

Ich erkläre hiermit ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Bachelor Thesis selbstständig, ohne unerlaubte Hilfe und nur unter Benutzung der angegebenen Quellen, Hilfsmittel und Hilfeleistungen verfasst und sämtliche Zitate kenntlich gemacht habe. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form, auch nicht in Teilen, keiner anderen Prüfungsinstanz vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Name, Vorname:

Martin, Sommer.....

Titel/Untertitel Bachelor Thesis:

(Re-)aktive Soziale Arbeit und die Sozialhilfe in Bern

Rekonstruktion des politischen Prozesses des Sozialhilfegesetzes im Kanton Bern auf der Basis der Zeitung «Der Bund» und anhand des an das politische System der Schweiz angepasste Modell Policy Cycle

Begleitung Bachelor Thesis:

Prof. Dr. Carlo Knöpfel.....

Datum: Bern, 26.06.2019

Unterschrift:

